

**Marc Oliver Schürmann**

## Der Diskurs der Systeme:

Diagnostisches Potential, theoretische Antinomien  
und empirische Probleme einer systemtheoretischen  
Konzeption der Gesellschaftsteuerung

Magisterarbeit im Hauptfach Soziologie,  
vorgelegt im WS 1996/97  
an der Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf,  
Philosophische Fakultät.

Gutachter:

Prof. Dr. Richard Münch

PD Dr. Uwe Schimank

Düsseldorf, den 28. Februar 1997

# Danksagung

*Ich glaubte immer nur vollkommen allein, ohne irgendeinen Menschen meine Geistesarbeit verrichten zu können, was sich als Irrtum herausstellen mußte, aber auch, daß wir tatsächlich einen brauchen, ist wieder ein Irrtum, wir brauchen einen Menschen dazu und wir brauchen keinen und einmal brauchen wir einen und einmal brauchen wir einen und brauchen gleichzeitig keinen, diese absurdeste aller Tatsache ist mir jetzt, in diesen Tagen, wieder bewußt geworden; wir wissen nie und nicht, brauchen wir einen oder brauchen wir keinen oder brauchen wir gleichzeitig einen und keinen und weil wir nie und niemals wissen, was wir tatsächlich brauchen, sind wir unglücklich und dadurch unfähig eine Geistesarbeit dann anzufangen, wann wir es wollen, wann es uns richtig erscheint.“*

*(Thomas Bernhard, Beton)*

*„Se fosse una cosa semplice,  
io te la direi.“*

*(Andrea Bocelli)*

## **Folgender Personen und Irritationen habe ich bedurft:**

der Damen Ogurek, Annette und Claudia,  
insbesondere dem Kind für Beistand in letzten Stunden,

Nicole Heidbüchel,

Miriam di Mauro, für Ermunterungen in unmöglichen Momenten,

Marc Bergmann für immer mitlaufende Online-Diskussionen,

Claudia und einer unbekanntem helfenden Hand.

Sie alle haben mir geholfen  
unvollendet ins Leben zu flüchten.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung: Die Irritation der Systemtheorie und das Projekt der Öffnung des Geschlossenen. Universelle Ansprüche und kontingente Pfade einer systemtheoretischen Reformulierung empirischer und theoretischer Steuerungsprobleme .....</b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Analytische und thematische Grundlinien einer gesellschaftstheoretischen (Meta-) Perspektive auf das Problem der Gesellschaftsteuerung.....</b>	<b>13</b>
2.1	Ebenen der Analyse: Theoretische Modelle, Zeitdiagnose und Empirie im Spannungsfeld meta-theoretischer Optionen. Konstruktivismus und Konstruiertheit einer selbstreferentiellen Theorie funktionaler Differenzierung .....	19
2.2	Steuerungsversagen durch funktionale Differenzierung? Anleitende Überlegungen zum Verhältnis gesellschaftlicher Differenzierung und sozialer Integration: Evolution und Steuerung, Differenz und Identität, Geschlossenheit und Offenheit als Selbigkeit des Dfferenten? .....	49
<b>3</b>	<b>Von Autopoiesis zu intersystemischen Diskursen. Grundzüge und Probleme systemischer (Selbst-)Steuerung in der Perspektive Helmut Willkes.....</b>	<b>87</b>
3.1	Die Folgen funktionaler Differenzierung: Interdependenz und Independenz, Heterarchie, Externalisierung .....	92
3.2	Formen der Systemsteuerung: Von Reflexen zu reflexiver Empathie .....	96
3.3	Formen gesellschaftlicher Veränderung: Evolution, Planung und Steuerung .....	101
<b>4</b>	<b>Respezifikation auf Macht, Konsens und kollektive Entscheidungsfindung: Politik, Recht und Staat in der Staatstheorie Helmut Willkes. Entfaltung der Paradoxien von Kontingenz, Legitimität und der Beschaffung kollektiver Probleme .....</b>	<b>104</b>
4.1	Die evolutionäre Errungenschaft des Staates als Kompetenz-Kompetenz: Legitimitätsbeschaffung, Periodisierung und Konditionalisierung von Macht in Verfahren und positivem Recht.....	106
4.2	Evolution und Ausweitung der Staatsaufgaben in organisierter Gesellschaft: Von Gewaltkontrolle über Daseinsvorsorge zu Wissensangeboten .....	112
<b>5</b>	<b>Reflexive Selbstbeschränkung, kontextuelle Vorgaben und dezentrale Diskurse. Dezentrale Kontextsteuerung zwischen theoretischer Semantik und normativer Politik.....</b>	<b>122</b>
5.1	Metamorphosen von Politik und Staat: Supervision und Diskurs als Chance der Re-Integration.....	124
5.2	Verhandlungssysteme als neue Stufe systemischer Emergenz: Dezentrale Orientierung der Teile am Ganzen.....	135
5.3	Die neue Bescheidenheit des Rechtssystems: Reflexives Recht als Relationierungsprogramm .....	143
5.4	Comte'sche Dreischritte oder moderne Systemethik? Diagnostizierte oder geforderte Veränderung gesellschaftlicher Kommunikationsformen in der differenzierten Gesellschaft. ....	154

<b>6</b>	<b>Mit systemtheoretischer Ironie und Supervision aus dem Dilemma des modernen Wohlfahrtsstaats? Helmut Willkes Probleme beim Muddling-Through durch die Politik der Systemtheorie.....</b>	<b>156</b>
6.1	Widersprüche und Defizite eines Reduktionismus der Emergenz Konsequenzen eines simplifizierenden Umgangs mit gesellschaftlicher Komplexität.....	159
6.2	Zweifel am pragmatischen Nutzen der Systemtheorie Willkes. Zum Führungsanspruch empirisch orientierter Handlungstheorien bei der Analyse möglicher Steuerungsformen .....	170
<b>7</b>	<b>Neue Einsichten, alte Denkblockaden und Alternativen zur Selbst-Transformation der Systemtheorie. Durch (Re-)Symmetrierung aus dem Trilemma empirischer Problemanalysen, normativer Integrationspostulate und ironischer Selbsterhellung?.....</b>	<b>180</b>
<b>8</b>	<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>190</b>

# 1 Einleitung: Die Irritation der Systemtheorie und das Projekt der Öffnung des Geschlossenen. Universelle Ansprüche und kontingente Pfade einer systemtheoretischen Reformulierung empirischer und theoretischer Steuerungsprobleme

*„Die Vorstellungen von Sündenfall und Erlösung, die in den in der Tradition Hobbes' stehenden Theorien Spencers, Durkheims, Webers und Habermas' eine prominente Rolle spielen und die Annahmen absoluter Dissoziation und absoluter Assoziation motivieren, mögen ja im Rahmen des christlichen Bekenntnisses eine plausible Sicht der Dinge darstellen. Allein, diese Verlebendigung des Erbsündendogmas in gesellschaftstheoretischen Ansätzen, die allesamt nach dem Ereignis entwickelt wurden, das wir Aufklärung nennen, scheint mir vollkommen unannehmbar zu sein.“ (Wagner 1993: 310)*

*„Der motivbildende Gedanke ist die Versöhnung der mit sich selber zerfallenden Moderne, die Vorstellung also, daß man ohne Preisgabe der Differenzierungen, die die Moderne sowohl im kulturellen wie im sozialen und ökonomischen Bereich möglich gemacht haben, Formen des Zusammenlebens findet, in der wirklich Autonomie und Abhängigkeit in ein befriedetes Verhältnis treten“. (Wagner 1993: 296)*

Ein anomisch auseinander strebendes Nebeneinander partieller Weltsichten und selbstbezüglicher Operationen ohne geeignete Instanzen und Mechanismen ihrer intentionalen Abstimmung und zielgerichteten Koordinierung – dieses Bild zeichnet die neuere soziologische Systemtheorie Luhmanns vom Ist-Zustand und den möglichen Zukünften der modernen Gesellschaft. Zugleich nähren die Befunde empirischer Untersuchungen zum Problemkomplex politischer Steuerung die Überzeugung, daß die Probleme moderner Wohlfahrtstaaten durch konventionelle Strategien zentraler Planung und hierarchischer Einflußnahme nicht in den Griff zu bekommen sind. In Reaktion auf die vermeintliche Zunahme ungelöster und existenzbedrohender Risiken der Moderne (Beck 1986), wie auf diagnostizierte Trends des Wertewandels oder Werteverlusts formieren sich außerdem Positionen, welche ausgleichende Potentiale der Integration oder des Umbaus der Gesellschaft nur noch in den autonomen Sphären der Öffentlichkeit (Habermas 1992)), einer sich formierenden „civil society“ oder im Fahrwasser neuer sozialer Bewegungen zu erblicken vermögen.

Alle diese Perspektiven auf die Spannungen, Unausgewogenheiten und fehlende Kontrollierbarkeit der Dynamik gegenwärtiger Gesellschaften, so unterschiedlich sie in ihren theoretischen Fundamenten, empirischen Orientierungen, zeitdiagnostischen Urteilen und politischen Implikationen auch gestaltet sind, können gesehen werden als Anlässe

oder Beiträge eines neueren gesellschaftstheoretischen Diskurs, der die „Paradoxien der Moderne“ (Münch 1991: 29-48) deutlicher hervortreten läßt. Dem fortgeschrittenen Anspruch soziologischer Theoriebildung entsprechend, kombinieren sie dabei in ihrer je eigentümlichen Weise verschiedene zentrale Fragestellungen und konzeptuelle Ansätze der Disziplin zu größeren Entwürfen, von denen einige den Anspruch einer umfassenden oder gar universalen Sozialtheorie erheben. Sie verknüpfen Elemente zur Beschreibung und Erklärung der Konstitution sozialen Handelns, der (Bedingungen der) Möglichkeit sozialer Ordnung und der grundlegenden Strukturmerkmale der Moderne mit unterschiedlichen Einschätzungen ihrer Entwicklungstendenzen, Integrationsleistung und Gestaltungspotentiale. Mit Peters kann man in diesen Debatten „eine Kontinuität mit drei systematischen Themenbereichen entdecken, welche den sozialtheoretischen Diskurs der Moderne von Anfang an geprägt haben“ (Peters 1993: 19), die er in drei Leitdifferenzen kleidet: Den Gegensatz von Einheit und Differenz (von Teilen) der Gesellschaft und damit die Frage nach den Möglichkeiten ihrer Integration, den Widerspruch zwischen der Verselbständigung sozialer Teilbereiche und der Vorstellung wie dem Anspruch der intentionalen Gestaltung des Sozialen sowie schließlich die Problematik des Innen und Außen, also das Verhältnis der beobachtenden Sozialtheorie zu dem von ihr beobachteten Gegenstand.

Die vorliegende Arbeit widmet sich einer Position in der neueren soziologischen Theoriedebatte, welche wohl die weitgehendsten Ansprüche anmeldet, diese drei Fragen in einer einheitlichen Konzeption aufzulösen, mit der von Niklas Luhmanns ausgearbeiteten und inzwischen von zahllosen Nachfolgern vertretene Systemtheorie. Sie will nicht nur eine fachuniversale Theorie der modernen Gesellschaft bieten, sondern postuliert einen bahnbrechenden Zugang zu Phänomenen der sozialen Differenzierung, ein schlüssiges Konzept der selbstreferentiellen Reproduktion sozialer Systeme und schließlich ein neues Reflexionsniveau des Verhältnisses der Theoriekonstitution und ihres Gegenstandes. Sie präsentiert sich als differenzlogischer Ansatz, propagiert ein autopoietisches Paradigma und reflektiert ihren Gegenstand und sich selbst im Rahmen einer autologischen Theorie des Beobachtens<sup>1</sup>. Darüber hinaus produziert die Luhmann'sche Theorie, indem sie sich selbst als zeitgemäße, da nicht bloß kritische oder empirische Beschreibung der Moderne (Luhmann 1993: 246), sondern als „Modell der Gesellschaft in der Gesellschaft“ (ebd.:258)

---

<sup>1</sup> Zur selbstgesetzten Programmatik des Luhmann'schen Ansatz, siehe Luhmann 1984, 1991b, 1993.

verstehen, zahllose diagnostische Befunde, die dank der ihr eigenen „implausiblen Evidenz“<sup>2</sup> nicht selten dazu neigen, ungeklärte soziologische Forschungsgegenstände, wie das Problem der fehlschlagenden Koordination der funktional differenzierten Gesellschaft, nachträglich als Scheinprobleme einer „alteuropäischen“ Denkweise zu entlarven. Daß dabei empirische Referenzen oft nur sehr knappe Berücksichtigung finden, und daß der (spezifische) universelle Fokus der Systemtheorie in seinen analytischen Dimensionen möglicherweise gerade in Hinblick auf pragmatische Probleme eher restringierend wirken könnte<sup>3</sup>, ist eine, wenn auch nicht die zentrale Argumentationslinie dieser Arbeit.

In den folgenden Kapiteln sollen der Anspruch und die Methodik der Systemtheorie, das empirische oder zeitdiagnostische Problem<sup>4</sup> der gezielten und – da meist an das politische System adressiert – politischen Steuerung der Gesellschaft tiefgründiger erfassen zu können, dargestellt und kritisch diskutiert werden. Dies geschieht nicht in der direkten Kontrastierung der systemtheoretischen Reflexionen mit den empirischen Befunden politiksoziologischer oder politikwissenschaftlicher Studien zur Steuerungstätigkeit des Staates, zur Implementation politischer Programme oder zum Erfolg von Verhandlungsnetzwerken (siehe etwa Heritiér 1993, Mayntz/Scharpf 1996), obwohl diese als Hintergrund des Problems und des Zweifels an der Brauchbarkeit seiner systemtheoretischen Reformulierung partiell ins Feld geführt werden. Da die Beziehung zwischen den theoretischen Modellen, den durch sie konstituierten, sichtbar werdenden Problemen und der nur methodisch erschließbaren Empirie insbesondere für die auf hohem Abstraktionsniveau geführten Kontroverse um die Systemtheorie selbst nicht eindeutig ist, präferiere ich einen gesellschaftstheoretischen Zugang, der weitgehend auf der Höhe des Vergleichs von Theoriealternativen und ihrer metatheoretischen Analyse verbleibt und

---

<sup>2</sup> Damit ist gemeint, daß zunächst intuitiv oder traditionell nicht plausible Denkfiguren im Prozeß der Theoriebildung (des Kondensierens von Sinn) zu problemgenerierenden Selbstverständlichkeiten werden, was Luhmann (1990a: 328, 670-672) als grundlegenden Mechanismus der Wissenschaft kennzeichnet.

<sup>3</sup> Wie dies Barben (1996: 254ff.) in der Formel „Politik des Nichtwissens“ ausdrückt.

<sup>4</sup> Ob das gemeinte Problem der Steuerung nur ein empirisches oder in seiner Zuspitzung vielmehr selbst erst ein Artefakt der es behandelnden Theorien ist, gilt es noch zu klären.

insofern einer „conceptual sociology“ angehört.<sup>5</sup> Diese riskiert zwar einen eindrucksvollen, aber abgehobenen „Flug über den Wolken“ (Luhmann 1984: 13) der Empirie, nährt aber andererseits die Hoffnung, „die Zusammenführung von ansonsten unverbundenen nebeneinanderstehenden spezifischeren und konkreteren Theorien“ (Schimank 1996: 20) anleiten zu können.

Entlang einer gesellschaftstheoretischen Perspektive, die nach geeigneten theoretischen Modellen zur Beschreibung und Erklärung der sozialen Wirklichkeit und der gesellschaftlichen Dynamik Ausschau hält, sollen die Bemühungen und Mühen der Systemtheorie, erstens die prinzipielle Steuerbarkeit der Gesellschaft oder sozialer Einheiten (Systeme) zu bestimmen, und zweitens zur Erklärung und / oder Anleitung des Ablaufs konkreter Steuerungsversuche beizutragen, einer kritischen Analyse unterzogen werden. Zu diesem Zwecke widme ich mich vorrangig den steuerungs- und staatstheoretischen Arbeiten Helmut Willkes, weil dieser den umfassendsten Versuch unternimmt, den autopoietischen Ansatz trotz oder aufgrund der konstruktiven Kenntnisnahme widersprechender empirischer Befunde und begrenzterer Theorien (Organisationsforschung, Policy-Analyse, akteurzentrierter Institutionalismus) beizubehalten, und ihn ohne zentrale Revisionen oder Ergänzungen zur Formulierung eines gesellschaftlichen Steuerungskonzepts zu verwenden. Willkes Ansatz soll aber ebenfalls nicht vorrangig auf seine empirische Realisierbarkeit – die sowohl Operationalisierbarkeit als auch politisch-praktische Anwendbarkeit einschließt – untersucht werden, da sie als Orientierungsstrategie erstens keine unmittelbaren instrumentellen Vorgaben macht und da zweitens begleitende empirische Forschungen oder Projekte kaum existieren<sup>6</sup>.

Stattdessen möchte ich die systemtheoretischen Reformulierungen Helmut Willkes als illustrationsreichen Beispielfall einer dreifachen Kollision der systemtheoretischen Soziologie mit konkurrierenden Wahrnehmungen beschreiben, nämlich als Zusammenprall erstens mit konkurrierenden gesellschafts- und sozialtheoretischen Ansätzen und deren diagnostischen Schlüssen, zweitens mit den selbstgesetzten, strengen theoretischen Grundannahmen der Luhmann'schen Systemtheorie sowie drittens mit der Wirklichkeit gesellschaftlicher und

---

<sup>5</sup> Daß auch die Gesellschaftstheorie nicht ohne empirische Bezüge angelegt sein sollte, wird damit nicht bestritten. In ihr spielen aber eher Grundentscheidungen der Theoriekonstruktion, plausibilisierende Gedankenexperimente und Fragen der spezifischen Beobachtbarkeit von Phänomenen durch die theoretischen Anlagen eine Rolle. Spätestens seit Kuhn (1973) und Lakatos (1974) kann aber bezweifelt werden, daß Wissenschaft anders, nämlich durch unmittelbaren Bezug auf eine Realität vorgehen könne.

<sup>6</sup> Eine Ausnahme bildet hier Ulrich (1994), der sich auf Ergebnisse eines empirischen Projekts stützt. .



politischer Steuerungsversuche, der begleitenden gesellschaftlichen Forderung nach ordnenden politischen Eingriffen und dem Bedarf der Politik nach orientierendem Wissen. Insofern tritt konkrete Versuche politisch induzierter gesellschaftlicher Steuerung als empirischer Referent der Arbeit etwas in den Hintergrund. Denn Rückversicherungen bei empirischen Politikfeldanalysen können zwar belegen, daß der „radikale Steuerungs-Pessimismus“ (Scharpf 1989: 10) Luhmanns pragmatisch wie handlungstheoretisch nicht einleuchtet und daß dezentrale Verhandlungssysteme auch ohne systemtheoretische Vorüberlegung plausibel werden (Scharpf 1991), sie bekommen aber ihrerseits den Zusammenhang von gesellschaftlicher Differenzierung, Dynamik und Steuerbarkeit nicht angemessen in den Blick (vgl. dazu apodiktisch Luhmann 1989).

Größere Aufmerksamkeit sollen daher die Diskussionen und Veränderungen eines soziologischen Ansatzes, also sozusagen die Empirie der Theorie<sup>7</sup> bzw. eines theoretischen Paradigmas inklusive seiner Gefechte mit theoretischen Anomalien und Konkurrenten erfahren<sup>8</sup>. Wenn zu zeigen wäre, daß und warum die Aneignung und Bewältigung des Steuerungsthemas durch die Systemtheorie in eine Sackgasse führt, könnten im Vergleich mit anderen Ansätzen ihre Schwächen identifiziert, ihre diagnostischen Aussagen über die Empirie relativiert und daraus neue sozialtheoretische Impulse gewonnen werden – was einer empirischen Überprüfung ihrer Annahmen funktional äquivalent oder, wegen zusätzlicher Anschlußmöglichkeiten, sogar überlegen wäre.<sup>9</sup>

---

<sup>7</sup> Leicht ironisch gesehen, könnte die Luhmann'sche Systemtheorie selbst als ihr bestes Beispiel gelten: Durch einen kontingenten Anstoß – die theoretischen Vorschläge Luhmanns – gerät eine codierte Differenz – die zentralen Prämissen der Theorie der Autopoiesis – in die Welt, die sich dann permanent selbstreferentiell reproduzieren muß. Dazu stellen ihr psychische Systeme in der Umwelt (Luhmann, Baecker, Fuchs, Japp, Stichweh, Willke u.a.) Komplexität zur Verfügung, während das System der Systemtheorie auf der Programmebene (Feingestaltung der Theorie) versucht, Umweltkomplexität geeignet zu reduzieren und in organisierte Komplexität zu überführen. Dabei stellt die Kompatibilität zu anderen Systemen (Handlungstheorie etc.) ein schwer oder nicht mehr zu kontrollierendes Problem dar – solange nicht Mechanismen systemübergreifender Koordination evoluierten. In diesem Fall fällt es dem Kritiker aber leichter, die Intentionalität der Systembildung, seine Funktion und Motive (Reputationserwerb, Karrieren etc.) zu durchschauen als im Falle der Gesellschaft – Gewißheit über ihre Ursachen, Strukturen und Folgen gewinnt er aber nicht, ohne sich in den Kommunikationszusammenhang der Systemtheorie zu begeben.

<sup>8</sup> Stilbildend für diese Betrachtungsweise ist auch hier Kuhn (1973).

<sup>9</sup> Die Vorstellung, daß Theoriegeschichte in systematischer Absicht auch empirische erhellende Einsichten erbringen kann, hat bekanntlich Talcott Parsons (1968) in „The Structure of Social Action“ vertreten.

So erscheint der Versuch Willkes, die auf Intransparenz und Selbstreferentialität der gesellschaftlichen Funktionssysteme festgeschriebene Systemtheorie mit Konzeptionen gezielter gesellschaftlicher Steuerung, diskursiver oder normativer Abstimmung gesellschaftlicher Teile zu kombinieren, als nur ein Versuch der Öffnung der Geschlossenheit der autopoietischen Perspektive<sup>10</sup>. Seine bisweilen links-luhmannianisch genannte<sup>11</sup> Modifikation einer durch inhärente Kritik und empirische Widersprüche irritierten Systemtheorie umreißt beispielhaft die Konfliktlinien innerhalb jener gesellschaftstheoretischen Strömung, die sich unter dem Label „Soziale“ oder „Funktionale Differenzierung“ subsumieren läßt.<sup>12</sup> In diesem Spektrum stößt die Systemtheorie gleich auf zwei widersprechende theoretische Programme, die ähnliche zeitdiagnostische Topoi der Differenzierung gesellschaftlicher Sphären aufgreifen, aber zu ganz unterschiedlichen Einschätzungen der Möglichkeit ihrer (Re-)Integration und damit der Steuerbarkeit der Gesellschaft gelangen. Sowohl die Habermasche These der „Kolonisierung der Lebenswelt“ (Habermas 1987: 229-293, 449-88) – die eine prekäre Entkopplung der über diskursive Verständigung integrierten Lebenswelt von der medial gesteuerten Systemebene postuliert – als auch die an Parsons anknüpfende Gesellschaftstheorie Richard Münchs (1994) – die das Verhältnis zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Wertsphären als synthetischen Prozeß der Interpenetration der analytischen Komponenten des Handlungssystems begreift – melden ihrerseits Zuständigkeit für die Erklärung der Voraussetzung gelingender Integration der Gesellschaft und somit der Bestimmung ihrer Steuerungspotentiale an.

Wenngleich beide zu deutlich entgegengesetzten Einschätzungen gelangen, stehen sie mit der Systemtheorie Luhmanns insofern in einem ähnlichen Dauerkonflikt, da sie deren Vorstellung einer vorrangig evolutionären Anpassung geschlossener, selbstsubstitutiver Kommunikationssysteme als theoretisches Kunstprodukt oder affirmatives Gesellschaftsbild entlarven und auf bestehende oder potentielle Formen der Ausbildung gesellschaftlicher Rationalität und der Herstellung sozialer Integration verweisen. Beide Perspektiven, das auf

---

<sup>10</sup> Daneben wären die Versuche von Bendel (1993), Druwe/Görlitz (1992), Teubner (1991), Ulrich (1994) sowie die kritischen Aneignung der Systemtheorie durch Schimank (1995, 1996) zu nennen, die alle – nicht zufälligerweise? – über das Steuerungsproblem zu einer konstruktiven Kritik der Systemtheorie gelangen.

<sup>11</sup> Womit trefflich die politisch-normative Interpretationsmöglichkeit der diagnostischen Konzepte (näheres zu dieser Dimension in Kap. 2.1) und die spannungsreiche Nähe zu „kritischen“ Konzeptionen der Moderne wie der von Habermas (1988) (vgl. Kap. 6) gekennzeichnet wäre.

<sup>12</sup> Zur Bestimmung und Abgrenzung dieser Theorietradition vgl. Peters (1993: 150-158). Einen Überblick über die inhaltlichen Dimensionen verschaffen Alexander/Colomy (1990) und neuerdings Schimank (1996).

gemeinsam geteilte Wertbindungen hinweisende „normative Paradigma“<sup>13</sup>, wie auch das Modell diskursiver, lebensweltlicher Vergemeinschaftung, stellen die Geltung der systemtheoretischen Zeitdiagnose in Frage, gerade weil sie ebenfalls den Zusammenhang der Prozesse gesellschaftlicher Differenzierung und gesellschaftlicher Integration im theoretischen Fokus haben. Hier und da leitet die Beschäftigung mit den Grundstrukturen der Moderne und dem prekären Verhältnis zwischen System- und Sozialintegration (Lockwood 1969) – oder im Sinne Münchs zwischen ökonomischer, politischer, kultureller und solidarischer Integration (Münch 1995) – über zur Analyse der Konstitutionsbedingungen des Sozialen überhaupt, die aber im Gegensatz zur primär kommunikationsorientierten Systemtheorie<sup>14</sup> im Handeln der Akteure bzw. Subjekte verortet werden. Ihnen muß die Radikalisierung der Parsons’schen Theorie durch Luhmann und Nachfolger (Wenzel 1990: 13, 32-47, 473) als eine unerlaubte Reifikation analytischer oder realer Komponenten des voluntaristischen bzw. norm- oder verständigungsorientierten Handelns und als Verabsolutierung der Differenzierungsperspektive erscheinen, die dann ratlos vor dem Ergebnis der eigenen Überzeichnungen steht, wenn angesichts der vermeintlichen Realfolgen der Verselbständigung funktionaler Teilsysteme kein integratives oder steuerndes Zentrum der Gesellschaft mehr auszumachen ist.

Der Differenzlogiker Luhmann, der angesichts der Komplexität der Welt das Zerfallen der Moderne in autopoietische Sinnprovinzen für unausweichlich hält, schlüpft in der normativ-politischen Deutung seiner Gegner in die Rolle des Mephistopheles, der zynisch das soziale Band verneint, daß die Welt im innersten zusammenhält. Wenn Willke hingegen auf der theoretischen Ebene nach der Möglichkeit „gelingender Kommunikation zwischen autonomen, selbstreferentiell operierenden Einheiten“ (Willke 1992: 345) sucht, muß er sich in dieser (theater-)kritischen Sichtweise mit der Rolle des Saulus bescheiden, der die Wandlung zum Paulus nicht schaffen kann, ohne dem Irrglauben der Autopoiesis

---

<sup>13</sup> Es bleibt anzumerken, daß die Kategorisierung der Parsons-Tradition unter dem Stichwort „normatives Paradigma“, wie sie Wilson (1981) vornimmt, eine Verkürzung der theoretischen Ambitionen und eine Verzerrung der diagnostischen Folgerungen des Parsons’schen Programm beinhalten (vgl. Wenzel 1990). Zur schematischen Darstellung der Untersuchungsabsicht sollte diese Simplifizierung aber gestattet sein.

<sup>14</sup> Peters (1993: 227) verdächtigt die Luhmann’sche Theorie sogar eines symbolisch-semantischen Kulturdeterminismus.

abzuschwören. Ist also seine Position des ironischen Beobachters ein tragischer, weil von vornherein vermeidbarer Irrtum?<sup>15</sup>

Ohne die Diskussion zwischen den genannten Kontrahenten jenseits kritischer Verweise vertiefen zu wollen, möchte ich in der vorliegenden Arbeit den Versuch unternehmen, die Anwendung der Systemtheorie auf das zunächst empirische und pragmatische, dann aber theoretisch generalisierte Problem der Steuerung sozialer Systeme und ihre Umdeutung von einer Perspektive prinzipieller systemischer Indifferenz zur Reflexion der Bedingungen aufhellender Transferenz (Willke 1992: 346) aus einer gesellschaftstheoretischen und theoriestrategischen (meta-theoretischen) Blickrichtung zu analysieren. Diese Absicht wird geleitet von der Hypothese, daß das Projekt Willkes eine der möglichen<sup>16</sup> Transformationen der Luhmann'schen Theorie zu realisieren hofft, die sich nach der vermehrten Kritik sowohl aus dem Lager ihrer Rezipienten, also aus ihrer inneren Umwelt, als auch aus der wechselseitigen Beobachtung ihrer Alternativen, also aus ihrer gesellschaftstheoretischen Umwelt, geradezu aufdrängt. Willkes Bemühungen spiegeln demnach die Optionen einer soziologischen Theoriebildung, die sich auf die Herausforderung Luhmanns einläßt, ohne die Forderungen konkurrierender Ansätze gänzlich zu vernachlässigen. Die Arbeiten Willkes stehen beispielhaft, wenn auch nicht isoliert, für den Status einer Gesellschaftstheorie, die sich vom Paradigma der Selbstreferenz, gleichzeitig aber auch von klassischen Problemen der Sozialtheorie irritieren<sup>17</sup> läßt – wobei Willke natürlich auf der Seite ihrer Anhänger verbleibt<sup>18</sup>.

In dieser Absicht ähnelt Willkes Unternehmen jüngeren Beiträgen der Diskussion über zentrale Grundbegriffe der Systemtheorie, die vor allem das Verhältnis von Differenz und

---

<sup>15</sup> Diese metaphorische Sequenz sei mir im Hinblick auf die Unterscheidung des Ironikers und Tragikers bei Willke (1992: 321) gestattet, um auf die Vermischung von theoretischen Argumenten mit normativen, polemischen und stilistischen Spitzen auf beiden Seiten der Debatte wiederum ironisch hinzuweisen.

<sup>16</sup> Damit ist gemeint, daß die Luhmann'sche Theorie trotz (er und Willke würden wohl sagen: aufgrund) ihrer Geschlossenheit in verschiedene, kontingente (=nicht zufällige, nicht notwendige) Richtungen weiterentwickelt werden kann. Über den (theorie-internen oder empirischen) Erfolg solcher Modifikationen ist damit noch nichts impliziert.

<sup>17</sup> Irritieren im Sinne einer Perturbation durch die Umwelt, locus classicus Maturana (1985). Ich benutze erneut bewußt den systemtheoretischen Jargon, um auf die unbestrittene Leistung des Selbstreferenzkonzepts zur Reflexion auf die Grundlagen der jeweiligen (eigenen) Theoriebildung hinzuweisen.

<sup>18</sup> Die steuerungs- und differenzierungstheoretischen Arbeiten aus dem Umfeld des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln könnten als Gegenpart auf der Seite eines konkurrierenden Ansatzes, hier des „akteurzentrierten Institutionalismus“ gelesen werden, dazu Mayntz 1988, Mayntz/Scharpf 1995.

Identität, von Einheit und Differenz, von Funktion und Gesellschaft betreffen, allerdings widersprechende Konsequenzen daraus ziehen (Bendel 1993, Martens 1995, Schwinn 1995a, Wagner 1993/1994, Wagner/Zipprian 1992). Mit anderen Worten: Willkes Bestreben der Öffnung der Systemtheorie für Probleme der Koordination und Kopplung markiert den Vorgang des Wiedereintretens („re-entry“) der Grundproblematik der autopoietischen Systemtheorie, der behaupteten Differenz von Identität und Differenz, in die Theorie selbst. Weniger kryptisch formuliert bedeutet dies, daß die universale Setzung einer aus freischwebenden, kontingenten, nur selbstbezüglichen Abgrenzungen (Differenzen) aufgebauten soziologischen Differenzierungstheorie ins Wanken gerät. Objekttheoretisch heißt dies weiter, daß die Behauptung der funktionalen Differenzierung selbstreferentieller Teilsysteme ohne Bezug auf substantielle, intentional-soziale Motive oder material-kausale Bedingungen in Zweifel gezogen wird. Läutet Willkes Projekt folglich gar das „Ende der systemtheoretischen Soziologie“ (Wagner 1995) ein?<sup>19</sup>

Jenseits solcher apodiktischen Festlegungen für oder gegen eine systemtheoretische Beschreibung der modernen Gesellschaft soll nachfolgend das Verhältnis von funktionaler Differenzierung und integrativer Koordination in der Systemtheorie als theorie-immanentes, allgemein sozialtheoretisches und objekt-theoretisches Problem behandelt und seine vorgeschlagene Behandlung durch Helmut Willke kritisch gewürdigt werden. Demgemäß sollen die zeitdiagnostischen Befunde zum Stellenwert sozialer Differenzierung, zu den Voraussetzungen gelingender Integration und zur Möglichkeit gesellschaftlicher Diskurse in der Systemtheorie, insbesondere in der Fassung Willkes untersucht und mit den Grundfiguren der Systemtheorie sowie ihren meta-theoretischen Vorannahmen in Verbindung gebracht werden. Ich hoffe zeigen zu können, daß die Reduktion gesellschaftlicher Komplexität, wie sie die Systemtheorie als konstitutiven Impuls der Systembildung annimmt, diese Reduktion aber gleichzeitig in der Theorie durchexerziert, bei der Konfrontation mit der Frage nach der Kontrolle und zielgerichteten Veränderung dieser beiden Systembildungen, auf das meta- und objekttheoretische Problem der „Reduktion von Kontingenz“ (Ulrich 1994: 164) stößt. Damit einher geht die zu belegende Vermutung, daß die Konkretisierung der Steuerungsproblematik immer auch Elemente

---

<sup>19</sup> Es sei eingestanden, daß die vermutete Konvergenz der internen Modifikationsversuche und der externen Kritik an der Systemtheorie vorrangig eine Konstruktion des verfassenden Beobachters ist. Es geht hier aber darum, daß das Problem der Einheit einer differenzierten Gesellschaft durch die Figur der „Differenz von Differenz und Identität“ auf eine Art gefaßt wird, die zu kollabieren droht (vgl. Kap. 2.2).

enthält, die nicht rein theoretischer oder empirischer Natur sind, sondern diagnostische Verallgemeinerungen und normative Wertungen enthalten. Somit muß der Widerspruch zwischen Geschlossenheit und Offenheit zusätzlich um die Dimensionen des Engagements und der Indifferenz, des Optimismus und Pessimismus, oder der Ironie (Tragik) und Nüchternheit (Euphorie) der theoretischen Beobachter oder der von ihnen vorrangig adressierten gesellschaftlichen Akteure ergänzt werden.<sup>20</sup> Wiewohl diese persönlich wertenden Impulse natürlich soweit wie möglich zu minimieren oder wenigstens zu deklarieren wären, darf ihr unvermeidliches Mitschwingen einer kritischen Analyse abstrakterer Theorieansätze natürlich nicht entgehen.

Wichtiger noch als der Hinweis auf die Durchdringung von Theorie, Empirie und politischer Stellungnahme ist aber die Prüfung des Zusammenhangs von zeitdiagnostischen Urteilen und ihres für die weitere Theoriebildung konstitutiven Charakters, um einen problematischen Zirkel zu vermeiden: „nämlich den engen Zirkel, der zwischen der Behauptung, nur die eigene Theorie sei auf der Höhe der Zeit, und der eigenen Darstellung dieser ‚Höhe der Zeit‘ hin- und herführt“ (Peters 1993: 13). Dies könnte im vorliegenden Fall bedeuten, daß die herausgestellten Folgen der funktionalen Differenzierung und die Vorstellung von ihnen angemessenen gesellschaftlichen Abstimmungsprozessen nicht reale Merkmale der Gesellschaft, sondern nur Effekte der eigenen Theorieanlage sind. Da eine solche Behauptung aber nicht zum Ausgangspunkt einer Untersuchung gemacht werden sollte, soll trotz aller schon jetzt sichtbaren Zweifel erst eine detaillierte Beschreibung der Arbeiten Willkes vorgenommen werden – auch wenn die Maßstäbe ihrer Kritik aus inhärenten Schwierigkeiten des autopoietischen Paradigmas schon vorher benannt werden sollen. Denn nach dem Zerfall der empiristischen Gewißheit, daß die reale Wirklichkeit (der Gesellschaft) außerhalb ihrer theoretischen Konzeptualisierung (etwa der Systemtheorie)

---

<sup>20</sup> Dies sind Dimensionen, die in der klassischen Wissenschaftstheorie nicht vorgesehen sind oder in den Entdeckungszusammenhang verbannt werden. Wenn ich diese Aspekte trotzdem anführe, dann nicht, um eine theoretische Debatte als politischen Zwist zu entlarven, sondern um darauf hinzuweisen, daß die theoretische Zentralität verschiedener sozialer Kräfte (Teilsysteme, Institutionen, Organisationen, Experten, Protestbewegungen etc.) in den gesellschaftstheoretischen Konzepten unterschiedliche Konflikte und Integrationsmechanismen in den Vordergrund treten läßt.

für sich selbst sprechen könne<sup>21</sup>, muß die Bewertung einer Theorie vor allem unter dem Gesichtspunkt erfolgen, ob die hypothetischen Modelle und ihre Verknüpfungen zur produktiven Behandlung theoretischer Probleme, letztendlich aber auch zur Orientierung in pragmatischen Situationen etwas beitragen können.<sup>22</sup> Von dieser Idee ist Luhmann selbst nicht weit entfernt, wenn er die Leistung einer Theorie darauf festlegt, „sich selbstdisziplinierende Beobachtungsmöglichkeiten freizusetzen, die nicht an die im Alltag oder in den Funktionen eingeübten Beschränkungen gebunden sind.“ (Luhmann 1991b: 259). Wieweit diese Verfremdung oder Abgehobenheit der soziologischen Theorie aber gehen darf, ohne den Kontakt zur Gesellschaft zu verlieren oder aufgrund der internen Reproduktion eines „formalen Begriffszaubers“ (Barben 1996: 74) „reale“, d.h. sozial wirksame Faktoren zu übersehen, nicht erklären zu können oder gar virtuelle, Erkenntnis behindernde Phänomene erst zu konstruieren, bleibt aber unbeantwortet.

Um auf dieser Basis die kritische Auseinandersetzung mit der systemischen Steuerungstheorie führen zu können, werde ich zunächst eine genauere Differenzierung der angesprochenen Analyseebenen vornehmen (Kap. 2.1). In der Gegenüberstellung prinzipieller Optionen der Gesellschaftstheorie soll dort der Frage nachgegangen werden, warum die Systemtheorie trotz ihres hohen Abstraktionsgrades und ihrer kontra-intuitiven Prämissen weiterhin als reizvolle Alternative im Theoriekanon erscheint und auch deshalb in dieser Arbeit so ausführlich besprochen wird. In Kap 2.2 werde ich dann das Kernproblem einer „integrationistischen“ Wendung der Systemtheorie in der doppelten Spannung zwischen sozialer Differenzierung und sozialer Integration sowie theoretischer Differenzlogik und theoretischem Integrationskonzept identifizieren. In dieser Hinsicht wird

---

<sup>21</sup> Diese Grundeinsicht formuliert schon Popper, Karl R. Popper (1989: 31ff., 60ff.), wenn auch eine pragmatische Wendung der Methodenlehre aufgrund des Festhaltens an der Idee der „Wahrheitsannäherung“ unterbleibt, obwohl die Realitätsgarantie der Basissätze/Basisurteile letztlich auf der konventionalistischen Beglaubigung der Asymmetrie zwischen Wahrheitsvermutung und Falschheitsbestimmung beruht, so daß Feyerabend trefflich von „Basiswerturteilen“ (Feyerabend 1978: 316) sprechen kann. Mir scheint, daß auch hier eine normative bzw. alltagsrationale – und pragmatisch höchst sinnvolle – Festlegung (im Sinne: wenn die Wissenschaftlergemeinschaft eine Theorie falsifiziert, sollte der Theoretiker dies akzeptieren!) schließlich die Methodologie vor einem unendlichen Regreß bewahrt. Wenn dieser Konventionalismus schon in einer formalisierten Wissenschaftstheorie auftritt, ist er in der mit komplexeren und responsiven Phänomenen beschäftigten Gesellschaftstheorie wohl nicht zu vermeiden, wodurch seine inhaltlichen (Streit-)Gegenstände natürlich Anlaß für erbitterte Diskussionen liefern.

<sup>22</sup> Wobei natürlich die Bewertung der Problemlösekapazität einer Theorie erneut von normativen Vorgaben, nämlich der Setzung der durch sie erreichbaren Ziele, abhängt. Doch können wir diesem Zirkel entfliehen?

der theoretisch prekäre Zusammenhang der selbstreferentiellen Schließung von Systemen trotz ihrer irgendwie nötigen wechselseitigen Relationierung dem diagnostischen Befund der Verselbständigung gesellschaftlicher Teilsysteme und der dadurch gesteigerten Unwahrscheinlichkeit gesellschaftlicher Koordination gegenüber gestellt.

Kapitel 3, 4 und 5 widmen sich anschließend in extenso den Ausführungen Willkes. Während Kapitel 3 die leicht modifizierten Prämissen des systemtheoretischen Diskurses bei Willke als beispielhafte Neufassung des Steuerungsproblems durch den selbstreferentiellen Ansatz vorstellt (3.1), die vorgeschlagenen Formen der Selbststeuerung von Systemen (3.2) sowie die Unterscheidung zwischen Evolution, Planung und Steuerung referiert (3.3), widmet sich das 4. Kapitel den ausführlichen Entwürfen einer Staats- und Politiktheorie. Schon hier wird deutlich, wie sich Willke von dem Primat der Formanalyse löst und zu einer materialen Beschreibung demokratischer Prozeduren (4.1) und der Aufgabenstruktur des Staates (4.2) übergeht. Darauf aufbauend, illustriert Kapitel 5 seine Modelle eines diskursive Koordinationsprozesse anleitenden Supervisionsstaates (5.1), der dezentralen Kontextsteuerung in intersystemischen Verhandlungssystemen (5.2), des reflexiven Rechts als Relationierungsprogramm (5.3.) und reflektiert deren pragmatische und appellative Qualität.

In Kapitel 6 erfolgt dann eine kritische Einschätzung der Steuerungstheorie Willkes, um im Verweis auf empirisch orientierte Ansätze und gesellschaftstheoretische Alternativen das Desiderat einer Theorie einzufordern (6.1), das erstens der tatsächlichen Komplexität von sozialen Koordinationsprozessen näher kommt und zweitens zur empirischen Analyse von Steuerungsversuchen und gesellschaftlichen Integrationspotentialen besser geeignet erscheint (6.2). Das kritische Fazit in Kap. 7 stellt schließlich Überlegungen dazu an, welche prinzipiellen Optionen der Gesellschaftstheorie heute noch offen stehen, wenn ihre theoretischen Modellannahmen und diagnostischen Aussagen gleichzeitig hinreichend stringent und genügend offen formuliert sein sollen, um einerseits die Vielfalt gesellschaftlicher Prozesse wahrnehmen zu können und andererseits eine systematische, komplexitätsreduzierende Beschreibung und Orientierung in der gesellschaftlichen Realität erlauben zu können. Einige eher skeptische Bemerkungen dazu, ob sich ein solcher Versuch nicht zwangsläufig im Dilemma zwischen empirischer Kontingenz und theoretischer Simplifizierung, lassen die Arbeit in typischer wissenschaftlicher Offenheit (=Anschlußfähigkeit) enden.



## 2 Analytische und thematische Grundlinien einer gesellschaftstheoretischen (Meta-)Perspektive auf das Problem der Gesellschaftsteuerung

*„Ein Begriff ist eben noch keine Theorie, sondern, theoretisch gesehen, nur ein Anhaltspunkt für Limitierungen der Kompatibilität weiterer Begriffe, die erst im Zusammenhang eine Theorie ergeben, die wissenschaftlich brauchbar sein kann. Der revolutionäre Effekt des Begriffs der Autopoiesis liegt darin, daß Begriffe wie Komplexität, Steuerung, Operation, System/Umwelt-Beziehungen etc. reformuliert werden müssen; oder daß man versuchen muß, ohne Selbstreferenzkonzepte auszukommen, was kaum ernsthaft in Erwägung gezogen wird.“ (Luhmann 1994a: 191, Fn. 1)*

Wie kritisch man der soziologischen Systemtheorie seit Parsons auch gegenüberstehen mag, und wie skeptisch man vor allem ihrer doppelten Zuspitzung durch Luhmann begegnet, wenn er die Bestimmung funktionaler Erfordernisse von Systemen von ihrem Entstehungskontext, der Synthese des Handelns aus analytisch unterscheidbaren Komponenten eines „action frame of reference“, ablöst, und zur Identifikation funktional äquivalenter, evolutionär-kontingenter System/Umweltdifferenzen übergeht, die schließlich in das Konzept autopoietischen Selbstreproduktion kommunikativer Sinnsysteme mündet<sup>23</sup>: Eine grundlegende theoretische und reflektorische Leistung wird man ihr nicht generell absprechen können. Denn mit Parsons und jenen jüngeren Theoretikern, die ihre Entwürfe trotz allen Abstands auf eine genauere Rezeption seines Werkes stützen und so, wie Wenzel (1990: 14) meint, entweder die Parsons'sche Problemformel oder sogar die Grundzüge seiner Problemlösung akzeptieren, entwickelt sich eine komplexere und abstraktere Sicht auf das Problem sozialer Ordnung und sein Verhältnis zum prinzipiell offen-kontingenten (sozialen) Handeln. Wenn nach Parsons heute Jeffrey Alexander und Richard Münch in moderater Orthodoxie, Jürgen Habermas in kritischer Zurückweisung und dialektischer Aneignung sowie Niklas Luhmann dazulernend und radikalierend

---

<sup>23</sup> Daher wird oft von einem doppelten Paradigmenwechsel gesprochen: Erstens von der strukturfunktionalen zur funktional-strukturellen Theorie, dann vom System-/Umwelt-Paradigma zum Autopoiesis- oder Selbstreferenzkonzept. Zum Wechsel der Leitdifferenzen siehe Luhmann (1970, 1984: 23-29).

(Wenzel 1990: 13)<sup>24</sup> auf dessen Projekt einer universalen Sozialtheorie anknüpfen, bemühen sie sich alle um eine auflösungsstärkere Fassung der Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit sozialer Ordnung, die das Dilemma zwischen utilitaristischen Vertragsmodellen und idealistischem Normativismus<sup>25</sup> zu überwinden trachtet, ja es als universale Gegenüberstellung nicht mehr akzeptiert.

Stattdessen konstruieren sie theoretische Modelle, welche die Spannung zwischen Konformismus, vernünftiger und zufälliger Ordnung sowie kausaler Determiniertheit in einer Verschmelzung strukturierender und ordnender, sowie dynamischer und offener Faktoren aufheben sollen. Hier stehen nicht mehr unsozialisierte Individuen der prägenden Kraft des Sozialen oder natürlichen Bedingungen gegenüber, sondern es entstehen Handlungen aus einer Kombination unterschiedlicher Komponenten, die weder (kausal, normativ) notwendig noch rein zufällig sind.<sup>26</sup>

Freilich verzweigen sich bald die Pfade der unterschiedlichen Theoriebildungen und konstituieren spezifische Vereinseitigungen<sup>27</sup>. Identifiziert man die gemeinsame Problemformel der betreffenden Ansätze mit Wenzel als „die allgemeine Ordnung des Handelns“ (Wenzel 1990: 58), erkennt man, daß es „für diese Problemformel [...] zwei Lesarten [gibt] – je nachdem, ob man sie als *objektiven* oder *subjektiven* Genetiv sieht. Die erste bedient sich der Problemformel zu einer *makroskopisch-morphologischen*, die zweite zu einer *mikroskopisch-prozessualen* Problemsicht.“ (ebd.) Unabhängig von der Bewertung, ob die so drohende dialektische Gegenüberstellung gesellschaftlicher Strukturen oder des konkreten Vollzugs sozialen Handelns bzw. die ausschließliche

---

<sup>24</sup> Über die Berechtigung dieser adjektivischen Bestimmungen der jeweiligen Interpretation soll hier nicht gestritten werden. Ob z.B. Münch zur Parsons-Orthodoxie gehört und ob Luhmann gegenüber Parsons dazulernt, bleibt einer genaueren Analyse vorbehalten. Hier interessiert nur die Behauptung, daß alle genannten Theorien eine ähnlich abstrakte und universale Problemsicht übernehmen.

<sup>25</sup> Eine nähere Charakterisierung des idealistischen und utilitaristischen Dilemmas findet sich, ganz in Anlehnung an Parsons, bei Münch (1988: 233-239).

<sup>26</sup> Nicht zufällig gewinnt der Begriff der Kontingenz, der genau diesen Sachverhalt beschreibt, so große Bedeutung bei Luhmann (1984: 47, 83f., passim). Allerdings ist zu vermuten, daß dieser einerseits - bei der Ursachen- und Funktionsbestimmung gegebener Strukturen und Systeme - überstrapaziert und andererseits - bezüglich der Einflußmöglichkeiten der Akteure - zu gering veranschlagt wird.

<sup>27</sup> Es handelt sich zunächst nur um theoretische Vereinseitigungen, deren empirische Geltung nicht ausgeschlossen ist, in dem Sinne, daß auch die soziale Realität einseitig geprägt sein könnte. Rein formell wäre daher auch denkbar, Parsons eine Überpointierung der Multidimensionalität von Handlungen vorzuwerfen, falls diese im empirischen Handlungsvollzug nicht realisiert werden kann.

Betonung einer dieser Dimensionen, wie Wenzel meint, bei Parsons durch die Verknüpfung von Handlungstheorie und Strukturfunktionalismus letztlich vermieden werden kann<sup>28</sup>, führt die theoretische Disposition bei allen genannten Autoren zu einer inneren Verknüpfung der Beschreibung von gesellschaftlichen Dynamiken einerseits und der für die Konstitution des Sozialen grundlegenden Mechanismen andererseits – wenn man so will, zu einer Synthese von Gesellschafts- und Sozialtheorie<sup>29</sup>. Da das Handeln (oder später bei Luhmann: die Reproduktion von Kommunikationen) nur durch Bezug auf gegebene und sich verändernde Makrostrukturen erklärt werden kann, gleichzeitig diese Strukturen aber dynamisch gedacht werden müssen, ist der einseitige Rekurs auf eine dieser Seiten, etwa (nur) auf rational handelnde Akteure oder (nur) auf die Entwicklung normativer Muster, manchmal gar auf eine teleologische Entwicklungsrichtung der Geschichte (Marx, Spencer), nicht mehr möglich.<sup>30</sup> Dynamik, Struktur und Konstitution von Gesellschaft müssen also ineinanderfallen, was freilich jene oft beklagte theoretische Komplexität und damit auch eine gewisse Distanz zur Empirie zur Folge hat.

Gleichzeitig sagt der Anspruch, sowohl soziale Reproduktionsprozesse als auch gegebene Strukturmerkmale der Gesellschaft theoretisch zu verknüpfen, noch nichts über die Art und den Erfolg der versuchten Umsetzung aus. Es bleibt fraglich, welche Methoden und Aspekte – empirische Daten, systematische Klassikerexegese, das Bemühen des

---

<sup>28</sup> Auch Münch (1988, 1994: 59-61, 618-629) schließt sich diesem Urteil, allerdings auf Basis seiner Fortschreibung der Parsons'schen Theorie und bereits gegen Luhmann gewendet, immer wieder an.

<sup>29</sup> Diese Unterscheidung trennt explizite Theorien der Gesellschaft (als Ganzheit) von Theorien über Prozesse und Bedingungen, die soziales Handeln und die Reproduktion der Gesellschaft erst ermöglichen, also Strukturbeschreibungen von Konstitutionstheorien. Es ist wahrscheinlich, daß die Verbindung zwischen Modellen der Reproduktion des Sozialen und Ansätzen der Struktur- und Trendanalyse von Gesellschaften oder der Zeitdiagnose, zumindestens implizit, immer gegeben sein muß. Nicht alle Theorien und Studien, etwa Teile der Sozialstrukturanalyse und bestimmte Schichtungs- oder Konflikttheorien machen diesen Zusammenhang aber deutlich, die empirische Forschung widmet sich häufig keiner der beiden Probleme, wenn sie gewohnheitsmäßig Variablen korreliert. Ein hier nicht berücksichtigtes Beispiel für eine Theorie, die diese Aspekte systematisch aufeinander bezieht, ist die „Theory of Structuration“ von Giddens (1984).

<sup>30</sup> Mit diesem Hinweis auf die nötige Synthetik oder auch Symmetrie soziologischer Theorie als Gesellschafts- und Sozialtheorie, bzw. als Struktur und Handlungstheorie ist ein Anspruch verbunden, der später zum bevorzugten Kritikpunkt der jeweiligen Ansätze wird: Ich werde deshalb nachfolgend, in Kap. 2.2, darstellen, daß die Probleme in der und die Kritik an der Systemtheorie um die Notwendigkeit einer Re-Symmetrierung der enthaltenen Dimensionen kreisen, z.B. von Geschlossenheit und Offenheit, die mit den Differenzen von Akteur/System, Struktur/Prozeß und Mikro/Makro in Beziehung stehen.

Alltagsverstandes – die Theoriebildung auf welche Art kontrollieren können. Deshalb sind theoretische Entwicklungen möglich, die trotz eines ähnlichen Problemverständnisses nicht mehr miteinander kompatibel sind. So wählen Luhmann und Habermas in ihrer Reformulierung des Problems schließlich zwei widersprüchliche Optionen: „[...] zurück zu einer humanen Handlungstheorie bzw. voran zu einer radikalisierten Systemtheorie.“ (Wenzel 1990: 473). Letztere ändert die Wegrichtung, weil sie die gedachte reale Synthese von Handlungen aus den analytischen Komponenten des Handlungssystems nicht für tragfähig hält, um die reale Emergenz des Sozialen – also die empirische Wirklichkeit sozialer Reproduktion und gesellschaftlicher Strukturen – nachzuvollziehen.<sup>31</sup> Für Luhmann offenbart die Parsons'sche Theorie „die Unfähigkeit, die Selbsterzeugung der Systemelemente durch das System bzw. die Selbsterzeugung des Systems durch seine Systemelemente zu begreifen“ (Wenzel 1990: 56), was ihr demnach „den Blick auf das eigentliche Problem der modernen Gesellschaft, auf die funktionale Differenzierung von Teilsystemen [...] verstellt“ (ebd.: 40) und sie daher die reale Entstehung von Systemfunktionen (gesellschaftlichen Komponenten) aus konkreten Handlungen nicht bemerken kann.<sup>32</sup>

---

<sup>31</sup> Diese Beschreibung ist für Gegner der Luhmann'schen Konzeption sicher unannehmbar, gehen diese doch gerade davon aus, daß er die Strukturbeschreibung der Systeme zuungunsten der Berücksichtigung prozessualer Aspekte, also der Entstehung des Sozialen, vernachlässige. Daß dies im Hinblick auf *bestimmte* Reproduktionsprozesse zutrifft (vgl. nur Barben 88, 227ff.), ändert nichts daran, daß die Systemtheorie Differenzierung und Kommunikation als Prozesse erfaßt (so auch Mayntz 1988: 12).

<sup>32</sup> Man beachte die bewußt gewählte analoge Formulierung: Während bei Parsons empirische Handlungen aus der konkreten Synthese analytischer Komponenten entspringen, emergieren bei Luhmann empirische Systeme (reale Komponenten) als Synthese konkreter Kommunikationen, welche wiederum als Handlungen rekonstruiert werden könn(t)en. Diese mit der Autopoiesis-Annahme verbundene Invisibilisierung systemfundierender Handlungen und die möglicherweise bleibende Fiktionalität der Systeme (für den Wissenschaftler oder in den Orientierungen der Akteure, vgl. Schimank 1985) bleibt folgenreich!

Als Essenz dieser knappen theoriegeschichtlichen Bemerkungen bleibt festzuhalten, daß die gemeinte Umkehr des analytischen „Dekompositionsparadigmas“ (Mayntz 1988: 14) in eine empirisch-diagnostische Dekompositionsperspektive<sup>33</sup> genau jene Schwierigkeiten verursacht, mit denen die Systemtheorie zu kämpfen hat, wenn sie die Versuche und die Potentiale gezielter gesellschaftlicher Steuerung und intentionaler Integration in den Griff bekommen will. Denn wenn das Ergebnis der Konstitution der modernen Gesellschaft ihre Differenzierung in gleichrangige, selbstbezügliche Systeme ist, bedarf es eines hohen theoretischen und/ oder empirischen Aufwands, um ihre gegenseitige Verbundenheit oder zentrale Beeinflußbarkeit durch wechselseitige Abstimmung oder Kontrolle wieder herzustellen<sup>34</sup> – denn dann müßten selbst die Voraussetzungen von „Tausch, Hierarchie, Wahlen und Verhandlungen“ (Ulrich 1994: 121) als klassische Koordinationsmechanismen neu geklärt werden.

Daran wird sichtbar, daß die theoretischen Modellannahmen, welche die Reproduktion des Sozialen konzipieren, mit der theoretisch angeleiteten und daher selektiven Wahrnehmung bzw. Darstellung gesellschaftlicher Strukturen theoretisch interagieren. Dies verweist auf zwei, nachfolgend noch weiter auszuführende Gesichtspunkte: Erstens auf die gegenseitige Abhängigkeit, aber fehlende wechselseitige Re-/Deduzierbarkeit<sup>35</sup> der theoretischen Grundannahmen und der durch sie bezeichneten und mit ihnen

---

<sup>33</sup> Hier soll angedeutet werden, daß sich auch Parsons nicht auf eine rein analytische Betrachtung beschränkt. Vielmehr stellt die analytische Theoriekonstruktion „gleichsam den soziologisch vorweggenommenen Realprozeß dar.“ (Schimank 1996: 100f.) Die Grundlagen des „analytischen Realismus“, den Parsons methodologisch vertrat, können hier nicht dargestellt werden (dazu Wenzel 1990: 157-272). Wenn gilt: „Handeln durchläuft einen Prozeß der Selbstanalyse, um sich in Relation zu anderen Handlungen zu bestimmen.“ (ebd.: 474), könnte dies heißen, daß die analytischen Systeme zu realen Elementen des Wissensvorrats der Akteure oder der Gesellschaft kristallisieren.

<sup>34</sup> Dies gilt allerdings nur, wenn die Systeme nicht schon evolutionär irgendeine Rangordnung ausweisen.

<sup>35</sup> Demnach kommen mit der basalen Theorieanlage und der Identifikation „wichtiger“ gesellschaftlicher Strukturmerkmale zwei voneinander unabhängige Freiheitsgrade ins Spiel, die zwar beide an empirische Eindrücke anknüpfen können, aber immer schon Generalisierung und Abstraktion enthalten *müssen*, wenn Theorie nicht bloß nacherzählen, und eine Gegenstandsbeschreibung nur die „entscheidenden“ Merkmale aufzeigen soll. Zwischen den verschiedenen Teilen von Theorien, dem kategorialen Rahmen und weiteren Ebenen abnehmender Abstraktion, besteht, wie Klüver (1991: 216) zeigt, „empirische Kontingenz“. Je komplexer die Theorien und je größer ihre Gegenstandsbereiche werden, desto vielfältiger werden die möglichen Relationen zwischen diesen Ebenen und Elementen – deren Komplexität dann durch meta- oder außertheoretische Kriterien unzulässigerweise reduziert wird.

beschriebenen gesellschaftlichen Strukturmerkmale, weil letztere als zeitdiagnostische Aussagen nicht unmittelbar – d.h. ohne theoretischen Bezugsrahmen – aus empirischen Beobachtungen ableitbar sind, zugleich aber den rein kategorialen Aspekten der Theorie etwas (emergentes) hinzufügen. Und es zeigt zweitens, daß die Theorie funktionaler Differenzierung schon apriori eine ganz spezifische Perspektive auf die Gesellschaft kultiviert, welche schließlich die materialen Inhalte der theoretischen Konzepte mitbestimmt.

Vor diesem Hintergrund werde ich im folgenden Abschnitt eine genauere Differenzierung zwischen theoretischen Grundannahmen, zeitdiagnostischen Urteilen und empirischen Beobachtungen vornehmen. Diese Unterscheidung wird durch einige Überlegungen zu den grundsätzlichen Optionen gesellschaftstheoretischer Beschreibungen ergänzt. So wird plausibel, warum die Kontroverse um die Systemtheorie nicht kurzfristig und eindeutig aufgelöst werden kann. Im Hinblick auf den theoriestrategischen Zuschnitt der Systemtheorie erkennt man weiter, warum sie zugleich großen Zuspruch und ärgsten Widerstand erntet und ahnt bald, daß diese Polarisierung der Rezipienten wohl auch auf meta- und außerwissenschaftliche Faktoren verweist. Der Hinweis auf diese Dimension bereitet dann schon die auf die detaillierte Kritik an Willke vor, die, wie wir sehen werden, an normativen Fragestellungen nicht vorbeikommt.

Im darauffolgenden Abschnitt möchte ich die Vermutung entfalten, daß die Betonung der Nicht-Steuerbarkeit der Gesellschaft bzw. das Problem fehlender Koordination gesellschaftlicher Teilsysteme in der paradoxen Anlage der Begriffe Offenheit/Geschlossenheit schon vorweggenommen ist. Gerade deshalb, so scheint es, wird die Systemtheorie aber in empirisch orientierten Forscherkreisen aufmerksam verfolgt. In der verwirrenden Diskussion des Verhältnisses zwischen Selbst- und Fremdreferenz, sowie bei der Klärung der Frage, ob die Differenzlogik der Systemtheorie tatsächlich durchzuhalten ist, droht die Abgrenzung zwischen theoretischen Figuren und diagnostischen Feststellungen allerdings zu erodieren. Sind es vielleicht die selbstgeschaffenen Probleme ihres Theoriedesigns, die der Systemtheorie verbieten, gesellschaftliche Integration und Steuerung zu denken? Oder eignet sich eine differenzialistische Perspektive tatsächlich besser zur theoretischen Neufassung immenser praktischer Steuerungsprobleme?

## 2.1 Ebenen der Analyse: Theoretische Modelle, Zeitdiagnose und Empirie im Spannungsfeld meta-theoretischer Optionen. Konstruktivismus und Konstruierbarkeit einer selbstreferentiellen Theorie funktionaler Differenzierung

*„[...] denn es geht uns präzise um die Auflösung der Paradoxie, wie man mit falschen Annahmen wahre Erkenntnisse erzeugen könne, und es ist dieser Ansatz, der uns die Rückversicherung beim Subjekt ersparen soll.“ (Luhmann 1986a: 181)*

Wenn man, wie Schimank (1996: 17) vorschlägt, soziologische Theoriebestände als einen Fundus von Werkzeugen zur Erforschung der Gesellschaft begreift, gewinnt man dadurch zwar eine pragmatische und distanziert-ironische<sup>36</sup> Einstellung zu den oft mit großem rhetorischem Aufwand geführten und verhärteten Diskussionen in den Sozialwissenschaften, aber noch keine eindeutigen Kriterien für die Qualifizierung und Auswahl von Theorien. Dazu bedarf es zusätzlich einer Bestimmung des Untersuchungsproblems und des Erkenntnisinteresses, der Eigenschaften und Zuständigkeiten von Theorien sowie der Methoden zur Annäherung theoretischer Hypothesen an den beobachteten Gegenstand. In einem ersten Schritt unterscheidet Schimank deshalb vier „Abstraktionsstufen gesellschaftstheoretischer Analyse“ (ebd.: 17), nämlich erstens Analysen spezifischer historischer Vorgänge, zweitens Theorien gesellschaftlicher Entwicklungsphasen, drittens Theorien zu generellen Merkmalen gesellschaftlicher Entwicklungsstufen und viertens universelle Modelle zur Analyse gesellschaftlicher Strukturen und Dynamiken<sup>37</sup>. Theorien gesellschaftlicher Differenzierung ordnet er der dritten Ebene zu und weist auf die Notwendigkeit hin, daß sie „sozialphilosophische Spekulation durch historische Fakten kontrollieren und historische Fakten durch philosophische Ideen in größere Zusammenhänge stellen“ (ebd.: 19) sollten. Schon aus dieser Abgrenzung wird deutlich, daß die Übersetzung empirischer Befunde in

---

<sup>36</sup> Willkes ironische Intentionen könnten auch als pragmatischer Umgang mit Theorien ausgelegt werden.

<sup>37</sup> Meine zuvor eingeführte Unterscheidung zwischen gesellschaftstheoretischen Strukturbeschreibungen und sozialtheoretischen Konstitutionstheorien läßt sich nicht ohne weiteres der dritten und vierten Abstraktionsstufe zuordnen. Sie impliziert vielmehr eine Differenz zwischen Grundmodellen der sozialen Reproduktion und der theoriegeleiteten Identifikation gesellschaftlicher Grundstrukturen, trennt also eher Prozeß- und Strukturaspekt. Richtig ist aber, daß die „grand theories“ Parsons', Luhmanns, Münchs und Habermas' der vierten Abstraktionsebene zuneigen, da sie auch den Übergang von vormodernen zu modernen Gesellschaften in den Blick nehmen.

allgemeine Theorien nur indirekt, über den Umweg heuristischer Anleitung empirischer Forschung und integrierender Synthese der dort gemachten Befunde möglich ist (ebd.: 21) Zum besseren Verständnis der Transformation von konkreten empirischen Einzeleindrücken zu makroskopischen Gesellschaftsbildern lohnt es sich deshalb, eine Ebene zeitdiagnostischer Komprimierung zwischen der Mehrzahl empirischer Einzelbeobachtungen und der analytischen Konstruktion theoretischer Modelle anzunehmen. Der Hinweis auf diese Stufe der Vermittlung erlaubt es, das prekäre Verhältnis zwischen der Mikroebene empirischer Forschung und der Makroebene der Gesellschaftstheorie genauer zu fassen und kritischer analysieren zu können. Dadurch wird deutlich, daß die Absicht „empirisch gesicherte Information zu zeitdiagnostischen Thesen verdichten zu können“ (Honneth 1994: 20) von theoretischen Gewichtigungen und Entscheidungen gekennzeichnet ist, welche einerseits den ‚Mehrwert‘ höherstufiger Theorien konstituieren und andererseits die Gefahr des Einschleichens unzulässiger, da wissenschaftlich unbegründeter Urteile beinhalten.

Der Begriff der Zeitdiagnose konnotiert selbst schon die Spannung zwischen „theoriearmer Narrativität und sich selbst beflügelnder Theorieproduktion“ (Reese-Schäfer 1995: 379). Unbestrittener Bestandteil solcher Versuche ist die Nachfrage auch des nicht-wissenschaftlichen Publikums nach Denkanstößen und neuen Erfahrungen. Im Vergleich so unterschiedlicher Arbeiten wie Ingleharts Studien zum Wertewandel, Becks Individualisierungsthese, Schulzes „Erlebnisgesellschaft“, aber auch klassischer Texte von Simmel, Mannheim, Schelsky u.a. illustriert Reese-Schäfer die bedeutende Rolle von eher spekulativen, konkretisierenden, nicht streng explanativen, nur erfahrungskontrollierten Deutungen, um gesellschaftlichen Diskussionsstoff zu liefern, aber auch theoretische Innovationen zu befördern. Damit erreichen Zeitdiagnosen in seinen Augen eine gewisse „Eigenrationalität“ (ebd.: 383), die durch Interessantheit, Plausibilität, solide Recherche und innere Stringenz gekennzeichnet sei (ebd.). Im günstigsten Fall entwickle die Zeitdiagnose daraus eine „Urteilkraft, die jeweils an die verschiedenen Verfahrensweisen und Forschungsstände der Wissenschaft anknüpft und auch auf genau die Wissenschaften zurückgreift, die sie aus eigener Entscheidungskompetenz für relevant hält.“ (ebd.).<sup>38</sup>

---

<sup>38</sup> Demnach erfüllt die Zeitdiagnose auch eine nicht zu vernachlässigende Funktion in der pragmatischen Anwendung von Theorien, etwa in der Politikberatung, die für die Steuerungsdiskussion wenigstens als Fluchtpunkt der theoretischen Bemühungen von Bedeutung ist.



Sicher wäre es falsch, mit der Einführung dieser Kategorie der Zeitdiagnose die Aufweichung wissenschaftlicher Geltungskriterien festzustellen oder gar zu fordern. Die Ausführungen Reese-Schäfers eignen sich aber hervorragend zur Reflexion eines Teils der im Streit um die Systemtheorie und in der Evaluierung des Modells funktionaler Differenzierung wirksamen Argumentationsmuster. Sie zeigen einerseits, daß Plausibilitätsüberlegungen sowie Intuition oder Techniken der Verfremdung im Wissenschaftsalltag faktisch eine Rolle spielen und potentiell „progressive oder degenerative Problemverschiebungen“ (vgl. Lakatos 1974: 115) anstoßen können. Andererseits mahnen sie zur ständigen Überprüfung, ob solche externen, da nicht methodisch kontrollierten Faktoren die wissenschaftliche Theorieproduktion im Einzelfall zu stark beeinflussen oder den jeweiligen Theoretiker zur wissenschaftlichen Sorglosigkeit verführen. Im Falle der politisch höchst relevanten Frage, welches Konzept der Steuerung in der Praxis umgesetzt werden könnte, darf die Wechselwirkung wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion und pragmatischer wie praxeologischer Erwägungen jedenfalls nicht zu gering veranschlagt werden. Methodologisch kann an dieser Stelle deshalb zunächst nur die rhetorische Weisung erfolgen, daß eine Steuerungstheorie, die sich wissenschaftlich nennt, auch tatsächlich dem Prozeß wissenschaftlicher Prüfung unterworfen werden sollte. Der Kritik der Vorschläge Willkes vorgreifend wäre zu fragen, welchen Stellenwert die antizipierte Orientierungsfunktion seiner Theorie für die politische Praxis in ihrer Formulierung einnimmt, ob also die Form der Ironie, die er dem politischen System angesichts des Dilemmas abnehmender Steuerungskapazität und zunehmender Steuerungsanforderungen andient, tatsächlich eine theoretische Schlußfolgerung oder aber ein pragmatischer Ratschlag ist.<sup>39</sup>

Kein eindeutiger Ausweg, aber eine weniger in den meta-wissenschaftlichen Diskurs ausgreifende Strategie zur Einschätzung der Tragfähigkeit der systemtheoretischen Konzeption führt daher zurück zu wissenschaftlichen Traditionen, zur internen Logik und Struktur von Theorien. So kann man untersuchen, an welche Forschungstraditionen die Theorie anknüpft, welche meta-theoretischen Optionen sie ergreift wie sie bekannte Problemstellungen weiterentwickelt oder vertieft. Wie sparsam im Sinne der Prüfbarkeit

---

<sup>39</sup> Mir ist klar, daß der Rekurs auf den Titel der Buches „Ironie des Staates“ (1992) keine kompetente Zusammenfassung seiner theoretischen Position darstellt. Wie wir aber später sehen werden, stehen verwandte Begriffe der Dezentrierung, Selbstbeschränkung und des „Aushaltens der Paradoxie“ (Wagner 1994: 287) in seinen Arbeiten an zentraler Stelle, obwohl ihr de-/präskriptiver Charakter unklar bleibt.

sind die theoretischen Prämissen, wie gehaltvoll die Erklärungsmuster und welchen theoretischen Fortschritt versprechen sie? Zunächst kann man der Luhmann'schen Systemtheorie eine Konzeption von Sozialstruktur unterstellen, die sie trotz aller Unterschiede mit anderen Theorien sozialer Differenzierung teilt: „Für alle diese Ansätze ist charakteristisch, daß sie die Analyse von sozialen Beziehungen oder Gebilden zum Ausgangspunkt nehmen – von situationsgebundenen Interaktionen, Lebenszusammenhängen, institutionellen Ordnungen, sozialen Systemen. Handeln wird analysiert als Moment der Reproduktion solcher Zusammenhänge.“ (Peters 1994:150). Dadurch grenzen sie sich von „nominalistischen“ und „stratigraphischen“ Strukturkonzeptionen (ebd.: 144) ab, wobei erstere die Gesellschaft als Zusammensetzung aus demographisch und strukturell unterscheidbaren Teilpopulationen ansieht, deren Interaktion durch Klassifikation und Korrelation in Beziehung gesetzt werden können (ebd.: 145), während letztere eine Dominanz durchgängiger Schichtungs- oder Ungleichheitsmuster annimmt, wodurch soziale Dynamik als „individuelle oder kollektive Konkurrenz um die höheren Positionen in der gegebenen Stratifikationsstruktur oder als Versuch, die Struktur selbst zu verändern“ (ebd.: 147) begriffen wird. Während die nominalistische Position einen deutlichen Theoriemangel aufweist und daher nicht in der Lage ist, „die Mechanismen und konstitutiven Strukturen darzustellen“ (ebd.: 145), denen sich die beschriebenen Prozesse und das soziale Handeln verdanken, kämpft die stratigraphische Konzeption wie die auf ihr aufbauenden Macht- und Konflikttheorien mit der Schwierigkeit, erstens die herrschenden Schichtungsmuster auch angesichts vermuteter Tendenzen der „Entstrukturierung“ oder „Individualisierung“ aufzuspüren und zweitens anzugeben, welche gesellschaftlichen Abläufe die Entstehung, Auflösung oder Persistenz diese Muster hervorbringen.

Während die so gekennzeichneten Perspektiven also vorrangig die Merkmale von Prozessen *innerhalb* gegebener Formen der Vergesellschaftung untersuchen, nehmen sich Differenzierungstheorien den Eigenschaften, Veränderungen sowie der handlungsprägenden<sup>40</sup> Kraft gesellschaftlicher Strukturformen als solcher an. Dabei darf natürlich nicht übersehen werden, daß auch Stratifikation als handlungsprägende Struktur gelten kann und daß soziale Ungleichheit als vertikales gesellschaftliches Ordnungsprinzip quer zur Abgrenzung sozialer Einheiten, Sphären oder Systemen steht (Schimank 1996: 14). Wird trotzdem der Gesichtspunkt horizontaler Differenzierung als Zentralfokus oder

---

<sup>40</sup> Die Unterscheidung von handlungsprägenden und handlungsfähigen Einheiten oder Systemen findet sich u.a. bei Schimank (1988) und ist für die Diskussion systemischer Steuerungskonzeption bedeutend.

gar „als explanatorischer Universalschlüssel bei der Untersuchung sozialen Wandels“ (Schwinn 1995b: 28) gewählt, muß die Differenzierungstheorie entweder als nur eine von mehreren möglichen Strukturbeschreibungen der Gesellschaft gelten, die durch andere Perspektiven komplementär zu ergänzen wäre, oder es sind Zusatzannahmen nötig, welche horizontale bzw. funktionale soziale Differenzierung als primäre, anderen Differenzierungsformen übergeordnetes, sie ersetzendes oder auch hervorbringendes Ordnungsmuster ausweisen.<sup>41</sup>

Parsons konzipiert soziale Differenzierung daher noch als Spezialisierung von Handlungsbezügen, Sinnsphären und Rollenmustern, die auf der Grundlage gemeinsam geteilter Wertmuster und Situationsfaktoren integriert werden, und parallel dazu als analytische Differenzierung von Systemen des Handelns, zwischen denen wechselseitig Leistungen ausgetauscht werden („double interchanges“). Soziale Differenzierung heißt daher konkret Rollendifferenzierung in komplexen Sozialsystemen:

„A social system is, with respect to its structurally significant components, a *differentiated* system. [...] Hence the fundamental Fokus for the analysis of a system as a differentiated system concerns the ways in which roles within it are differentiated and, in turn, these differentiated roles are integrated together, that is ‘mesh’ to form a functioning system. [...] The individual and collective actors must be distributed between the various roles and role-clusters in the social system. Furthermore, so far as the roles involve instrumental orientations there must be facilities, and, so far as they involve expressive orientations, rewards.“ (Parsons 1979 [1951]: 114)

Auf diese Weise kann der funktionale Bezug von Systemen und Handlungen mit Mechanismen der Allokation von Personen auf Positionen innerhalb einer gegebenen Sozialstruktur verknüpft werden und so Ungleichheiten erklären oder legitimieren. Die

---

<sup>41</sup> So Luhmann/De Giorgi (248): „Das schließt natürlich nicht aus, daß man in einem sehr allgemeinen Sinn von einer Differenzierung der Rollen, des Geschmacks, von konzeptuellen und begrifflichen Differenzierungen sprechen kann. [...] In den folgenden Untersuchungen unterstellen wir aber, daß alle anderen Differenzierungsformen sich als Konsequenzen der Differenzierung von Systemen darstellen und deshalb durch die Differenzierung von Systemen erklärt werden können.“ Inzwischen realisiert die Systemtheorie selbst, daß funktionale Differenzierung schwerlich in der Lage ist, asymmetrische Prozesse, wie die des Ausschlusses von Bevölkerungsgruppen oder ganzer Teile der Weltgesellschaft aus den Funktionssystemen, zu erklären. Deshalb wird in jüngsten Beiträgen oft das Begriffspaar Inklusion/Exklusion verwendet, um solche Disparitäten nachvollziehen zu können (vgl. Fuchs/Schneider 1995).

empirisch zu identifizierende System-Funktionalität einer gegebenen Struktur ist der analytische Fokus der Theorie (daher „Struktur-Funktionalismus“), hat aber auch einen die tatsächlichen Handlungen und Prozesse sanktionierenden, legitimierenden, motivierenden oder anpassenden Realaspekt. Trotzdem stimmen reale soziale Muster nie komplett mit einer Funktion oder systemischen Handlungsorientierung überein: „Only in a limiting case, however, would the social structures which directly institutionalize the dominant value patterns [...] meet most of the functional prerequisites of a going society. There will, then, in the same society, be other structures which are adaptive in a still broader sense, in that they are organized primarily by the institutionalization of patterns other than the dominant value patterns“ (ebd.: 168f.).<sup>42</sup>

Schon hier klingt zwar die theoretische Erwartung an, daß moderne Gesellschaften dazu tendieren, immer komplexere Strukturen auszubilden, welche die Erfüllung der vier Grundfunktionen (Adaptation, Goal-Attainment, Integration, Latent Pattern Maintenance) sicherstellen, indem die Individuen in ihren Rollen- und Wertbezügen die zugehörigen Orientierungen realisieren. Vorrangig steht funktionale Differenzierung aber für das „Prinzip der Konstruktion einer Theorie“ (Schimank 1996: 100), das zwar der notwendigen Arbeitsteilung, Delegation und Stellvertretung der Gesellschaft Rechnung trägt, diese Prozesse aber nicht ohne das grundlegende Moment ihrer Verbundenheit durch die Integration im Handeln denken kann. Eine Zuspitzung der Differenzierungsperspektive als empirisch-diagnostischer Befund, ja sogar als zentrales *Prinzip der Konstitution der Gesellschaft* ist insofern sehr unwahrscheinlich, solange nicht die Prämissen der sie fundierenden Handlungstheorie in Frage gestellt werden.

---

<sup>42</sup> Auf die im Zitat anklingende Unterscheidung zwischen den Feldern des AGIL-Schemas und den pattern-variables werde ich hier nicht eingehen, weil beide auf ihre Art einen funktionalen Bezug und eine Orientierung an normativen Mustern symbolisieren. Für beide gilt die Einschränkung, daß empirische Systembildungen nie nur eine, analytisch reine Funktion / Orientierung erfüllen.

Wenn also Luhmann das Prinzip funktionaler Differenzierung zum charakteristischen Merkmal und zum *Movens* der modernen Gesellschaft ernennt, handelt es sich dabei *auch, aber nicht nur* um eine verallgemeinerte Strukturannahme oder diagnostische Pointierung. Vielmehr werden damit zugleich das Modell sozialer Reproduktion (Konstitutionstheorie), die Typenbestimmung der modernen Gesellschaft (Strukturbeschreibung) und die analytische Verbindung zwischen steuernden und dynamisierenden Faktoren (normativistische oder voluntaristische Handlungstheorie), wie sie bei Parsons vorliegen, zur Disposition gestellt.

Im neuen Konzept der selbst-substitutiven Stabilisierung ausdifferenzierter Kommunikationszusammenhänge fallen die Abgrenzung differenter Einheiten (Systemtheorie), ihre permanente dynamische Entwicklung (Evolutionstheorie) und die strukturelle Rahmung des gesellschaftlichen Ganzen (Strukturbeschreibung) zusammen: „Die Einheit des Ganzen wird ersetzt durch die Differenz von System und Umwelt“ (Schwinn 1995b:26), die „von allen intentionalistischen Konnotationen gereinigte Logik der Differenzierung ist hier absolut“ (ebd.) und „der teleologische Grundzug von Parsons' Differenzierungstheorie“ (ebd.) wird gestrichen. An ihre Stelle tritt der Primat funktionaler Differenzierung als diagnostischer Befund *und* theoretische Konstitutionsperspektive.

Abgesehen von der Frage, welche Faktoren – etwa die Entwicklung einer unabhängigen Geldwirtschaft (Luhmann 1984: 518f.), die Diffusion von Schrift und Buchdruck (ebd.: 409f.), die Lockerung moralischer Bindungen (ebd.: 321-325), die Differenzierung von Gesellschaft und Interaktion (ebd.: 551ff, 585) – historisch den evolutionären Übergang von stratifikatorischer zur funktionaler Differenzierung<sup>43</sup> hervorgebracht haben. Als primäre gesellschaftliche Strukturform und als primäres soziales Strukturierungsprinzip erlangt funktionale Differenzierung einen theoretischen Doppelstatus, der zugleich Prozeß und Struktur<sup>44</sup>, Ursache und Wirkung bezeichnet<sup>45</sup>. Hier realisieren nicht Akteure komplexe

---

<sup>43</sup> Eine sehr komprimierte Zusammenfassung möglicher gesellschaftlicher Differenzierungsformen, des Übergangs von einer Form zu anderen und des Primats funktionaler Differenzierung findet sich in Luhmann/De Giorgi (1995: 254-260, 302-316).

<sup>44</sup> Zur Unterscheidung von Prozeß und Struktur siehe Luhmann 1984: 73-75, 388-394. Diese Gleichsetzung gelingt nur durch Verweis auf Zeit, evolutionären Zufall oder Geschichte. Daß sie in der Temporalisierung von Komplexität, bzw. der Reproduktion selbstreferentieller Ereignisse „aufgehoben“ wird, ist ein Grund für den kontra-intuitiven Status sozialer Systeme: Sie sind kontingente Relationen von Elementen, die sich im Zusammenwirken ihrer eigenen Strukturen und Prozesse in punktförmigen Ereignissen selbst realisieren.

Synthesen aus gewichteten Bezügen des Handelns und es streiten nicht konkurrierende gesellschaftliche Gruppen um Unterordnung und Autonomie: Statt dessen entwickeln sich funktionale Bezüge aus dem Zusammenspiel kontingenter Selektionen in vorstrukturierten, prozessierenden Kommunikationen und in, sich durch solche rekursive Verweisungen von der Umwelt abgrenzenden, sozialen Systemen: „Das Auswechseln von Handlung durch [...] Kommunikation als elementare Einheit ist also die konsequente Folge der Konzipierung sozialer Systeme als autopoietischer Systeme und des daraus erwachsenden analytischen Interesses an Anschlußfähigkeit.“ (Schimank 1996: 149)

Im Umbruch zur Moderne werden die „Gesellschaft und in ihr viele soziale Systeme in weit höherem Maße zur Kommunikation von Selbstbeobachtung befähigt“ (Luhmann 1984: 410), wodurch „auf der Grundlage der Differenz von Handeln und Beobachten langfristig gesehen Funktionsbezüge herauskristallisiert und der strukturellen Entwicklung zugrunde“ (ebd.: 411) gelegt werden. Bei dieser Evolution und Stabilisierung von Selbstbeobachtung(sfähigkeit) „handelt es sich um einen kreativen, morphogenetischen Mechanismus, der Ereignisse auf Funktionen hin abtastet und das Resultat gelegentlich in erfolgreichen strukturellen Errungenschaften festhält. Sie enthält keine Garantie dafür, daß der Strukturaufbau das Bestmögliche realisiert oder auch nur das Los der Menschen verbessert. Die Operation ist nicht abhängig von einer Antezipation ihres Resultats.“ (ebd.). Der klassische Handlungsbegriff, ein eindeutiger Funktionsbezug und jede privilegierte Determinante sozialen Wandels außerhalb der historischen Gesamtheit der Kommunikationen fallen aus dem Theoriekonzept<sup>46</sup>: „Die Einheit des Gesamtsystems liegt in der Art seiner Operation und im Formtypus seiner Differenzierung. Je deutlicher die gesellschaftliche Evolution auf eine einzige Art von Operationen, nämlich sinnhafte Kommunikation, und auf einen Primat funktionaler Differenzierung gegenüber anderen Formen der internen Systembildung hinausläuft, desto prägnanter bilden sich entsprechende Strukturen aus. Dem müssen dann auch, unter Abstreifen aller Anachronismen, die begrifflichen und theoretischen Instrumentarien angepaßt werden, mit denen die Gesellschaft in ihrem Wissenschaftssystem, hier in der Soziologie, sich selbst beschreibt.“ (Luhmann 1986b: 202)

---

<sup>45</sup> Was seine Ausformulierung und Begründung im Modell der basalen Zirkularität autopoietischer Systeme findet (Maturana 1985).

<sup>46</sup> Was freilich durch die Rekonstruktion von Semantiken und ihre Unterscheidung von der Sozialstruktur abgefangen werden soll.

Mit diesen Äußerungen landen wir wieder bei der Ausgangsfrage des Abschnitts, dem prekären Verhältnis von theoretischen Annahmen, zeitdiagnostischen Urteilen und empirischen Referenzen. Denn die Luhmann'sche Theorieanlage will intern selbst nachvollziehen, was sie in der empirischen Gegenwart der modernen Gesellschaft diagnostisch auszumachen glaubt, und es „autologisch“, d.h. selbstbeobachtend, auf sich zurückbeziehen (vgl. Luhmann 1991: 150). Das Prinzip funktionaler Differenzierung wird also ins Theoriedesgin zurückgespiegelt. Dies und der universalistische Zuschnitt der Theorie haben, wie Barben passend darstellt, Konsequenzen auf allen Ebenen ihrer Anwendung, sei es theoretisch, empirisch oder pragmatisch:

„In Luhmanns Theorieansatz ist einerseits die moderne Gesellschaft das aus Problematiken der Reduktion von Komplexität und der Überbrückung doppelter Kontingenz erwachsene, universale Produkt soziokultureller Evolution. Andererseits werden die universaltheoretischen Konzepte in der „modernen Gesellschaft“ gebündelt, verdichtet, beziehen von ihr her ihren konkretisierenden Sinn. Wenn demnach die Entstehungs-, Struktur-, Funktions- und Entwicklungsprinzipien der modernen Gesellschaft universale sind, verknüpft sich das Schicksal des Gesellschaftstyps mit dem der Welt insgesamt. Im Raume der Theorie verschmelzen theoretischer Zugriff und politischer Eingriff, Perspektive auf die Praxis und praktische Konsequenz. Das Struktur- und Wirkungsdispositiv der modernen Gesellschaft - die ihr zugeschriebenen Charakteristika und Funktionsprinzipien, Entwicklungsperspektiven und Folgen - steht mit der Theorieanlage bzw. dem Netz begrifflicher Artikulationen in einem Verhältnis wechselseitiger Konstitution.“ (Barben 1996: 100f.)

Damit sind mehrere Dimensionen angesprochen, die den meta-theoretischen Zuschnitt der Systemtheorie sowie den explanatorischen und diagnostischen Status des Konzepts „funktionale Differenzierung“ betreffen. Erstens wäre zu fragen, welche erwarteten Gewinne eine beinahe selbsttragende Theoriekonstruktion und gegenüber welchen Positionen sie sich dabei abgrenzt, was auf disziplinäre Traditionsbrüche und epistemologische Entwicklungen verweist. Zweitens muß geklärt werden, welche Aspekte funktionaler Differenzierung sich beschreibend und erklärend auf welche realen Aspekte der Gesellschaft beziehen, um die Reichweite der Perspektive abzuschätzen. Im Hinblick auf das Problem der Steuerung wird dann deutlich, wie das diagnostische Generalpostulat der Systemtheorie schon die Fragestellung reformuliert.<sup>47</sup>

---

<sup>47</sup> Wodurch die gegebenen Antworten sich vielleicht nur noch eingeschränkt auf die ursprüngliche Problematik beziehen lassen!

Man kann inzwischen davon ausgehen, daß der Rezeptionserfolg der Theorie Luhmanns sich der „Nachfrage nach einer modernen Theorie der Soziabilität, einer Theorie, die sicherlich nicht von sinnstiftend universalem, aber doch von hinreichend allgemeinem Charakter sein müßte, um den Problemlagen und dem Forschungsstand der soziologischen Teildisziplinen gerecht werden zu können.“ (Wagner/Zipprrian 1992: 403f) verdankt. Um die Systemtheorie als einen Ansatz zu identifizieren, der dieser Nachfrage nachzukommen versucht, möchte ich wenigstens kurz die meta-theoretischen Präferenzen nennen, auf denen Luhmann seine Theorie aufbaut, um das Ungewöhnliche und Unwahrscheinliche ihrer Machart zu rechtfertigen, und die er selbst zu notwendigen Voraussetzung einer modernen Gesellschaftstheorie erklärt. Diese bestehen, soweit ich sehe, in den Entscheidungen für:

1. erstens einen erkenntnistheoretischen Konstruktivismus,
2. zweitens eine radikalisierte Fassung des Emergenzphänomens,
3. drittens eine prozessuale Konzeption sozialer Reproduktionsmechanismen als semantische Netzwerke, die sich zu selbst-reproduzierenden symbolischen Makrostrukturen ausprägen,
4. und viertens den kompletten Verzicht auf apriorische Ordnungsgaranten im Objektbereich der Theorie der Gesellschaft.

Ich werde nachfolgend exemplarisch vor allem auf den ersten Punkt eingehen, da die anderen Präferenzen entweder daraus folgen oder aber in ähnlicher Weise begründet werden. Sie alle sollen nämlich aus traditionellen Schwierigkeiten der Soziologie herausführen, indem sie die Theorie so modern halten wie ihren Gegenstand.

Zu 1) „Hier besteht der Paradigmenwechsel in der Umstellung von einem in der heutigen Soziologie gemeinhin praktizierten Realismus, der von der Möglichkeit zutreffender Repräsentation von Außenweltphänomenen in der Erkenntnis ausgeht, auf einen Konstruktivismus, der jegliche Erkenntnis als Eigenleistung des erkennenden Systems ansieht.“ (Teubner 1991: 288) Demzufolge kann wissenschaftliche Erkenntnis, wie Kognition überhaupt, ihre Beobachtungen auf nichts anderes gründen, als auf die Gewinnung von „Eigenwerten“ aus internen Prozessen rekursiver Verknüpfung von Beobachtungen. „Eine Beobachtung führt zu Erkenntnissen, wenn und insoweit sie im System wiederverwendbare Resultate zeitigt“ (Luhmann 1990c: 40). Da aber „alle Unterscheidungen und Bezeichnungen rein interne rekursive [...] Operationen eines Systems sind“ (ebd.), ist Erkennen „weder Copieren, noch Abbilden, noch Repräsentieren einer Außenwelt im System. Erkennen ist das Realisieren kombinatorischer Gewinne auf



der Basis der Ausdifferenzierung eines gegen seine Umwelt geschlossenen Systems“ (ebd.: 41), das durch wiederholte Anwendung derselben Operationen (des Erkennens) zur Kondensierung von Sinneinheiten und fortgesetzt „zu einer weiteren Anreicherung des kondensierten Sinnes und schließlich zur Abstraktion der Bezeichnung für das, was in den verschiedenen Beobachtungen als Dasselbe erscheint“, (ebd.: 45) gelangen kann. Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt auf diese Weise zusammenkommt und damit eine Macht gewinnt, die in keiner einzigen Operation zur Disposition gestellt werden kann.“ (ebd.: 45)

Luhmanns Konstruktivismus, den man einen „operativen Konstruktivismus“<sup>48</sup> nennen könnte, speist sich aus verschiedenen Quellen<sup>49</sup> und kombiniert erneut die systemtheoretische Analyse mit einer – der empirischen und diagnostischen Beobachtung von Mensch und Gesellschaft abgewonnenen – generalisierten Differenzannahme<sup>50</sup> sowie mit der Forderung nach theoretischer Selbstreflexion. Ihre Eigenart „liegt in der Kombination von konstruktivistischer mit differenztheoretischer Wissenschaftstheorie“ (Luhmann 1990a: 519) und soll auf dem Wege der Dauerreflexion der paradoxen

---

<sup>48</sup> In Abgrenzung zum „radikalen Konstruktivismus“, dessen Realitätszweifel Luhmann zwar teilt, den er aber des unfruchtbaren Nachweises des fehlenden Zugangs zur objektiven Realität entheben will (vgl. v.a. Luhmann 1990a. 521-531). Statt dessen geht es ihm darum, zu zeigen, *welche* Selektivitäten und Eigenwerte beobachtende Systeme hervorbringen, wenn und weil das Erkennen „keine unmittelbare Korrespondenz mit Gegenständen der Außenwelt“ (ebd.: 528) aufweist. Da erkennende System immer „empirische, daß heißt beobachtbare Systeme in einer wirklichen Welt“ (ders. 1990c: 41) sind, können mit Hilfe der Systemtheorie Beobachtung höherer Ordnung angestellt werden, die zwar nicht auf „wahre“ Erkenntnis, wenigstens auf informierte Formen der „Paradoxierreflexion“ (ders. 1990a: 529) hinauslaufen.

<sup>49</sup> Die „Biologie der Kognition“ von Maturana (1982: 32-80) und die kybernetischen Arbeiten Heinz von Foersters (1985), die insbesondere die Begriffe des Eigenwerts und der Beobachtung zweiter Ordnung behandeln, können als Fundament gelten. Deren Versuche „zur Epistemologisierung der Naturwissenschaften“ (Luhmann 1991: 149, Fn. 7) und damit zur „Naturalisierung der Epistemologie“ (ebd.) müssen aber durch das differenzlogische Indikatorenkalkül George Spencer Browns (1979) und die Konzepte einer „operationsfähigen Dialektik“ Gotthard Günthers (1976) ergänzt werden, damit sich trotz der Verabschiedung einer beobachterunabhängigen Realität sowie der unutilgbaren blinden Flecken und Paradoxien jeder Selbstbeobachtung ein nicht beliebiges Erkenntnismodell formulieren läßt.

<sup>50</sup> Der funktionalen Differenzierung von Teilsystemen auf der Ebene der modernen Gesellschaft, kann auf der Ebene der psychischen Systeme die gegebene Verschiedenheit/Differenz individueller Bewußtseinsvorgänge in dem Sinne zugeordnet werden, daß die Nichtübereinstimmung individueller Kognitionen, Emotionen, Weltsichten als epistemologische und empirische Prämisse, die Abgeschlossenheit teilsystemischer Operationen als diagnostischer Befund konstitutiv in die Theorie eingehen.

Konstitutionsweise des Wissenschaftssystems, dessen interne Unterscheidung von wahr und falsch „nicht selber nur entweder wahr oder unwahr sein“ (ebd.: 520) kann und daher „ihr eigener blinder Fleck ist“ (ebd.), zu einer angemessenen Beschreibung der modernen Wissenschaft gelangen: „Das Problem ist nur noch, wie Unterscheidungen und Bezeichnungen angesetzt werden können, um systeminterne Anschlußfähigkeiten zu organisieren,“ (ebd.: 528) und wie das Wissenschaftssystem durch re-entry diese seine Differenz zur Umwelt beobachten und dadurch sehen kann, daß wissenschaftliche Erkenntnis eben nur wissenschaftliche Erkenntnis, also paradox konstituiert ist (ebd.: 529). Wissenschaftstheorie als operativer Konstruktivismus leistet folglich nicht mehr, als der „Wissenschaft eine für die moderne Wissenschaft adäquate Reflexionstheorie“ (ebd.: 531) an die Hand zu geben, die genau das aussagt, was im Prinzip funktionaler Differenzierung schon inbegriffen ist, daß nämlich Wissenschaft „ein durch Ausdifferenzierung geschlossenes, funktionspezifisch codiertes Teilsystem ist.“ (ebd.: 530f.) Obwohl – Luhmann würde wohl eher sagen: weil – „die Erkenntnistheorie [nicht Grundlagen, Argumente oder gar Gewißheit anbieten kann [...] und nicht länger als Theorie der Begründung des Wissens aufgefaßt werden“ (Luhmann 1990c: 58) kann, ist der „Konstruktivismus die Form, in die die Reflexion des Wissenschaftssystems angesichts der eigenen Extravaganzen gerinnt; die Form, in der das immer unwahrscheinlichere Unterscheiden schließlich als Eigenleistung des Wissenschaftssystems erkannt wird“ (ebd.). Nur so gelingt es, „die Gesellschaft in irritierender Weise darauf aufmerksam zu machen, was sie sich leistet, wenn sie sich Wissenschaft leistet.“ (ebd.)

Man könnte darin natürlich eine Strategie zur Immunisierung der Systemtheorie aufspüren, da sie ihre Konstruiertheit schon vorwegnimmt und die Existenz privilegierter Weltsichten, also auch überlegenerer Theorieperspektiven, leugnet. Diese Argumentation müßte aber auf einer realistischen Position, etwa der des kritischen Rationalismus, verharren, gegen die sich dann seitens der Systemtheorie trefflich zurückfeuern ließe, nimmt sie doch bei den gleichen Problemen, der Unmöglichkeit verifizierter Erkenntnis und der nur wissenschaftsintern einlösbaren Falsifikation, ihren wissenschaftstheoretischen Anlauf. Wichtiger erscheint mir der jetzt noch deutlicher werdende Eindruck, daß theoretische Modelle (hier: ein konstruktivistisches Programm) und diagnostische Referenzen (hier z.B. die fehlende moralische Legitimierbarkeit und Lebensweltferne wissenschaftlichen Wissens) in der Figur der Selbstbeobachtung oder der Reflexion ihre Einheit finden: Die Systemtheorie ist ihre eigene Wissenschaftstheorie und die Wissenschaftstheorie nur noch als Systemtheorie operabel, weil das Wissenschaftssystem sich zu anderen Systemen

different setzt und dieses selbst beobachten kann. So wirken die Bausteine „funktionale Differenzierung“ und differenz-logische Systemanalyse als organisierendes Zentrum, das sowohl den Theorieaufbau und empirische Beobachtungen steuert als auch das Korrektiv für die Richtigkeit der Theorie und die Reflexion ihrer pragmatischen Folgen bildet.

Hier erkennt man schnell das Ineinandergreifen gesellschaftstheoretischer Beschreibung und pragmatischer Orientierung wieder: „Denn von der Beschreibung der grundlegenden Konstitution einer Gesellschaft hängt ihre Begreifen und davon ihre Bewertung ab. Die theoretische Interpretation gesellschaftlicher Wirklichkeit nimmt, insofern sie wirksam ist, teil an ihrer – interpretationsgeleiteten – gesellschaftlichen Projektierung.“ (Barben 1996: 117). Wieder kann man einem solchen Begründungszirkel, wonach gesellschaftliche Wirklichkeit aus Netzwerken ausdifferenzierter Kommunikationssysteme besteht, deren einer Teil, das Wissenschaftssystem, der Logik selbstreferentieller Produktion nicht entkommen kann, und sich eben deshalb auf die Beobachtung dieser Paradoxie beschränken muß und sollte, natürlich vehement widersprechen. Dies schliesse aber ein, sich der pragmatischen Absicht, den eigenen Standpunkt und wissenschaftliche Erkenntnisschranken zu reflektieren, sehr weitgehend zu entziehen oder aber den Geltungsbereich der diagnostischen Differenzierungshypothese und ihre Verallgemeinerung zur Differenzlogik einzuschränken.<sup>51</sup>

Dem Konstruktivismus ist jedenfalls mit dem Hinweis auf seine zirkulären Erkenntnisformen kaum beizukommen, da er, wie Knorr-Cetina herausstellt, selbst schon davon ausgeht, „daß Regresse nicht beendet werden können, sondern zugespitzt werden müssen, und daß man sich Zirkeln nicht entziehen kann, sondern diese 'umarmen' muß.“ (Knorr-Cetina 1989: 93)<sup>52</sup> Obwohl sie in ihrer Charakterisierung dreier „Spielarten des Konstruktivismus“<sup>53</sup>

---

<sup>51</sup> Daß dies möglich und vielleicht sogar nötig ist, wird hier nicht bestritten. Es soll hier nur auf die interne Logik des Übergangs vom selbstreferentiellen Differenz(ierungs)modell zur zugespitzten Reflexion auch der eigenen Position und zum unentwegten Oszillieren um Paradoxien und Tautologien hinzuweisen, die Willke später unterbrechen will.

<sup>52</sup> Parallel dazu bemüht Luhmann bekanntlich ständig die Figur des Invisibilisierens oder Entfaltens von Paradoxien, die für ihn Operationsmodus sozialer Systeme und Beobachtungsform der Theorie ist.

<sup>53</sup> Knorr-Cetina nennt hier den Sozialkonstruktivismus etwa Berger/Luckmanns, der das soziale „Gemachtsein“ der Welt ihrem nur fiktiven „Gegebensein“ gegenüberstellt (ebd.: 87-88); den kognitionstheoretischen Konstruktivismus (ebd.: 88-91), der epistemologisch die Unmöglichkeit ontologischer Welterkenntnis propagiert; und den „empirischen Konstruktivismus“, der selbstreflexiv soziale Konstruktionsprozesse nachvollziehen will (ebd.: 91-95).

die Luhmann'sche Variante nicht systematisch berücksichtigt, weist sie in ähnlicher Weise auf das Fehlen einer Essenz der sozialen Realität hin, „die man unabhängig von den sie konstituierenden Mechanismen identifizieren könnte“ (ebd.: 92), und „daß auch soziologische Grundbegriffe und Modelle zunächst dem Analysebereich angehören“ (ebd.), wodurch eine „Selbstanwendung“ (ebd.: 93) der Theorie auf sich selbst nötig wird. Gleichzeitig macht Knorr-Cetina, die ihrerseits eine starke empirische Orientierung vertritt, aber auf zwei prinzipielle Möglichkeiten des Unterbrechens der scheinbar richtungslos dahintreibenden, wechselseitigen Konstitution von theoretischen Konstruktionen, empirischen Beobachtungen und gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen hin: Als erste Exit-Option aus der Selbstbezüglichkeit nennt sie einen „utilitaristisch-pragmatischen *Falsifikationismus*“ (ebd.: 90), der „sich zu einer Präferenz für die Falschheit seiner Modelle entschließt und Empirizität auf einen Abgleich des Modelloutputs mit der Resistenz der Wirklichkeit reduziert“ (ebd.: 94), die aber bekanntlich potentiell unbekannt ist und deshalb auf ein pragmatisches Kriterium der „Nützlichkeit bzw. Orientierungsfähigkeit“ (ebd.: 90) einer Theorie gebracht werden muß. Dieser Ausweg, die Bewertung von Theorien anhand ihres orientierenden oder reflexiven Potentials, kann auch in einen „*aktionistischen, normativen* [...] Pragmatismus“ (ebd.: 91) münden, dessen Resistenz- bzw. Bewährungskriterium dann die gelingende Orientierung oder Beeinflussung der Praxis (auch der Wissenschaft) in die gewünschte normative Richtung wird.<sup>54</sup> Als zweite Lösung des Trilemmas und als Fluchtweg vor allgemeiner, substantieller Theorie, die es als universell gültige ja nicht geben kann (ebd.: 92), präsentiert sie „Selbstanwendung als *empirische Analyseaufgabe*“ (ebd.: 94): „Kriterium von Wissen im Sinne einer Bemessungsgrundlage für die Gültigkeit des Versuches ist im vorliegenden Fall [...] die *Erweiterung von Welt*“ (ebd.). Der empirische Konstruktivismus ist also eine „*Entdeckungstechnologie*“ (ebd.), welche die „Erschließung der verschiedenen Konstruktionsapparate (oder Systeme), innerhalb derer soziale Realität generiert wird“ (ebd.: 95) für unumgänglich hält. Da er aber einer „Modellbildung auf Distanz genügend Phantasie“ (ebd.) nicht zutraut, soll die Empirie, mit der die Soziologie in konkreten Kontakt

---

<sup>54</sup> Sie spielt damit auf Maturana (1985: 269, 312) an, der Wissenschaft an das ethische Prinzip des Respekts vor dem Leben binden will. Auf dieser Ebene argumentieren aber auch Barben (1996: 252-267), der Luhmann zuhauf politische Implikationen und eine Apologetik der Moderne nachweist, und Münch (1994: 393), der Luhmanns Theorie der Politik als „Politik der Theorie“ verstanden wissen will. Ihrer beider Problem wird dann aber, daß sie sich in konstruktivistischer Sicht nun selbst zu einer Gegenposition bekennen müssen, da ja die objektive Welterkenntnis ja geleugnet wird.

treten muß, eine Symmetrie zwischen Theoriebildung und den Selbstbeschreibungen der Handelnden herstellen. Explorative Feldforschungen ersetzen hier eine nur noch pragmatisch kontrollierbare Theorieproduktion und tauschen, in Knorr-Cetinas Worten: das „Fiktionalitätsprinzip“ radikaler, erkenntnistheoretischer Konstruktivisten durch das „*Analysierbakeitsprinzip*“ (ebd.) der Empiriker.<sup>55</sup>

Wie wir gesehen haben, wählt Luhmann nicht den zweiten Weg, bekennt sich aber ebenfalls nicht zum ersten. Er setzt nicht auf empirische Forschung, sondern darauf, daß die Realität der Operationen des erkennenden Systems (bsp. Wissenschaft) ihre Realität, ihre Empirie in ihren eigenen Operationen erkennen muß, wenn sie sich selbst beobachtet (bzw. als Wissenschaft notwendig universal und reflektorisch ansetzt). Das Realitätskorrelat für die Theorie ist zwar faktisch die diagnostische Annahme einer funktional differenzierten Gesellschaft, diese kann eine konstruktivistisch aufgeklärte wissenschaftliche Selbstreflexion aber in der Entdeckung ihrer eigenen Paradoxie schon erkennen: Denn „die Reflexion der Erkenntnis erkennt sich selbst als Moment ihres Gegenstandes“ (Luhmann 1990a: 545) und bestätigt damit „die Selbstreferenz des Systems, das diese Reflexion vollzieht.“ (ebd.) Von nun an „ist es undenkbar, jemals zur verletzten Einheit der Welt zurückzukehren oder sie auch nur zu erfassen.“ (ebd.) Wird so die „prinzipielle Systemrelativität aller Beobachtungen und Beschreibungen“ (Luhmann 1984: 656) offenbar, werden „Fragen der Letztbegründung“ (ebd.) in die „Logik universalistischer Theorien“ (ebd.) verwiesen, „die dazu zwingt, alles, was sie über ihren Gegenstand ausmacht, an sich selbst auszuprobieren.“ (ebd.) Luhmann sucht bewußt diese paradoxe Zuspitzung und gibt sie als Ende aller ontologischen Gewißheiten, aber als Anfang systemtheoretisch aufgeklärter soziologischer Aufklärung aus. „Alle Transparenz, die zu gewinnen ist, ist dann Transparenz der Interaktionen mit dem Objekt und der dazu nötigen Deutungen.“ (ebd.: 657) „Von hier aus wird die Welt neu gesehen“ (ebd.: 658), aber wenigstens in einer Weise, die es erlaubt, „ihre eigene Selbstreferenz zu präsentieren.“(ebd.: 660)

Auf problematische Weise wird hier die Vorstellung der Absolutheit der Differenz systemischer Operationen und Beobachtungen fixiert, da die Universalität des Erkenntnis-

---

<sup>55</sup> Die ausführliche Darstellung dient einem (pragmatischen!) Zweck: Es soll die These vorbereitet werden, daß Willke eine Veränderung des Orientierungsfocus der Systemtheorie anstrebt, während die kritische Bezugnahme Schimanks ihre empirische Symmetrierung, also ihre Konfrontation mit den Selbstbeschreibungen der Akteure zum Gegenstand hat.

theoretischen Zirkels nirgendwo unterbrochen, statt dessen in die universelle Zirkularität der Argumentation verlagert wird<sup>56</sup>. Die Möglichkeit des Abstimmens interner Beobachtung und externer Referenzen zwischen den Systemen wird von vornherein marginalisiert, da ein potentiell Übereinstimmen der Beobachtungen aufgrund der prinzipiellen Nicht-Übereinstimmung der Operationen ausgeschlossen ist<sup>57</sup>. Mir scheint, daß somit die gegebene Historizität und Lokalität von sozialen Prozessen einer absoluten Relativität der Differenzen untergeordnet wird. Am Beispiel des Begriffs der doppelten Kontingenz kommt Barben (1996: 84) zu genau diesem Schluß: „In der Folge wird ‘doppelte Kontingenz’ in mehrfacher Weise überbeansprucht: die soziale Anordnung von alter und ego wird zur allgemeinen, ahistorischen Konstellation, aus der heraus soziales Leben – und als evolutionäres Spätprodukt Gesellschaft – erst entsteht; sie wird zudem zur allgemeinen, von spezifischen sozialen Formen unabhängigen Konstellation.“ Auch hier wird ein universelles Konzept, wie das der Unsicherheit von Erkenntnis oder das der funktionalen Differenzierung – nur in der radikalsten Ausprägung zugelassen, die keine kontextuelle Einschränkung erlaubt: „Die abstrakte Allgemeinheit entnennt also [...] ihren blinden Fleck der konkreten Besonderheit.“ (ebd.) Demnach ermangelt es der Luhmann’schen Theorie eines Mechanismus der Limitierung ihres Anspruches, den sie für selbstreferentielle Systeme indes parat hat: „Die Theorie sieht, wie in einem Spiegel, sich selbst und anderes und mag dann Anlaß haben, ihre Selbsteinschätzung zu revidieren. Ihr Selbstkonzept wird abhängig von einer Fülle mitzuverarbeitender Gegenstandserfahrungen, die constraints

---

<sup>56</sup> Der ständige Verweis auf Prinzipielles und Totalitäten, z.B. die Unmöglichkeit systemexterner Operationen und des Erkennens des Ganzen, erlaubt keine begrenzten Fragestellungen. Vielleicht müssen wir aber gar nicht wissen wollen, wie die Gesellschaft als Ganzes sich reproduziert, um konkrete Phänomene zu erforschen oder zu steuern? So räumt Luhmann selbst ein, daß die Annahme „doppelter Kontingenz“ zwischen Wissenschaft und Objekt nur „gilt, wenn das wissenschaftliche Interesse sich auf die selbstreferentielle Konstitution des Objekts richtet. Daneben bleiben natürlich immer auch traditionelle Klassifikations- und Meßverfahren möglich, die von Selbstreferenz abstrahieren und dafür den analytischen Bezugsrahmen ihrer eigenen Beobachtung substituieren.“ (ebd.: 65, Fn. 18)

<sup>57</sup> Was logisch nicht schlüssig ist, denn aus der apriorischen Abgeschlossenheit eines Systems (z.B. eines Bewußtseins) und seiner Nichtbeeinflussbarkeit durch die Umwelt folgt nicht automatisch, daß es de facto nicht beeinflusst ist oder gar operationale Entsprechungen in einem zweiten System findet. Es kann dies nur nicht letztgültig überprüfen und sein Beobachter kann dies nicht vollständig kausal erklären. Es sei dann, man nimmt ein übergeordnetes Strukturierungsprinzip, z.B. funktionale Differenzierung an. Dessen faktische Existenz und Herkunft wäre dann aber zu begründen oder zu erklären.

werden dadurch verschärft, die Unbefangenheit nach außen gebrochen.“ (Luhmann 1984: 653)<sup>58</sup>

Es verwundert daher nicht, daß Helmut Willke, der in einem eigenen Aufsatz zur „Sachhaltigkeit soziologischer Erkenntnis“ die wesentlichen Denkfiguren Luhmanns wiederholt, schon auf dieser Ebene einige Modifikationen einspielt. Zwar beginnt (soziologische) Theorie auch für ihn mit einer autonomen Definition ihres Gegenstandes, weshalb sich „jede Frage nach der Sachhaltigkeit soziologischer Erkenntnis [...] nur in Relation zu dieser autonomen Definition beantworten“ (Willke 1993c: 84) läßt. Erkenntnis besteht demgemäß alleine darin, „daß von kontingenten Ausgangspunkten her in sich (mehr oder weniger) stimmige Wissenssysteme erzeugt oder hervorgebracht werden können, die auf je ihre Weise die Welt erklären, ohne irgend eine Wahrheit über die Welt aussagen zu können.“ (ebd.: 95) Schon die zur Auslese und Bewertung von Theorien vorgeschlagenen Kriterien laden aber zum Verlassen der Wege des Meisters ein: Denn demnach werden Theorien „durch die Operationsregeln der Beobachter einerseits“ (ebd.:94) und durch die „Kohärenzbedingungen für die Möglichkeit von Kommunikation zwischen Beobachtern andererseits“ (ebd.: 94f.) kontrolliert. Während die Operationsregeln des Beobachters natürlich weiter an *ein* selbstreferentielles System gebunden werden können, implizieren Kohärenzbedingungen *zwischen mehreren Beobachtern* die Kombination zweier Aspekte, die Luhmanns Programm so nicht vorsieht: Erstens eine Mehrzahl von Akteuren, die sich über ihre Konstrukte verständigen und zweitens, was noch wichtiger ist, *vorausgesetzte* Bedingungen gelingender Kommunikation zwischen ihnen: „Daß dennoch Erkenntnis nicht mit reiner Beliebigkeit gleichzusetzen ist, liegt, wie gesagt, an der Beurteilung der Plausibilität der Operationsregeln eines jeden Beobachters, *vor allem aber an den Regeln der Kommunikation zwischen ihnen.*“ (ebd.: 96, Hervorhebung durch mich, M.S.)

Zwar bleiben die einzelnen Komponenten dieser Vorstellung auch noch in Luhmanns Entwurf denkbar, denn auch er kennt das Medium Sprache, und leugnet eine instruktive Interaktion zwischen Individuen und die Interpenetration von psychischen mit sozialen Systemen nicht. Die Kombination dieser Elemente im Prozeß der Entstehung und Selektion wissenschaftlicher Theorien einerseits und die Einschätzung des erwartbaren Maßes der Kohärenz zwischen Individuen und Wissensbeständen, übersteigen aber die Strenge des

---

<sup>58</sup> Genau auf diese Gegenstandserfahrungen käme es an! Doch anders als bei Knorr-Cetina sind keine Explorationen vorgesehen.

autopoietischen, systemtheoretischen und differenzialistischen Ansatzes, wenn sie nicht gar als Handlungstheorie gelesen werden müssen. So wirkt es nur folgerichtig, wenn sich Willke mit dem Adjektiv „diskursiv“ von Luhmann abgrenzt: „Ein solchermaßen gearteter Erkenntnisprozeß ließe sich als *diskursiver Konstruktivismus* bezeichnen. Der Begriff verweist in adäquater Weise auf die konstitutive Bedeutung der jeweiligen ‚community of observers‘ bis hin zu den für den Erkenntnisprozeß maßgeblichen ‚scientific communities‘.“ (ebd.: 97) Indem er freimütig die systemtheoretische Prämisse der Emergenz von Kommunikation mit dem Begriff des Imaginären von Cornelius Castoriadis (1990) verquickt, kann er sogar die tendenzielle Übereinstimmung sprachlicher Bedeutungen mit den jeweiligen gesellschaftlichen Strukturen behaupten. So postuliert er ein Bedeutungsuniversum, „welches als jeweiliger Zeitgeist, als herrschendes Paradigma, als dominantes Vokabular weder von einzelnen gemacht oder gewollt ist, noch irgend einer objektiven Gesetzmäßigkeit entspricht, sondern nichts anderes darstellt, als die momentan geltende Regelstruktur anschließbarer gesellschaftlicher Kommunikationen, also präzise: die momentan gesellschaftliche Ordnung.“ (ebd.: 97) Es ist wieder anzumerken, daß Luhmann die Existenz gesamtgesellschaftlicher Kommunikationen keineswegs ausschließt und natürlich auch einen Zusammenhang zwischen sprachlichen Bedeutungen und gesellschaftlicher Ordnung – zwischen „Gesellschaftsstruktur und Semantik“ – anerkennt. Ihre Verdichtung zu einheitlichen Strömungen, die darüber hinaus noch in die internen Selektionsprozesse der Wissenschaft eingreifen können, muß er aber verwerfen, verletzt sie doch an zentraler Stelle seine diagnostische Differenzierungsthese<sup>59</sup>. Luhmanns „Desartikulation der Lebenswelt“ (Barben 1996: 164-169) liegt ja gerade im theoretischen Ausschluß einer Ebene der Vergesellschaftung, die eine größere Gruppe von Individuen in eine gemeinsame Welt einschließt und ihnen gesellschaftsweit verbindliche Diskurse außerhalb binär codierter Funktionssysteme ermöglicht<sup>60</sup>: „Diese Lösung scheitert bereits an der kaum bestreitbaren Tatsache einer Pluralität bewußter Systeme“ (Luhmann 1986a: 192) und kann auch auf der Ebene des Sozialen (Kommunikationen) nicht „durch Intersubjektivität, Sozialpriorität, Sprachgemeinschaft“ (ebd.) oder die „blasse These der in

---

<sup>59</sup> Wobei er solche Prozesse implizit unterstellen muß, denn die Differenzierung von Systemen soll ja nicht aus dem Nichts oder von Gott kommen. An deren Stelle tritt aber Evolution, die Genese der Funktionssysteme bleibt unerklärt (vgl. weiter unten).

<sup>60</sup> Es soll nicht geleugnet, sondern geradezu betont werden, daß hierin eine zentrale Schwäche der Theorie Luhmanns liegt. Doch wenn man dies akzeptiert, sollte man daraus auch systematische Rückschlüsse auf die Theorieanlage ableiten und nicht „heimlich“ fremde Konzepte „einschmuggeln“.



aller Thematisierung vorausgesetzten ‚Hintergrundüberzeugungen‘“ (ebd.) ersetzt werden. An die Stelle eines gemeinsamen Werthorizonts tritt bei Luhmann eine polykontexturale Welt, die den „Verlust der Einheit der Differenz und das beliebige Durchmischen von Vertrautem und Unvertrautem“ (ebd.: 184) bewirkt.

Trotzdem sucht Willke nach einer Möglichkeit, sein Konzept systemtheoretisch zu unterfüttern. Seine Interpretation des Konstruktivismus „ist gemäßiger, indem sie Problems von einer existierenden Außenwelt ausgeht, mit der ein über das Aufnehmen von Differenzen kanalisierter Kontakt möglich ist“ (Willke 1993c: 91). Diese Vorstellung setzt aber die Existenz von gefestigten „strukturellen Kopplungen“ zwischen selbstreferentiellen Systemen voraus, welche die zuvor anerkannte „Antinomie der Erzwingung der Transparenz des Intransparenten“ (ebd.: 54) zu überwinden in der Lage sind bzw. historisch überwunden haben. In ungewöhnlicher terminologischer Nähe zur Popper-Tradition schreibt Willke den Systemen sogar die Fähigkeit zu, „in trail-and-error-Verfahren und Experimenten intern aufgebaute Annahmen auf ihre Brauchbarkeit und Umweltadäquanz, bzw. Umweltverträglichkeit“ (ebd.: 91) prüfen zu können. Obwohl das autopoietische Paradigma die Möglichkeit einer gelungenen Anpassung und wechselseitigen Verkopplung der Systeme (als evolutionäres Ergebnis) *per se* nicht ausschließt, wirkt die vorgestellte Konzeption eines gelingenden „Experimentalismus“ (ebd.: 91) beim Aufbau systemischer Realitäten aber zumindestens ungewöhnlich, wenn der diagnostische Befund des Primats funktionaler Differenzierung, die Prämisse der Emergenz kommunikativer Sinnsysteme und die „Verengung der prozeß-orientierenden Informationen auf Selbstreferentialität“ (ebd.: 90) ansonsten nicht angetastet werden.

Willkes gegenüber Luhmann vereinfachte Vorstellung der Entstehung von „Äquivalenzstrukturen zur Überbrückung von operativer Geschlossenheit und basaler Zirkularität“ (ebd.: 94) muß demnach an wenigstens einer Stelle Einschränkungen des systemtheoretischen Prämissengeflechts machen: Entweder kommen Individuen ins Spiel, welche die Geschlossenheit der Funktionssysteme überwinden, oder es muß eine hierarchische Stufung oder Überlappung der kommunikativen Kreisläufe geben. Entweder muß das diagnostische Bild funktionaler Differenzierung oder aber die Vorstellung der selbst-substitutiven Reproduktion sozialer Systeme abgeschwächt werden. Wissenschaftstheoretisch jedenfalls nimmt Willke dem Diktum einer extern unkontrollierten, internen Theorieselektion die Luhmann'sche Schärfe: „Das besondere Geschick von Erkenntnisexperten besteht wohl zu einem guten Teil darin, ihre Diagnosen tatsächlich als präsumtive Konstruktionen zu behandeln und auf bestimmte Anzeichen hin zu revidieren – und dies

solange, bis sich jene besondere Qualität einer wechselseitig akzeptablen und brauchbaren Systemdiagnose herauskristallisiert, welche die Eigen-Operationen dieses Systems bezeichnet und generiert.“ (ebd.: 94) Zwar könnte auch dieser Satz, für sich stehend, trotz der Irritation durch das personalisierte Subjekts, noch der autopoietischen Tradition zugerechnet werden. Doch da die wechselseitigen Diagnosen vorher und nachher als „Wirklichkeiten anderer Systeme“ (ebd.) identifiziert werden, bleibt entweder eine vorgängig gegebene soziale Praxis der Erzeugung von Bindungen und Responsivität (vgl. Teubner 1991: 290) ungenannt oder die Autopoiesis-Annahme hat sich verflüchtigt.<sup>61</sup> Die legere Entdramatisierung der Differenzpostulate Luhmanns läutet m.E. eine uneingestandene Rückkehr zum „Sozialkonstruktivismus“ (s.o.) ein.

Dennoch propagiert Willke explizit die theoriestrategischen Setzungen Luhmanns. Demnach haben soziale Systeme und ihre Untergliederungen (Subsysteme) einen emergenten Charakter, konstituieren und reproduzieren anhand ihres Code semantische Makrostrukturen der Gesellschaft, welche dann als nur selbstbegründete, differente Ordnungen die soziale Welt zergliedern. Im Verlaufe der Darstellung der konstruktivistischen Grundlage der Systemtheorie sind diese drei Grundfiguren schon mehrfach aufgetaucht, was vermuten läßt, daß der autopoietische Entwurf seine „Ultrastabilität“ und Attraktivität ihrer Kombination, ihrer „festen Kopplung“ verdankt. Mit einigen Bemerkungen zu Relationierung dieser meta-theoretischen Optionen soll deshalb der Streifzug durch den Dschungel „interner Strukturdeterminiertheit“ im Unterholz der Systemtheorie beendet werden.

Im Anschluß an den aus der biologischen Epistemologie übernommenen Begriff der Autopoiesis (vgl. Maturana/Varela in Maturana 1985: 170-235) versteht Luhmann selbst-referentielle Systeme als Reproduktionszusammenhänge, welche „auch die Elemente, aus denen das System besteht, durch das System selbst als Einheiten“ (Luhmann 194-84: 61) konstituieren müssen. Enthält schon die Autopoiesis-Theorie an sich die Annahme einer Stufenordnung von Klassen sich selbst-erzeugender Phänomene, also die Vorstellung der

---

<sup>61</sup> Ich benutze mehrfach eine Entweder-oder-Konstruktion, um Willke nicht bloß der Abweichung von Luhmanns Vorgaben zu bezichtigen. Für einen Kritiker derselben wäre es höchst befremdlich, vom Revisor der Theorie Treue gegenüber ihren Annahmen zu verlangen. Mein Argument lautet vielmehr, daß ein partieller Umbau der Systemtheorie in Richtung Offenheit nicht ausgeschlossen ist. Wenn man aber *eine* Veränderung an ihr vornimmt, müssen auch andere, damit verbundene Hypothesen modifiziert werden.

Emergenz<sup>62</sup>, muß sie bei der Übertragung auf das Soziale neu bestimmt werden. „Die selbstreferentielle, auf der Ebene der Elemente ‚autopoietische‘ Reproduktion hat sich an diejenige Typik der Elemente zu halten, die das System definiert. [...] So müssen in Handlungssystemen immer wieder Handlungen reproduziert werden, und nicht Zellen, Makromoleküle, Vorstellungen usw.“ (Luhmann 1984: 61f.)

Ohne dazu nötigen Schritte – die Einführung von Sinn als allgemeines Medium psychischer und sozialer Systeme (ebd.,: 92-147), die Definition von Kommunikation als dreistufige Synthese aus Information/Mitteilung und Verstehen (197-241, insb. 194-198), die Bestimmung aller Kommunikationen zur Abgrenzung der Einheit der Gesellschaft als emergentes System (ebd. 219, 240f.), sowie die Entstehung binär codierter sozialer Teilsysteme als Wiederholung der Bildung sozialer Systeme und damit als Entstehung neuer Stufen der Emergenz (ebd.: 258-265, ders. 1986b: 75ff.) – im einzelnen nachzuvollziehen, ist festzuhalten, daß die Gesellschaft und ihre Teilsysteme nach Luhmann als autopoietische Systeme Bereiche interner Komplexität ausbilden, deren Elemente und wechselseitige Relationierung nur sie selber organisieren. „Element ist also jeweils das, was für ein System als nicht weiter auflösbare Einheit fungiert“ (Luhmann 1984: 43), aber „Elemente sind Elemente nur für die Systeme, die sie als Einheit verwenden.“ (ebd), denn sie werden „von oben“ durch das System konstituiert. „Emergenz ist demnach nicht einfach Akkumulation von Komplexität, sondern Unterbrechung und Neuanfang“ (ebd.: 44)

---

<sup>62</sup> Dies erstens, weil die Identität lebender Systeme, welche die Elemente, aus denen sie bestehen, aus diesen Elementen selbst reproduzieren, in eben der Eigenart ihrer Elemente und deren Verknüpfungen bestehen. Da ein autopoietisches System „durch die Relationen der Produktion von Bestandteilen definiert wird, die eben diese Relationen generieren und das System als eine Einheit im gegebenen Raum definieren“ (Maturana/Varela in Maturana 1985: 212), erzeugen eine Mehrzahl autopoietischer Systeme „verschiedene Phänomenbereiche, indem sie Einheiten erzeugen, deren Eigenschaften von den Eigenschaften der sie generierenden Eigenschaften verschieden sind. Diese neuen Phänomenbereiche sind den Erscheinungsformen der autopoietischen Einheiten untergeordnet, da sie von diesen hinsichtlich ihrer tatsächlichen Verwirklichung abhängig sind, sie sind jedoch dadurch nicht bestimmt; sie sind lediglich durch die Eigenschaften der sie erzeugenden Einheiten bestimmt, unabhängig davon, wie diese selbst entstanden sind.“ (ebd.: 219) Damit konstituiert sich die emergente Qualität der jeweiligen Systeme, etwa autopoietischer System höherer Ordnung. „Ein Phänomenbereich kann nicht durch Relationen erklärt werden, die für einen anderen gelten; die ist ein allgemeiner Fall, der auch für die verschiedenen Phänomenbereiche gilt, die durch Operationen autopoietischer Systeme generiert werden.“ (ebd.) Somit ist die Universalität zirkulärer Mechanismen begründet, die dann auch für den Beobachter gelten.

Jede höherstufige Systembildung entfaltet daher Qualitäten, welche durch ihren „Realitätsunterbau“ und äußere Einflüsse nicht mehr kausal bestimmt werden können: „Auf diese Weise kann eine emergente Ordnung zustandekommen, die bedingt ist durch die Komplexität der sie ermöglichen Systeme, die *aber nicht davon abhängt, daß die Komplexität auch berechnet, auch kontrolliert werden kann.*“ (ebd.: 157) An anderer Stelle heißt es zugespitzt: „So schafft ein System sich als eigene Kausalbasis eine eigene Vergangenheit, die es ihm ermöglicht, zum Kausaldruck der Umwelt in Distanz zu gehen, ohne daß allein durch die interne Ursächlichkeit schon festgelegt wäre, was in Konfrontation mit Außenereignissen geschieht. [...] Alle Wirkungen, die man von außen im System oder mit dem System erzielen will, setzen voraus, daß das System auch den Anstoß von außen als Information, daß heißt als Differenzerfahrung wahrnehmen und in sich in dieser Weis zur Wirkung bringen kann. Solche Systeme, die sich Kausalität selbst beschaffen, lassen sich dann auch nicht mehr 'kausal' erklären (es sei denn: im Reduktionsschema eines Beobachters)“. (ebd.: 69) Emergenz systemischer Ordnungen heißt also objekttheoretisch: nur interne, selbstbezügliche Verknüpfung von Kommunikationen oder Sinnbezügen und außerdem meta-theoretisch: Aufgabe des Versuchs reduktiver Erklärungen. Kommunikation wird zum grundlegenden „sozialen Tatbestand“ der nicht aus der Aktivität der Individuen abgeleitet werden kann<sup>63</sup>, sondern in der Verknüpfung kommunikativer Verweisungen jenes Mehr schafft, das die Gesellschaft ausmacht.

Luhmann vollendet damit eine soziologische Tradition, die seit Durkheim die Eigenständigkeit des Sozialen und seine Irreduzibilität auf psychische Phänomene postuliert. Indem er soziale Systeme zudem gänzlich von der psychischen Aktivität der Individuen trennt, kann er gleichzeitig auf Hilfskonstruktionen wie ein Kollektivbewußtsein oder auf die Organismusanalogie Spencers verzichten. Gesellschaft besteht jetzt nicht mehr aus Teilen (Individuen), die sich zu einem wohlgeordneten Ganzen fügen, sie ist aber kein loses Ganzes, das aus dem unkoordinierten Zusammenspiel der Teile entsteht – sie ist

---

<sup>63</sup> Das Verhältnis von Individuen (psychische Systeme) und der aus Kommunikation bestehenden Gesellschaft (soziale Systeme) nennt Luhmann Interpenetration (dazu ebd.: 286-344) Die Emergenzannahme verlangt aber, daß sie sich nicht überschneiden, sondern nur einen „wechselseitigen Beitrag zu selektiven Konstitution der Elemente“ (ebd.: 293) leisten. Interpenetration beteiligt nicht Menschen an sozialen Systemen und läßt nicht soziale Systeme über Menschen verfügen. Als theoretisches Konstrukt beantwortet sie vielmehr, „welche Realitätsvorgaben vorliegen müssen, damit es hinreichend häufig und hinreichend dicht zum Aufbau sozialer Systeme kommen kann.“ (ebd)

der unauflösbare Zusammenhang aller Kommunikationen, die zwar von den psychischen Systemen abhängig, aber nicht durch sie geformt werden. In dieses Medium der Kommunikation können sich später die Leitdifferenzen einzelner Systeme (Teile) „einprägen“ können, die ebenfalls nicht von oben und nicht von außen determiniert werden können, aber dennoch voneinander abhängig sind<sup>64</sup>. Damit bietet Luhmann ein Konzept an, daß den ewigen Disput zwischen Individualisten und Kollektivisten. Das Soziale ist demnach weder die Aggregation individueller Wahlhandlungen, noch das bloße Rollenverhalten des „homo sociologicus“, es ist eine Realität sui generis. Allerdings hat diese „Lösung“ zwei Konsequenzen: Die Gesellschaft wird wider alle Intuition und bisherigen Konzepte erstens von handelnden Subjekten befreit<sup>65</sup> und zweitens in momenthafte kommunikative Ereignisse aufgelöst. Hierzu zusammenfassend Barben (1996: 88): „Die System-/Umwelt-Differenzierung, die selbstreferentielle Abschließung der Kommunikation und die Trennung zwischen den Emergenzebenen ist derart ins Extrem getrieben, daß sich die Problematik der umfassenden Reproduktion von Gesellschaft *verschoben* hat in die der Autopoiesis von Kommunikationen; sie ist darauf *reduziert* worden. Dabei ist, was bei einer funktionalistischen Methode überraschen mag, die im Medium der Kommunikation sich vollziehende gesellschaftliche Reproduktion von *funktionalen* Bezügen auf außer ihre liegende, materiellen Dimensionen weitgehend abgekoppelt.“

Auch die beiden anderen, damit direkt verknüpften theoretischen Weichenstellungen versprechen Auswege aus überkommenen sozialtheoretischen Dilemmata. Die Inthronisierung kommunikativer Komplexe als Agenten oder Akteure<sup>66</sup> gesellschaftlicher Reproduktion erlauben ein streng makrosoziologisches Forschungsprogramm, daß trotzdem gegen statische Modellannahmen wie der einer übersozialisierten Konformität der Individuen gefeit ist. Es kann sich statt dessen sogar an die theoretischen Begriffe

---

<sup>64</sup> Mit diesem Vergleich soll gezeigt werden, daß in beiden Fällen emergente Effekte entstehen. Auf die Differenz zwischen selbstreferentieller Autonomie und wechselseitiger Abhängigkeit weist Luhmann immer wieder hin (vgl. nur 1990a: 292, 298f.) Übertragen auf die Gesellschaft trifft die Annahme selbstreferentiell geschlossener Subsysteme wohl nur für die funktionale Differenzierung zu.

<sup>65</sup> Womit Fragen einige Dimensionen gesellschaftlicher Integration, nämlich die zwischen Individuen und die von Individuen in die Gesellschaft, ausgeklammert werden. Auch wechselseitige Beeinflussung von Akteuren (Steuerung?) fallen aus dem gesellschaftstheoretischen Raster!

<sup>66</sup> Die Diskussionen über die Geschlossenheit der Teilsysteme (2.1) und die richtige Fassung des Steuerungsproblems berühren genau die hier implizierte Frage, wer oder was eigentlich handelt.

Kontingenz, Zufall, Evolution, Selektion, Reflexion, Prozeß, Operation, Paradox usw. halten, die allesamt, wie auch die zeitdiagnostischen Kategorien von Differenz, Heterarchie, Polykontextualität, Dissens etc., sonst eher in theoretischen Schulen finden lassen, die eines makrosoziologischen und bestandsfunktionalistischen (strukturkonservativen) Bias nicht verdächtig sind. Diese Affinität zu sonst teilweise diametral entgegengesetzten Strömungen bezieht sich erstens auf die Präferenz für eine prozessuale, dynamische und evolutionäre Fassung des Sozialen, zweitens auf das Interesse an Sprachstrukturen, Semantiken und Kommunikationsprozesse sowie drittens auf den Verzicht auf vorgegebene Ordnungsmuster, z.B. im Sinne normativer Integration, was wiederum mit einer bestimmten zeitdiagnostischen Sicht korrespondiert. Peters faßt die beiden ersten Punkte unter dem Oberbegriff einer „Hinwendung zum Bereich des Symbolischen“ (Peters 1994: 38) zusammen, die von „Überlegungen zur Methodologie und Theoriekonstruktion“ geleitet oder „mit Erwägungen über eine zunehmende Bedeutung des Wissens oder des Symbolischen in der heutigen modernen oder postmodernen Welt“ begründet wird. Darunter seien Strukturalismus, Semiologie, Sprachsoziologie und ‘cognitive sociology’, aber auch die konstruktivistische Wissenschaftssoziologie und eben Luhmanns Ansatz zu fassen, da bei allen diesen Richtungen „nicht mehr, wie etwas bei Weber oder Parsons, die Struktur von Weltbildern, Wertsystemen usw. im Mittelpunkt stehen, sondern die ‘generativen’ Prinzipien, Strukturen und Kompetenzen, welche die Produktion von Sinn regulieren – also gewissermaßen die symbolischen Bedingungen der Konstitution des Symbolischen.“ (ebd.)

Während Luhmanns konstruktivistische Position offensichtlich ist und er sich nicht selten illustrierend auf die interaktionistischen Science-Studies (1990a: 504, 510f) bezieht, ist das Verhältnis zu den anderen genannten Strömungen nur schwer abzuschätzen<sup>67</sup> und die Distanz zum empiristischen Vorgehen etwa der Sprachsoziologie oder zu den philosophischen Ansätzen des Strukturalismus oder der Postmoderne sicher frappant. Doch nicht nur der Nachweis inhaltlicher Überschneidungen, sondern auch die Einordnung der

---

<sup>67</sup> Lediglich die Bemerkung einer gewisse Affinität zum leitenden Interesse der Ethnomethodologie, nämlich „Selbstverständlichkeiten des Alltagslebens in Frage zu stellen [...] oder durch elaborierte Sprachlichkeit der wissenschaftlichen Meta-Formulierung als kontingent zu erweisen“ (Luhmann 1984: 165, Fn. 23), ist mir hierzu ins Auge gefallen. Luhmanns spontane Deklassifizierung dieses Ansatzes als „expressives Verhalten“ und „Gestikulation“ (ebd.) scheint mir etwas voreilig, wenn man die in dieser Arbeit schon angedeutete und noch zu entwickelnde These bedenkt, daß seine Theorie vor allen Dingen als verfremdende und reflexionsfördernde Perspektive oder Diagnosetechnik verstanden werden sollte.

Systemtheorie in einen akademischen und intellektuellen Zeitgeist wäre von Bedeutung, wenn man die schon angedeuteten diagnostischen Verallgemeinerungen und die normative Komponente der Theorie bedenkt.<sup>68</sup> Abgesehen vom möglichen Einschlag bestimmter modischer Weltanschauungen sollte man vor allem bedenken, daß die Systemtheorie der Soziologie in einer paradigmatisch offenen Situation das Angebot macht, alte Konflikte zu beerdigen und durch eine neue Universaltheorie zu ersetzen. Neben dem kommunikationstheoretischen Einschlag, den sie trotz deutlicher diagnostischer Frontstellung gegen Habermas (1988, 1992) mit ihm teilt, wird insbesondere der Anspruch deutlich, gesellschaftliche Strukturen und soziale Realität ohne Rückgriff auf unhinterfragte Ordnungsbegriffe zu denken. Das oft bemühte Denkmuster der „order from noise“ soll das Problem der Entstehung sozialer Ordnung, das die Soziologie seit Hobbes beschäftigt, auf eine doppelte Weise entschärfen, indem es entstandene Strukturen kontingent setzt, aber zugleich ihre unnachgiebige Härte betont. An die Stelle von Macht, normativen Verpflichtungen oder eines Vertrages tritt der „eigentümlich zwanglose Zwang der Komplexitätsreduktion“<sup>69</sup>. Demnach führt Kommunikation zur „Selbsterregung und Sinnüberflutung“ und zur „Ausbildung von Strukturen“, was angesichts immer drohender doppelter Kontingenz „ein gleichsam leeres Evolutionspotential bereitstellt, das, wenn nichts besseres verfügbar ist, jeden Zufall ausnutzen wird, um Ordnung aufzubauen.“ (alle Zitate Luhmann 1984: 236)

Es muß hier offen bleiben, ob diese Konzeption im Vergleich zu Alternativvorschlägen haltbar ist. Im Moment sei aber nur angedeutet, daß dieser Vorstellung m.E. eine ähnliche Intention zugrundeliegt, wie sie die Rational-Choice-Theorie bewegt: Hier wie dort möchte man ohne Verweis auf moralische Instanzen und altruistische Motive soziale Ordnung auf zunächst *ungerichtete Prozesse* zurückführen, die erst nachträglich ihren vergesellschaftenden Sinn offenbaren. Freilich sind der jeweilige Fokus, einmal auf rational handelnde Akteure<sup>70</sup>, einmal auf den Selektionsdruck unbewältigter Komplexität, sowie die

---

<sup>68</sup> Einen Versuch, zu erläutern, warum Luhmanns Arbeiten sogar auf „kritische“ Intellektuelle so große Anziehungskraft ausübt, unternehmen Neckel & Wolf (1988). Zum ebenfalls geläufigen Vorwurf der Nähe zur Bewußtseinsphilosophie und des Hegelianismus siehe Wagner 1994

<sup>69</sup> Womit ich natürlich auf Habermas' Formel des „eigentümlich zwanglosen Zwang des besseren Arguments“ anspreche.

<sup>70</sup> Wie Kaube (1996) anmerkt, bleibt der Status diese Annahme zwischen „Modellanalytik und realistischer Handlungsdeutung“ (ebd.: 143) bis heute ungeklärt. Gleiches gilt, wie ich meine, für die Figur doppelter Kontingenz und das Postulat funktionaler Differenzierung.

Mikro- und Makro-Orientierung beider Positionen grundverschieden. Während aber RC-Theoretiker aufgrund des Probleme der Erklärung „unintendierter“ Effekte und der „Logik der Aggregation“ für einen strikten methodologischen Individualismus optieren, „flüchtet“ die Systemtheorie angesichts der behaupteten Undurchschaubarkeit individueller Präferenzen und der fehlenden Zurechenbarkeit gesellschaftlicher Makro-Phänomene auf einzelne Akteure in den Kollektivismus semantischer Universen – so daß man zugespitzt von einer kontradiktorischen Analogie der beiden Theorieperspektiven sprechen könnte.<sup>71</sup> Folglich fehlt beiden das Vertrauen in einen universellen Handlungsbegriff, der die gesellschaftliche Gesamtwirklichkeit und die Selektionen der Individuen in einem Konzept integriert: „Gemeinsame Voraussetzung für beide Seiten ist, daß *Handlung* keinen quasi-ontologischen Realitätsausschnitt bezeichnet, den man als Letztzurechnung akzeptieren muß.“ (Esser/Luhmann 1996: 132)

Die Betonung der prinzipiellen Offenheit sozialer Ordnungsbildung und der Prozessualität gesellschaftlicher Entwicklung läßt sich auf Seiten der Systemtheorie mit der Identifizierung und Invariantsetzung geschlossener, binär codierter Funktionssysteme allerdings nur dann kombinieren, wenn man der kommunikativer Praxis erstens einen emergenten Charakter zugesteht und zweitens Mechanismen der Verfestigung spezifischer systemischer Selektionen voraussetzt. Der bloße Verweis auf die drohende Gefahr „doppelter Kontingenz“ und der Verweis auf evolutionäre gesellschaftliche Differenzierungsmuster vermag nicht zu beantworten, welche Selektionen wann und durch welche Triebkräfte ermöglicht und befestigt werden. „Die theoriekonstruktive Eleganz ist zwar groß,“ (Barben 1996: 87) wenn Luhmann behauptet „Das Theorem der doppelten Kontingenz und die Theorie autopoietischer Systeme konvergieren, und diese Konvergenz macht es möglich einen subjektfrei konzipierten Begriff des Handelns für die Beobachtung der basalen Elemente sozialer Systeme einzusetzen.“ (1984:167) Wird die semantische Evolution aber

---

<sup>71</sup> Konsequenterweise fragt Kaube (1996: 150), „ob nicht die Plausibilitätsbedingungen der Akteurs- und Rationalitätssemantik in der Existenz moderner Organisationen und ihrer Selbstdarstellungen zu suchen sind.“ Analog, nur andersherum, plädiert Schimank (1995: 93), „die strategischen Elemente sowohl in der teilsystemischen Autopoiesis als auch in der strukturellen Kopplung zwischen Teilsystemen analytisch einzubeziehen“, und „das teilsysteminterne strategische Handeln in Form einer Instrumentalisierung des Codes und das intersystemische strategische Handeln zugunsten möglichst guter eigener Bedingungen codeorientierten Handelns“ in die Differenzierungsperspektive einzubauen. Unterdessen einigen sich die arrivierten Vertreter von System- und RC-Theorie auf friedliche Koexistenz, da „sich weder eine Integration noch eine Mischprodukt abzeichnet.“ (Esser/Luhmann 1996:134)



„nicht nur als Medium, sondern auch als Triebkraft sozialer Prozesse unterstellt“ (Barben 1996: 87), wäre zu beachten, daß diese Semantik eben „selber eine Verdichtung der je vorherrschenden Bedeutungen darstellt“ (ebd.: 94). Dies fällt aber vermutlich unter den Tisch, wenn „die Grenzziehung zwischen den sozialen Systemen und den Akteuren – deren Abschiebung in die Umwelt und die Hypostasierung der Systeme“ (ebd.: 86) unwiderruflich bleibt.

Eng verknüpft mit der behaupteten Kontingenz der gegebenen sozialen Ordnung ist schließlich der Versuch Luhmanns „Sozialität *normfrei*“ (Wenzel 1990: 180), genauer „*nicht ausschließlich* durch Bezug auf normatives Erwarten“ zu begründen<sup>72</sup>. Ausgangspunkt dieses Unternehmens ist die Unzufriedenheit mit der Lösung des Ordnungsproblems sowohl bei den Vertragstheoretikern als auch bei Parsons. Im Gegensatz zu beiden will Luhmann „die Haltbarkeit sozialer Ordnung weder auf Naturgründen noch auf a priori geltende Normen oder Werte.“ (Luhmann 1984: 173) Während Utilitaristen und Naturrechtler sich mit der Setzung begnügten, „Handlungsmotive würden ohne eigene Intention durch eine List der Vernunft zur Ordnung gebracht“ (ebd.: 174), präsentiert auch Parsons eine unvollständige Lösung: Denn postuliere zwar, „daß in einem sozialen System, wenn es sich als überlebensfähig erweisen soll, hinreichender Wertkonsens und hinreichendes Einverständnis über das shared symbolic system erarbeitet“ (ebd.: 175) Wie das, was nötig wäre, aber erbracht werden könne, bliebe ungeklärt. „Die Möglichkeit dies zu tun, wird vorausgesetzt.“ (ebd.)

Luhmanns eigener Vorschlag setzt nun weder auf Normen, noch auf konvergierende individuelle Interessen. Statt dessen treten Zeit und Geschichte an die Stelle, „wo früher Natur, Normen oder Werte als Sicherheitsspende wirkten.“ (ebd.) „Zeit ist Asymmetrierung von Selbstreferenz und Fremdreferenz im Hinblick auf eine Ordnung von Selektionen, und im sozialen Bereich verzeitlicht sie doppelte Kontingenz sozialen Handelns mit den darin spielenden Selbstreferenzen, um zu ermöglichen, daß unwahrscheinliche Ordnung so gut wie zwangsläufig entsteht, wo immer doppelte Kontingenz erfahren wird.“ (ebd.: 176) Daß „so gut wie zwangsläufig“ nicht mehr als eine Leerformel ist, die

---

<sup>72</sup> Auch hierin liegt, wie eben schon ausgeführt, eine Parallele zu RC-Theorien. Peters (1994: 240) schreibt letzteren ein „‘worst-case’-Denken“ zu, das den Handelnden „im Zweifelsfall eher ‘anspruchlos’, also eigeninteressierte Motive“ unterstellen will. Ihm ist auch gegenüber Luhmann zuzustimmen, wenn er schreibt: „Was der Sinn solcher Vorsichtsmaßnahmen in theoretischen Zusammenhängen sein soll, ist erst recht uneinsichtig“. Man muß allerdings sehen, daß Luhmanns Präferenz für „autokatalytische“ Prozesse nicht die „Angst“ vor normativen Erklärungsmustern, sondern der Zweifel an ihrer Stabilität ist.

alle faktischen Selektionen dem Gang der Evolution überläßt, scheint Luhmann nicht zu stören.<sup>73</sup>

Wichtiger scheint mir, daß die Intention, den Rekurs auf verbindliche Werte zu vermeiden und in der Gegebenheit systemischer Codierungen aufzulösen, sich wiederum der diagnostischen Annahme verdankt, daß in der modernen, funktional differenzierten Gesellschaft *de facto* kein Wertkonsens mehr vorliegt. „Die Einheit dieser Ordnung ist allein schon dadurch zwangsläufig gegeben, daß sie durch Evolution, das heißt durch laufende Abstimmung von Möglichkeiten zustande gekommen ist. [...] Evolution transformiert unwahrscheinliche in wahrscheinliche, hochkomplexe Ordnung. [...] Das heißt aber nicht, daß die Unwahrscheinlichkeit verschwindet oder als Vorgeschichte inaktuell wird. Sie wird mittransformiert und so in dem berühmten Sinne Hegels 'aufgehoben'. Sie bleibt ein strukturell zementiertes, unaufhebbares Risiko.“ (Luhmann 1986: 206) Dem ratlosen Rezipienten bleibt keine anderer Ausweg als *jedem* Beobachter der Gesellschaft. Die Gesellschaft ist nichts weiter als ihre vorgefundene Ordnung, das Paradox ihrer Selbst. Erneut ahmt die Theorie dasjenige nach, was sie in der sozialen Wirklichkeit vorzufinden glaubt: Wenn sich die Gesellschaft selbst nicht verbindlich beschreiben und begründen kann, muß auch die Theorie kapitulieren. Angesichts dieser Selbstauflösung der Gesellschaftstheorie in den behaupteten evolutionären Kontingenzen resümiert Schimank (1995:84): „In jedem Fall handelt es sich um Defätismus angesichts eines zugegeben keineswegs einfachen Untersuchungsgegenstands.“

Ein „genetisches Erklärungsdefizit“ (ebd.) der Systemtheorie ist damit offenbar. Allein, der Kritiker hat es nicht leicht. Denn das, was die Systemtheorie nicht zu erklären beansprucht, kann sie nicht falsifizieren, der diagnostische Befund ist als „orienting strategy“ nicht unmittelbar prüfbar. Und wer den Ansatz nicht von vornherein verwerfen will, sich also in seine weitverzweigten Verästelungen hineinbegibt, sieht sich mit der grenzenlosen Elastizität systemtheoretischen Denkens konfrontiert. Hinzu kommt, daß das Postulat funktionaler Differenzierung auf breite Resonanz in der soziologischen und gesellschaftlichen Umwelt stößt. So notiert Schwinn (1995b) ein wachsendes Interesse am Thema funktionaler Differenzierung in empirischen Forschungen zu Steuerungsproblemen

---

<sup>73</sup> Offensichtlich in weiser Voraussicht nimmt er diesen ernüchternden Befund selbst vorweg, wenn er den klassische Ordnungskonzeptionen eingesteht: „In der Tat braucht man, um das Kontinuieren der vorgefundenen Sozialordnung sicherzustellen, keinen Begründungskonsens, so wenig man eine Optik braucht, um sehen zu können.“ (ebd.: 174)

der modernen Gesellschaft und zur Transformation Osteuropas sowie bei verschiedenen soziologischen Theoretikern.

Fragt man also nach der Reichweite, Stichhaltigkeit oder der heuristischen Nützlichkeit des systemtheoretischen Konzepts funktionaler Differenzierung, steht eine genauere Prüfung noch aus. Aus dem vorhergesagten werden aber schon zahlreiche Anomalien der Systemtheorie deutlich, welche ihre Eignung als Instrument soziologischer Forschung einschränken. Die enge Verknüpfung ihrer meta-theoretischen Prämissen, theoretischen Modelle und diagnostischen Urteile erfordert aber Kritik aus mehreren Richtungen. Da sie sich selbst wissenschaftstheoretisch geradezu auf Unwiderlegbarkeit programmiert, indem sie die Entscheidung über die Akzeptanz/Nicht-Akzeptanz ihres geschlossenen Reflexionszirkels zu einer dezisionistischen Entscheidung (über philosophische Positionen) hochstilisiert<sup>74</sup>, muß eine soziologische Kritik entweder ihren universaltheoretischen Anspruch destruieren<sup>75</sup>, nach eindeutigen inhärenten Widersprüchen suchen oder genügend empirische Evidenz vorbringen, welche das von ihr vertretende Differenzierungsmodell implausibel machen. Erstere Strategie betrifft die bis hierhin herausgearbeitete Feststellung, daß „Luhmann die Einsicht die notwendige Beschränktheit jeder Sicht in der Weise für seinen Theorieansatz [verbucht], daß deren eigene Beschränktheit legitimiert, ja sogar zu einer Auszeichnung verkehrt wird.“ (Barben 1996: 240) So behauptet er theoretische Überlegenheit, „indem auf die Mächtigkeit der Theorie selbstreferentieller Systeme, die die Allpräsenz emergent gestufter und rekursiv verketteter realer Selbstreferenz nachbildet, verwiesen wird [...]. Das heißt, daß Luhmann in seiner eigenen Theorieproduktion mit der Unterstellung der Realitätskorrespondenz arbeitet.“ (ebd.: 241) Es ist zu vermuten, daß dies „epistemologisch nicht konsequent“ (ebd.) ist.

Nachfolgend sollen deshalb die beiden anderen Strategien zur Einschränkung und Kritik des Luhmann'schen Ansatzes versucht werden. Zunächst sollen deshalb die Grundannahmen zur funktionalen Systemdifferenzierung auf interne Stimmigkeit überprüft

---

<sup>74</sup> Dies aus verschiedenen Gründen. Erstens fordert sie vom Kritiker eigene diagnostische Annahmen und theoretische Konzepte auf gleich hohem Abstraktionsniveau und mit ähnlichem Universalitätsanspruch, welche *per se* nicht eindeutig empirisch zu belegen sind. Zweitens räumt sie die Konstruiertheit und paradoxe Qualität ihrer Annahmen freimütig ein. Und drittens verzichtet sie „defätistisch“ auf die Angabe empirischer Referenzen, welche als Falsifikatoren gelten könnten. Somit bleiben m.E. nur andere methodologische Setzungen, weltanschauliche oder ästhetische Urteile zu ihrer *eindeutigen* Ablehnung.

<sup>75</sup> So weist Klüver (1991: 217) darauf hin, daß eine Makrotheorie entweder unempirisch oder nicht universal ist, wenn sie keine Bestätigungsebene angibt, auf der ihre Hypothesen geprüft werden können!

werden. Später soll dann Willkes Revisionsversuch als eine Art empirischer Anwendung in den Mittelpunkt rücken. „Als eine Art empirischer Anwendung“ deshalb, weil der Ebenensprung von der Makrotheorie zur Empirie auch bei Willke zu groß ist, um direkte Operationalisierungen vornehmen zu können. Zumindestens kann man aber der Frage nachgehen, ob eine Rekonzeptualisierung der auch von Willke als empirisch anerkannten Befunde durch die Systemtheorie forschungspraktisch und pragmatisch Erfolg verspricht.

## 2.2 Steuerungsversagen durch funktionale Differenzierung? Anleitende Überlegungen zum Verhältnis gesellschaftlicher Differenzierung und sozialer Integration: Evolution und Steuerung, Differenz und Identität, Geschlossenheit und Offenheit als Selbigkeit des Differenten?

*„Die fundierende Differenz bedarf vielmehr der Notwendigkeit eines Grundes, um sich selbst als solche überhaupt vollbringen zu können.“  
(Wagner 1994: 276)*

*„Denken, das an Identität irre ward, kapituliert leicht vor dem Unauflöslchen und bereitet aus der Unauflösllichkeit des Objekts ein Tabu fürs Subjekt, das irrationalistisch oder szientifisch sich bescheiden, nicht an das rühren soll, was ihm nicht gleicht, vorm gängigen Erkenntnisideal die Waffen streckend, dem es dadurch noch Respekt bekundet. [...] Die Resignation der Theorie vor der Einzelheit arbeitet dann auch nicht weniger fürs Bestehende, dem sie Nimbus und die Autorität geistiger Undurchdringlichkeit und Härte schafft, als der gefräßige Überschwang.“  
(Theodor W. Adorno, Negative Dialektik, 163)*

Auf den ersten Blick ist es erstaunlich, daß die systemtheoretische Konzeption funktionaler Differenzierung auf so großen Widerhall in der soziologischen Gemeinde stößt, obwohl die sie begleitende Theorie weder mit klassischen oder aktuell prominenten soziologischen Entwürfen übereinstimmt, noch auf reiche empirische Befunde verweisen kann. Münch bringt diesen Widerspruch wie folgt auf den Punkt: „Dennoch geht die Auseinandersetzung um Luhmanns Theorie weiter, obwohl sie keine Aussage enthält, die durch empirische Aussagen widerlegt werden könnte. Definitionen sind willkürlich, Tautologien sind logisch wahr, während aus Widersprüchen jede Behauptung abgeleitet werden kann. [...] Der Grund für die Weiterführung einer Debatte um nichts ist die Inkonsistenz in Luhmanns Position selbst, nämlich sein Anspruch, daß er trotzdem etwas über die Wirklichkeit aussagen habe, daß es empirische Belege für seine Theorie gäbe.“ (Münch 1996: 36)

Obwohl ich, wie im vorherigen Kapitel dargelegt, diese Kritik als Befürchtung teile und als Korrektiv der folgenden Ausführungen übernehmen möchte, scheint mir eine so endgültige, apodiktische Ablehnung verfrüht. Denn erstens argumentieren Luhmann und Münch von unterschiedlichen methodologischen Standpunkten aus, deren endgültige Klärung hier nicht erfolgen kann<sup>76</sup>. Zweitens – und dies ist das wichtigere Argument – kann eine partielle Übernahme der in der Systemtheorie beschriebenen gesellschaftlichen

---

<sup>76</sup> Und vermutlich auch wissenschaftstheoretisch nicht abzuschließen ist, da sich beide Kontrahenten nicht auf eine Meta-Position einigen. Erinnert sei nur an den (Nicht-)Ausgang des Positivismus-Streits.

Differenzierungsprozesse und teilsystemischen Dynamiken als diagnostische Perspektive nicht a priori ausgeschlossen werden, wenn man ihren Universalitätsanspruch als allumfassende Theorie des Sozialen einschränkt und sie als Rahmen für empirische Studien wendet<sup>77</sup>. Selbst wenn dieser Versuch – entweder wegen des Festhaltens an den strengen autopoietischen Grundpostulaten oder aufgrund ihrer Auflösung in forschungsnäheren Modellen – scheitern sollte, bleibt noch drittens die Möglichkeit, über den Nachweis der Unstimmigkeiten des Modells die notwendigen Bestandteile eines angemesseneren Ansatzes aufspüren zu können.

Kernpunkt dieses zugegebenermaßen komplizierten Vorgehens, eine hoch strittige Theorie zum Ausgangspunkt für die Rekonzeptualisierung sozialwissenschaftlicher Beobachtungen zu machen, ist die Erfahrung, dass diese mit einigen ihrer zentralen Postulate offensichtlich eine Orientierungsleistung bietet, welche die von konkurrierenden Theorien und empirischen Studien herausgearbeiteten Befunde auf zusammenfassende Problemformeln bringen kann. „Gerade der Umstand, daß es sich hier nicht um eine rein theoretische Diskussion handelt, sondern die Differenzierungsthematik auch ein prominentes diagnostisches Instrumentarium für gesellschaftliche Problembestände ist, macht sie besonders interessant. [...] Die funktionale Differenzierung [...] verleiht modernen Gesellschaften eine besonders schwer durchschaubare innere Dynamik, die nicht nur die Fähigkeit beeinträchtigt, die Richtung sozialen Wandels zu erkennen, sondern auch Versuche, ihn zu steuern immer wieder scheitern läßt.“ (Schwinn 1995b.: 29) Diese Einschätzung kann zwar die konkrete Bewertung der Schlüssigkeit und Leistungsfähigkeit der Luhmann'schen Differenzierungstheorie nicht ersetzen<sup>78</sup>. Daß aber das durchaus als

---

<sup>77</sup> Eine ähnliche Einschränkung formuliert schon Mayntz (1988: 17), hier noch gegenüber dem Ansatz Parsons': „Strukturell-funktionale Theorien sozialer Differenzierung sind damit im strikten Sinne nicht empirisch überprüfbar, können aber gleichwohl auf *mögliche* Differenzierungsvorgänge, *mögliche* problematische Folgen und *mögliche* Reaktionen auf derartige Folgeprobleme hinweisen.“ Ich möchte ketzerisch hinzufügen, daß Luhmanns Theorie gerade aufgrund der kühn übergangenen Frage nach empirischen Prüfbelegen noch größer heuristische Bezüge anbieten könnte, eben weil er permanent und ausführlich (wenn auch unsichere) Aussagen über die Realität von Teilsystemen macht.

<sup>78</sup> Diese Einschätzung fällt bei Schwinn dann auch negativ aus: „An der Steuerung und Eindämmung der Verselbständigungstendenzen gesellschaftlicher Teilbereiche interessiert, gibt ihnen [den empirischen Forschern, hier des MPI für Gesellschaftsforschung, M.S.] die autopoietische Systemtheorie die Auskunft, Verselbständigung sei geradezu ein Definitionskriterium funktionaler Differenzierung. In diesem auf die Spitze getriebenen Objektivismus sind alle intentionalen, am Bewußtsein der Akteure ansetzenden Zugänge zum Konstitutionsprozeß des Sozialen verschlossen.“ (ebd.: 33f.)

übergeneralisiert erkannte Projekt Luhmanns, „die gesellschaftliche Differenzierung evolutionstheoretisch flächendeckend, aber in äußerster Abstraktion, zu erfassen“ (Schimank 1996: 255, Fn. 25) dennoch zur „Theoretisierung der neu entdeckten Phänomene“ (ebd.: 243) der Ausdifferenzierung<sup>79</sup> von Teilsystemen herangezogen wird, ist nicht nur legitim, sondern verweist auch auf eine partielle Überschneidung der von Luhmann theoretisch generierten Gesellschaftsdeutung mit dem Versuch der komprimierten Darstellung empirisch beobachteter Phänomene.

In seiner umfassenden Auseinandersetzung mit soziologischen Versuchen der Identifizierung und Beschreibung zentraler Entwicklungstrends der modernen Gesellschaft, zeigt auch Peters, wie ganz verschiedene Ansätze zu einer ähnlich deutlichen Betonung des Differenzierungsaspekts gelangen. Er erkennt darin eine seit Spencer recht prominente „Vorstellung der internen Grenzziehung oder ‚Ausdifferenzierung‘ innerhalb einer vorgegebenen, undifferenzierten oder (bloß segmentär gegliederten) sozialen Welt“ (Peters 1993: 152), die allerdings häufig eine „Reihe kontroverser diagnostischer Befunde über die problematischen Effekte moderner Differenzierungsmuster“ (ebd.: 156) impliziert, die z.B. auf „Entzweiung (Spezialisierung, Fragmentierung, Anomie usw.) und Verlust der Möglichkeit der Integration der ganzen sozialen Welt“ (Ebd.: 157) oder „erhöhte Störungs- oder Krisenanfälligkeit [...], Ungleichzeitigkeiten der Entwicklung von Teilsystemen“ (ebd.) etc. abstellen. Die Spencersche Idee, „daß sich im Laufe der sozialen Evolution ein Konglomerat von sozialen Elementen von unbestimmter, unzusammenhängender Gleichförmigkeit umwandelt in ein System zusammenhangsvoller Ungleichförmigkeit“ (ebd.: 152) erfährt in den verschiedenen, teils „kritischen affirmativen Varianten“ (ebd.: 31) unterschiedliche Pointierungen. Während letztere die Unvermeidlichkeit und positiven Effekte der gesellschaftlichen Evolution betonen und „vor unvorhersehbaren und unvermeidlichen negativen Konsequenzen kollektiver Interventionen in spontane Prozesse“ (ebd.: 32) warnen, oder die „Ausbildung von autonomen Subsystemen als unvermeidliches Element der Entwicklung moderner, komplexer Gesellschaften betrachten“ (ebd.: 32), wenden sich kritische Versionen ihren negativen Effekten zu, die sie in der Zwanghaftigkeit der Verhältnisse, im Verlust sozialer Bindungen oder in selbstzerstörerischen Tendenzen (ebd.: 32-35) erblicken.

---

<sup>79</sup> Renate Mayntz (1988: 15) weist drauf hin, daß die bewußte Verwendung des Begriffs Ausdifferenzierung schon per se „die Aufmerksamkeit von der Betrachtung ganzer Gesellschaften fort und auf die genauere Analyse einzelner Teilsysteme hinlenkt.“

Häufig damit einher geht die Idee einer Ausbildung von Sinn Grenzen als „sozial geltende Deutungsschemata“<sup>80</sup> (ebd.: 172) oder der Spezialisierung von sozialen Sphären. Peters betont zwar nachdrücklich, daß die „Frage, wieweit diese Systeme erstens auf bestimmte Funktionen spezialisiert sind und wieweit sie diese Funktionen monopolisieren“, erst noch „auf der Basis einer Konzeptualisierung verschiedener sozialer Funktionen *empirisch* zu klären“ wäre, doch dieser berechtigte Hinweis rechtfertigt natürlich ebenfalls nicht den Gegenschluß, daß solche Funktionssysteme nicht existent seien, bzw. besser: nicht als solche (theoriegeleitet!) wahrzunehmen wären. An dieser Stelle will ich mich aber mit dem Hinweis begnügen, daß die diagnostischen Einschätzungen Luhmanns jedenfalls dann nicht a priori „empirisch leer“ (Münch 1996: 36) sein müssen, wenn man sie im Anschluß an eine lange soziologische Tradition als verdichtete und abstrahierte empirische Hypothesen *liest*.<sup>81</sup>

Ohne aber hier schon nach Evidenzen für die jeweiligen Deutungen zu suchen<sup>82</sup>, bleibt hier nur festzuhalten, daß selbst die Zuspitzungen der Differenzierungsperspektive in der Soziologie häufig anzutreffen sind. Die Akzentuierung von zentrifugalen und desintegrierenden Kräften in Gesellschaften, die nicht mehr nur von einem Ordnungskriterium oder nach einem durchgängigen Muster strukturiert sind, reicht, wie Peters (1993: 33) unter dem Schlagwort „Untergrabungstheorem“ andeutet, zurück bis zu

---

<sup>80</sup> Man beachte die Übereinstimmung dieser Formulierung mit der Definition von Teilsystemen durch Schimank: „Gesellschaftliche Teilsysteme sind, akteurtheoretisch rekonstruiert, abgegrenzte Zusammenhänge hochgradig generalisierter sinnhafter Orientierungen, die den Akteuren als allgemein verbreitete situationsdefinierende Fiktionen gegenwärtig sind.“ (Schimank 1996: 243, vgl. auch ders 1988 und 1995) Natürlich sind dies nur Definitionen, doch diese können sich ja als fruchtbar erweisen!

<sup>81</sup> Wie ich selbst im vorherigen Kapitel gezeigt habe, unternimmt Luhmann selbst nicht den Versuch, diese Lesart zu etablieren. Statt dessen weicht er m.E. bewußt in die entgegengesetzte Richtung verschärfter Abstraktion aus, *damit* mögliche empirische Einschränkungen dieser Lesart sein Theoriegebäude nicht zum Einsturz bringen können. Insofern hat Münch recht, wenn er Luhmann empirisch-analytische Unredlichkeit vorwirft. Eine Vermengung von analytischen und empirischen Kategorien sehe ich indes nicht, wenn man (durchaus kritisch!) nachvollzieht, daß er die gemeinten empirischen Korrelate seiner Systeme in punktförmige kommunikative Anschlußereignisse verlegt, sie somit höchstens virtualisiert. Er nennt daher nicht empirisch, was analytisch heißen müßte, sondern beraubt die Empirie eines intuitiven Zugangs. Es mag sein, daß dies forschungspraktisch auf dasselbe hinausläuft, doch wenn wie Schimank u.a. Orte der empirischen Kristallisation teilsystemischer Realitäten angibt, wird die Existenz geschlossener Systembezüge tatsächlich zu einer empirischen und daher nicht vorab entscheidbaren Frage.

<sup>82</sup> Wofür aber die Besprechung der Staats- und Steuerungstheorie Willkes erste Ansatzpunkte liefern soll.



Marx, der bekanntlich in der kapitalistischen Wirtschaft eine systemische Eigenlogik entdeckte, welche die Individuen in Entfremdung und Klassenkämpfe treiben muß(te). Obwohl dieser Blickrichtung später entschieden widersprochen wurde, ließ die Idee einer nicht mehr kontrollierbaren Differenzierung bestimmter sozialer Bereiche aber auch die soziologischen Klassiker wie Weber, Simmel und Durkheim nicht unbeeindruckt. Schwinn (1995b: 28-30) führt in seiner Skizze zur aktuellen Resonanz der Differenzierungsidee neben Weber schließlich Wolfgang Schluchter, Jürgen Habermas, Ulrich Beck und Claus Offe als Repräsentanten einer kritischen Diagnostik vor<sup>83</sup>.

Für sie alle stellt sich trotz unterschiedlichsten sozialtheoretischen Hintergründen die Frage nach der „*Rationalität des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhangs*“ (ebd.: 30), die sich angesichts auseinander driftender Teilrationalitäten nur noch schwerlich bestimmen oder herstellen ließe. Insgesamt entsteht der Eindruck, als ob heute die „Befürchtung einer *Überintegration*“ (ebd.: 29) der Gesellschaft durch die „Befürchtung einer zunehmenden *Unterintegration*“ (ebd.) abgelöst worden sei. Inwieweit diese theoretischen Ansätze und zeitdiagnostischen Analysen im einzelnen stichhaltig sind, kann hier nicht diskutiert werden. Dafür müßte jeder Beitrag auf seine interne Stringenz und auf seine Methodik der Verknüpfung von synthetisierenden Schlußfolgerungen und empirischen Referenzen überprüft werden. Auch kann aus der Übereinstimmung der Fragestellungen und Globaldiagnosen natürlich nicht ohne weiteres ein tatsächlicher gesellschaftliche Zustand abgeleitet werden.

Setzt man Luhmanns Bild funktionaler Differenzierung aber in Bezug zu vergleichbaren *informierten Perspektiven* auf die moderne Gesellschaft, wirkt ihr diagnostischer Grundtenor keineswegs so abwegig, wie manche der sie flankierenden theoretischen Vorgaben der soziologischen Profession erscheinen müssen.<sup>84</sup> Allerdings kann und muß der Kritiker jetzt noch stärker auf ihre Verknüpfung mit empirischen Befunden bzw. auf die

---

<sup>83</sup> Peters (1994: 313) erkennt Parallelitäten in den Verselbständigungsthesen von Luhmann, Offe und Mayntz.

<sup>84</sup> Dies kann natürlich nur eine Randbemerkung über die Rezeptions- und Akzeptanzchancen in der soziologischen „community“ sein. Hinzuzufügen wäre aber, daß der Rekurs auf die Sichtweisen und Vorarbeiten von Klassikern und Kollegen wohl auch und gerade dort unvermeidlich ist, wo es um die Erzeugung eines primären soziologischen Blicks auf die Gesellschaft geht. Niemand würde wohl gänzlich von der Möglichkeit absehen, daß *auch* Soziologen ein brauchbares Alltagsverständnis von ihrer Umwelt haben können. Andererseits trifft es wohl zu, daß Luhmann sich bisweilen sehr stark auf seine phänomenologische Intuition verläßt bzw. die seiner Kollegen bis ins äußerste strapazieren will.

Angabe der theoretischen Zuständigkeit oder Reichweite drängen. Die Systemtheorie selbst sieht zu vorsichtiger Selbstbeschränkung ja bekanntlich kaum einen Anlaß. Legt man dazu die Analyseebenen der „differenzierungstheoretischen Agenda“ zugrunde, die Schimank (1996: 78f.) aus den Arbeiten von Durkheim, Simmel, Weber und Marx herausdestilliert, zeigt sich, daß Luhmann nur drei von fünf möglichen Beobachtungsdimensionen und Erklärungsebenen der Analyse sozialer Differenzierung behandelt: Er beschreibt Prozesse der Differenzierung ausschließlich auf der Ebene gesellschaftlicher Teilsysteme (wodurch Rollenmuster, Arbeitsteilung und kulturelle Abgrenzungen eingegeben werden), er benennt vier allgemeine Differenzierungsformen, von denen er drei in eine historische Abfolge bringt, dabei aber freimütig den exklusiven epochalen Primat jeweils einer Differenzierungsform in Form „einer vorausgesetzten Entweder/Oder-Schaltung“ (Barben 1996: 248) über die anderen postuliert, und er stellt schließlich Überlegungen zu den möglichen Folgen des Auseinanderdriftens der Teilsysteme an, die sich aber weitgehend auf den Hinweis der unvermeidbaren *Gegebenheit* widersprüchlicher Effekte, und damit von Paradoxien gesellschaftlicher Selbstbeschreibungen beschränkt.

Zu den konkreten historischen Ursachen funktionaler Differenzierung kann oder will Luhmann jenseits des Verweises auf Evolution keine Angaben machen, und obwohl er rudimentäre Formen der Integration im Sinne einer notwendigen Ko-existenz und Kopplung der Systeme als gegeben annimmt, hält er weitergehende Koordinationsmechanismen für nicht denkbar, und widmet sich daher statt Analysen zur möglichen Bewältigung<sup>85</sup> dieser Probleme lieber dem Scheitern praktischer und theoretischer Gegenstrategien. Barben (1996: 249) spitzt Luhmanns „Unternehmen“ soziologischer Aufklärung in diesem Punkte sogar wie folgt zu: „Theorietechnisch werden durch die dargestellten Optionen die *totalisierende Umschaltung* der Theorie der modernen Gesellschaft auf „funktionale Differenzierung“ vorangetrieben und begründet und politisch die Verpflichtung soziologischer Aufklärung auf dieses Prinzip gerechtfertigt. Der theoriepolizeiliche Einsatz für diese Gesellschaftsform entzieht anderen Beschreibungsansätzen, abweichenden Bewertungen und alternativen Handlungsperspektiven die Grundlage.“ Mit diesen Bemerkungen sind nun zwar erneut, wie schon am Ende des vorherigen Kapitels, zahllose Warnhinweise vor einem

---

<sup>85</sup> Sowohl in der Gesellschaft, in der Theorie sowie in der antizipierten pragmatischen Anwendung der Theorie.

überzogenen Anspruch der Systemtheorie benannt. Insbesondere mahnt auch der Hinweis auf die relative Unabhängigkeit diagnostische Annahmen, welche sich in der Prominenz des Differenzierungsbegriffs in verschiedensten Theorien ausdrückt, nicht schematischen Fiktionen des soziologischen Zeitgeistes zu erliegen. Doch selbst wenn man sich das genetische Erklärungsdefizit, die tendenzielle Ausblendung wichtiger gesellschaftlicher Instanzen und Akteure sowie die (anti-normative) normative Komponente der Theorie jetzt schon für nachgewiesen hält, bleibt der Eindruck einer interessanten Verknüpfung des Luhmann'schen Ansatzes mit empirisch wahrgenommenen Problemen der Integration und Steuerung moderner Gesellschaften – sei es nun als systematisierte Skizze der betreffenden Phänomene, als Ansatz ihrer theoretischen Neubestimmung, als heuristische Suchstrategie, oder nur als Angebot einer ungewohnten Reflexion der bekannten Befunde und Möglichkeiten ihrer pragmatischen Behandlung<sup>86</sup>. Trotz der gebotenen Vorsicht soll deshalb nachfolgend die Affinität der Systemtheorie zu Steuerungsfragen und ihr Anspruch, Koordinations- und Integrationsprobleme besser nachzeichnen zu können kurz angerissen werden, bevor ich schließlich das Konzept der funktionalen Differenzierung selbstreferentieller Teilsysteme noch einmal von innen heraus kritisch unter die Lupe nehmen werde.

Luhmanns Theorie nimmt nämlich genau dort ihren Anlauf, wo andere Theorien und Diagnosen drohender Desintegration als von den (vernünftigen) Individuen ungewollte Konsequenzen oder als strukturelle Schiefelage der Moderne begreifen, zu deren Korrektur die Soziologie Rezeptwissen beisteuern soll. In einer merkwürdigen Kombination aus betonter Wertfreiheit und theoretischem Totalinnovation<sup>87</sup> zögert die Systemtheorie hier nicht, die zahllosen negativ konnotierten Befunde über den prekären Zusammenhalt der Gesellschaft als notwendige Konsequenz ihres zentralen Gestaltungsmerkmals, des Primats funktionaler Differenzierung, auszugeben. Dabei verleihen ihr die gesammelten Ergebnisse der soziologischen Zeitdeutung – sei es Becks Diktum „organisierter Unverantwortlichkeit“ oder Habermas „Kolonialisierung der Lebenswelt“ – wie auch das allgemeine gesellschaftliche Problembewußtsein, dessen Reformvertrauen sich wohl erschöpft, dessen Sensibilität für neue Problemlagen wie die ökologische Frage sich aber immer stärker

---

<sup>86</sup> Von diesen Optionen Willke schließlich eine wählen muß, und sich m.E. für die Reflexionsperspektive entscheidet.

ausgeprägt hat, prima vista große Plausibilität: Trachtet die Systemtheorie doch die innere Konstitution einer Ordnung beschreiben, welche sich gegen gewünschte Veränderungen höchst stabil, gegenüber ihren selbstverursachten Gefährdungen aber weitgehend handlungsunfähig zeigt. Am Beispiel: „Die Ausdifferenzierung binär codierter Funktionssysteme eliminiert für sie systemexterne Entscheidungskriterien, und das gilt auch angesichts von aktuellen Versuchen, solche Kriterien unter dem Pseudonym ‚Ethik‘ erneut ins Gespräch zu bringen. Ein codiertes System ist damit in gewisser Weise sich selbst ausgeliefert, und das heißt vor allem: daß es keine Gründe finden kann, seinen Code *nicht* anzuwenden.“ (Luhmann 1991a: 90) woraus folgt: „Binäre Codierung kann unter all diesen Gesichtspunkten als eine immense Steigerung der Riskanz von Systemoperationen begriffen werden.“ (ebd.: 91).

Positive Verstärker oder Beglaubigungen für die Akzeptanz einer radikalisierten und universalisierten Differenzierungsperspektive, welche bei den Klassikern noch vorrangig jeweils auf ausgewählte Aspekte der Arbeitsteilung, der Ausbildung komplexerer Rollenbezüge, der internen Rationalisierung organisierter Handlungsbereiche in Bürokratie und Wirtschaft oder auf eine macht- und ressourcenbezogene eigenutzorientierte Abgrenzung professioneller Interessensgruppen oder politischer Eliten bezogen hatte (vgl. dazu Schimank 1996), kann sie aus mindestens drei Grunderfahrungen soziologischer Forschung beziehen: Erstens aus der Entdeckung zahlloser Ungleichheiten, Disparitäten und Integrationsdefizite<sup>88</sup> der modernen Gesellschaft, zweitens aus der uneindeutigen Beziehung (der Aggregationslücke) zwischen individuellen Absichten, Handlungen und den

---

<sup>87</sup> Merkwürdig, weil das Wertfreiheitspostulat einer methodologischen Richtung angehört, die in der Theoriekonstruktion wenig beachtet wird. Doch Luhmann zehrt wohl vor dem Image, gesellschaftliche Probleme nüchtern-abklärend zu betrachten. (???)

<sup>88</sup> In diesem Punkt nimmt Peters einige wichtige Differenzierungen vor, die m.E. aus der Systemtheorie und, aus Platzmangel, größtenteils auch aus der weiteren Argumentation dieser Arbeit herausfallen (müssen): Erstens auf den Unterschied zwischen funktionaler und pluraler Differenzierung, wobei letztere „eine Proliferation und gegenseitige Tolerierung von Lebensformen, Subkulturen und Assoziationsformen, die nicht unbedingt auf politische und ökonomische Interessenverfolgung ausgerichtet sind“ (Peters 1994: 197), sondern die „Definition kollektiver Identitäten betreffen.“ (ebd.) Zweitens die Unterscheidung zwischen sozialen Sphären, sozialen Netzen, Kollektiven, symbolischen Gemeinschaften und Interaktionssystemen (ebd.: 165-174), die je spezifische Muster der Koordination und Bedürfnisse der Integration ausbilden. Und drittens trennt er die drei Integrationsformen „funktionale Koordinierung“ (ebd.: 96-99), moralische Integrität“ (ebd.: 100-104) und „expressive Gemeinschaft“ (ebd.: 104-106), von denen wohl nur die erste im Raster der Systemtheorie von Bedeutung sein kann.

tatsächlichen kollektiven Effekten und drittens aus der Wahrnehmung der immensen Komplexität und unerfaßbaren Interdependenz sozialer Phänomene. Das Modell funktionaler Differenzierung speist sich geradezu an Evidenzen, die sowohl für die handelnden Individuen als auch für die Soziologie ungelöste Probleme darstellen, dann aber zum (sicheren) Ausgangspunkt der Modellbildung werden. Etwa in Form der Annahmen, „daß sich soziale Teilsysteme einer kollektiven Kontrolle entzogen haben“ (Peters 1994: 221), „daß die sozialen Mechanismen, durch die sie gesteuert werden, für die sozialen Akteure undurchsichtig sind“ (ebd.) und „daß diese Steuerungsmechanismen nicht in der Lage sind, eine gegenseitige ‘Rücksichtnahme’ oder Kompatibilität von Teilsystemen zu garantieren.“ (ebd.).

Der Bezug zu Problemen der Steuerung ist augenfällig, wenn nicht Steuerungsprobleme sogar einen Ausgangspunkt für die Systemtheorie gebildet haben<sup>89</sup>. Denn die Komplexität und Intransparenz von Steuerungsobjekten<sup>90</sup>, ihre Eigendynamik und partielle Unbeeinflussbarkeit, sowie das Auftauchen perverser Effekte oder der „Abweichungsverstärkung“ von externen Impulsen in geschlossenen Systemen, welche sich auch in der gesellschaftlichen Realität offenbaren<sup>91</sup>, wird gerade zur Grundlage der theoretischen Bemühungen erkoren. Das Modell der nicht-trivialen Maschine (v. Foerster 1985), deren Output nicht durch den Input, sondern durch interne Prozesse und Relationierungen, den Withinput (vgl. anschaulich Schimank 1996: 144), bestimmt ist, verspricht eine adäquatere Beschreibung auch sozialer Systeme<sup>92</sup>. Eine gezielte Steuerung solcher Systeme wird damit von kognitiven Voraussetzungen und operativen Kapazitäten abhängig, die angesichts „der höherstufigen selbstreferentiellen Eigenschaften“ (Ulrich 1994: 89) sozialer Systeme nicht mehr gegeben sind. Da die Ganzheit der kommunikativen Operationen in den Funktionssystemen noch nicht mal diesen selbst verfügbar ist, wird Steuerung auf „die (begrenzten) Möglichkeiten sozialer Systeme, kontrolliert und zielgerichtet auf ihre eigenen Zustände einzuwirken“ (ebd.), eingeschränkt.

---

<sup>89</sup> Damit spiele ich auf die Kybernetik, einer der Ursprungsdisziplinen der GST und Wissenschaft vom Steuern und Regeln, an. Aus dieser Wurzel erklärt sich vielleicht die mitunter im Ton der Überlegenheit vorgetragene Haltung, über (das Scheitern von) Steuerung bereits bestens Bescheid zu wissen.

<sup>90</sup> Exemplarisch dazu Dörner 1989, der sich allerdings auf Individuen bezieht.

<sup>91</sup> Zuvor aber bei der Erforschung von Maschinen (Ashby, Bertalanffy u.a.) dann in der Biologie und Kognitionsforschung aufgefallen war (von Foerster 198, Maturana 1985).

<sup>92</sup> Eine *Erklärung* muß dann aber die internen Prozesse solcher Maschinen rekonstruieren, die spätestens bei der Frage nach ihrer Entstehung aber m.E. die materiale Umwelt nicht mehr ignorieren kann.

Da eine detailliertere Auseinandersetzung mit diesen Modellen später erfolgen soll, möchte ich hier nur andeuten, welche grundsätzlichen Umbauten des Steuerungsbergiff damit vorweggenommen sind. Denn wenn Steuerung nur als systemische Selbststeuerung bzw. maximal als gezielte Irritation geschlossener Systeme (ebd.: 103) verstanden wird, kann damit zwar eine apriorische „Trivialisierung des Steuerungsproblems“ (ebd.: 53) vermieden werden. Doch wenn man „einen abstrakteren Zugang über jene fundamentalen sozialen und steuerungspolitischen Probleme wählt, die aus dem Prozeß der funktionalen Differenzierung herrühren und das Bild der modernen Gesellschaften bestimmen“ (ebd.: 127), wird eben die Beschaffenheit dieses Bildes zum zentralen Prädiktor für die abgegebenen Steuerungsprognosen. Nur wenn die darin enthaltenen Prämissen eines Nebeneinanders binär codierter und medial gesteuerter Funktionssysteme in einer Gesellschaft ohne Zentrum plausibel sind, kann es klassische Konzepte wie das der strategischen Interaktion von Steuerungssubjekten und Steuerungsobjekten (Mayntz: 1987) oder in Verhandlungsnetzwerken (Scharpf: 1991) ersetzen.

In der systemtheoretischen Perspektive verliert der Begriff der Integration seine in anderen Theorien zugewiesene Zentralstellung und seine komplementäre Position zu den als negativ gekennzeichneten übermäßigen Differenzierungstendenzen. Denn selbst wenn andere Ansätze in ihrer Diagnose ebenfalls vom Befund der Verselbständigung ausgehen, und dieses dann als Desintegration kennzeichnen, identifizieren oder suchen sie weiter nach Mechanismen der Integration, die eben nicht mit der strukturellen Differenzierung des gesellschaftlichen Ganzen gleichzusetzen sind, sondern diese überwölben oder korrigieren (sollen). erinnert man an die von Lockwood (1969) eingeführte Unterscheidung zwischen System- und Sozialintegration, erkennt man, daß letztere aus dem Systemtheorie nicht deshalb herausfällt, weil ihr Fehlschlagen postuliert wird, sondern weil sie im Rahmen

kommunikativer Systembildungen nicht mehr relevant erscheint<sup>93</sup>. Anders als bei Habermas, der das Vordringen der Systeme in die Lebenswelt durch diskursive Integration begrenzen will (1992: 383-398), bezeichnet Integration bei Luhmann nur den gegebenen Status des komplexen Musters funktionaler Differenzierung in dem Sinne, daß die jeweilige Funktionserfüllung eines Systems für die anderen Systeme eine unabdingbare Voraussetzung darstellt, und daß die wechselseitigen Abhängigkeiten über Leistungsbeziehungen und „strukturelle Kopplungen“ (vgl. etwa Luhmann 1993b: 440f.) *irgendwie* berücksichtigt werden müssen. Da funktionale Differenzierung aber mit dem Verlust eines gesellschaftlichen Zentrums gleichgesetzt wird, kann kein allgemeiner Maßstab für die Güte des Zusammenspiels der Teile mehr ausgewiesen, die gesellschaftliche Einheit nicht mehr repräsentiert werden: „Der Übergang zu funktionaler Differenzierung zerstört diese Möglichkeit, indem er es vielen Funktionssystemen überläßt, die Einheit der Gesellschaft durch jeweils ihre Teilsystem-/Umweltdifferenz zu repräsentieren, und sie untereinander einer Konkurrenz aussetzt, für die es keinen übergeordneten Standpunkt der Superrepräsentation gibt. Auch dies kann zwar beobachtet und beschrieben werden, aber die Einheit der Gesellschaft ist dann nichts anderes als diese Differenz der Funktionssysteme; sie ist nichts anderes als ihre wechselseitige Autonomie und Unsubstituierbarkeit. Sie ist nichts anderes als die Umsetzung dieser Struktur in ein Miteinander von hochgetriebener Unabhängigkeit und Abhängigkeit. Sie ist, mit anderen Worten, die dadurch entstandene, evolutionär höchst unwahrscheinliche Komplexität.“ (Luhmann 1986b: 216f.)

Unter dem Gesichtspunkt der Herstellung kommunikativer Anschlußfähigkeit (d.h. Fortsetzung der Autopoiesis) innerhalb der Funktionssysteme verliert Integration seine

---

<sup>93</sup> Korrekter müßte es heißen: da sie zu einer Residualkategorie minimiert wird. Denn: „Sozialintegration bleibt auf die Kopräsenz derjenigen angewiesen, deren Verhalten integriert wird. Sie läuft über Wahrnehmung und über Wahrnehmung des Wahrnehmens anderer. [...] Sie synchronisiert damit, unter Einschluß von Kommunikation, aber ohne exklusive Focussierung auf Kommunikation, auf noch relativ natürliche Weise [...] In komplexen Gesellschaften verliert aber Sozialintegration die Fähigkeit, auch Systemintegration zu leisten, weil fernliegendes Verhalten in der Interaktion nicht mehr ausreichend über bekannte andere Rollen oder Verpflichtungen der Beteiligten erfaßt werden kann. An die Stelle eines Mechanismus treten zwei; [...] aber gerade deshalb wäre es unsinnig, von hier aus Erwartungen an die Gesamtgesellschaft zu adressieren [...], so als ob durch Sozialintegration Systemintegration nach wie vor mitgeleistet werden könnte.“ (Luhmann 1990d?: 122f.)

Funktion, denn nun muß nicht mehr die Qualität von Bindungen<sup>94</sup> reguliert, sondern (nur) die Bindung von Ereignissen überhaupt organisiert werden. Dies äußert sich z.B. darin, daß (eine einheitliche) Moral nicht mehr zur Verfügung steht, „in Schwierigkeiten geraten bzw. Funktionen im Gesellschaftssystem abgeben“ (Luhmann 1984: 320) muß, wodurch etwa „die Publikumsorientierung der Politik und die Konsumorientierung der Wirtschaft“ (ebd.: 322) die Gesellschaft stärker prägen als „der Schematismus der Moral“ (ebd.). Auch Hierarchien werden nun „an ihrer Funktion gemessen und entsubstanzialisiert. Sie werden kritisierbar, wo keine ausreichende Funktion erkennbar ist – zum Beispiel als Ungleichverteilung nach Maßgabe sozialer Klassen; sie werden bestätigt, wo ihre Funktion evident ist und funktionale Äquivalente nicht in Sicht sind – vor allem in formal organisierten Sozialsystemen.“ (ebd.: 463f.)<sup>95</sup> Integration schrumpft so zum Desiderat, welches Handlungstheoretiker gegenüber Luhmann einklagen, da sie nicht nur am Ablauf funktionsorientierter Kommunikation, sondern eben an den Motiven und Bindungen zwischen Individuen interessiert sind. Unterdessen läßt Luhmann die Differenz von Sozial- und Systemintegration in der 'alteuropäischen' Arena zurück, wo sie Habermas aufs Äußerste zuspitzt. In Luhmanns Optik steht die Gesellschaft schließlich nicht mehr vor Anpassungsschwierigkeiten der Art, daß Individuen um bessere Lebenschancen, mehr Macht, Geld und Einfluß konkurrieren, sondern vor Spannungen in der Form, daß die Funktionssysteme um die Sicherstellung der Inklusion von Bevölkerungsteilen oder geographischen Regionen in ihren Operationsbereich bangen müssen: „Wenn aber die Inklusion der einen auf der Exklusion der anderen beruht, untergräbt diese Differenz das

---

<sup>94</sup> In anschaulicher Abgrenzung zur Systemtheorie formuliert Peters (1994: 92): „Integration ist nicht gleich Negentropie, Ordnung, Organisation, Interdependenz, nicht gleich Strukturiertheit per se – sondern Integration meint gewisse qualitative Formen von Ordnung oder Strukturiertheit.“ Ich sehe zwar nicht, daß Luhmann diese Begriffe sozusagen stillschweigend (und daher „affirmativ“!) zusammenzieht. Mir scheint aber, daß erneut die Absicht, keine normativen Kategorien in die Theorie einzubringen, die systemtheoretische Indifferenz gegenüber Fragen der Integration begründet.

<sup>95</sup> Die Probleme, die sich Luhmann mit diesen Thesen schafft, sind evident: Diese Aussagen können empirisch überprüft werden. Das Problem des Kritikers ist aber, daß solche Tendenzen ja gerade von anderen Diagnosen bestätigt werden – in Thesen wie Bindungs- und Werteverlust oder Auflösung der Sozialmilieus.



Normalfunktionieren der Funktionssysteme.[...]“ (Luhmann 1993b: 584), sind diese doch auf gesellschaftsweite Resonanz angewiesen.<sup>96</sup>

Ob diese Äußerungen einen doch inzwischen verabschiedeten funktionalistischen Unterton transportieren, da sie den Stellenwert anderer Differenzierungsformen alleine an die Imperative der Funktionssysteme binden, möchte ich hier der Meinung des Lesers überlassen.<sup>97</sup> Jedenfalls bleibt anzumerken, daß das theoretische Ausblenden der klassischen Integrationsfrage überhaupt nur dann haltbar ist, wenn man Akteure und Akteurkonstellationen systematisch aus dem Fokus ausblendet, sie also in die Systemumwelt verweist, in der sie dann frei und privat interagieren können. Von dort aus können sie zwar per Interpenetration Komplexität ins System einbringen, die Kommunikation durch Irritation mitgestalten, und als externe Beobachter Zurechnungen auf Personen vornehmen (vgl. etwa Luhmann 1991b: 128ff.), nur: „Die Gesellschaft selbst hat jedoch bereits Formen der Immunisierung gegen die damit verbundene Kommunikationsüberlast entwickelt.“ (ebd.: 245) Wieder einmal kann so eine soziologische Not, die fehlende (eindeutige oder bisher mißlungene) Reduzierbarkeit sozialer Phänomene auf einzelne Individuen, zu einer systemtheoretischen Tugend werden<sup>98</sup>: „Die hohe Komplexität der Gesellschaft kann nur beibehalten werden, wenn das Gesellschaftssystem stärker als Gesellschaftssystem und die Interaktionssysteme stärker als Interaktionssysteme strukturiert werden: das Gesellschaftssystem als geschlossen-

---

<sup>96</sup> Ich hatte schon einmal (Fn ??) darauf hingewiesen, daß die Differenz von Inklusion und Exklusion auf eine von der Systemtheorie verschüttete Dimension gesellschaftlicher Dynamik hinweisen könnte. Wenn Luhmann die These wagt, daß diese Differenz „als eine Art Metacode dient, die alle anderen Codes mediatisiert“ (ebd.: 583), ist damit offensichtlich der bisher ausgeblendete Zugang zu Phänomenen sozialer Ungleichheit gemeint. Desweiteren ist so das Durchbrechen der reinen Systemlogiken angedeutet.

<sup>97</sup> Das Problem einer solchen Bewertung liegt in der drohenden Vermischung von wissenschaftlicher Modellbildung und der Parteinahme für bestimmte politisch-normative Auffassungen. Denn mit dem gleichen Recht könnte und kann man der RC-Schule unterstellen, sie reduziere den Menschen auf egoistische Motive. Um dies zu vermeiden, müßte man Luhmann nachweisen, daß seine Theorie vorgängig von impliziten Vorstellungen geprägt ist, welche ihrerseits die Wahrnehmung verzerren.

<sup>98</sup> Schimank (1995: 90) weist darauf hin, daß die Akteurtheorie den von Luhmann gegeißelten „Fehler“ der Reduktion von Handlungs- oder Steuerungseffekten auf die Intentionen einzelner Handelnden nicht begehe. „Deshalb kann man auch nicht „Intention und Resultat“ [...] in einem Atemzug nennen, als ob das eine einfache Ursache-Wirkungs-Beziehung wäre.“ Bei der Untersuchung von transintentionalen Effekten und geschlossenen strukturellen Dynamiken werde das Handlungsvermögen der Akteure keineswegs auf „Bewußtseinsphänomene, also Psychologie“ (ebd.: 77) bezogen.

selbstreferentieller Kommunikationszusammenhang und die Interaktionssysteme als Prozessieren der Kontingenzen auf der Basis von Anwesenheit.“ (Luhmann 1984: 584)

Das gleiche gilt, womöglich in viel stärkerem Maße, für Organisationen. Obwohl diese nach Luhmann „als ‘formale Organisationen’ in der modernen Gesellschaft eine nicht wegdenkbare Bedeutung gewonnen“ (Luhmann 1984: 268) haben, dazu fähig sind, „Gesellschaft durch programmatisch verdichtete Kommunikation fortzusetzen“ (Luhmann 1994a: 190) und funktionsspezifische Sonderleistungen zu erbringen (ebd.: 192), und obgleich nur sie „dem Inklusionsdruck der Gesellschaft widerstehen“ (ebd.: 193) können, zugleich die „*Verdichtung von strukturellen Kopplungen*“ (ebd.: 195) bewerkstelligen, bleibt ihr Beitrag zur Veränderung, Strukturierung und Beeinflussung systemischer Operationen seltsam unbestimmt: „Keine Organisation ist in der Lage, den Zustand des jeweiligen Funktionssystems zu determinieren“ (ebd.: 195) „und es ist kaum zu erwarten, daß die wechselseitige Überraschung (=Information) im Verhältnis der gesellschaftlichen Funktionssysteme zueinander zentralen Kontrollen unterworfen werden kann.“ (ebd.: 196)

Das in dieser Theorieanlage schlüssige Fazit<sup>99</sup> zu Fragen der Steuerung leuchtet inzwischen wohl ein. Faktisch stattfindende Steuerung ist immer Selbst-Steuerung eines geschlossenen Systems, da die Umwelt bekanntlich nicht dessen Operationen beeinflussen kann. Planung<sup>100</sup>, „diese Zweitausgabe der Komplexität des Systems“ (Luhmann 1994: 636) scheitert alleine schon an der Gleichzeitigkeit aller Systemoperationen, da „die Planung nur Prämissen für zukünftiges Verhalten festlegen kann, aber nicht dieses Verhalten selbst, das im Zeitpunkt der Planung ja noch gar nicht aktuell ist.“ (ebd.: 635) „Gerade das eröffnet immer auch die Möglichkeit, sich anders zu verhalten, als eine planmäßige Bestimmung es vorsieht, nämlich etwas Vorgesehenes, mit dem viele rechnen, gerade deshalb nicht zu wollen, es zu unterlaufen, zu boykottieren oder auch Profit daraus zu ziehen, daß man sich untypisch verhält.“ (ebd.: 637) In diesen Punkten sieht sich Luhmann freilich von allen Enttäuschten der Planungseuphorie (vgl. Ulrich 1994: 17-21) und allen Verfechtern diverser Hypothesen zur Unregierbarkeit und des Staatsversagens (ebd.: 27-33) im Einklang.

---

<sup>99</sup> Welches genauer betrachtet nur eine Projektion gegebener struktureller Limitationen sein kann, denn die Effekte möglichen Handelns sind ja nicht abzusehen und die Evolution nie abgeschlossen.

<sup>100</sup> Ich zitiere hier Ausführungen zu Planung, obwohl der hier zu verhandelnde Begriff der Steuerung ihm gegenüber schon eine Abschwächung der Änderungsintention enthält (vgl. Ulrich 1994: 84–92, insb.: 86). Ich meine aber, daß Luhmann die zwei bezeichneten Sachverhalte ähnlich kritisch beurteilt und daß sein „Steuerungspessimismus“ (Scharpf 1989: 10) zum Teil gerade daher rührt, daß er den Steuerungsoptimisten immer wieder (gesamt-gesellschaftliche) Planungs-Absichten unterstellt.

Seine Bewertungen gehen aber über solche Befunde hinaus. Steuerung scheitert nicht nur an politischer Selbstüberforderung (ebd.: 34), Machtasymmetrien (ebd.: 35) und Informationsdefiziten (ebd.: 39), sondern vor allem an der Undurchschaubarkeit, Komplexität und paradoxen Konstitution gesellschaftlicher Verhältnisse. Die Gesellschaft wie die Funktionssysteme können nicht über sich selbst, geschweige denn über die jeweils anderen verfügen. Zugleich sind Interaktionssysteme in ihrer Dauer und Reichweite zu begrenzt, Organisationen mit ihrer eigenen informellen Umwelt und der Erfüllung partikularer Zielvorgaben beschäftigt. Kurzgefaßt, wenn auch aus einer stärker akteursorientierten Perspektive bewertend: „Insgesamt korrespondiert die systematische Überschätzung der Intransparenz und Unzugänglichkeit der gesellschaftlichen Funktionssysteme also mit der systematischen Unterschätzung des perzeptiven und kommunikativen Integrations- bzw. Koordinierungspotentials von Individuen und Organisationen.“ (Barben 1996: 258)

In diesem Augenblick noch wichtiger als eine abschließende Kritik ist die Bedeutungsveränderung der Begriffe (Gesellschafts-)Steuerung, Koordination, Integration und die hinzugefügte Konzeption gesellschaftlicher Einheit. Auf der Ebene einer hoch abstrakten Gesellschaftstheorie kann Luhmann entweder jede bereichsspezifische oder gelingende Steuerung in die normalen Operationen der Funktionssysteme inkorporieren „Gesteuert wird immer und überall..“ (???). Oder er kann allen weiterreichenden Steuerungsabsichten unterstellen, auf politischem Wege generelle Merkmale funktionaler Differenzierung korrigieren zu wollen (dazu Schimank 1991: 506). Dies ist wahrscheinlich als Reaktion darauf zu sehen, daß einige seiner Widersacher, die von einer ähnlich pessimistischen Zeitdiagnose ausgehen, tatsächlich recht kühn umfassende kompensatorische Veränderungen im System politischer Partizipation oder in der gesellschaftlichen Kommunikation entwerfen, ohne die Voraussetzungen dafür gründlich eruiert zu haben<sup>101</sup>. Gegenüber solchen Konzepten hat der Hinweis auf die hohe Resistenz von Funktionszusammenhängen natürlich seine Berechtigung, selbst wenn der empirische Status der beschriebenen Systeme nicht genauer bezeichnet wird. Sporadische Verweise auf die Wirklichkeit politischer Entscheidungsprozesse und das Verfehlen von Konsens in öffentlichen Debatten können genügen, um theoretischen Zweifel zu streuen.

---

<sup>101</sup> Es sei nur an Becks (1986) reflexive Modernisierung oder Habermas' (1988, 1992) diskursive Verständigung erinnert, deren Spannung zwischen Zeitdiagnose und gesellschaftspolitischem Appell evident ist. Doch verhält es sich bei Luhmann anders?

Allerdings wird diese Skepsis, genau wie die diagnostizierten Intentionen der Politik und der vermeintliche Optimismus ihrer soziologischen Beobachtung, leicht überdehnt und mit der Allgegenwart teilsystemischer Logiken sowie der Folgenlosigkeit von Interaktionen in eine vermutlich künstliche Kollision verwickelt: „Ferner wird man immer weniger damit rechnen können, daß gesellschaftlich relevante Probleme mit Mitteln der Interaktion gelöst werden können, etwa durch Ausnutzen der Anwesenheit von Personen für Konsensgewinnung oder für das Verhindern unkontrollierbarer Aktivitäten. Recht illusorisch wäre es, sich vorzustellen, daß die Probleme der Interkoordination gesellschaftlicher Funktionssysteme, etwa Wissenschaft und Politik, Wirtschaft und Erziehung, Wissenschaft und Religion durch eine Aussprache der Beteiligten gelöst oder nur abgeschwächt werden könnten.“ (Luhmann 1984: 579)

Auf Seiten der empirischen Forschung muß es deshalb wie eine unintendierte Handlungsfolge wirken, wenn die Systemtheorie auf diese Weise das Problem politischer Steuerung in eine allgemeinen Frage der Gesellschaftssteuerung transformiert.<sup>102</sup> Danach steht nicht mehr nur das Ge-/Mißlingen einzelner policies, sondern die Form der Gesellschaft, ihre Differenzierungsstruktur und der Streit um eine geeignete Sozialtheorie auf der Agenda. Denn: „Vor allem muß man einsehen, daß Theorien der Hierarchie oder der Delegation oder der Dezentralisierung, die immer noch von einer Spitze oder einem Zentrum ausgehen, die heutigen Sachverhalte nicht adäquat erfassen können. Sie setzen eine Kanalisierung des Kommunikationsflusses voraus, die nicht besteht und nicht hergestellt werden kann.“ (Luhmann 1986b: 203) Gleichzeitig verfällt Luhmann aber keineswegs in die vor allem von liberalen Ökonomen und ihren Kritikern bemühte Gegenüberstellung von Staat und Markt (ebd.) Seine abklärende Diagnose beansprucht, wie kann es auch anders sein, eine viel generellere und weniger politisch geladene zu sein: „Man sucht mithin vergeblich, wenn man die Einheit der modernen Gesellschaft in der Organisation eines Netzwerkes von Kommunikationsbahnen, von Steuerungszentren und Impulsempfängern begreift. Man wird dann rasch zu dem Eindruck gelangen, daß die guten Absichten sich nicht realisieren lassen, weil irgendwo etwas gegensteuert, und man

---

<sup>102</sup> Obwohl, wie man ironisch und psychologisch zurechnend anmerken könnte, damit natürlich eine Aufwertung der eigenen Fragestellung verbunden ist, die gesellschaftstheoretische Anschlüsse bietet.

endet bei eher mythologischen Erklärungen des Sachverhalts durch Kapitalismus, Bürokratie und Komplexität.“<sup>103</sup> (Luhmann 1986b: 203)

Von Vertretern der Gesellschaftstheorie indes wird der Fehdehandschuh aus Bielefeld gerne angenommen. Wo soziales Handeln, Interaktion und gesellschaftliche Rationalität desavouiert werden, kommen Grundsatzdebatten auf. Wie ist soziale Ordnung ohne intentionale Aushandlung oder normative Integration möglich? Lügt nicht hinter der „unzusammenhängenden Ungleichförmigkeit“ binär codierter Systeme das Hobbes'sche Schreckgespenst hervor? „Dieses Problem, an dem sich die Theorie rationaler Wahl abarbeitet, wiederholt sich für die Systemtheorie in anderer Form. Eine sich selbst stabilisierende Ordnung muß nun aus der kognitiven Abstimmung von Systemperspektiven erklärt werden.“ (Habermas 1992: 420)<sup>104</sup> Oder kann Komplexitätsreduktion die fehlende Zivilreligion ersetzen? Wie die rhetorischen Wendungen anzeigen, möchte ich diese Diskussionspunkte hier nicht weiterverfolgen. Die Verknüpfung zwischen dem Modell funktionaler Differenzierung und einer tiefgründigeren Fassung des Problems gesellschaftlicher Steuerung sollte aber, genauso wie die Standpunkte konkurrierender Gesellschaftstheorien, bis hierhin deutlich geworden sein. Das, was als Untersuchungsgegenstand offen bleibt, ist die Beziehung von funktionaler Differenzierung und Integration in einer zugleich verschärften und abgemilderten Fassung: Verschärft deshalb, weil Luhmann in seinem Bild der Gesellschaft keinen Platz für außersystemische Veränderungsimpulse bietet, intersystemische Abstimmungsprozesse im Dunklen läßt und die „Operation called Steuerung“ so weit ins Unwahrscheinliche verdrängt, daß einige empirisch beobachtbare Vorgänge in und zwischen Politik, Recht und Wirtschaft nur noch schwer zu verstehen wären. An diesen Punkten ist es berechtigt, Luhmanns Konzeption auf blinde Flecken zu testen und seiner Steuerungsentsagung unberücksichtigte Potentiale der Integration von Gesellschaft entgegenzustellen. Abgemildert, weil andererseits eine begrenzte Übernahme systemtheoretischer Bestände als diagnostische Perspektive oder

---

<sup>103</sup> Wer anderen die Mythologisierung von Komplexität unterstellt, sollte aufpassen, daß er nicht selbst davon getroffen wird. Zudem erstaunt es, wieso es schwierig erscheint, Kommunikation zu kanalisieren und zu vernetzen. Aber es soll bestimmt heißen: nicht-mediale Kommunikation.

<sup>104</sup> Dieser Einwand Habermas' gewänne m.E. in einer modifizierten Fassung noch an Gewicht: Können die Systeme vielleicht deshalb keine integrative Abstimmung erreichen, weil sie selbst nur unvollständige „Lösungen“ des Problems der doppelten Kontingenz bieten, so daß eine isolierte Betrachtung ihrer Logik wieder auf die noch zu erbringende Sozialintegration von Individuen zurückverweist. Es könnte sein, daß Luhmann Integration abhakt, weil er dieses Problem verneinen oder vermeiden will.

bereichsspezifische Hypothesen nicht sogleich unter den Zwang geraten dürfte, vollständige Integrationsmodelle im Sinne einer Handlungstheorie zu liefern. Denn von dieser wäre im Gegenzug zu erwarten, den Aufweis der Notwendigkeit integrativer Momente im sozialen Handeln durch empirische Generalisierungen darüber zu ergänzen, warum Koordination und gesellschaftliche Steuerung so häufig fehlschlagen oder oft nur, trotz politischer oder gesellschaftlicher Veränderungsabsicht, auf vorprogrammierten Pfaden möglich sind.<sup>105</sup>

Anhand einer genaueren Betrachtung der theoretischen Modellierung des Verhältnisses von Offenheit und Geschlossenheit, von teilsystemischer Spezialisierung und gesellschaftlichem Funktionsbezug möchte ich nachfolgend im Sinne des ersten Punkts überprüfen, ob das Prinzip funktionaler Differenzierung, wie es die Systemtheorie vorträgt, intern überhaupt schlüssig ist. Kann eine Gesellschaft aus geschlossenen Teilsystemen, ohne legitimierende und motivierende Faktoren sowie ohne bereichsübergreifende Integrationsmechanismen vollständig konzipiert werden? Ist eine auf die Differenz von Differenzen abzielende Analyse kommunikativer Operationen durchzuhalten oder muß sie nicht hinterrücks unbemerkt Vorannahmen einschleusen, welche ihren eigenen Anspruch sabotieren?

Diese Fragen können auf zwei Ebenen entfaltet werden, nämlich erstens in Bezug auf die diagnostische Stringenz des Modells funktional differenzierter Systeme, ihr Verhältnis zueinander und zur Gesellschaft als Ganzes. Zweitens unter dem Gesichtspunkt der theoretischen Modellkonstruktion als solcher, welche die funktionale Differenzierung nachbilden soll, indem die Dekomposition der Gesellschaft nicht mehr in der hierarchischen Relation zwischen Teil und Ganzem, sondern durch das Nebeneinander von Differenzen abgebildet wird. In dieser zweiten Dimension geht es um die Behauptung, daß selbstreferentielle Systeme ihre Differenz zur Umwelt selbst setzen können und fortführen müssen, ohne daß die Umwelt, zum Beispiel die Gesellschaft diesen Vorgang determinieren oder steuern könnte – wie es im traditionellen Funktionsbegriff, der auf die

---

<sup>105</sup> Zugespißt könnte diese Gegenüberstellung lauten: Während die Systemtheorie Belege für die Realität geschlossener Operationen der Funktionssysteme erbringen müsste (*Wer schließt wie und warum gegen wen ab?*), sollte eine auf Integration abzielende Handlungstheorie die tatsächliche, gesellschaftstypische Realisierung oder Gewichtung von spezifischen Wertorientierungen und Handlungsbedingungen empirisch identifizieren (*Wie, auf der Basis welcher Orientierungen, gelingt wem Integration?*).

Bestandserfordernisse der Gesellschaft rekurriert, konzipiert ist<sup>106</sup>. „Für die Ausarbeitung einer Theorie selbstreferentieller Systeme, die die System/Umwelt-Theorie in sich aufnimmt, ist eine neue Leitdifferenz, also ein neues Paradigma erforderlich. Hierfür bietet sich die Differenz von Identität und Differenz an.“ (Luhmann 1984: 26) Diese Figur impliziert, daß sich die Systeme nur in Differenz zur Umwelt definieren könnten, welche ihnen aber (gerade deshalb) unbekannt (different) bleiben muß. Ihre Identität, die eben *nur* in der Differenz zu anderem besteht, ist ihnen folglich nicht zugänglich, da die Einheit der Differenz im Unterschiedenen liegt, und daher gleichfalls unidentifizierbar bleibt oder nur paradox beobachtet werden kann. Wenn nämlich ein System die es fundierende „Unterscheidung als Einheit darstellt, wird dagegen das Verschiedene als das Gleiche bezeichnet“ (Martens 1995: 305) Diese Grunddisposition der Luhmann'schen Theorie, welche an das sogenannte Indikatorenkalkül von George Spencer Brown (1979) anschließt markiert sicher die Spitze einer ins formalen gesteigerten Formanalyse der Gesellschaft. Wenn ich nachfolgend trotzdem knapp auf die diese Figur und die sich daran anschließende Diskussion (vgl. Wagner/Zipprrian 1992, Wagner 1994, Martens 1995) eingehen werde, dann deshalb, weil diese logische (?) Argumentationskette m.E. den zwangsläufigen Fluchtpunkt des Versuches darstellt, die (zugegebener) paradoxe Konstitution von Offenheit und Geschlossenheit, sowie von Selbst- und Fremdreferenz in der autopoietischen Systemtheorie festzuschreiben und zu retten, obwohl zahllose empirische und intuitive Evidenzen daran nicht angeschlossen werden können.

Meine These ist, daß die sichtbar werdenden Schwierigkeiten, die sich aus der behaupteten selbstreferentiellen Abgrenzung von Funktionssystemen, wie auch aus der begrifflichen Gegenüberstellung von Einheit und Differenz, bzw. von Identität und Differenz ergeben, auf ein und dasselbe Manko der Theoriekonstruktion verweisen, nämlich auf das Fehlen einer theoretischen und empirischen Referenz auf das gesellschaftliche Ganze sowie auf reale Gründe oder Ursachen für die Entstehung und Strukturierung der sozialen Welt, wie sie dann als gegeben vorgestellt wird. Letztendlich kommt bei der genaueren Analyse des inneren Aufbaus der Differenzierungsthese und der

---

<sup>106</sup> Dies ist durch Luhmanns Ablösung der strukturell-funktionalen durch die funktional-strukturelle Analyse bedingt. Wohl um einen funktionalistischen Fehlschluß zu vermeiden, geht es ihm nicht mehr „um eine Einheit mit bestimmten Eigenschaften, über deren Bestand oder Nichtbestand eine Gesamtentscheidung fällt; sondern es geht um Fortsetzung oder Abbrechen der Reproduktion von Elementen durch ein relationales Arrangieren eben dieser Elemente.“ (Luhmann 1984: 86) Allerdings wird diese Selbsterzeugung von Problembezug und Problemlösung dadurch zugleich von Intentionen und Motiven „gereinigt“.

zugehörigen Differenzlogik der doppelte Widerspruch zum Vorschein, gesellschaftliche Wirklichkeit als eine Einheit des Differenten zu konzipieren und die Theorie auf das Paradox der Offenheit von Geschlossenheit zu gründen. Dies mag zwar innerhalb der Systemtheorie zu einer enormen Steigerung der Komplexität führen, indem sie pausenlos um die selbstgeschaffenen Differenzen oszilliert und damit immer neue Paradoxien in der von ihr beschriebenen Welt zu Tage fördert<sup>107</sup>. Bei dem Versuch ihrer Anwendung auf Fragen nach der Genese, Entwicklungsfähigkeit und Integration einer realen Gesellschaft jedoch kann das Modell freischwebender Differenzen und abgelöster Kommunikationskreisläufe keine Orientierung mehr liefern, solange es keinen Rekurs auf dahinter- und querliegende Momente sozialer Dynamiken nimmt. Vielmehr muß sich die Systemtheorie in dieser Fassung auf eine zweifellos virtuos gearbeitete Gegenposition zu akteur- und handlungstheoretischen Ansätzen zurückziehen, von der aus sie diesen dann aus der Vogelperspektive trefflich die Unmöglichkeit einer vollständigen Beschreibung oder Erklärung gesellschaftlicher Prozesse nachweisen kann. Zur Bewältigung praktischer und empirischer Probleme kann sie aber außer Rejektionswerten, Reflexions- und Kontingenzformeln<sup>108</sup> kaum etwas positives beisteuern.

Wenn sich also Anhänger und Kritiker darum bemühen, innerhalb der Vorgaben der Systemtheorie Voraussetzungen und Möglichkeiten einer Darstellung von Einheit, der Bestimmung der Qualität des Zusammenspiels oder der Verbesserung der Abstimmung zwischen den Systemen aufzuspüren, stoßen sie m.E. zwangsläufig auf die Tatsache, daß dafür keine theoretischen Mittel vorgesehen sind. Denn da „Luhmann die Selbsterzeugung von Systemen über die – paradoxe – Differenz von Differenz und Identität, über die Unterscheidung von Unterscheidung und Bezeichnung zum Kern seiner Theorie erhebt,“

---

<sup>107</sup> Damit bezweifle ich nur die Möglichkeit einer (für den soziologischen oder handelnden Beobachter) „vollständigen“ Gesellschaftsbeschreibung durch die Systemtheorie, nicht daß bei diesem Prozessieren von Differenzen, wie Luhmann sagen würde, Sinn kondensiert, also gewisse Einsichten gewonnen werden könnten. Fraglich ist nur, aber gerade eben, welche dies sein könnten und ob sie den nötigen theoretischen Aufwand rechtfertigen oder zu bloßer Gehirnakrobatik/Denkschulung ausarten.



(Wenzel 1990: 474), muß die Einheit der Differenzen der Systeme und ihrer Umwelt, genau wie die Bedeutung des Funktionsbezug der einzelnen Systeme unbestimmt bleiben. Diese Einsicht ist nun keinesfalls nur eine Rekonstruktion der formalen Struktur der Systemtheorie, sondern hat vor allem Konsequenzen für das, was als ihr empirisches Korrelat angenommen werden könnte. Schließlich erlangen sowohl die operationsleitenden Differenzen, so simplifiziert und fiktiv sie in der Selbstbeschreibung von Systemen auch erscheinen mögen, als auch ihre wechselseitigen Bezüge der Funktionssysteme spätestens dann eine entscheidende Bedeutung, wenn man nach ihrer genetischen Herkunft und ihrer evolutionären Veränderung fragt, wenn die Gesellschaft über sich selbst kommunizieren will, oder wenn Handelnde eine Position im Geflecht der Kommunikationen einnehmen wollen. Die Frage der Integration tritt folglich nicht nur als Kampfmittel konkurrierender Theorien auf, sondern in jeder Selbstthematisierung der Gesellschaft und, vor allem, dann, wenn kollektive oder individuelle Akteure an der Verwirklichung und Veränderung von Gesellschaft teilnehmen<sup>109</sup>. Es ist daher anzunehmen, daß „Luhmanns Insistieren auf einer Theorie, die Differenz, Identität und Selbstreferenz verbunden sind,“ (Martens 1995: 302) „letztlich zur Überschätzung der Trennungen und Unterschätzung der Möglichkeiten, die Integration moderner Gesellschaften durch Kommunikation über Verwendung von Unterscheidungen zu bewerkstelligen“ (ebd.)

Wählt man den abstrakteren, also den zweiten Zugang zum angesprochenen Problem der fehlenden Einheit der Differenzen, landet man bei „der Frage, wie sich Differenz denken läßt, ohne auf eine zugrunde liegende Identität rekurrieren zu müssen.“ (Wagner 1004: 289) Luhmanns Ausgangspunkt ist aber die selbstreferentielle Erzeugung von Systemen anhand einer eher zufälligen Selektion aus den kontingenten Möglichkeiten einer überkomplexen Welt. Da Komplexität aber selbst schon Selektionszwang bedeutet

---

<sup>108</sup> Alle drei Begriffe sind Luhmanns Theorie entnommen und bezeichnen seine Vorliebe für den Nachweis der Kontingenz, des auch anders möglich seins, aller Operationen und Unterscheidungen in Form der Beobachtung zweiter Ordnung (vgl. Luhmann 1991a, Kap. 12). Bei dieser Kritik geht es, so scheint es mir, um „eine Rückführung von Beobachtungen zweiter Ordnung auf eine Beobachtung erster Ordnung“ (ebd.: 245), von Luhmann selbst vorsichtig Verständigung genannt, welche „welche wenigstens einige Interaktionsstrukturen transparent zu machen“ (ebd.: 246) in der Lage wären. Warum sollte die Soziologie (oder auch einfach: Handelnde) nicht fähig sein, solche Prozesse zu beobachten oder gar anzuleiten?

<sup>109</sup> Eine plausible und realistische Annahme, die Luhmann nicht negieren kann und dies auch nicht tut, denn sonst könnte er nicht zugeben, daß z.B. Protestbewegungen „deutliche Reflexionsdefizite der modernen Gesellschaft“ (1991a: 153) kompensieren.

(Luhmann 1984: 47), entstehen unter der Bedingung von Zeit quasi naturwüchsig kontingente Verknüpfungen von Elementen (ebd.: 70ff.) Übertragen auf soziale Systeme bedeutet dies, daß durch Kommunikation sinnhafte Selektionen entstehen, die eine Differenz von System und Umwelt erzeugen. „Systeme konstituieren und sie erhalten sich durch Erzeugung und Erhaltung einer Differenz zur Umwelt, und sie benutzen ihrer Grenzen zur Regulierung dieser Differenz.“ (Luhmann 1984: 35) Diese fundierende Differenz setzt eine Kette von Operationen in Gang, die über die fortlaufende Diskriminierung systemeigener und systemfremder Ereignisse den Fortbestand des Systems sicherstellt. Da Sinnsysteme aber „mit der Differenz von System und Umwelt intern operieren können“ (ebd.: 64), ermöglicht ihnen das „bei allen internen Operationen ein laufendes Mitführen von Verweisungen auf das System selbst und auf eine mehr oder weniger elaborierte Umwelt“ (ebd.), also Selbstbeobachtung, die erst jene „Kombination von Geschlossenheit und Offenheit des Systemaufbaus“ (ebd.), die zu allen weiteren Komplikationen führt.

Denn die durch Selbstbeobachtung mögliche interne Unterscheidung zwischen Selbst- und Fremdreferenz bleibt natürlich eine systeminterne Operation. „Selbstbeobachtung ist demnach die Einführung der System-Umwelt-Differenz in das System, das sich mit ihrer Hilfe konstituiert; und sie ist zugleich operatives Moment der Autopoiesis, weil bei der Reproduktion der Elemente gesichert sein muß, daß sie als Elemente des Systems und nicht als irgendetwas anderes reproduziert werden.“ (ebd.: 63) Jede Beobachtung bleibt an die sie fundierende Unterscheidung gebunden, und enthält die Einheit dieser Unterscheidung als ihren „blinden Fleck“. Wie schon die basale Differenz von System- und Umwelt zwar ohne Umwelt nicht denkbar, diese aber nicht operativ einschließen kann, garantiert auch Beobachtung nichts weiter, als eine selbsterzeugte systeminterne Spiegelung dieser Differenz des Systems und seiner Umwelt. Beobachten ist selbst eine Operation und muß sich daher auf eine Differenz gründen, deren Einheit vredekt bleiben muß. „Durch Operieren (und sei es ein referierendes Operieren) wird eine Differenz und im weiteren Verlauf die Einheit eines Systems erzeugt im Sinne eines ausdifferenzierten Operationszusammenhanges. Wenn ein solches System über Möglichkeiten verfügt, die eigene Einheit zu bezeichnen, kann man von Identität sprechen. Aber Identität ist immer das Produkt spezifischer Operationen der Selbstthematization des Systems, kommt also immer nur hochselektiv zustande und immer nur auf Grund der Unterscheidung von anderem, das nicht in das Identische einbezogen wird. Ein sich selbst reproduzierendes System ist für sich selbst immer intransparent; aber es kann durch die Konstruktion einer

Unterscheidung Selbstreferenz/Fremdreferenz, und nur so, eine Identität gewinnen.“  
Luhmann 1993b: 141)

Ich möchte hier nicht im einzelnen nachzeichnen, wie Luhmann mit diesen wenigen, formalen Begriffen von der Ebene allgemeiner, z.B. physischer Systeme bis zur Differenzierung von Funktionssystemen innerhalb der Gesellschaft gelangt, in dem sich der Prozeß der Systemdifferenzierung wiederholt. Entscheidend ist vielmehr, daß er dazu beinahe keine weiteren Begriffe benutzt und keine zusätzlichen materiellen oder inhaltlichen (=sinnhaften) Voraussetzungen benennt. Doppelte Kontingenz, Zeit, Komplexität, Selektion und Evolution reichen ihm als Erklärungsfolien aus, um die Gesellschaft und ihre Teilsysteme als selbstreferentielle Systeme zu kennzeichnen, welche dann ebenfalls mit dem Problem der paradoxen Einheit der Differenz leben müssen: Denn sie sind das, was sie sind (System, Selbstreferenz, Operation) und was sie nicht sind (Umwelt, Fremdreferenz, Beobachtung), nämlich eine Identität, die sich einer im Augenblick der Operation nicht sichtbaren Unterscheidung verdankt. Man erkennt an dieser Stelle nicht nur, wie diese Formalismen zunehmend ein Eigenleben entwickeln, sondern auch, daß sie eine ganz bestimmte Vorstellung der Unbestimmtheit (Komplexität) der Welt und der Kontingenz aller Selektionen hervorragend unterstützen. Die Welt als „Letzthorizont alles Sinnes“ (Luhmann 1984: 105) ist als solche nicht zugänglich, sondern wird erst „durch die Ausdifferenzierung von Sinnsystemen, durch die Differenz von System und Umwelt konstituiert. Insofern ist sie (anders als die phänomenal gegebene Welt) nichts Ursprüngliches, nichts Archehaftes, sie ist eine Abschlusseinheit als Anschlußvorstellung an eine Differenz. Sie ist Welt nach dem Sündenfall.“<sup>110</sup> (ebd.: 284) Obwohl diese Bestimmung zunächst nur die Programmatik eines differenzialistischen Ansatzes ausdrückt<sup>111</sup>, bezieht sie einen nicht unerheblichen Teil ihrer vermeintlichen Schlüssigkeit aber aus impliziten Annahmen über die tatsächliche Gegebenheit der (modernen) Welt. Denn die formale Darstellung der Operationen des Unterscheidens müssen sich in der wirklichen Welt konkretisieren. Dies intendiert Martens (1995: 304), wenn er sagt: „Unterscheiden und Bezeichnen finden in einer schon passiv vorkonstituierten Welt statt.“

---

<sup>110</sup> Der wiederholte Verweis auf das Durchbrechen der göttlichen Ordnung klingt zwar plausibel: Er verdrängt aber die Notwendigkeit, gerade deshalb zu fragen, welche *faktischen* Ordnungsmechanismen an seine Stelle treten.

<sup>111</sup> Wie er etwa auch im Strukturalismus Saussures vorkommt und von postmodernen Philosophen wie Lyotard oder Derrida aufgegriffen wird. Allein sagt dies nichts über die Art, Relationierung, Ursprung oder Funktion der Differenzen aus. Hierzu wären empirische Analysen nötig.

Obwohl Luhmann es besser wissen müßte, da er die Strukturdeterminiertheit und Historizität sozialer Systeme voraussetzt, radikalisiert er den Gedanken des prinzipiell kontingenten Setzens von Unterscheidungen nochmals. Er folgt darin Spencer Brown, der von der Welt als einem „unmarked space“ ausgeht und formallogisch darlegt, wie ein beliebiger Anfang, eine erste „distinction“, durch eine „indication“, also die Bezeichnung einer Seite dieser Unterscheidung, Anschlüsse ermöglicht, die durch Kondensieren und Konfirmieren zu festen Formen gerinnt. Doch das diese Formbildung auch weiterhin, wenn man will: auf allen Stufen der Emergenz, die Freiheit des Anfangs vorfinden kann, ist keineswegs plausibel. Dies formuliert Luhmann selbst: „Als Unterscheidung käme so ein limitativer Zusammenhang von Freiheit und Bindung zustande, von Freiheit in der Wahl der einen oder der anderen Seite von Bindung an die Unterscheidung, die man Wahl zugrundelegt. Außerdem wäre verordnet, daß alles, was man tut, unterscheidbar bleibt, also beobachtbar bleibt.“ (Luhmann 1990b: 80f.) Trotzdem versucht er weiter, die so eingepprägten Formen nicht nur formal, sondern auch empirisch kontingent zu halten: „die Schöpfung der Welt ist die Verletzung ist die Verletzung des ‘unmarked space’, die immer wenn man anfängt, aufs Neue erfolgt. Und der alte Zusammenhang von Freiheit und Notwendigkeit wäre nichts anders als die Einsicht, daß Bezeichnen und Unterscheiden (indication und distinction) Komponenten einer einzigen Operation sind, die nur von einem Beobachter so unterschieden (!) werden können.“ (ebd.: 81)

Aus einer weniger formalen, sondern für Soziologen und selbst Gesellschaftstheoretiker eher gewohnten empirischen Perspektive muß sich deshalb der Verdacht aufdrängen, daß der Ursprung der Unterscheidung und die Beziehungen zwischen den Differenzen, welche sich in der Gesellschaft verfestigen, ex nihilo kriert werden, wie es der unfromme Charme einiger theologischer Überlegungen Luhmanns nahelegt: „Man kann vielmehr die Referenz auf Gott darin sehen, daß alles Unterscheiden ein Unterscheiden der Unterscheidung impliziert, ohne die Möglichkeit zu haben, sich dieser vorausgesetzten Unterscheidung zu vergewissern. [...] Nur die Notwendigkeit des Unterscheidens selbst ist faßbar und deshalb Gott nur in der Weisung: treffe eine Unterscheidung.“ (ebd.: 81f.) Man könnte nämlich diese Ketzereien gegen den Ketzer selbst wenden<sup>112</sup>, indem man die darin beschriebene

---

<sup>112</sup> Mir sei dieses Abgleiten in theologische Wortspiele verziehen: Ich möchte damit aber die implizite Unterstellung Luhmanns kritisieren, empirisch orientierte Beobachter oder an einer bestimmten Unterscheidung festhaltende Gesellschaftstheorien, z.B. Ungleichheits-, Macht- oder Integrationstheorien restituierten mit ihren Leitdifferenzen einen neuen Ersatz-Glauben.

materiale Funktionslosigkeit Gottes, der die Wahl keiner Unterscheidung mehr präjudizieren kann, als seine Wiederauferstehung im Unerkennbaren geißelt: Denn diesen „Weisung der Freiheit“ droht die Freiheit der gesellschaftlichen Beobachter auf die bloße Einsicht der Paradoxien des Gegebenen und der Kritik zu beschränken. Sie ersetzt die materialen Zwänge vorgefundener Unterscheidungen durch einen Rekurs auf das Ununterscheidbare der jeweiligen Unterscheidung.

Empirisch und von den durch zahllose „constraints“ eingeschränkten Handelnden aus gesehen, muß man nämlich den absoluten Relativismus jeder Beobachtung bezweifeln, wie ihn Luhmann im folgenden Zitat behauptet: „Niemand in der Gesellschaft hat eine Position, von der aus er seine Unterscheidung als richtig und verbindlich oktroyieren kann.“ (ebd.: 92) Der aufgeklärte Relativismus einer formal gewendeten Systemtheorie droht die Nicht-Relativität der sozialen Ordnung erneut zu mystifizieren, wenn sie ihre Rückbindung an reale soziale Differenzen nicht vorsieht und statt dessen den Teufel nicht-relativierender Beobachtungen austreiben will: „Uns die Angst vor „Relativismus“ einzugeben, ist die vielleicht letzte List des Teufels gewesen – eine letzte Anstrengung in dem Versuch, monkontextuales Beobachten immer noch einmal zu überbieten. In einer Gesellschaft ohne Spitze und Mitte ist dies sinnlos geworden.“ (ebd.: 93)<sup>113</sup>

Erneut reduziert sich die Geltung dieses Modelle auf die beiden Fälle, daß entweder das Theorem funktionaler Differenzierung im Sinne einer vollständig gleichrangigen Anordnung der Funktionssysteme und der Undurchdringlichkeit ihrer Codes bewiesen ist, oder daß die Fähigkeit der Akteure zu strategischem Handeln, Solidarität und Konsensfindung total ausgeblendet oder negiert wird. Nur auf der Basis reiner Selbstbeobachtung von Systemen kann nämlich die Selbstbeobachtung der Systeme, der zum Wiedereintritt, zum „re-entry“ (Spencer Brown) der Differenz in das System führt, jene unabwendbaren Paradoxien hervorrufen, die für Luhmann zum konstitutiven Merkmal der Moderne wie auch seiner Theorie werden. Die Einheit der Funktionssysteme ist nur dann unerkennbar und paradox, wenn eben keines von ihnen seine Geschlossenheit überwinden kann oder wenn kein Akteur ihr unzusammenhängendes Nebeneinander unter

---

<sup>113</sup> In ähnlicher Intention kritisiert Barben (1996: 241) eine „falsche Einheit blinder Flecken“ bei Luhmann: „Denn wenn man als „Kybernetiker zweiter Ordnung“ zwar weiß, daß man nicht weiß, was man nicht weiß, weil man es nicht weiß, heißt dies nicht zugleich, daß man nicht sehen kann, was man nicht weiß, weil man so sieht.“ (ebd.: 240) Damit spricht er jene inhaltliche Dimension der Differenzbildung an, der sich z.B. auch der empirische Konstruktivismus Knorr-Cetinas (1989) bewußt ist, da er von unterschiedlichen Arten der Erzeugung von Realität in verschiedenen sozialen Bereichen ausgeht.

individuellen, aber auch sozial verbindlichen Kriterien synthetisieren oder asymmetrieren kann.

Genau diese zweite Lösung des Dilemmas hatte bekanntlich Parsons vorgesehen: „Das Wiedereingehen der Beschreibung ins Beschriebene würde bei Parsons also durch eine weitere, 'externalisierende' Differenzierung des bereits Beschriebenen/Differenzierten, d.h. durch die Differenzierung eines Ortes für Beschreibungen aufgefangen werden, der durchaus im selben System, aber *nie auf derselben Systemebene* mit dem Beschriebenen angelegt, d.h. immer in der Differenz dazu bleiben muß.“ (Wenzel 1990: 475) Natürlich müßte die zugehörige Handlungstheorie angeben, ob, wie und warum dies möglich ist. Denn es ist empirisch in der Tat denkbar, daß Paradoxien nicht zu vermeiden sind und Beobachtungen über soziale Realitäten in der sozialen Welt selbst unentscheidbar sind, da „die vorgegeben Gegenstände – vor allem im Rahmen von Zweck- und Wertsetzungen – in vielerlei Hinsicht unterschieden werden und dann auch viele Bestimmungen haben können“ (Martens 1995: 304) Doch eine prinzipielle Divergenz aller Beobachtungen ist als Absolutheit in der gesellschaftlichen Praxis schlichtweg nicht denkbar.

Es ist deshalb durchaus logisch, wenn einige Kritiker hinter Luhmanns Differenzlogik versteckte bewußtseinsphilosophische und hegelianische Identitäten vermuten. Wenn auch ihr Anliegen, zu beweisen, „daß Luhmanns Theorie *in nuce* identitätslogisch ist“ (Wagner/Zippran 1992: 398), den Rahmen eines empirischen orientierten Einspruches gegen die Systemtheorie sprengt, und auch nur dann relevant ist, wenn man eine Identität für empirisch nicht bestimmbar hält<sup>14</sup>, weisen die Argumente doch in eine fruchtbare Richtung. So reformulieren sie einerseits die von Mayntz (1988:16-19) und Schimank (1996: 242) gestellte „auch empirisch nicht unerhebliche Frage, was denn genetisch betrachtet der Ursprung, theoretisch betrachtet die Ursache all dieser selbstreferentiellen Systemgebilde ist, sofern Gott, Vernunft, Parthogenese oder andere leichtgängige Antworten das aufgeklärte Niveau von Luhmanns Theoriearchitektur unterlaufen müßten und daher nicht in Betracht kommen.“ (ebd.: 402)

---

<sup>14</sup> Wagner & Zippran (1992) gehen nämlich ihrerseits davon aus, daß eine moderne Gesellschaftstheorie „die Logik der Identität von Gesellschaft diskussionslos preiszugeben“ (ebd.: 403) habe. Wenn sie damit den Verzicht auf „einen nicht empirisch nicht mehr einholbaren Begriff gesellschaftlicher Identität [...] oder einen zivilreligiösen Wertkonsens“ (ebd.: 404) implizieren, wird man ihnen wohl zustimmen können. Ob man sich aber tatsächlich der Frage zuwenden sollte, „wie sich Differenz denken läßt, ohne auf eine zugrunde liegende Identität rekurrieren zu müssen“ (Wagner 1994: 289), bleibt dahingestellt.

Andererseits zeigen sie einleuchtend, wie das exklusiv distinkte Verhältnis von Offenheit und Geschlossenheit, von Selbst- und Fremdreferenz in eine theoretische Aporie ausläuft. „Wenn es zutrifft, daß durch Selbstreferenz rekursive, zirkelhaftige Geschlossenheit hergestellt wird; und wenn es weiterhin stimmt, daß Geschlossenheit die Bedingung der Möglichkeit von Offenheit insofern darstellt, als sich alle Offenheit auf Geschlossenheit stützt, dann gilt auch, daß Selbstreferenz schon vorhanden sein muß, damit Fremdreferenz überhaupt erst möglich ist.“ (ebd.: 399) Sie schließen daraus auf die Existenz eines absichtlich versteckten Selbst der Systeme, das die Formel der „Differenz von Identität und Differenz“ gänzlich unbrauchbar mache und dazu führe, daß sich die Systemtheorie „nachweislich selbst bewußtseinsphilosophischer Konstrukte bediente“ (ebd.: 401) Schwerer als diese Identifikation „alteuropäischen“ Gedankenguts in Luhmanns Theorie wiegt m.E. der Hinweis auf die unbefriedigende „Hilfshypothese“, die der Kritisierte zur Aufrechterhaltung des Selbstreferenzkonzepts einführen muß. Denn da die Geschlossenheit der Systeme irgendeiner Identität bedürfe, um sich über die Zeit fortsetzen zu können (ebd.: 400), greift Luhmann auf den Selektionsdruck einer komplexen Welt zurück. Dagegen können Wagner und Zipprian aber gerade unter Verweis auf die Autopoiesis-Idee Einspruch erheben: „Die Welt als Komplexitätshorizont kann auch nicht unter irgend einem Druck stehen, sie ist also nicht genötigt, von sich aus autopoietische Operationen in Gang zu bringen; mit anderen Worten, ohne eine die Komplexität der Welt wahrnehmendes Ereignis, vulgo: Subjekt, das ein Problem hat und dieses durch Differenzierung kontrollierbar macht, gelangen wir nicht zur Systembildung.“ (ebd.: 403)

Diese Argumente sind keineswegs neu, denn schon mit Parsons kann man darauf bestehen, daß Systeme sich nur durch das Handeln der Akteure und im Zusammenspiel von kontrollierenden und motivierenden Faktoren verwirklichen können. (Münch 1988: 60) Allerdings gelangt die neuere Kritik sozusagen von innen, aus dem Aufbau der Systemtheorie selbst, zu dem Fazit, „daß die für eine systemtheoretische Soziologie konstitutive Unterscheidung von System und Umwelt zu ihrer Vollbringung der Präsupposition einer Substanz bedarf.“ (Wagner 1994: 298) Sie zeigt, daß eine Formanalyse sozialer Systeme, wollte sie über die bloße Beschreibung *abgrenzbarer* Kommunikationszusammenhänge hinausgehen, und die Realität *abgegrenzter* Systembildungen empirisch belegen, einen Rekurs auf die inhaltliche Dimension des Sozialen, sei es in Form materialer Gründe, unintendierter Effekte oder intentionaler Motive, nicht ausschließen darf. Denn „so wenig es die Unterscheidung von System und

Umwelt ohne eine vorausgesetzte Identität namens Welt gibt, so wenig, gibt es eine Unterscheidung von Element und Relation ohne eine vorausgesetzte Identität namens System.“ (ebd.: 288)

Ungeachtet der Angemessenheit der von ihm vorgenommenen philosophischen Zuordnungen, kann man Wagner daher zustimmen, wenn er Luhmanns theorie-strategische Absichten eher in einer Praxis der Beschreibung von Widersprüchen ausmacht. „Sein Ziel ist [vielmehr] die Fortschreibung der Hegelschen Theorie vom Widerspruch in gesellschaftstheoretischer Perspektive mit Mitteln, die er dem aktuellen, üblicherweise dem post-substantialistischen Paradigma zugerechneten Theorieangebot entnimmt.“ (ebd.: 286) Luhmann selbst gesteht indessen übrigens ein, daß man in konkreten Situationen „den Zusammenhang des Unterschiedenen“ (Luhmann 1993b: 143) erkennen kann, besteht aber darauf, daß dies nur eine Sicht und nur ein empirisches Moment der Realität sei. „Im konkreten Unterscheidungsgebrauch vor Ort fallen diese Welten in eine zusammen und es gibt ja auch nur eine Welt. Man muß sich, wenn man sich sachangemessen verhalten will, an der Unterscheidung orientieren, und dies operativ, faktisch, von Situation zu Situation, von Fall zu Fall. Aber damit wird nicht nur die operative Sequenz, sondern auch die Unterscheidung reproduziert, mit deren Hilfe die Operation, sich selbst Sinn gibt.“ (ebd.: 144)<sup>115</sup> Somit räumt er eine Art Komplementarität zwischen Systemtheorie und anderen Ansätzen ein, versäumt es aber nicht, letzteren eine zu geringe Auflösungsstärke zu attestieren: „Wenn man Operationen für Fakten hält, die man empirisch feststellen kann, beobachtet man seinerseits unterkomplex.“ (ebd.) Einen Anlaß, den Anspruch auf eine umfassende Gesellschaftstheorie einzuschränken, kann er deshalb nicht erkennen: „Ein elaboriertes, selbstkorrektiv angelegtes Theoriedesign scheint mir für die Selbstbeobachtung einer solchen Gesellschaft unentbehrlich zu sein.“ (ebd.)

Der darin angesprochenen Bedarf an einer weitreichenden gesellschaftstheoretischen Perspektive, wie auch die von Wagner & Zipprian trotz aller Kritik an Luhmann bekräftigte Präferenz für Theorieansätze, die keines der klassischen Modelle der Ordnungsbildung bemühen, –zeichnet wohl dafür verantwortlich, daß weiterhin verschiedenste Autoren die Systemtheorie auf ihr diagnostisches Potential und auf ihre Verknüpfungsmöglichkeiten mit anderen Ansätzen abklopfen. Ihr radikalisiertes Modell funktionaler Differenzierung und ihr universalistischer Zuschnitt eignen sich offensichtlich besonders gut als Ausgangspunkt für

---

<sup>115</sup> Es ist frappierend, wie sehr diese Interpretation er eigenen Theorie an Schimanks (1985, 1995) Umdeutung der Systemtheorie als gesellschaftliche Orientierungsmuster erinnert..



grundlegende Diskussionen über die Verfassung der Moderne und fordern zugleich dazu auf, Fragen nach der Einheit und den Integrationsmöglichkeiten der Gesellschaft neu zu stellen oder gegenüber der Systemtheorie einzuklagen.<sup>116</sup>

Haben wir eben gesehen, wie sehr die Vorstellung einer selbstgesteuerten Differenzierung von Systemen die Frage nach den Gründen und Determinanten dieses Vorgangs offen läßt, will ich nun darauf eingehen, ob und wie das behauptete Zusammenwirken von Teilsystemen in der funktional differenzierten Gesellschaft konkret<sup>117</sup> zu denken ist, wenn man dem systemtheoretischen Paradigma folgen wollte. Dies soll vorrangig anhand der Beiträge von Schwinn (1995a) und Bendel (1993) geschehen, die sich beide, einmal eher bestätigend, einmal eher kritisch, auf Luhmann beziehen, und die interne Stringenz seines Differenzierungsmodells im Hinblick auf die Integration der Gesellschaft überprüfen. Im Kern geht es dabei um den Zweifel an der Realitätsangemessenheit einer Perspektive, welche die Gesellschaft in autonome Segmente zerlegt, die sich weder wechselseitig positiv aufeinander beziehen können, noch sich von außen, durch Akteure oder einen gesellschaftlichen Konsens, beeinflussen lassen. Kurzgefaßt also um den Widerspruch gegen Behauptungen wie die folgende „In jeder Annahme einer differenzierten Einheit steckt letztlich eine Paradoxie, weil die Einheit des Ganzen nichts außerhalb oder oberhalb der Teile ist, sondern mit der Gesamtheit der Teile zugleich identisch und nichtidentisch ist.“ (Luhmann 1986b: 251f.)

Beide Kritiker, Bendel und Schwinn, verwerfen die Vorstellung, die Einheit der Gesellschaft<sup>118</sup> könne und müsse durch die Effekte funktionaler Differenzierung hinter den Selbstbezüglichkeiten und eigenlogischen Operationsweisen der Subsysteme sozusagen

---

<sup>116</sup> So daß sich die Systemtheorie beinahe als didaktisches Beispiel und negativer Idealtyp zur Konzeptualisierung der Integrationsprobleme anböte. Die Frage könnte dann lauten: Wie ist die Unwahrscheinlichkeit sozialer Integration in modernen Gesellschaften möglich, obwohl Funktionssysteme dies erschweren? Dies wäre zwar eine eigentümliche Vorgehensweise, könnte aber vielleicht den ungünstigen Ausgangspunkt des Hobbes'schen Naturzustand ersetzen.

<sup>117</sup> 'Konkret' enthält an dieser Stelle natürlich eine Verfremdung der ursprünglichen Begriffsbedeutung, denn um 'empirische' Phänomene im Alltagsinn handelt es sich auch hier nicht. Vielmehr ist die Konkretisierung der Theorie auf einer diagnostischen Ebene gemeint, die für sich allerdings Realitätsnähe reklamiert.

<sup>118</sup> Einheit der Gesellschaft ist hier nicht als gute oder gerechte Ordnung zu mißverstehen. Es handelt sich vielmehr um einen künstlichen Gegenbegriff zu Luhmanns Differenzpostulat in dem Sinne, daß man bestreitet, der gesellschaftliche Zusammenhang sei für sich und für die Handelnden nurmehr ein undurchschaubares, azentrisches Nichts ohne Motive, Interessen, Werte und Verständigung.

verschwinden. Während Bendel aber weitgehend an den Prämissen Luhmanns festhält und darauf aufbauend „ein autonomes Operationspotential der Gesellschaft, mit dem diese auf die Entwicklungsrichtung der Funktionsbereiche zurückwirkt und ihren Funktionsimperativen im Rahmen intersystemischer Diskurse Geltung verschafft“ (Bendel 1993: 274), emergieren sieht, löst sich Schwinn nach genauerer Diskussion der Luhmann'schen Vorlage weitgehend von deren Prämissen. Für ihn bleibt die Gesellschaft, wie sie Luhmann (re-)konstruiert, im ursprünglichen Sinne des Wortes paradox<sup>119</sup>, nämlich widersprüchlich definiert und auf empirisch nicht vereinbare Referenzen bezogen. Denn während die Einheit der Gesellschaft nach Luhmann einerseits „in der funktionalen Differenzierungsform ihren Ausdruck finden soll,“ (Schwinn 1995a: 208), „werden die Gesellschaftsgrenzen andererseits als *Kommunikationsgrenzen* bestimmt.“ (ebd.) Wählt man letzteren Einheitsbegriff, müßte Luhmanns eigene Unterscheidung von Interaktion, Organisation und Gesellschaft als Ebenen sozialer Systeme, die sich alle drei durch kommunikative Prozesse realisieren, den logischen Schluß gestatten, daß „es in jedem Gesellschaftssystem auch funktional nicht zuordenbare Kommunikationen“ (ebd.) gibt. Trotzdem beharrt Luhmann, wie wir schon gesehen haben, stets darauf, daß die Gesellschaft nichts weiter als die differente Einheit ihrer Teile ist, wodurch das unbestimmte Verhältnis zwischen „funktionsindifferenten oder gar dysfunktionalen Interaktionen“ (ebd.: 209) und den Kommunikationen innerhalb der Funktionssysteme zu einer neuen, (jetzt aber) theorieinternen Paradoxie führt. Dies verursacht nicht nur eine eigentümliche Spannung zwischen einem „völlig belanglosen“ (ebd.), allinklusiven Gesellschaftsbegriff, als der Gesamtheit aller Kommunikationen, und dem „Formenschatz der Gesellschaft“ (ebd.), wie er in den binären Codes der Funktionssysteme zum Ausdruck kommt, sondern hat vor allem Konsequenzen für die diagnostischen Aussagen der Theorie, bzw. für ihren empirischen Erklärungswert, denn: „Das Verhältnis von Differenzierung und Integration von Teilsystem und Gesellschaft kann in der Theorie selbstreferentieller Systeme nicht mehr konsistent gefaßt werden.“ (ebd.: 206)

---

<sup>119</sup> Ich will damit nicht behaupten, daß Luhmann den Begriff der Paradoxie wortsprachlich falsch verwendet. Es sei damit lediglich darauf hingewiesen, daß Paradoxien bei ihm zum Movens der Theorie und der Gesellschaft werden, obwohl der Alltagsverstand und die Logik in ihnen fehlerhafte Aussagen oder Widersprüche sehen. Hier nur eine Kostprobe statt vieler: „Wenn man Beobachten beobachtet, erscheint mithin alles Beobachten, auch das im Alltagsleben der Gesellschaft als paradox konstituiert. Beobachten ist natürlich trotzdem möglich.“ (Luhmann 1990a: 95)

Damit bringt Schwinn das in dieser Arbeit zentrale Problem auf den Punkt: Die Gesellschaft der Systemtheorie wird unintegrierbar, obwohl sie doch gleichzeitig nur als Gesamtheit der Kommunikationen und aus dem Zusammenspiel ihrer Teile besteht. Doch auch Bendel widmet sich der durch die Geschlossenheitsthese prekär gewordenen Rationalität<sup>120</sup> der Gesellschaft. Er sieht ebenfalls die Schwierigkeit, die „mit der These operativer Geschlossenheit und wechselseitiger Intransparenz vollzogene Reduktion intersystemischer Kommunikationsbeziehungen auf die Form wechselseitiger Beobachtungen“ (ebd.: 276, Fn. 43) mit der „Koordinationsfunktion intersystemischer Diskurse in ein gesellschaftstheoretisches Gesamtkonzept zu integrieren“ (ebd.). Doch die Anbindung der Funktionssysteme „an eine die selektiven Perspektiven der Teilsysteme transzendierende Sprache, die aufgrund ihrer universalistischen Struktur den Raum für intersystemische Koordinationsprozesse eröffnet“ (ebd.: 277), kann für ihn „eine Lücke im Rahmen der Theorie sozialer Systeme schließen, die daraus zu resultieren schien, daß die dezentrale Struktur funktional differenzierter Gesellschaften keinem Teilsystem die privilegierte Wahrnehmung gesellschaftsweiter Koordinations- und Integrationsfunktionen einräumt.“ (ebd.: 277)

Bendel stellt so eine eigentümliche Verknüpfung zwischen codeunspezifischen Kommunikationen unterhalb der Ebene der Teilsysteme und den „reflexiven Mechanismen“ (ebd.: 269) dieser Systeme her. Genau die als unzureichend gekennzeichnete Konzeption dieser Beziehung ist es aber, die Schwinn dazu veranlaßt, die Aufgabe der Systemtheorie zugunsten einer Handlungstheorie zu fordern. Denn weder die Auswahl von Strukturformen aus dem Repertoire systemunspezifischer Kommunikationen, noch die Verankerung der Funktionssysteme an sich, so Schwinn, kann aus den Systemen selbst heraus erfolgen: „Gesellschaft kann aber dann nicht mehr die Einheit eines geschlossenen kommunikativen Geschehens sein, das die Elemente, Kommunikationen, selbstreproduktiv vorantreibt, wenn dieses Geschehen ständig ‘von unten’ die Problemzufuhr nicht nur“ irritieren soll, „sondern spezifiziert und über Motivationen aktiviert werden muß –

---

<sup>120</sup> Der Begriff der Rationalität ist natürlich nicht gleich dem der Integration. Doch ich meine, daß er in Bendels Argumentation eine analoge Bedeutung besitzt, da er auf die Sicherstellung der Überlebensfähigkeit der Gesellschaft (Bendel 1993: 261) und die „Möglichkeiten gezielter sozialer Koordination“ (ebd.: 262) abzielt. Daß Bendel und Schwinn aber andere Begriffe für einen ähnlichen Sachverhalt benutzen, folgt aus ihren unterschiedlichen theoretischen Positionen. Während Schwinn letztlich für eine Handlungstheorie plädiert, möchte Bendel die Systemtheorie beibehalten. Mit Peters (1993: 105) könnte man beide Begriffe als unterschiedliche Integrationsformen auszeichnen (vgl. Fn. ???)

spezifiziert und aktiviert über kommunikationsfähige Einheiten, von denen es bekanntlich nur zwei gibt, Akteure und Organisationen.“ (Schwinn 1995a: 212)

Demgegenüber hält Bendel daran fest, daß über „ein Komplementärverhältnis von operativer Geschlossenheit und struktureller Umweltkopplung, das für alle Teilbereiche der Gesellschaft gleichermaßen als Bedingung ihrer Selbstproduktion vorausgesetzt werden kann“ (Bendel 1993: 272) „emergente Formen rationaler Kommunikation“ (ebd.: 270) hervorgebracht werden können, die sich ohne Rekurs auf „das Attribut der Handlungsfähigkeit“ (ebd.) konzipieren lassen. Denn die Teilsysteme, so Bendel weiter, müssen und können „die Rückwirkungen von Umweltgegebenheiten im Rahmen ihrer Selbstreproduktion berücksichtigen und auf diese Weise ihre Eingebundenheit in einen übergreifenden Zusammenhang thematisieren.“ (ebd.: 271) Obwohl, oder eben weil sich so entstehende „parallele rationale Selbstbeobachtungen der Gesellschaft“ (ebd.: 274) nicht auf die 'Absichten' oder 'Interessen' der involvierten Teilsysteme zurückführen lassen“, sich aber gleichfalls nicht auf die Motive einzelner Akteure, „etwa einzelner politischer Gruppen, Parteien oder Regierungen reduzieren lassen und diesen nicht beliebig zur Disposition stehen“ (ebd.: 271), muß Bendel diese „emergente Ebene der Gesellschaft als eine zusätzliche operativ geschlossene Sozialordnung“ (ebd.: 273) einführen. Erst so kann über „eine dreipolige Konstellation zwischen den Teilsystemen und der Gesellschaft als einem übergreifenden Kommunikationssystem“ (Ebd.: 274) ein „äußerer Zwang, im Sinne einer nicht beeinflussbaren Rahmenbedingung ihrer Selbstreproduktion“ (ebd.) auf die Systeme einwirken, „dem sie, ob es ihnen paßt oder nicht, Rechnung tragen müssen.“ (ebd.)

Obwohl beide Autoren das gleiche Problem – die Integration einer funktional differenzierten Gesellschaft – behandeln und in ihren Lösungsvorschlägen wohl auch ähnliche empirische Prozesse intendieren, sind wohl nur dem einen (Schwinn) die Konsequenzen einer solchen Lösung für die Gestaltung einer Gesellschaftstheorie voll zu Bewußtsein gelangt. Denn während Bendel mit seiner Idee einer emergenten, dritten Systemebene gesamtgesellschaftlicher Kommunikation über den funktional differenzierten Teilsystemen wohl die vorläufige Spitze des systemtheoretischen Abstraktionshügels erklommen hat, legt Schwinn seinen Zeigefinger in die offenen Wunden einer integrativ werden wollenden Systemtheorie. Obwohl es zunächst logisch erscheint, der Theorie sozialer Systeme die fehlende gesellschaftliche Einheitsvorstellung durch eine neue

Systembildung zu applizieren<sup>121</sup>, verursacht Bendel im Eifer der Absicht einige Kurzschlüsse. Zwar weist er zurecht darauf hin, daß auch für Luhmann binär codierte Systeme nur auf der Ebene ihrer Code geschlossen, in ihren Programme hingegen für externe Umwelteinflüsse offen sind (Bendel 1993: 268). Auch ist in der Systemtheorie die (unwahrscheinliche) Chance vorgesehen, daß Systeme durch Reflexion „eine gesteigerte Form der Selbstreferenz“ (ebd.: 269) realisieren können, und daß „gesellschaftliche Trends“ (ebd.: 272) einen Niederschlag in den Programmen finden können. Und tatsächlich sieht auch Luhmann strukturelle Kopplungen als Instrument zur Steigerung der Resonanzfähigkeit von Systemen vor (ebd.: 273).

Nur gibt die Systemtheorie keine Kriterien und keine Erklärungen dafür an, wie solche Kopplungen, Programmänderungen und Reflexionsprozesse angestoßen werden und welche Chancen zu ihrer konkreten Realisierung bestehen. Dieses „genetische Erklärungsdefizit“ (Mayntz / Schimank) hat Luhmann bekanntlich dazu bewegt, die Konstitution der Teilsysteme selbstreferentiell und evolutiv umzudeuten. Während eindeutige Funktionsbezüge eine identifizierbare gesellschaftliche Einheit voraussetzen müßten, löst sich mit der Selbstreproduktivität der Teilsysteme ein Begriff für das gesellschaftlichen Ganze auf. Bendels Vorschlag, eine positive, rationale Veränderung der Teilsysteme zu konzipieren, ohne dabei auf die von Luhmann unerklärten Entwicklungen der Evolution oder auf die von Luhmann unterbelichteten Prozesse auf der Interaktions- und Organisationsbene zurückzugreifen, muß diese Leerstellen deshalb durch Eigeninitiative kompensieren.

Dabei tappt er aber in eine doppelte Falle. Erstens führt seine dritte Systemebene gesellschaftlicher Kommunikation den Funktionalismus stillschweigend wieder ein, wenn er etwa sagt: „Der umfassendere Zusammenhang erbringt eine Leistung, ohne die die Teilsystemen keine selbstreproduktive Stabilität gewinnen könnten“ (Bendel 1993: 273). So restituiert er den bei Luhmann aufgelösten, eindeutigen funktionellen Bezug der Teilsysteme und zaubert zugleich die gesellschaftliche Einheit ihres Zusammenhangs nicht, wie Luhmann „aus dem Hut der Evolution“ (Schwinn 1995a: 206), sondern aus der wundersamen Quelle des gesellschaftlichen Meta-Systems. Beide Aspekte, die Selbststeigerung der Komplexität der Teile und ihre Abstimmung untereinander, können

---

<sup>121</sup> Und obwohl es keineswegs abwegig ist, eine über Irritation und Evolution hinausgehende Beeinflussung der Handlungslogiken der oder in Systemen anzunehmen. Es ist nur unwahrscheinlich, daß dies auf der Ebene der Systemoperationen oder, alternativ, ohne handlungstheoretische Ergänzungen möglich ist.

zusammenfallen, weil die zusätzliche Ebene übergreifender Kommunikation die Subsysteme aus Selbstinteresse zu einer Anpassung an die nun offenbaren gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse zwingt.<sup>122</sup> Zweitens bleibt Bendel aber kaum eine andere Wahl, als die Auferstehung der Einheit der Gesellschaft, implizit doch mit akteurbezogenen Konnotationen auszustatten: So ist z.B. in den Teilsystemen „ein Motiv wirksam“ (ebd.), „die strukturelle Kopplung an die Gesellschaft trotz der parallel wirksamen Dynamik zur Steigerung ihrer operativen Autonomie aufrechtzuerhalten und gezielt zu entfalten“ (ebd.) und so „trachtet“ ein einzelnes System regelrecht „danach, aktiv auf seine Umwelt Einfluß auszuüben“ (ebd.) – und dies obwohl, wie Bendel vorher einräumt, Systeme „nicht handlungsfähig sind und von daher auch zu intentionalen Steuerungsleistungen nicht in der Lage scheinen“ (ebd.: 270).

Mag es auch eine nutzbringende Überlegung sein, daß „es trivialerweise kein selbstreferentielles Funktionssystem ohne übergreifenden, eigenselektiven gesellschaftlichen Kommunikationszusammenhang geben kann“<sup>123</sup> (ebd.: 276), bleibt doch vollkommen unerklärlich, wie dieser sich als feste Größe etablieren könnte, da doch eine einheitliche Repräsentation der Gesellschaft nicht mehr möglich ist, und somit eine stabile Leitdifferenz oder eine binäre Codierung (als Katalysator für Systembildungen) für den gemeinten Horizont gesamtgesellschaftlicher Rationalität eben nicht existieren kann. Die Einheit oder gar Rationalität der Gesellschaft kann nicht nur deshalb, weil sie aufgrund systemischer Differenzierung verloren geht, über systemische Emergenz wieder hergestellt werden, ohne eben die Grundlagen der Differenzierung zu untergraben. Ein Zentrum, das die systemische Zeitdiagnose gerade suspendiert hat, kann nicht durch die „invisible hand“ von Reflexionsprozessen, die sowohl innerhalb als auch außerhalb der Systeme

---

<sup>122</sup> Wenn man nochmals den Einwand Habermas' bemüht, wonach bei der Abstimmung geschlossener Systeme erneut das Hobbes'sche Problem auftaucht, kann man bei Bendel eine Durkheim'sche Lösung erblicken, entsteht doch über den Systemen ein gesellschaftliches Kollektivbewußtsein.

<sup>123</sup> Dies meine ich in dem allgemeinen Sinne, daß der außerhalb von Funktionssystemen stattfindenden Kommunikation eine größere Rolle beigemessen werden könnte, die sich auch auf die Programme der Systeme auswirkt (vgl. z.B. Teubner 1991: 289) Diese dann aber als Super-System jenseits Interaktion, Organisationen und Teilsystemen aufzufassen, erscheint mir aber unsinnig, wäre doch ihr Status dann gar nicht mehr vorstellbar.

veranschlagt werden, einfach per Definition wieder eingeführt werden<sup>124</sup> – liefere das doch bei Luhmann auf eine unlösbare Paradoxie hinaus.

Folglich verwundet es nicht, daß sich Bendel dann auch explizit auf „Akteure“ (ebd.: 275) z.B. aus Wirtschaft und Politik bezieht, wenn er veranschaulichen will, wie gesellschaftliche Sinnangebote in die Funktionssysteme eingeschleust werden können. „Da gegenüber der gesamtgesellschaftlichen Perspektive die teilsystemische immer als die eingeschränktere und siguläre erscheint, sthet ein Aktuer in der Wirtschaft immer in der Situation, sich an übergreifende gesellschaftliche Entwicklungen und Sinnhorizonte anpassen zu müssen, während er hingegen den Verlauf dieser Kommunikation allenfalls partiell beeinflussen kann. Es empfiehlt sich demzufolge für den systemrationalen Akteur der Wirtschaft, möglichst nah entlang des gesamtgesellschaftlichen Rationalitätspotentials zu operieren, anstatt darauf zu hoffen, dieses einseitig im seinem Sinne beeinflussen oder gar instrumentalisieren zu können“ (ebd.) Abgesehen von dem damit eindeutig bezeichneten Rückbezug auf die Akteurebene, ist es schon verwunderlich, wie eine nebulöse gesamtgesellschaftliche Rationalität hier die Orientierung auf den Code der Teilsysteme in systemrationaler Absicht „versklaven“<sup>125</sup> können soll, obgleich die Codes der Systeme doch ihrerseits erst zur Überwindung immer drohender doppelter Kontingenz entstanden sind, und diese Funktion deshalb wahrscheinlich nur weiter erfüllen können, wenn sie nicht dauernd durch externe Einflüsse in Gefahr geraten.

Man wird diese hier nur angedeuteten Widersprüche im Auge behalten müssen, wenn nachfolgend die Steuerungstheorie Helmut Willkes vorgestellt wird. Mit Schwinn möchte ich daher zwei Probleme aufzeigen, mit denen sich jeder systemtheoretische Integrationsbegriff konfrontiert sehen muß. Erstens das widersprüchliche Verhältnis zwischen den prinzipiellen Kontingenz aller systemischer Leitdifferenzen und Funktionsbezüge und der Tatsache, daß ihre konkrete Verwirklichung in einer gegebenen Gesellschaft aber faktisch eine „absolute Reduktion der Kombinationsmöglichkeiten der

---

<sup>124</sup> Dies läuft, so scheint es, auch auf eine Vorverurteilung des ähnlichen gelagerten Versuchs von Helmut Willke hinaus. Wie wir nachfolgend sehen werden, gestattet sich Willke zwar ähnliche Vermischungen systemischer Autonomie und gesamtgesellschaftlicher Rationalität, ihre konzeptuelle Anlage ist aber komplizierter und weniger naturwüchsig, man kann auch sagen: unklarer..

<sup>125</sup> Diesen Begriff der Versklavung entnehme ich Teubner (1991: 289), obwohl dieser damit die Fähigkeit von Teilsystemen bezeichnet, „die Strukturen anderer Systeme in den systemeigenen Strukturen zu rekonstruieren“ (ebd.) und so, systemtheoretisch konsequenter, nur die selbstgewählte wechselseitige Anpassung von Systemen bezeichnet, ohne daß darin gesamtgesellschaftliche Rationalität identifiziert wird.

Problemgesichtspunkte und ihrer Folgeprobleme“ (Schwinn 1995a: 200) der Teilsysteme bedeuten muß, wenn sich eine stabile Struktur herausbilden soll. Dadurch gerät die Systemtheorie aber in die Not, die tatsächlich realisierten Selektionen nicht erklären zu können, wodurch auch ihre Veränderung, etwa im Sinne einer besseren Koordination ebenfalls unklar bleibt. Dies verweist (oder reformuliert?) zweitens auf den Unterschied zwischen einer Dekompositions- und einer Konstitutionsperspektive (ebd.: 206) auf die Gesellschaft und ihre Teilsysteme, den ich im Kapitel 2.1 schon angedeutet habe. Indem Luhmann die klassische Dekompositionsperspektive des Strukturfunktionalismus auflöst, mit der die Bildung von Funktionsbezügen an die Bestandserfordernisse der Gesellschaft angebunden waren, sie aber zugleich zur empirischen Realität systemischer Differenzierungen umdeutet, verliert sich der Zusammenhang zwischen der Strukturierung der Gesellschaft und ihres integrativen Bezuges. So bleibt die Antwort offen, „wie dieses Verhältnis von Gesamtsystem und Teilsystem zu denken ist, wie Dekompositions- und Konstitutionsperspektive ineinander überführt werden können.“ (ebd.) Statt dessen wird die Dekomposition der Gesellschaft zu ihrer eigentlichen empirischen Dynamik erhoben, wodurch eine Rekonstitution der Gesamtgesellschaft prekär wird.

Mir scheint, daß diese Gegenüberstellung schließlich zum zentralen Defizit aller Versuch wird, innerhalb des systemtheoretischen Paradigmas Prozesse der Koordination, Integration und Steuerung positiv zu bestimmen. Denn selbst wenn man selbstbezügliche Systemdifferenzierung als diagnostischen Befund und heuristische Hypothese akzeptieren will, fehlen theoretische Kategorien, um die empirische Dekomposition der Gesellschaft zu erklären und ihre wie immer geartete Abstimmung oder Veränderung modellieren zu können. Hier kann man nur der Vermutung Schwinns zustimmen, daß solche Prozesse einer Begründung und Motivation durch die Aktivität von Akteuren bedürfen, die innerhalb und ggfs. unter Mißachtung systemischer Grenzziehungen ihre wie auch immer konfligierenden oder übereinstimmenden Interessen und Wertbezüge zu realisieren versuchen (ebd.: 211-213). Es bleibt zwar auch in dieser Perspektive zunächst offen, inwieweit ihre Handlungsabsichten von der Eigenlogik ausdifferenzierter Kommunikations, also von der „globalen Relevanz“ und „legitimen Indifferenz“ (vgl. Schimank 1996: 156-158) spezifischer Systemcodes eingeschränkt werden.

Eine durchgängige Hypothese der folgenden Kapiteln wird demzufolge lauten, daß die Beschränkung der Systemtheorie auf von den Systemen selbst zu vollbringende Abstimmungsleistungen, sei es in Form von konstruktiven Irritationen, strukturellen Kopplungen oder reflexiv angeleiteten Selbststeuerungen die Konstitution und den



(potentiellen) Wandel des gesellschaftlichen Ganzen nur unzureichend verstehen und nachbilden kann. Genauso wie anzunehmen ist, daß „das Kommunikationsgeschehen und damit Gesellschaft“ sich nicht aus sich selbst motivieren kann, „sondern der ständigen Zufuhr 'externer Referenzen' bedarf“ (Schwinn 1995b: 211), ist es daher wahrscheinlich, daß auch eine systemtheoretische Steuerungskonzeption „externer Referenzen“ aus anderen Theorieprogrammen oder aus systemtheoriefremden gesellschaftlichen Wirklichkeitssphären bedürftig ist. Damit ist über die Brauchbarkeit des diagnostischen Modells funktionaler Differenzierung und der theoretischen Figur emergenter Strukturen der gesellschaftlichen Kommunikation kein abschließendes Urteil gefällt. Auch über die Berechtigung einer systemtheoretischen Reflexionstechnik zur Kontrastierung anderer, (kontingenter) soziologischer und praktischer Gesellschaftsbeobachtungen soll noch keine Wertung erfolgen. Ihre immanenten Schwierigkeiten, ihr prekäres meta-theoretisches Fundament und die Überstrapazierung ihres Universalitätsanspruchs sind aber deutlich geworden.

Zugespitzt ist deshalb zu fragen, ob die Betonung der gesellschaftlicher Differenzierung, der Geschlossenheit der Funktionssysteme und der exklusiven Binarität systemspezifischer Codes jeweils gegenüber Aspekten der Integration, der Offenheit und der externen Programmierbarkeit nicht nur ein selbstproduzierter Effekt der Theorieanlage ist, und damit dem Paradox der Selbigkeit des Differenten (Martens 1995) geschuldet ist. Denn da „es Paradoxien nur gibt, soweit ein Unterschied, der irgendwie wahrgenommen worden ist, begrifflich unterschlagen wird, Verschiedenes 'fälschlich' identifiziert wird“ (ebd.: 306), drängt sich der Verdacht auf, daß die systemtheoretisch identifizierten Paradoxien der Moderne, der Einheit und der Steuerung eventuell nur darauf zurückzuführen sind, daß die komplexe Realität der Gesellschaft „fälschlicherweise“ mit der einseitigen, auf geschlossene kommunikative Systembildungen beschränkte Makroperspektive der Luhmann'schen Gesellschaftstheorie gleichgesetzt wird. Wenn diese aber nicht hinreicht, um die Gesamtheit sozialer Wirklichkeit zu erfassen, wäre die Unterschlagung der anderen Seite der Strukturodynamik moderner Gesellschaften, nicht deren Strukturmerkmale selbst, für das dauernde Autauchen von Paradoxien verantwortlich zu machen.

Hatten wir diese Fragestellungen bis hier hin auf einer meta-theoretischen, zeitdiagnostischen und theorieinternen Ebene behandelt, soll in den nachfolgenden Kapiteln 3,4, 5 und 6, die Kollision der Systemtheorie mit empirischen Problemen der Steuerung von Gesellschaften untersucht werden. Zu diesem Zwecke möchte ich die

Staats- und Steuerungstheorie von Helmut Willke als Beispielfall<sup>126</sup> einer empirisch-  
ragmatischen Wendung der Systemtheorie vorstellen. Dabei sollen die Arbeiten Helmut  
Willkes zunächst als eigenständiger Ansatz präsentiert werden, ohne die zuvor  
geschilderten allgemein theoretischen Probleme erneut aufzugreifen. Meine These ist aber,  
daß wir trotz dieser Einschränkung zu vergleichbaren offenen Fragen und Kritikpunkten  
gelangen werden, da sich auch Willke dieser inhärenten Probleme der Systemtheorie nicht  
entwenden kann.

---

<sup>126</sup> Einen ähnlichen Versuch unternehmen zum Beispiel Teubner (1991), Ulrich (1994), und, wie gesehen,  
Bendel (1993). Keiner wagt sich aber soweit und konstant in das Felder der Steuerung vor wie Willke.

### **3 Von Autopoiesis zu intersystemischen Diskursen. Grundzüge und Probleme systemischer (Selbst-)Steuerung in der Perspektive Helmut Wilkes**

Wie ich im vorherigen Kapitel ausführlich gezeigt habe, entfaltet die Systemtheorie Niklas Luhmanns durch ihren universalistischen Zuschnitt, ihre ungewöhnliche und streitbare Theorieanlage sowie ihre apodiktischen Urteile zur paradoxen und selbstreferentiellen Konstitution der funktional differenzierten modernen Gesellschaft eine widersprüchliche gesellschaftstheoretische Perspektive. Einerseits beansprucht sie, die soziale Wirklichkeit umfassend und unter einem einheitlichen Paradigma beschreiben zu können, andererseits beschränkt sich ihr empirischer und problemlösender Beitrag meistens auf das Angebot einer Perspektive generalisierender Totalreflexion und auf die Feststellung des Scheiterns gezielter gesellschaftlicher Veränderungen sowie der Unmöglichkeit ihrer kausal-analytischen soziologischen Beobachtung.

Auch in der sozialwissenschaftlichen Diskussion um Möglichkeiten und Grenzen politischer Gesellschaftssteuerung, in der seit den 70er-Jahren weitgehend Pessimismus vorherrscht, wagt Luhmann die wohl weitreichendsten Aussagen zur prinzipiellen gesellschaftlichen Gestaltungsunfähigkeit. Damit reformuliert und radikalisiert er empirische Befunde, die in der neueren politikwissenschaftlichen und politik-soziologischen Forschung eine gewisse Konjunktur haben. Wie Mayntz (1987) zusammenfassend nachzeichnet, haben sich die empirischen und theoretischen Schwerpunkte der Analyse von Programmen und Absichten gezielter politischer Gestaltung der Gesellschaft vom Problem normativer Konformität über die Feststellung finanzieller Überforderung und mangelnder Effizienz des Wohlfahrtsstaats zunehmend auf die grundlegendere Frage der strukturellen Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft und den damit verbundenen Steuerungshemmnissen verlagert: "Im Kern geht es dabei um die Behauptung, daß der Staat aufgrund inhärenter Schranken traditioneller Interventionsinstrumente nicht (mehr) in der Lage ist, die von ihm identifizierten ökonomischen und sozialen Probleme zu lösen und die gesellschaftliche Entwicklung in die gewünschte Richtung zu steuern [...]" (ebd.: 90, vgl. auch Ulrich 1994: 13-45).

Diese Erfahrungen bieten der Systemtheorie Gelegenheit, ihr Konzept der funktionalen Differenzierung und der Autopoiesis des Sozialen als Erklärungsfolie der benannten Schwierigkeiten anzubieten. Aufgrund der postulierten operativen Geschlossenheit des politischen Systems, so behauptet sie, können sich politische Kommunikationen nur entlang der Leitdifferenz des politischen Codes Macht/Nicht-Macht bzw.

Regierung/Opposition reproduzieren und daher lediglich interne Programme zur Berücksichtigung von Umweltkomplexität aufstellen, so daß politische Steuerung immer der autopoietischen Logik der Politik verhaftet bleibt. "Auch das politische System kann nicht außerhalb der eigenen Autopoiesis, außerhalb des eigenen Codes oder ohne eigene Programme handeln." (Luhmann 1990: 175). Gleichzeitig können alle Wirkungen des symbolisch generalisierten Machtmediums, wie die über strukturelle Kopplung zwischen Politik und Recht angestoßenen Rechtsänderungen und die über strukturelle Kopplung zwischen Politik und Wirtschaft motivierten Geldzahlungen in anderen Funktionssystemen nur hochselektiv wahrgenommen, alleine nach Kriterien der adressierten Systeme wirken und sind daher in ihren Konsequenzen politisch nicht mehr kontrollierbar: "Im übrigen lautet die inzwischen hinreichend deutliche Lektion, daß die auf diese Weise erzielbaren Effekte nie den politischen Intentionen entsprechen, weil sie immer durch die selbstreferentielle Operationsweise und Strukturdeterminiertheit der betroffenen Systeme bestimmt sind. Für die Autopoiesis der Politik scheint das jedoch wenig zu besagen, denn für sie kommt es auf die kollektiv bindende Kommunikation von Interventionsabsichten an und nicht auf die viel später eintretenden oder nicht eintretenden Effekte" (Luhmann 1993: 468).

Dieser "radikale Steuerungs-Pessimismus" (Scharpf 1989: 10) Luhmanns hat innerhalb politikwissenschaftlicher und handlungstheoretischer Diskussionen für viel Unverständnis, aber auch für großes Interesse gesorgt. So kann eine Kritik, die vorschnell das theoretische Konstrukt autopoietischer Funktionssysteme mit den konventionellen politischen Untersuchungsgegenständen (meist: individuelle und kollektive Akteure) gleichsetzt, angesichts real stattfindender politischer Interventionen in die Gesellschaft eiligst das empirische Versagen der Systemtheorie verkünden. Auch bietet Luhmann den an empirischen Steuerungsproblemen interessierten Rezipienten wenig konkrete Hinweise zu den Möglichkeiten und Grenzen der erfolgreichen Formulierung jenseits der Beschreibung der autopoietischen Qualität politischer Kommunikationen und ihren speziellen Formen im Medium der Macht<sup>127</sup>. Lieber zieht er sich reflektierend zurück, und räumt sogar die beschränkte Brauchbarkeit einer Handlungstheorie für praktische Zwecke ein: "Ja, sie [die

Handlungstheorie, M.S.] mag sogar hilfreich sein, wenn man soziologisch-systemtheoretische Analysen in eine politikfähige Sprache übersetzen, also aus der Kybernetik zweiter Ordnung in die Kybernetik erster Ordnung überführen will. Sie mag im einzelnen noch so 'scharfsinnig' entwickelt werden. Zur Theorie gesellschaftlicher oder politischer Steuerung kann sie nichts beitragen." (Luhmann 1989: 8).

Die Kerneinsichten der systemtheoretischen Rekonstruktion selbstreproduzierter Politik - die fehlende Folgenübersicht/Riskiertheit politischer Entscheidungen (v.a. Luhmann 1991: 155ff.), ihr nur an kurzfristigen Macht- und Positionsgewinnen orientierter Zeithorizont (ebd.: 176; 1990: 181), ihre im Gegensatz zu den behandelten Problemen territoriale Begrenztheit (ebd.: 179f.) sowie ihre Spezialisierung auf die von den tatsächlichen (Umwelt-)Effekten entkoppelte öffentliche Darstellung von Entscheidungen und Absichten (Luhmann 1991: 157 und 175) – bleiben folglich allgemeine Problemreformulierungen und Begriffsvorschläge, die in ihren theoretischen Konsequenzen und in ihrer empirischen Anwendbarkeit noch keineswegs ausgelotet sind. So kann das Argument, daß die Systemtheorie "von der in Wirklichkeit zugleich funktions- und akteurbezogenen Matrixstruktur der Gesellschaft nur die eine, funktionale Dimension erfaßt" (ebd.: 16) und damit soziale Systeme "ihres realen Substrats und ihrer faktischen Antriebskräfte beraubt" (Mayntz 1987: 102), wie wir in 2.2 gesehen haben, einige Plausibilität für sich gewinnen.<sup>128</sup> Trotzdem regen die begrifflichen Raffinessen Luhmanns und das auch in anderen Theorien prominente diagnostische Modell sozialer oder funktionaler Differenzierung zu immer neuen Diskussionen an (vgl. 2.2). Sowohl von akteurtheoretischer Seite (vgl. Schimank 1985, 1995) als auch im systemtheoretischen Lager (Ulrich 1994, Teubner 1991) sucht man nach Möglichkeiten, die Luhmann'schen Abstraktionen mit empirischer Forschung zu verknüpfen oder auf empirisch-pragmatische Problemstellungen anzuwenden. Wie bereits angedeutet, wagt Helmut Willke in diesem Spektrum einen sehr weitgehenden Versuch, systemtheoretische Modelle für die Politik- und Staatstheorie sowie für das Verständnis und

---

<sup>127</sup> Insbesondere die spärlichen Andeutung zur Auflösung und Rekombination von Medien in Organisationen (vgl. Luhmann 1988: 302-323) enthalten zahllose unerfüllte Anschlußmöglichkeiten: Hier wäre zu fragen, wie Organisationen beschaffen sein müssen, um die spezifische operative Blindheit von Funktionssystemen füreinander durch strukturelle Arrangements abzufedern: hier könnte evtl. sogar wieder der Anschluß an die konventionelle soziologische Theoriebildung erfolgen.

<sup>128</sup> Allerdings verfängt sich der Einwand, daß Luhmann die analytische Qualität "seiner" Systeme mit der empirischen Realität verwechsle, oft in den verwirrenden Zirkeln konstruktivistischer Diskussionen (vgl. 2.1)

die Bewältigung empirischer und pragmatischer Steuerungsfragen fruchtbar zu machen<sup>129</sup>. Im Anschluß an die in Kapitel 2 begründete Skepsis, ob die Systemtheorie trotz ihrer differenzlogischen Abstraktionen, diagnostischen Vereinseitigung und empirischen Abstinenz zum besseren Verständnis der Dynamik moderner Gesellschaften geeignet sei, möchte ich die Arbeiten Helmut Willkes als Testfall dafür nehmen, welche Einsichten und blinden Flecken das Befolgen systemtheoretischer Axiome befördert und zu welchen Umbauten ihrer Modelle eine größere Nähe zur Empirie und Praxis zwingen könnte. Im Mittelpunkt steht also die Frage, ob der Versuch Willkes, innerhalb des Paradigmas operativ geschlossener Funktionssysteme Modalitäten gesamtgesellschaftlicher Koordination ausfindig zu machen, das theorieimmanente Paradox der Integration selbstreferentiell geschlossener, kommunikativer Operationssysteme zu "entfalten" in der Lage ist oder ob er, wie Münch vermutet, an der "eigentümlichen Sprachlosigkeit von monadischen und in wechselseitiger Indifferenz koordinierten Systemen" (Münch 1985: 19) scheitern muß. Willkes Vision eines wohlfahrtsstaatlichen Supervisionsstaats, der Gesellschaftssteuerung durch reflexives Recht und intersystemische Diskurse ist deshalb von besonderer Bedeutung für die meta-theoretische Beurteilung der Systemtheorie, da sie eine größere Nähe zu empirischen Befunden sucht und explizit auf die Notwendigkeit zur Präzisierung des systemtheoretischen Verständnisses gesellschaftlicher Integration verweist. Daher bietet sich Willkes systemtheoretische Reformulierung dazu an, die zuvor eingebrachte Kritik eines integrativen und empirischen Defizits erneut zu überprüfen. Zugleich treten die diagnostischen und politisch-normativen Gehalte der Systemtheorie im Hinblick auf die vorgeschlagenen politisch-praktischen Lösungen des Steuerungsproblems stärker in den Mittelpunkt.

Um nicht die Bewertung einer (möglichen) systemtheoretischen Steuerungskonzeption mit dem Hinweis auf die Defizite der Vorlage Luhmanns schon vorwegzunehmen, möchte ich mich in den folgenden Kapiteln 3, 4 und 5 weitgehend an die Schriften Willkes halten. Dieses Vorgehen könnte sich sogar als argumentativer Vorteil erweisen. Denn wenn die pragmatische und steuerungstheoretische Wende der Systemtheorie durch Helmut Willke schließlich zu denselben offenen Fragen und theoretischen Widersprüchen führt, denen wir bei Luhmann begegnet sind, könnte dies zusätzliche Klarheit über die Stärken und Schwächen der soziologischen Systemtheorie erbringen: Erstens im Hinblick auf ihre

---

<sup>129</sup> Willke bekleidet einen Lehrstuhl für Planungs- und Entscheidungstheorie an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld, wodurch seine „pragmatische“ Wendung der Systemtheorie vielleicht verständlich wird.

Fähigkeit, empirische Probleme wie das der Steuerung und Integration begrifflich zu fassen und zu beschreiben und zweitens bezüglich der Übereinstimmung ihrer Modellannahmen mit Ausschnitten politischer und gesellschaftlicher Realität, beziehungsweise der durch die Theorieanlage erfolgten Verzerrungen. Dabei spielt die Selbstbeschreibung der Theorie als "ironische" Interpretation der systemtheoretischen Perspektive deshalb eine Rolle, weil sich schon darin eine gewisse diagnostische und normative Haltung ausdrückt: "Die Einsicht, daß die selbst-referentiellen Semantiken komplexer Systeme nicht vereinbar sind, und dennoch unerschrocken für wechselseitige Abstimmung einzustehen, unterscheidet den ironischen vom tragischen Beobachter. Für den Tragiker verfangen sich die Systeme in ihren selbst gestellten Fallen, und jeder Versuch rettender Rationalität bestärkt nur diesen unabänderlichen Entwicklungspfad. Für den Ironiker dagegen eröffnet die unabänderliche Distanz zwischen den Systemen den Spielraum für die Möglichkeit einer Akkordierung von Kontingenzen, wenn erst einmal klar ist, daß dies nicht aus der Position einer höheren und überlegenen Rationalität (welchen Beobachters und Akteurs auch immer) bewirkt werden kann, sondern allein aus der Spiegelung (Spekulation, Reflexion) der äußeren Distanz in einer inneren Distanz der Systeme zu sich selbst, die ihnen die eigene ironische Position eines Spielens mit ihren Kontingenzen erlaubt." (Willke 1992: 321f.).

Nachdem ich Willkes systemtheoretisches Modell der modernen Gesellschaft sowie die Grundlagen ihrer Evolution und Steuerung nachgezeichnet habe (Kap. 4), möchte ich mich den Details einer entsprechenden Interpretation von Politik, Staat und Recht widmen (Kap. 5), um anschließend seine Konzepte dezentraler Kontextsteuerung genauer zu charakterisieren (Kap. 5). Schließlich soll Willkes Versuch, Luhmanns Theorieprogramm mit einer aktiven politischen Steuerungsabsicht zu vereinigen, die der Idee des Gewährenlassens systemischer Dynamiken deutlich widerspricht, kritisch beurteilt werden. Eine so „reformierte“ politische Systemtheorie muß sich neben dem Kriterium inhärenter Stimmigkeit auch an politisch-praktischen und theorieökonomischen Maßstäben messen lassen. In Kap. 6 soll deshalb gefragt werden, ob Willkes Festhalten an der Theorie autopoietischer Systeme im Lichte ihrer konkreten und normativen Implikate noch sinnvoll erscheint, oder ob das Durchwursteln ("muddling through") durch das Luhmann'sche Paradigma eine unnötige Verkomplizierung des Gegenstands zur Folge hat.

### **3.1 Die Folgen funktionaler Differenzierung: Interdependenz und Independenz, Heterarchie, Externalisierung**

Funktional differenzierte Gesellschaften zeichnen sich nach Willke durch eine enorme Steigerung organisierter Komplexität sowie eine enorme Zunahme intersystemischer Interdependenzen und Independenzen aus, und müssen als "Gesellschaften ohne Zentrum" verstanden werden (Willke 1984: 30), in der kein Teilsystem die Einheit des Ganzen repräsentieren kann. (Willke 1993: 49). Diese, von der internen Differenzierung und Komplexitätssteigerung gesellschaftlicher Teilsysteme getragene "Dialektik" zwischen zunehmender wechselseitiger Abhängigkeit und der durch die Spezialisierung hervorgerufenen steigenden Autonomie und Selbststeuerung der Teilsysteme (Willke 1987a: 4) führt zu gesellschaftlichen Integrationsproblemen, die sich weder durch hierarchische Eingriffe eines privilegierten Teilsystems, wie etwa der Politik, noch durch die liberalistische Abstimmung zwischen einzelnen, eigennützig orientierten Akteuren entschärfen läßt. (ebd.: 1983: 128f.). Erst "ein Verständnis von Gesellschaft als umfassendem, aber funktional differenziertem Sozialsystem, welches eine gleichzeitige Steigerung von Independenzen und Interdependenzen ebenso zuläßt wie eine gleichzeitige Steigerung von Exklusion und Inklusion, von Differenzierung und Re-Integration, von Selbstreferenz und Fremdreferenz; und welche insgesamt zu einer Architektur organisierter Komplexität sich entwickelt, in der eine heterarchische Gesamtstruktur mit dekomponierbaren Hierarchien innerhalb der Teilsysteme sich verbindet" (Willke 1992: 20f.), kann laut Willke die theoretische Grundlage dafür schaffen, gesellschaftliche (und politische) Steuerung als Problem der "Unwahrscheinlichkeit gelingender Kommunikation zwischen autonomen, selbstreferentiell operierenden Einheiten" (ders. 1992: 345) zu begreifen. Daran anschließende Konzepte der Abstimmung zwischen hochorganisierten Akteuren und ihren operativ geschlossenen Funktionssystemen" (ebd.: 355) müssten dann als "Anregungen zur Selbständerung und Selbststeuerung der autonomen Sozialsysteme" (ebd.: 167) in Form indirekter Konditionalisierung von Randbedingungen (Teubner/Willke 1984: 32) gefaßt werden. Diese Prämissen der Willke'schen Steuerungstheorie basieren offensichtlich auf einer "weichen", da durch Akteure illustrierte, und konkreter verstandenen Interpretation der Luhmann'schen Systemtheorie.

Die evolutionäre Zunahme subsystemischer Autonomie führt zu einer ambivalenten Realität moderner Gesellschaften: Einerseits ermöglicht die "explodierende Innovativität dezentraler



Spezialisierung" (Willke 1992: 313) produktive Vorteile von Arbeitsteilung und Spezialisierung sowie die Entstehung von bereichsspezifischer Intelligenz und Expertise (ebd.: 69). Andererseits befördert funktionale Differenzierung die wechselseitige Intransparenz der Teile und die Ausbildung eigener Teilrationalitäten, Dynamiken, Wert- und Normmuster – kurz: operationale Geschlossenheit, die ein riesiges Potential für Konflikte und Interessenswidersprüche darstellt (Willke 1984: 30-33). Die basale Zirkularität etwa der Wissenschaft, der Politik oder der Wirtschaft besteht demnach darin, daß diese Systeme "sich vom allgemeinen Kommunikationsprozeß absondern und zu einer operativen Geschlossenheit ihrer auf Sondersprachen beruhenden Kommunikation entwickeln können" und ihre Kommunikationskreisläufe "sich doch zunehmend auf gleichartig spezialisierte Kommunikationen – etwa für das Herrschen, das Wirtschaften, das Erziehen, Glauben, Forschen, etc. – beziehen, bis sie schließlich ihre Selbstreferenz vornehmlich oder gar ausschließlich in solchen spezialisierten Kommunikationen finden." (ebd.: 36). Zwar bleiben die Systeme "insbesondere bezüglich der Aufnahme von Energie und Information (...) durchaus und notwendigerweise offen" (ebd.: 34), diese Offenheit ist aber hochselektiv durch das System selbstbestimmt. In das Netzwerk ihrer Selbstkontakte werden lediglich, "Interdependenzunterbrechungen eingeführt, sozusagen Stoppregeln und Neuanstöße für die operativ geschlossenen Prozesse basaler Zirkularität (Interpunktionen)." (ebd.: 35).<sup>130</sup>

Die Effekte dieser gegenläufigen Evolutionsprozesse, der gleichzeitigen Steigerung von Autonomie und Abhängigkeit, äußern sich keineswegs in einer naturwüchsig besseren Umweltpassung der Subsysteme oder einer idealen Integration der Gesellschaft. Zu beobachten ist vielmehr, "daß funktional differenzierte Organisationen ihren beachtlichen Zugewinn an Spezialisierung, Effizienz und Optionenreichtum teuer erkaufte haben: mit einer zentrifugalen Dynamik, welche den Grad der Turbulenzen, der Selbst-Gefährdung und des zu verarbeitenden Risikos dieser Systeme in einem Ausmaß gesteigert hat, das vielen Beobachtern bereits als unbeherrschbar gilt." (Willke 1992: 155).

---

<sup>130</sup> Es fällt auf, daß Willke mit dem Begriff der Autopoiesis sehr sparsam umgeht. Wenn er etwa Autopoiesis als Endpunkt einer gesellschaftsgeschichtlichen Entwicklung zu immer größerer Autonomie spezialisierter kommunikativer Vernetzungen definiert (Willke 1984: 35), auf die partielle Offenheit dieser Kreisläufe hinweist und auch noch 1992, inzwischen dem Autopoiesis-Vokabular häufiger treu, auf die "allmähliche und graduelle Autonomisierung der Funktionsbereiche " (Willke 1992: 43) verweist, bleibt m.E. stets eine Hintertür für die Abschwächung der selbstreproduktiven Qualität der Systeme offen.

Willke spielt damit auf jene Konsequenzen des normalen, systemrationalen Operierens ausdifferenzierter Systeme an, die in anderen theoretischen Zusammenhängen häufig als negative Externalitäten gekennzeichnet werden: "Ein guter empirischer Indikator für das oben beschriebene Dilemma wachsender Abhängigkeiten und Unabhängigkeiten ist die Tatsache, daß Teilsysteme wie Wirtschaft, Technologie, Wissenschaft, Militär oder Recht massive negative Externalitäten für jeweils andere Teilsysteme – oder für die Lebenswelt insgesamt – produzieren; und daß eine interne Verrechnung oder auch nur Empfindlichkeit für die Bedeutung dieser Externalitäten außerordentlich schwierig erscheint." (Willke 1992: 60f. vgl. wörtlich auch in 1987a: 5). Strukturelle Organisationsprinzipien der modernen Gesellschaft schaffen demnach "eine gänzlich ungerichtete, wildwüchsige Potentialität" (Willke 1982: 53), die neben enormen positiven Entwicklungsoptionen gleichzeitig immer auch gefährliche Tendenzen entfaltet. Im Gegensatz zu Luhmann, der oft den Eindruck erweckt, als impliziere der gegebene Grad funktionaler Differenzierung ein hohes evolutionäres Entwicklungsniveau, daß per se integriert sei<sup>131</sup>, besteht Willke an einem viel zentraleren Punkt seiner Theorie darauf, daß erst zusätzliche, re-integrative Bemühungen das Defizit gesamtgesellschaftlicher Rationalität der Teilsysteme (dazu Willke 1984: 5 und 1993:38) überwinden helfen könnten. "Gesellschaften können die Autonomie und Eigendynamik ihrer Teile nur aushalten, wenn ihre Subsysteme in verlässlicher Weise die Minimalbedingungen gesellschaftlicher Integration einhalten." (Willke 1993: 53).

Da "funktionale Differenzierung ein Entwicklungsprinzip von so zentrifugaler Dynamik und so massiver Komplexifizierung ist, daß es das vollkommen paradoxe Potential der Selbstnegierung einschließt – wenn es nicht durch komplementäre, mithin entsprechend komplex gebaute Formen der Integration der differenzierten Einheit austariert wird" (ebd.: 85), ergebe erst die Kompatibilisierung subsystemspezifischer Optionen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene eine brauchbare Lösung der behandelten Abstimmungs- und Steuerungsprobleme moderner Gesellschaft. "Erst die Erfüllung einer zusätzlichen Bedingung [zur einfachen Komplexitätssteigerung der Teilsysteme, M.S.] läßt es überhaupt

---

<sup>131</sup> Unklar bleibt aber, ob dieses affirmative Element Luhmann'scher Gesellschaftstheorie nicht lediglich ein Produkt ungenauer Rezeptionen ist. Denn obwohl Luhmann in der Tat behauptet, "daß gerade funktionale Differenzierung (...) Interdependenzen und damit eine Integration des Gesamtsystems" steigere (Luhmann 1986: 86f.), bemerkt er: "Damit ist weder die Selektion der besten aller möglichen Welten, noch in irgend einem Sinne 'Fortschrittlichkeit' garantiert." (ebd.: 206) Auch bei ihm wird "ein höheres Maß an Sensibilität und Lernfähigkeit" (ebd.: 210) durch "eine (...) Konstellation mit höheren Risiken und verschärften Folgeproblemen struktureller Errungenschaften" (ebd.: 207) konterkariert.

zu, von der Evolution handlungsfähiger Systeme zu reden: diese Bedingung ist die Integration der differenzierten Teile auf einem weiteren Emergenzniveau." Dazu seien allerdings neuartige "Integrationsmechanismen" nötig. (Willke 1982: 53).

Dieses theoretische Moment einer Kompensation der Luhmann'schen "Differenzierungsspirale" (als rekursive Systembildung in Systemen) durch die Ausbildung vermittelnder, gesamtsystemischer Institutionen, die uns in ihren technischen Details und in ihrer (diskursiven) Normativität später noch ausführlich beschäftigen sollen, wird begleitet von einer konkreten Identifikation der operationalen Geschlossenheit von Systemen mit empirischen Phänomenen. Willke versteht Systemautonomie und Selbstreferentialität nicht nur als axiomatische Grundlage seiner Staatstheorie, sondern als adäquate Begrifflichkeit zur Beschreibung empirischer Steuerungsprobleme. Kennzeichen "dieser zu beobachtenden Selbstreferenz", die immer als Ergebnis eines Prozesses der Abkopplung vom allgemeinen Kommunikationsprozeß, der allmählichen Erlangung von Autonomie und nur der primären Ausrichtung der Systeme an internen Konditionalitäten definiert wird (Willke 1992: 16f.), sind auch mit anderen theoretischen Instrumenten erkennbare, aber nicht erklärbare Phänomene: "So reagiert etwa das ökonomische System sensibel auf Schwankungen der Geldmenge oder der Inflationsrate, nicht aber auf eine Millionenzahl von Arbeitslosen, weil letztere kein ökonomisches Datum darstellen. So reagiert das politische System sehr genau auf spezifisch politische Daten wie etwa Wahltermine, Wählerwanderungen oder neue korporative Akteure, aber nur sehr träge auf 'objektiv' drängende Problemlagen wie etwa Überrüstung oder technologische 'Restrisiken', da diese nicht unmittelbar politische Relevanzkriterien ansprechen." (ebd.: 126). Deutlicher noch als in diesen Illustrationen der basalen Zirkularität der Systeme wird die empirisch-pragmatische Anwendung der Luhmann'schen Systemtheorie dort, wo Willke die Konsequenzen systemischer Differenzierung auf personale Ebene unter dem Stichwort "normalisierter Schizophrenie" behandelt: "Die Aufsplitterung der Person in verschiedene und oft widersprüchliche Rollensegmente, Orientierungen und Erwartungskontexte ist eine von vielen Folgen des Primats funktionaler Differenzierung. [...] Hinzu kommt, daß jedenfalls heute auch innerhalb der ausdifferenzierten Teilsysteme widersprüchliche Rollenanforderungen und -zumutungen auf die Person zugreifen: der subjektive Fallout der in die Teilsysteme eingebauten, tragenden Paradoxien. So wird in der Ökonomie ein und dieselbe Person zum Sparen ermuntert und zur Kreditaufnahme verführt, zu wirtschaftlich rationalem Kosten-Nutzenkalkül aufgefordert und zugleich zu Luxus und 'conspicuous consumption' angestachelt. [...]; in der Politik verdeutlicht der alles entscheidende Wahlakt die

Bedeutungslosigkeit der einzelnen Person." (Willke 1992: 151f.). Um zu zeigen, daß "die paradoxen und imperialen Ansprüche der hochspezialisierten Teilaspekte den personalen wie den sozialen Kontext" zerreißen, kombiniert Willke in einer dem abstrakten Theoretiker Luhmann wahrscheinlich suspekten Weise Rollen- und Systemtheorie und wechselt zwischen den Referenzpunkten Codes, Kommunikationen und personalen Handlungen/Perzeptionen hin und her. Ein Vorgehen, daß nur zu begründen ist, wenn empirische (im Sinne von: alltagsweltlich erlebbare) Problemlagen den Vorrang vor theoretischer Sophistikation haben sollen.

### **3.2 Formen der Systemsteuerung: Von Reflexen zu reflexiver Empathie**

Um die Hypothese der Notwendigkeit und Möglichkeit re-integrativer Mechanismen innerhalb des Paradigmas operational geschlossener Systeme plausibel zu machen, konzentriert sich Willke auf das paradoxe Verhältnis von Geschlossenheit und Offenheit in der neueren Systemtheorie. Im Rekurs auf grundlegende Annahmen der Theorie lebender Systeme weist er darauf hin, daß ihre Charakterisierung als strukturdeterminierte, geschlossene und selbstreproduktive Systeme keineswegs ihre Unabhängigkeit und Unbeeinflussbarkeit von der Umwelt bedeutet. Trotz der "Barriere einer eigengesetzlichen Relevanz- und Kausalstruktur" besteht eine Vielzahl von Relationen zwischen System und Umwelt, deren Qualität und Veränderungen prägende Merkmale des Systems darstellen: "[...] die Ontogenese des Systems ist die Geschichte dieser Relationen mit seiner Umwelt." (Willke 1987a: 7). Obwohl oder weil sich soziale Systeme als selbstreferentielle Kommunikationsnetzwerke entwickeln, bilden sie eine spezifische Umweltabhängigkeit aus, die zwar in ihrer Ausgestaltung nur von der Tiefenstruktur, dem Operationsmodus des Systems und nicht von 'objektiven' Gegebenheiten in der Umwelt bestimmt wird, die sich aber konkret auf bestimmte, natürlich erneut allein durch systemeigene Beobachtungsoperationen zu unterscheidende Ereignisse in der Umwelt bezieht, von denen sich das System "irritieren" läßt. Diese Formen "operativer" (auf Einzelereignisse bezogener) und "struktureller" (auf Dauer gestellter) "Kopplung" zwischen System und Umwelt erlauben, daß sich Systeme nach Maßgabe ihrer eigenen Logik auf Ereignisse in der Umwelt einlassen, aus deren Eintritt oder Ausbleiben sie Informationen ableiten können. "Beeindrucken lassen sich selbstreferentielle Systeme nicht per se, sondern nur über solche in der Umwelt beobachteten Differenzen, die das System selbst als relevant

definiert und über die es in spezifischer Weise mit seiner Umwelt (genauer der Struktur seines Milieus) 'gekoppelt' ist" (Willke 1987a: 12). Diese Systemabhängigkeit aller Umweltrelationen setzt jeder versuchten Einwirkung von außen ein "umgekehrtes Konditionalprogramm" entgegen, wodurch "Vorgänge und Veränderungen in der Umwelt Zustandsveränderungen in einem selbstreferentiellen System nicht festlegen und insbesondere nicht eindeutig und linear-kausal determinieren, sondern lediglich auslösen, anstoßen und in der zeitlichen Dynamik beeinflussen können." (ebd.). Andererseits ermöglicht gerade die systemische Fähigkeit zur Erzeugung eigener Selektionsprämissen und leitender Differenzen (ebd.: 9) sowie der stets über "ein verzweigtes Netz von Selbstkontakten" (ebd.: 16) verlaufende Umweltkontakt" den Aufbau komplexer rekursiver Prozesse, die in Systemen von hoher organisierter Komplexität zum einen sich selbst reproduzieren, zum anderen darüberhinaus in Prozessen rekursiver Abstraktion eigenständige ‚imaginäre‘ oder besser: emergente Realitäten erzeugen können." (ebd.: 14) Systemische Autonomie schafft also operative Freiheitsgrade, die auf einem bestimmten Niveau des Prozessierens von Differenzen die Selbstbeschreibung und In-Rechnungstellung der eigenen Operationen ermöglicht.

Durch solche höherstufigen Relationierungen von (Umwelt-)Relationen erlangt ein System die Fähigkeit zur Reflexion. Reflexion wird dabei verstanden als Wiedereinführen ("re-entry") der Differenz von System und Umwelt in die laufenden Systemoperationen, so daß ein System sich als ein von der Umwelt differentes Selbst begreifen und daraus Instruktionen für die Konditionierung eigener Selektionen ableiten kann (Willke 1984: 37). Ein System kann durch rekursive Bezugnahme auf sich selbst seine Wirkungen in der Umwelt rekonstruieren: "Selbststeuerung setzt voraus, daß ein System (wie etwa eine Organisation oder die Ökonomie) seine Identität auf deren Umweltwirkungen hin beobachtet und daraus Schlüsse für eine mögliche Veränderung der eigenen Identität zieht." (Willke 1987a: 17).<sup>132</sup>

Die Nähe dieses Reflexionsbegriffs zu Theorien menschlicher Identitätsbildung und Kognitionsprozessen ist frappierend und beabsichtigt. In einer früheren Arbeit stellt Willke anschauliche Parallelen zwischen der Organisation des Gehirns, der Sinnesorgane, zellulärer Prozesse und moderner Organisationsdesigns her. Als analoges Merkmal aller entwickelter, lebender Systeme kennzeichnet er deren Ontogenese vom einfachsten

---

<sup>132</sup> Es fällt auf, daß zumindestens an dieser Stelle, vom sonst so prekären Verhältnis zwischen Identität und Differenz keine Rede mehr ist (vgl. 2.2).

Steuerungsmechanismus des Reflexes zur Selbststeuerung durch Reflexion. Der Übergang von einer "physisch-organischen Relationierung zu einer psychisch-kognitiven Relationierung" drücke sich aus in der Zwischenschaltung repräsentativer Umwelt- und Selbstbeschreibungen, die das Verhalten von der "rigiden Steuerung durch Reflexe und Instinkte" zu befreien in der Lage seien (Willke 1982: 19). "Die Entwicklung von Reflexen über Instinkte zu kognitiven Prozessen als Steuerungsform bedeutet in diesem Rahmen vor allem, daß zum ersten Mal in der Geschichte der Evolution lebender Systeme der Entwurf von Verhaltensstrategien eines Organismus gegenüber seiner Umwelt nicht an konkrete Ereignisse gebunden war, sondern auch die interne Manipulation abstrakter Formen zur Grundlage haben konnte." (ebd.). Ähnlich wie beim Zusammenspiel der menschlichen Senso-Motorik, das nicht durch eine lineare Beziehung zwischen Sinnesdatum, interner Darstellung und Verhaltensreflex, sondern vielmehr durch die Eigenaktivität eines intermediären Netzes unzähliger ( $>3 \times 10^8$ ) Neuronen charakterisiert ist, sei es dann "in der Tat die Spezifität der internen throughput-Prozessierung, welche bestimmt, wie inputs selektiert und verarbeitet und wie outputs erarbeitet und selektiert werden. Reflexiv gesteuerte Systeme können sich in einem so hohen Maße von bestimmten inputs und outputs frei machen, daß es gerechtfertigt erscheint, diese Steuerungsform als Selbststeuerung oder Innensteuerung zu bezeichnen." (ebd.: 26f.).

Seine weitere Entwicklung einer systemtheoretischen Steuerungstheorie möchte Willke deshalb im wesentlichen als Nachvollzug der naturwissenschaftlichen Überwindung linearer Kausalmodelle, wie er sie z.B. Eigen, Jantsch, Piaget etc. erkennt, verstanden wissen (ebd.: 20). Fast missionarisch fordert er deshalb, daß "die Sozialwissenschaften ihren Minderwertigkeitskomplex ablegen, der Versuchung 'einfacher Systeme' und reduktionistischer Simplifizierung widerstehen und stattdessen mit ihrer Tradition der Behandlung schwieriger, relativer und relationaler, nicht-linearer sondern vor- und rückwirkender, multikausaler und unscharfer Systemlogiken von differenzierten Gesamtheiten den Naturwissenschaften den Weg weisen." (ebd.).<sup>133</sup>

Für Handlungstheoretiker sehr befremdend wirkt es weiter, daß Willke kommunikativ konstituierten Sozialsystemen nicht nur Selbstreferenz und Reflexionsfähigkeit, sondern

---

<sup>133</sup> Womöglich liegt es am frühen Publikationsdatum, daß Willke so unverblümt über das Problem hinwegsieht, welchen logischen Status (Isomorphie oder Metapher) die Übertragung solcher Modelle besitzen kann. In späteren Arbeiten tauchen diese Organismusanalogien kaum mehr auf, die Übertragung von psychologischen Begriffen auf soziale Systeme bleibt aber bestehen.

darüberhinaus auch Empathie zuschreibt. Empathie als die eigeninteressierte Absicht, zur brauchbaren Umwelt für andere Systeme werden zu wollen (Willke 1984: 38) setze erstens die Fähigkeit voraus, "sich selber in die Lage anderer Akteure zu versetzen" (ebd.) und erfordere zweitens die Orientierung der eigenen Operationen an der Identität des Gesamtsystems. Hier begegnen wir zum ersten Mal, in einer noch allgemeinen Form, dem Kern des Willke'schen Arguments der notwendigen Selbstbeschränkung der systemeigenen Möglichkeiten "unter dem Aspekt einiger zentraler Funktionsprobleme des Gesamtsystems." (ebd.). "Die Leistungssteigerung der Teilsysteme darf nicht voll ausgefahren, nicht maximiert werden, weil diese 'Rücksichtslosigkeit' jedes einzelne Teil zur bedrohlichen Umwelt jedes anderen machte." (ebd.: 39), was freilich zunächst nur ein Wunsch oder ein normatives Kriterium sein kann.

Erst und gerade funktionale Differenzierung und subsystemische Komplexitätssteigerung schaffe die Voraussetzung dafür, die Verschiedenartigkeit sozialer Bezüge und Handlungsmöglichkeiten kognitiv zu verarbeiten. Ausgehend von der These, "daß hochorganisierte moderne Gesellschaften nicht mehr auf der Basis von Individuen allein zu verstehen sind, mithin die Identität dieser Gesellschaften nicht von den Identitätsprojektionen ihrer Bürger, so unerlässlich sie sind, allein gestaltet wird" (Willke 1992: 354), verlagert Willke die notwendigen Kompatibilitätsmechanismen in die strukturellen Arrangements der Funktionssysteme selbst. Eben nur dort, wo Integrationsprobleme durch eigenorientierte Operationsweisen entstehen, könnten auch Ansätze zu ihrer Überwindung ausgemacht werden, weil sonst die "praktische Simplifizierung des Problems der Gesellschaftsteuerung" (Willke 1982: 123) drohe. Ein Prozeß "der Erfindung wechselseitig kompatibler Identitäten" (Willke 1992: 303) kann nur dort stattfinden, wo, um Scharpf (1989: 16) zu verfremden, die Bedingungen der Steuerungsfähigkeit etwa des Staates und die Bedingungen der Steuerbarkeit der Funktionssysteme zusammenfallen: Eben in der Komplexität der Handlungs- und Reflexionspotentiale der Funktionssysteme und der ihre Codes verwendenden Organisationen.<sup>134</sup>

Das Potential einer solchen Abstimmung muß mit Willke in der Empathiefähigkeit von Systemen zu verorten sein. "Generalisierend: es geht um den Aufbau umwelt-adäquater innerer Modelle der Außenwelt, welche handlungsfähige Sozialsysteme in die Lage

---

<sup>134</sup> Es scheint, als sollten zugleich zwei Probleme der Luhmann'schen Theorie erledigt werden, indem Funktionssysteme handeln können und sich Organisationen Systemen zuordnen lassen.

versetzen, die schwierige Balance einer sozial vermitteltem Identität auszuhalten." (Willke 1982: 114). Erst eine in der Emergenz differenzierter Sozialsysteme angelegte Fähigkeit des "Über-sich-hinaus-greifens eines Systems" (Willke 1993: 47) erlaube die "Zivilisierung sozialer Subsysteme zu der mobilen und sensiblen Organisationsform, die von autoritärer Außensteuerung ebenso weit entfernt ist wie von der isolierten Partikularität geschlossener Systeme." (Willke 1982: 115). Nachdem man die fixierten Autonomien der Sozialsysteme als Vorbedingung für neue Steuerungs- und Integrationsformen begriffen habe<sup>135</sup> (ebd.), gehe es um den Versuch, Bedingungen für die wechselseitige Konditionierung der Selbststeuerung der Funktionssysteme zu entwerfen. "Erst wenn das steuernde System [...] als Beobachter eine Fremdbeschreibung des zu steuernden Systems [...] anfertigt und aufgrund dieser Fremdbeschreibung - man könnte auch sagen: aufgrund eines inneren Modells eines Systems der Außenwelt - mit dem zu steuernden System interagiert, dann wird ein Prozeß der allmählichen Aufhellung der beiden 'black boxes' in Gang gesetzt." (Willke 1987a: 18). Dazu müssen "Transferenzregeln" entstehen, die die "Qualität der Abstimmung und Koordination zwischen den Subsystemen" regeln (Willke 1992: 346) und schließlich auf einer höheren, emergenten Ebene die Aufstellung von "Konferenz-Regeln" - Regeln zur Art und Qualität der Integration des Gesamtsystems (ebd.: 349) - erlauben. Diese weitgehend figurativ und unbestimmt bleibenden Begriffe können hier lediglich als Belege dafür gelten, wie leichtgänglich sich Willkes Konzept der dezentralen Kontextsteuerung an Theorien der Persönlichkeit anschließt. So werden fremde Begriffe eingeführt, die den Gedankengang plausibilisieren sollen, aber letztlich wenig Erklärungskraft entfalten. "Die Fähigkeit zu transferentiellen Operationen stattet ein soziales System mit dem funktionalen Äquivalent dessen aus, was Daniel Lerner (1958) für die Ebene von Personen Empathie genannt [...] hat. [...] Entsprechend ließe sich der Begriff der transferentiellen Operationen verstehen als die Fähigkeit eines sozialen Systems, sich selbst mit den Augen seiner Umwelt und hineinversetzt in die Situation seiner eigenen Umwelt zu betrachten." (Willke 1993: 48).

---

<sup>135</sup> Wenn die Handlungstheoretiker Mai (1994: 449), Rosewitz & Schimank (1988: 317f.) und *Schimank* (1991: 510, 506f.) die Autonomie und Eigenlogik von Teilsystemen als Bedingung der Steuerung anerkennen, bedeutet diese ein Steuerungshemmnis. Für Willke, obgleich Systemtheoretiker, ist dies wohl nur etwas, was man wissen sollte. (vgl. 5.2).



### 3.3 Formen gesellschaftlicher Veränderung: Evolution, Planung und Steuerung

Die mit den Begriffen Selbststeuerung und Empathie bezeichnete "höhere Intentionalität" (Willke 1984: 41) der Systementwicklung bezieht sich auf das Wechselverhältnis zwischen Systemen und ihren relevanten Umwelten. Um die besonderen Voraussetzungen einer bewußten Selektion systemischer Entwicklungsoptionen herauszuheben, differenziert Willke drei Formen der Strukturänderung von Systemen über die Zeit: Evolution, Planung und Steuerung. Obwohl Evolution als grundlegender Mechanismus der Veränderung der Form von Systemen auf der Basis von Zufall<sup>136</sup> allen anderen Strukturänderungsprozessen zugrundeliege, habe Evolution selbst evolutive Veränderungen erfahren, durch die "diese naturwüchsige Richtung von Kausalität und Zeit variabel und über die imaginäre Realität virtueller Ereignisse disponibel gesetzt werden kann." (ebd.: 43). Planung als Gegenbegriff ungerichteter Evolution setzt also Systeme voraus, die durch ihre Reflexionsfähigkeit ihre eigenen Operationen zu beschreiben und sie durch ein alternatives, fiktives Zukunftsmodell zu kontrastieren vermögen. Diese Unabhängigkeit vom aktuellen Sein, "Futurität" genannt, erlaubt es, gewollte Systemzustände zu antizipieren und als Leitdifferenz der Systemveränderung zu verwenden. Planung erscheint demnach als normative oder illusionäre Vorstellung, welche "der faktischen Kraft des Komplexen die normative Kraft gerichteter Selektivität entgegen(setzt)" und "sich zunächst einmal die Freiheit nimmt, die überkommenden Zustände als durch schärfere Selektionen beeinflussbar zu begreifen." (ebd.: 44). Für Willke werden aber zwei Implikate von Planung als gezielte, idealisierte Veränderung problematisch: Erstens ihr Ansetzen auf der Ebene des Gesamtsystems, dem aus Gründen eingetretener oder zu erwartender Konflikte der Entwurf eines besseren Ganzen entgegengestellt wird: Hier besteht die Gefahr, daß das Zukunftsmodell in seiner normativen guten Absicht die komplexen Realitäten des Zusammenspiels der Systemelemente vernachlässigt und daher operativ nicht umgesetzt werden kann. Zweitens in der detaillierten Vorgabe eines zu erreichenden Zustands, der angesichts des

---

<sup>136</sup> Um Willkes Ausführung genauer wiederzugeben, müßte es heißen: Evolution ist die Änderung der Formen, "in denen konstitutive Zufallskonstellationen organisiert, stabilisiert und reproduziert werden" (Willke 1984: 42). Insofern ist neben der zufälligen Variation der Elemente immer auch die Ordnung der systemischen Struktur an der Veränderung beteiligt, da sie, z.B. im Falle von Sozialsystemen, bestimmten, systemnotwendigen, variablen Kommunikationen dauernde Formen gibt.

weiter zu erwartenden Moments zufälliger Variationen und nicht vorhersehbarer neuer Konflikte höchst wahrscheinlich immer enttäuscht werden muß.

Im Hinblick auf politische Planung wird der Widerspruch zwischen ehrgeiziger Planungsabsicht und mangelnder kognitiver Durchdringung des Planungsobjekt sowie mangelnder Kenntnis möglicher Planungseffekte nochmals deutlicher: "Bedingung eines möglichen Erfolgs politischer Planung ist deshalb, daß sie die Besonderheiten der Intervention in selbstreferentielle Sozialsysteme zur Kenntnis nimmt und ihre Methode und ihr Instrumentarium darauf einstellt. Anstatt mit aktuellen Problemlösungen und Krisenbearbeitung sich zu beschäftigen, müßte sie sich in vorausschauender Weise mit dem Entwerfen von Strategien befassen, welche die Selbstveränderung sozialer Systeme zum Ziel haben, 'um Systeme hervorzubringen, die weniger Probleme aufwerfen', und um alternative Wahlmöglichkeiten offenzuhalten, die bei naturwüchsiger Entwicklung verschüttet wurden. Eine solche Form der Steuerung setzt allerdings voraus, daß die Organisation eines sozialen Systems, seine Funktionen, Strukturen und wesentliche Prozesse soweit bekannt sind, daß das Systemverhalten rekonstruiert und simuliert werden kann." (Willke 1992: 111). Da solche "hoch gespannten Erwartungen entsprechend tief" enttäuscht worden seien und Planung heute eher von Vermeidungsimperativen denn von positiven Zielen bestimmt sei (ebd.: 111f.), entwirft Willke ein Konzept der Steuerung, dessen reduzierter Anspruch darin bestehe, "bestimmte wünschbare Systemzustände nicht insgesamt und im direkten Zugriff anzuvisieren", sondern in Form "struktureller Kontrolle struktureller Veränderung" Kontextbedingungen herzustellen, "die der Koordination, Abstimmung und Integration der Subsysteme nicht einzelne konkrete Inhalte, sondern eher Richtungen im Sinne prozeduraler Muster vorgeben" (Willke 1984: 45) sollen. Eine so "reflexiv gewordene, d.h. sich selbst kontrollierende Evolution" (ebd.) setzt nicht auf der Ebene der Elemente oder des Gesamtsystems an, sie wirkt vielmehr "auf der mittleren Ebene der Strukturen: auf der Ebene der strukturellen Verknüpfung funktional differenzierter Teile" (ebd.: 46).

Mit diesen allgemeinen Grundlagen bereitet Willke sein Modell der Kontextsteuerung vor, dessen Hauptmerkmale die supervisorische Unterstützung systemischer Selbständerungen und die höherstufig-emergente Relationierung der selbstreferentiellen Systemdynamik mit dem Ziel einer höheren Intentionalität der Systementwicklung sind. Wie unten in Kapitel 4 ausführlicher ausgeführt sollen dezentrale Kontextsteuerung und reflexives Recht die Evolution der Evolution von der Ordnung durch Fluktuationen (Evolution) über die Ordnung durch Hierarchie (Planung) bis zur Ordnung durch Selbstbindung (Steuerung)

nachvollziehen und forcieren (vgl. zu diesen Unterscheidungen Willke 1987a: 5f. und Schaubild 4.4).

#### **4 Respezifikation auf Macht, Konsens und kollektive Entscheidungsfindung: Politik, Recht und Staat in der Staatstheorie Helmut Willkes. Entfaltung der Paradoxien von Kontingenz, Legitimität und der Beschaffung kollektiver Probleme**

Wie bereits in der Einleitung angedeutet, beschränkt sich Willke nicht auf die allgemeine Beschreibung der Bedingungen der Möglichkeit systemischer Selbststeuerung, sondern entwirft ein detailliertes Bild der strukturellen Organisation der Politik als eines unter mehreren funktional differenzierten und operational geschlossenen Funktionssystemen der Gesellschaft. Politik sieht sich in der modernen Gesellschaft folgenden Problemen gegenüber:

1. führt ein allgemeiner "Komplexifizierungsprozeß" zur Steigerung der Eigenkomplexität der Funktionssysteme, deren fortschreitende interne Rationalisierung das Nebeneinander widersprüchlicher Teilrationalitäten fördert.
2. Gleichzeitig steigert sich mit zunehmender internationaler Verzahnung und Abhängigkeit die zu verarbeitende Weltkomplexität, so daß der Nationalstaat in Bezug auf wirtschaftliche Prozesse, Umweltkontrolle etc. zunehmend antiquiert wirkt.
3. wird der Zeithorizont der Operationen durch die Positivierung des Rechts und den Ausbau des Interventionstaates in die Zukunft verlagert.

Derzeitige Probleme sollen durch gegenwärtige Zieldefinitionen zukünftig gelöst werden (können), wodurch allerdings die prinzipielle Offenheit der Zukunft durch heutige Festlegungen eingeschränkt und die Zukunft mit Problemdruck belastet wird. Trotz dieser durch die Folgenträchtigkeit und Autonomie subsystemischer Aktivität enorm gesteigerten Steuerungsanforderungen habe sich die Politik noch nicht an die veränderten Rahmenbedingungen anpassen können, sondern ziele mit vielen Gesetzgebungsakten ins Leere und laufe weiter in tribalen Verhaltensmustern ab (Willke 1983: 50f.). Die der modernen gesellschaftlichen Differenzierung wenig angemessene Steuerungsfähigkeit des politischen Systems sei vor allem strukturell bedingt: Da der Staat erstens eher auf Handeln als auf Reflexion abgestimmt sei, könne eine heute immer dringlichere "wissenschaftlich

angeleitete reflexive Handlungssteuerung" (bisher) kaum verwirklicht werden (ebd.: 52).<sup>137</sup> Zweitens begünstige der enge interne Zeittakt des politischen Systems, der z.B. auf kurzfristige Legislaturperioden abgestimmt ist, eine Orientierung an kurzfristigen Handlungserfolgen. Systemrationale politische Maßnahmen verlieren folglich zugunsten relativ naheliegender 'pay-offs' in ihren langfristigen Effekten an politischer Relevanz (ebd.: 52).

Da Willke das politische System und die zugehörige Idee des Staates aber dennoch als evolutionäre Errungenschaft zur Organisation bestimmter funktionaler Erfordernisse der Gesellschaft verstehen will, muß er versuchen, eine geschichtliche Entwicklung nachzuzeichnen, die der gegenwärtigen Ausformung der Politik zumindestens basale Kapazitäten zur Konditionalisierung (vgl. z.B. 1992: 52) und Kompatibilisierung (vgl. 1987a: 23) gesellschaftlicher Problemlagen zugesteht. Mit Luhmann gesprochen, muß Willke eine Paradoxie finden, deren gesellschaftliches Blockierungspotential in der organisierten Komplexität eines sich ausdifferenzierenden Funktionensystems Politik handhabbar gemacht bzw. in Verfahren invisibilisiert wird.<sup>138</sup> Es müssen Codierungen und Programme identifiziert werden, innerhalb derer dieses Zentralproblem in komplexitätsreduzierter Form operativ anschlussfähig gemacht wird. In einem zweiten Schritt müßte Willke sodann zeigen, warum und wie weitergehende gesellschaftliche Veränderungen, die u.a. die Verdrängung der Politik aus dem Zentrum der Gesellschaft bedeuten, zumindestens einige der typischen politischen Operationsformen für die Bearbeitungen neuartiger gesellschaftlicher Probleme unbrauchbar machen. Willkes Spezifikation dieser systemtheoretischen Grundfragen auf den Bereich von Politik, Staat und Recht soll nachfolgend dargestellt werden.

---

<sup>137</sup> Willke spielt hier wohl auf die kontrafaktische Gleichsetzung der funktionalen Zuständigkeit der Politik für kollektiv verbindliche Entscheidungen mit der Fähigkeit zur Durchsetzung bestimmter (oder gar jeglicher) inhaltlicher Steuerungsziele an. Handeln, nach Luhmann ohnehin nur eine simplifizierende Selbstbeschreibung des Systems, kann sich aber genauso darin erschöpfen, symbolische Politik zu betreiben und eine Fiktion der erfolgreichen Umsetzung politischer Programme zu erzeugen. Ein solches punktbezogenes Handeln kann aber in der Regel in die Selektionen anderer Systeme konstruktiv keinen Eingang finden.

<sup>138</sup> Eine der wohl schlagendsten Formulierungen für dieses Grundprinzip der Luhmann'schen Systemanalysen lautet: "Ein System kann sich nur, und kann sich nicht, paradox begründen." (1993: 547)

#### **4.1 Die evolutionäre Errungenschaft des Staates als Kompetenz-Kompetenz: Legitimitätsbeschaffung, Periodisierung und Konditionalisierung von Macht in Verfahren und positivem Recht**

Willkes Spezifikation des systemtheoretischen Grundproblems der Kontingenz auf den Bereich der Politik verweist auf das Paradox der politischen Gewalt bzw. auf das Problem der Willkür von Macht. In indirektem Anschluß an die Grundfrage der politischen Theorie nach der Möglichkeit von Ordnung konstruiert der Systemtheoretiker das Problem, welche Operationsformen ein (politisches) System entwickeln kann, um die immer unausweichliche Kontingenz einer Ordnung als verbindlich und im Falle der Politik als legitim zu begründen.<sup>139</sup> "In entwickelten Gesellschaften steigern differenzierte Sprachmöglichkeiten [...] die Sichtbarkeit von Kontingenz; und die Sichtbarkeit von Kontingenz steigert den Bedarf an Kontingenztontrolle durch Sprache und ihre Derivate." (1992: 41). Ohne (explizit?) von anthropologischen Konstanten oder einem apolitischen Naturzustand auszugehen, reformuliert Willke das Ordnungsproblem in einer Mischung systemtheoretischer und utilitaristischer Semantik als Gewaltparadox und Kollektivgutproblem. Die Kernfrage lautet dann, wie individuelle Machtunterwerfung und die Orientierung am Gemeinwohl bei rational egoistischen Individuen erreicht und gesichert werden kann. In bewußter Abgrenzung zu utilitaristischen Lösungen beschreibt Willke diesen unwahrscheinlichen Wandel privaten Lasters in öffentliche Tugend (1992: 216) als emergente Leistung des politischen Systems, das die Aufhebung des Problems der Gewalt in politischen Verfahren ermögliche (ebd.: 221). Mit der (Selbst-)Organisation eines systemischen Kommunikationszusammenhangs gelinge eine temporale und hierarchische Auflösung des Paradoxes: formale Periodisierungs- und Revisionsregeln erlauben "eine Form der Kontrolle von Kontingenz, welche die paradoxe Leistung einer Stabilisierung der Variabilität und einer Wiederauflösung des Stablen zugleich erbringt." (1992: 37). In den parallel sich entwickelnden Modellen der Selbstlegitimierung von Politik, die alle ein Zurechnungskonstrukt wie das des Staates (oder die Äquivalente der Krone oder der

---

<sup>139</sup> Legitimität als Kontingenzformel der Politik verweist nach Willke auf ein genuin politische Problem (1992: 44f.). Hier wird eine mögliche Einspruchsmöglichkeit anderer soziologischer Theoriestränge sichtbar: "Es ist unmöglich, diese Strukturkomponenten der modernen Demokratie aus einer inneren Logik der Rationalisierung der politischen Sphäre des Machtgebrauchs zu begreifen." (Münch 1994: 17). Allerdings leugnen auch Luhmann und Willke nicht externe Faktoren der Systembildung, weisen ihnen aber in aktuellen Systemoperationen lediglich den Status des "ausgeschlossenen eingeschlossenen Dritten" zu (vgl. etwa Luhmann 1988: 222f.).

Verfassungstradition) als übergeordnete Leitidee und Selbstbeschreibung der Politik benutzen und ausfüllen (ebd.: 214f.), fungieren die als optimal bezeichneten Staatsformen als Formen säkularer Kontingenzeröstung. "Bei allem Unterschieden liegt das Gemeinsame dieser Konstruktionen darin, die Operationsweise des politischen Systems der Gesellschaft auf eine allgemeine, 'letzte' Legitimationsgrundlage zu beziehen." (Willke 1992: 30). Nur so kann die bleibende Kontingenz jeder Ordnung und jeder kollektiven Entscheidung, also die paradoxe Leistung der Politik als "Operationalisierung von Willkür", durch eine emergente Staatsfiktion kommunikativ entschärft (verschleiert?) werden. "Eine zu unverhüllte Sicht auf die Politik müßte eine Operationsgrundlage gefährden, die darin besteht, willkürlich zu entscheiden und diese Entscheidungen gesellschaftsweit für verbindlich zu erklären, um im Interesse des Friedens Willkür auszuschließen." (ebd.: 31)

Willkes Konzept der Politik als selbstsubstitutive Ordnung (ebd.: 38) bietet daher nicht eine individualistische Lösung des Machtproblems durch den freien Zusammenschluß rationaler Bürger an, sondern betont die Ausbildung evolutionärer kommunikativer Strukturen und ihre Verfestigung in der Zeitdimension (ebd.: 228). Die Einrichtung einer Instanz für verbindliche kollektive Entscheidungen, also für die Produktion von Kollektivgütern, sei durch rationale Selbstbindung oder despotische Herrschaft (Hobbes) allein deshalb nicht zu bewerkstelligen, weil die legitime Möglichkeit zum monopolisierten Einsatz physischer Gewalt, zum verbindlichen Erlassen von Gesetzen etc., selbst ein Kollektivgut sei, und somit das Machtmonopol, die Legislation, die Steuerhoheit etc. als Kompetenz-Kompetenzen (Kompetenzen 2. Ordnung) oder als doppeltes Kollektivgut verstanden werden müßten. M.a.W. heißt dies, "daß kollektiv verbindliche Entscheidungsfähigkeit selbst eine Kollektivgut ist und mithin den Restriktionen des Auseinanderklaffens von individueller und kollektiver Rationalität unterliegt. Gehorsam gegenüber politischer Macht macht nur dann einen individuell rationalen Sinn, wenn auch alle anderen sich den verbindlichen Entscheidungen unterwerfen. Diese reflexive Schleife reduziert die Möglichkeiten legitimer Herrschaft dramatisch; genaugenommen bleibt als legitime Herrschaft dann nur Demokratie und die Herrschaft des allgemeinen Gesetzes [...] übrig." (ders. 1992: 233). Wie zur Lösung des klassischen Gefangenendilemmas sind institutionelle Vorkehrungen vonnöten, die die Relevanz der Zukunft erhöhen, die Wahrnehmung der 'payoffs' verändern, und die Stabilisierung von Erwartungen unterstützen (ebd.: 232 u. 234). In differenzierungstheoretischer Sprache wird also behauptet, daß ein funktionales Teilsystem Politik evolviert, welches Strukturen und Prozesse formt, die ein auf Machtfragen zugeschnittenes Äquivalent zum "invisible hand" Mechanismus des

Wirtschaftssystems darstellen (ebd.: 233). Diese Akkordierung individueller Handlungsstrategien und kollektiver Rationalität wird also einem systemischen Operationskomplex überantwortet, der eine selbstorganisierte Eigendynamik entfaltet, die 'unwahrscheinliche' Erwartungen stabilisieren und 'unwahrscheinliche' Formen der Kommunikation auch individuell begründbar machen." (ebd.: 236)

Willke bezeichnet diesen grundlegenden Schritt der Ausbildung einer monopolisierten Gewaltkontrolle als Entstehung einer "machtbasierten Infrastruktur" (ebd.: 234). Sie ermöglicht es, "das primäre Kollektivgut der Fähigkeit zur Produktion und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen abzusichern durch die Kompetenz-Kompetenz über den Einsatz physischer Gewalt und die Erhebung von Steuern" und verzweigt sich in "ein mehr oder weniger feingegliedertes Netz prozeduraler, organisatorischer und institutioneller Vorkehrungen [...], welches die Gesellschaft überzieht und der dezentralen Generierung und Implementation kollektiv verbindlicher Entscheidungen dient." (ebd.). Die Eigenart und Angreifbarkeit<sup>140</sup> dieser theoretischen Fassung der Staatsentstehung liegt im Postulat einer eigenständigen Realität der Organisation des Kollektiv-Politischen durch die Abgrenzung eines medial verfaßten und einheitlich codierten Kommunikationskreislaufes, der nach seiner unwahrscheinlichen (also nicht notwendigen) Entstehung sich selbstverstärkende, handlungsprägende Eigenwerte schafft: "Und schließlich kann es unter Bedingungen demokratischer Verfahren gelingen, auch politische Macht zu einem Nicht-Nullsummen-Spiel zu steigern, so daß Selbstverstärkungsprozesse die individuelle Rationalität der Produktion kollektiver Güter stärken. Erst diese Selbstverstärkung kann ein genuines (säkulares) individuelles Interesse an Kooperation zur Produktion kollektiver Güter

---

<sup>140</sup> □ Einwände gegen diese im Kern funktionalistische Erklärung der Lösung des Gewaltproblems (wonach ein Strukturzusammenhang = politisches System entstehe, dessen Existenz und Fortbestand sich seiner funktionalen Problemlösefähigkeit verdanke) müßten darauf abzielen, daß in diesem Modell keine kausale Erklärung der Genese politischer Ordnung erfolge, da doch die Notwendigkeit der Lösung des Gewaltproblems noch nicht das Zustandekommen und die Art der Problemlösung automatisch vorherbestimme (vgl. etwa Habermas 1992: 352ff.). Allerdings trifft dieser Einwand auch auf andere Modelle der Entstehung sozialer Ordnung zu: Sowohl ihre Ableitung aus gegebenen kulturellen Werten, als auch ihre Begründung durch rationales Handeln von Individuen kann eine solche Entwicklung nicht hinreichend erklären, da Werte und individuelle Präferenzen ebenfalls in ihrer Genese zu erklären wären.



begründen." (ebd.: 237).<sup>141</sup> Trotz der prinzipiellen Offenheit der formalen Regelung politischer Entscheidungen bilde sich ein Komplex von Regeln zur Legitimation politischer Herrschaft heraus, der im Falle hochentwickelter demokratischer Gesellschaften einen doppelten, gegenläufigen Machtkreislauf reguliere, "in welchem die Paradoxie der Selbstlegitimierung in eine immer weiter laufende rekursive Ebenendifferenz umgebogen werden kann: die Politik legitimiert das Recht, das Recht legitimiert das Handeln der Verwaltung und der Bürger, die Bürger legitimieren die Politik etc." (ebd.: 215). Selbst die "hochkondensierte" Machtform des Verfassungstaates offenbart sich in dieser Perspektive als überpersönliches Verfahrensarsenal zur Überbrückung der Spannung zwischen Veränderungsabsichten und Stabilitätswang, durch das die als unhintergebar postulierte Widersprüchlichkeit politischer Interessen institutionell nutzbar und berechenbar werden soll. Nicht verallgemeinerungsfähige inhaltliche Interessen seien demnach Grundlage und Ziel politischer Operationen, sondern das geordnete Prozessieren von Konflikten in der Form des konstitutiven Widerspruchs zwischen Regierung/Opposition und unter dem Prinzip der Veränderung: "Diese Überlegung führt zu der Einsicht, daß für den Fall demokratischer politischer Systeme, deren raison d'etre der organisierte und konditionierte Konflikt über Werte und Interessen ist, Legitimität sich gerade nicht über Werte und Interessen herstellen läßt, sondern nur über formale Regeln des Prozessierens von Widersprüchen und Konflikten." (ebd.: 48). Auch Verfassungen nähmen daher nicht die Position unhintergebarer Werteordnungen ein, sondern beschränkten sich auf die vorläufig gültige Definition von Kriterien der Legitimität. "Sie [die Verfassung, M. S.] grenzt die Kontingenz möglicher institutioneller und prozeduraler Arrangements ein auf diejenigen Formen, die in einer gegebenen gesellschaftlichen Epoche das Anspruchsniveau an eine legitime Ordnung des politischen Systems setzen." (ebd.: 53). Lediglich auf einer mittleren Ebene der Verfahrensordnung werde daher die Kontingenz des Politischen eingeschränkt, während auf der allgemeinen Ebene der Staatsordnung Revisionsfähigkeit

---

<sup>141</sup> Das in dieser Reformulierung des Kollektivgutproblems aufscheinende Interesse an individuellen Motivationen verdeutlicht m.E. die ständige Grenzstellung Willkes zwischen System- und Handlungstheorie, die womöglich ein Aufgeben der autopoietischen Theoriegrundlagen, etwa zugunsten eines Verständnisses von Systemen als Akteursfiktionen (vgl. Schimank 1988) notwendig machen könnte.

immer mitgedacht werden müsse und auf der Detailebene der politischen Programme der "Primat des Dissenses" (ebd.: 49) sowieso institutionell abgesichert sei (ebd.: 53).<sup>142</sup>

Als zentrale Entwicklungstendenz moderner politischer Systeme läßt sich mit Willke demzufolge eine abnehmende externe Vorstrukturierung politischer Möglichkeiten sowie eine abnehmende politische Strukturierung fremdsystemischer Optionen identifizieren. Obwohl einerseits die (natürlich nur durch Kommunikation mögliche) Beteiligung von Individuen und Organisationen durch Dezentralisierung, Periodisierung und prinzipielle Veränderbarkeit von Entscheidungen gesellschaftsweit ausgeweitet wird und eine immer größere Anzahl von Problemen in die politische Kommunikation Eingang finden können (siehe dazu den folgenden Abschnitt 3.2.), nimmt andererseits die Zuständigkeit der Politik für andere funktional differenzierte Bereiche ab, und es schwindet zunehmend ihre zentrale und hierarchisch übergeordnete Stellung in der Gesellschaft. Entsprechend der "Dialektik von Inklusion und Exklusion" aller funktionalen Kommunikationskreisläufe kann die zunehmende Demokratisierung der Gesellschaft nur dadurch erreicht werden, daß anderen Funktionssystemen, wie der Ökonomie, der Wissenschaft, dem Gesundheitswesen etc. größere Autonomiespielräume zugebilligt werden und diese Systeme in ihrer basalen Operationsweise keine politischen Kriterien mehr beachten müssen. Diese Gleichzeitigkeit "einer hochgetriebenen Exklusivität der Zuständigkeit von Politik für kollektiv verbindliche Entscheidungen und einer die gesamte Gesellschaft durchdringenden Inklusion macht-spezifischer Kommunikationen in die Generierung und Implementation dieser Entscheidungen" (ebd.: 238) bewertet Willke nicht als illegitime Entmachtung des Staates durch partikulare Interessen z.B. aus der Wirtschaft, sondern als evolutionäre Komplementarität zur historischen Monopolisierung physischer Gewalt im Rahmen des politischen Systems. Eine Gesellschaft, "welche mit der Ausdifferenzierung eines politischen Systems das Problem der Gewalt in politischen Verfahren der Machtkontrolle aufhebt" (ebd.: 221), hat sich in irreversibler Weise verändert und dadurch neue, selbstverursachte Folgeprobleme geschaffen. Mit der Erfindung des Politischen und seiner Transformation von hierarchischer Dominanz zu funktionaler Demokratie büßt die monopolisierte Kontrolle direkter, an Personen gebundener physischer Gewalt ihre Rolle als zentrale Staatsaufgabe

---

<sup>142</sup> Wie eine solche Analyse mit der normativen Kraft von Verfassungen in Einklang zu bringen ist, bleibt offen - vor allem wenn man an Einrichtungen wie die Ewigkeitsklausel in Artikel 20 GG denkt. Zustimmung muß man Willke allerdings darin, daß mit dem Wegfall religiöser und metaphysischer Legitimierungsformeln jede Ordnung nur noch als kontingent gedacht werden kann.

ein. Verdeutlichen läßt sich diese Evolution des Politischen an der dreifachen Codierung von physischer Gewalt: "Tatsächlich kann Macht verstanden werden als eine Erstcodierung physischer Gewalt am Maßstab sozialer Akzeptanz/Nicht-Akzeptanz, wobei dieser Maßstab sich bezieht auf das Problem der Durchsetzbarkeit kollektiv verbindlicher Entscheidungen. Diese Codierung transformiert [...] physische Gewalt in soziale Herrschaftsbeziehungen, die dann von bestimmten Personen gelöst und in symbolischen Strukturen (wie z.B. Regeln, Konventionen und Normen) organisiert, tradiert und auf Dauer gestellt werden kann. Das Recht leistet eine Zweitcodierung von Gewalt, wenn die Formen der Ausübung von Macht ihrerseits nach dem Kriterium von rechtmäßig/nicht-rechtmäßig geregelt werden. Politik schließlich kann als Dritt-Codierung von Gewalt aufgefaßt werden, solange man ihr die Aufgabe zuschreibt, die Legitimität gesellschaftlicher Ordnung zu garantieren." (ebd.: 220). Mit der Organisierung der Politik als operativ geschlossenes Funktionssystem hat sich die emergente Realität des Politischen unwiderruflich und deutlich vom Staatsmodell eines bloß rechtliche Ordnung sichernden minimalen Staates entfernt (ebd.: 221f.).<sup>143</sup>

Unter dem Oberbegriff der Folgeprobleme der Ausdifferenzierung des politischen Systems lassen sich drei Phänomenkomplexe unterscheiden. 1. fördert Dialektik der Exklusion/Inklusion<sup>144</sup> im Bereich des Politischen die Tendenz, stets mehr gesellschaftliche (und psychische und ökologische usf.) Ereignisse unter politischem Gesichtspunkt zu behandeln und so eine Ausweitung der Staatsaufgaben zu legitimieren. 2. züchtet sich die historische Gesellschaftsspitze Politik durch die politische Garantie autonomer gesellschaftlicher

---

<sup>143</sup> Diese Hinweise zeigen, daß Willke die postulierte Selbstreferenz des Politischen nicht mit ihrer empirischen Beschränkung auf bestimmte ordnungspolitische Handlungsfelder verwechselt, deren permanente praktische Übertretung die Selbstreferenz notwendigerweise verletzen würde.

<sup>144</sup> Dialektik von Inklusion und Exklusion beschreibt hier den doppelten Effekt funktionaler Spezialisierung: Einerseits wird durch die alleinige Zuständigkeit der Politik für kollektive Entscheidungen ihr Operationsbereich über die gesamte Gesellschaft ausgedehnt. Andererseits muß die Politik gleichzeitig auf einen monopolistischen oder privilegierten Zugriff auf alle anderen Medien neben politischer Macht verzichten, wodurch eine in stratifikatorischen Gesellschaften typische Verknüpfung politischer, ökonomischer und z.B. religiöser Macht verhindert, die Handlungsfähigkeit des Souveräns also beschnitten wird. Daraus kann folgen, daß nun vermehrt und hemmungslos über alle kollektiven Belange gestritten, verhandelt und abgestimmt wird, daß aber zugleich die Folgeträchtigkeit dieser Debatten gegen Null zu tendieren beginnt. Als Ergebnis wäre die bekannte Diskrepanz zwischen Ansprüchen und Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat sowie ihrer heute etwa durch Überschuldung etc. rapide eingeschränkten Gestaltungsfähigkeit denk- und erklärbar.

Bereiche ihre eigene Konkurrenten heran (ebd.: 57f.) und fördert dadurch eine polyzentrische Gesellschaftsstruktur, in der die "embryonalen gesellschaftlichen Teilsysteme sich entwickeln, zu operativer Geschlossenheit verdichten und letztlich zu autonomen Konkurrenten in der Definition gesellschaftlicher Ordnung heranwachsen" (ebd.: 84). 3. schafft die interne Ausdifferenzierung sowie die stellenmäßige und organisationelle Expansion des politisch-administrativen Systems selbstreferentielle (eigeninteressierte) politische Operationen (Akteure und Organisationen), die nicht nur übergeordnete Prinzipien wie das unbestimmte Gemeinwohl vertreten, sondern in Verfolgung partikularer Ziele neben ungeplanten politischen vor allem auch unkontrollierte wirtschaftliche, wissenschaftliche und sonstige systemexterne Wirkungen anstoßen.<sup>145</sup> Vor allem der erste Punkt, die Politisierung zunächst kollektiv vernachlässigter Probleme soll im nächsten Abschnitt über die Ausweitung der Staatsaufgaben näher beleuchtet werden.

#### **4.2 Evolution und Ausweitung der Staatsaufgaben in organisierter Gesellschaft: Von Gewaltkontrolle über Daseinsvorsorge zu Wissensangeboten**

Einmal zu operativer Geschlossenheit ausdifferenziert, entwickelt das politische System spezifische Programme, die ihm die laufende Zuordnung politisch relevanter (Streit-)Fragen und Positionen anhand seines basalen Differenzschemas - zu den Codewerten

---

<sup>145</sup> Alle drei Phänomene enthalten neben ihrer Detaillierungsfunktion für systemtheoretische Analysen gleichzeitig ihr eigenes Widerspruchspotential. 1. könnte die Ausweitung von Staatsaufgaben auch als gesteigerte Verschränkung analytischer Handlungssphären (=Entdifferenzierung) konzeptualisiert werden und z.B. durch die parallele Verwissenschaftlichung/Ökonomisierung der Politik konterkariert werden. 2. wäre die Beschränkung staatlicher Handlungsfähigkeit z.B. auch als einseitige Dominanz ökonomischer Faktoren interpretierbar. Und 3. bietet sich gerade die informelle und dysfunktionale Ausnutzung positionaler Ressourcen als Testfall für eigennutzorientierte Rational-Choice-Theorien an. Willke würde wahrscheinlich erwidern, daß diese einseitigen Erklärungsansätze die Empirizität der Selbstreferenz des politischen Systems und der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft nicht angemessen würdigen. Für die Politik hieße das: "Denn dann genügen weder verwandtschaftliche Bindungen noch utilitaristische Nutzenkalküle noch überlegenes Wissen, weder Tradition noch Charisma, weder technischer Sachzwang noch anarchische Selbstverwirklichung von Individuen oder Gruppen zur Absicherung einer dauerhaften gesellschaftlichen Ordnung." (ebd.: 224) - sondern nur ein eigenständiger operativer Verfahrenskomplex, der Gewalt in berechenbare Kommunikationskreisläufe zwingt.

Macht/Nicht-Macht, Legitim/Nicht-Legitim bzw. Regierung/Opposition - ermöglichen. Obwohl die Politik sich somit eines unhintergehbaren Codes bedienen muß, legt diese basale Selbstreferenz der Operationen nicht fest, welche gesellschaftlichen Konflikte politisch relevant werden und mit welchen inhaltlichen Maßnahmen auf sie reagiert wird. Diese materiale Offenheit der Programme "als die Formen [...], in welchen in beliebiger Differenziertheit der jeweilige Code abgearbeitet werden kann" (1992: 169) läßt genügend Spielraum für evolutive Veränderungen des Umfangs und der qualitativen Beschaffenheit der politisch zu behandelnden gesellschaftlichen Phänomene. Willkes staats- und politiktheoretische Ausführungen in der "Ironie des Staates" lassen sich daher lesen als Entfaltung der Hypothese, daß die organisatorische Materialisierung politischer Operationen in infrastrukturellen Einrichtungen, Organisationen und Handlungsstrukturen sowie ihre Kondensierung in reflexiven Modellen des Staates eine kontinuierliche Veränderung und tendenzielle Ausweitung politischer Zuständigkeiten und staatlicher Verantwortlichkeiten zur Folge hatten und somit eine Expansion der Staatstätigkeit hervorriefen, die keineswegs als eine die eigentlichen Aufgaben des Staates überschreitende, parasitäre Zweckentfremdung politisch-administrativer Kapazitäten gedeutet werden dürfe, sondern der grundlegenden politischen Logik voll entspreche und sich alleine der selbstreproduktiven Operation des Politischen verdanke<sup>146</sup>. Trotz der politischen Umstrittenheit des wohlfahrtsstaatlichen Interventionismus und des neoklassischen Idealbilds eines "minimalen Staates" beharrt Willke auf einer für Luhmann sicher unakzeptablen<sup>147</sup> theoretischen und zugleich normativen Bestätigung der Rolle des modernen Staates als aktiver Gestaltungsinstanz u.a. in wirtschaftlichen, sozialen und

---

<sup>146</sup> Womit Willke den konstitutiven Stellenwert übergeordneter kultureller Wertmuster für die Gestaltung des Politischen ganz vernachlässigt oder zumindestens bewußt marginalisiert.

<sup>147</sup> In Luhmanns Schriften erscheint die zunehmende Ausweitung der Ansprüche an die Politik meist als operationshemmende Überforderung: "Das politische System ist ein selbstreferentiell geschlossenes System, und was immer es als Politik definiert, ist damit Politik. Und genau diese Geschlossenheit macht sie empfindlich für alle möglichen Zumutungen." (Luhmann 1991: 171f.)

anderen nicht lediglich illegitime Macht kontrollierenden Belangen.<sup>148</sup> "Erforderlich ist eine sehr viel aufwendiger gebaute Konzeption politischer Steuerung, die sich auf eine entsprechend revidierte Form des Staates stützen kann. Zu einer solchen Form des Staates gehören nach meinem Argument die hier gegenüber den traditionellen Positionen entwickelten Aspekte des minimalen, des aktiven und des präzeptoralen Staates<sup>149</sup>. Ihnen gemeinsam ist die Prämisse, daß die Politik und ihr Staat jedenfalls für den Bereich komplexer gesellschaftlicher Problemlagen nach wie vor, und in vielen Fällen dringlicher und existentiell notwendiger als je zuvor, Steuerungsaufgaben leisten müssen [...]; daß aber zugleich die Bedingungen der Möglichkeit zielgerichteter Intervention sich grundlegend gewandelt haben und heute neben dem Medium Macht auch eine elaborierte Verwendung der Medien Geld und Wissen voraussetzen." (Willke 1992: 173) Die Brauchbarkeit seiner Theorie wäre demnach daran zu messen, ob sie besser als Vertrags- oder Handlungstheorien geeignet wäre, die konfliktuöse Dialektik zwischen politischem Gestaltungswillen und gesellschaftlicher oder subsystemischer Steuerungsabwehr zu erklären oder zumindestens durch ein kohärentes theoretisches Prinzip zu reformulieren. Die Rekonstruktion eines spezialisierten politischen Operations- und Entwicklungsprinzips ließe evtl. leichter einsehen, warum die fortbleibend positive Selbstbeschreibung der Politik (z.B. in der öffentlichen Darstellung) und die Steigerung der an sie gestellten Ansprüche mit einer drastisch abnehmenden Leistungserwartung seitens

---

<sup>148</sup> Wodurch die Politik sich aber diejenigen Steuerungsprobleme einhandelt, mit denen er dann unentwegt kämpft. Vermittelt wird dieser scheinbare Widerspruch der gleichzeitigen Bestätigung und drastischen Relativierung eines expansiven Steuerungsanspruches durch die Annahme, daß beide Phänomene - der erweiterte politische Aufgabenraum und der zunehmende Kontrollverlust der Politik - Ergebnis ein und derselben gesellschaftlichen Prozesse, nämlich der Komplexifizierung und der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft sind.

<sup>149</sup> Mit diesen Begriffen beerbt Willke drei theoretische Positionen, die sich mit der Zentralität verschiedener staatlicher Aufgaben beschäftigen. 1. den von Nozick (1974) geforderten minimalen Staat, der sich alleine um die Sicherung von Recht und den Schutz vor Gewalt zu kümmern habe. 2. den aktiven Staat Etzionis (1968), der die Bedeutung staatlicher Infrastruktur, finanzieller Transfers, vor allem aber von Wissenbeständen zur Lenkung einer heterogenen Gesellschaft betont. 3. den präzeptoralen Staat Lindbloms (1980), der auf die Möglichkeit der beherrschenden Einflußnahme auf die Gesellschaftsmitglieder abhebt. Willke benutzt diese Vorlagen aber lediglich, um einerseits den historischen Wandel der Staatsaufgaben von Machtkontrolle über Armutsbekämpfung zu Wissensförderung nachzuzeichnen (4.1) und um zweitens die Notwendigkeit neuer Steuerungsinstrumente wie Expertise und Supervision zur Ergänzung und partiellen Ersetzung von politischer Machtausübung und fiskalischer Aktivität (5.) zu unterstreichen.

der Öffentlichkeit, der Wirtschaft, der Wissenschaft etc. einhergehen kann und außerdem die im Politischen so einmütige Zustimmung zu ethisch-moralischen Prinzipien (z.B. in der Ökologiefrage) in der Praxis kaum durchsetzbar oder implementierbar ist.<sup>150</sup>

Um die Ausweitung der politisch definierten Handlungspflichten des Staates zu erklären, entwirft Willke einen komplizierten Begründungsstrang, der von der politischen Bezwingung physischer Gewalt durch Macht zur politischen Resonanzfähigkeit ökonomischer und wissenschaftlicher Effekte im politischen Code legitimer Machtausübung geführt habe. Da Willke Politik als funktional spezifische Einrichtung zur Sicherung der "Kompetenz-Kompetenz" zur Durchsetzung kollektiver Entscheidungen versteht, folgert er daraus die politische Legitimation zur potentiellen Kontrolle und Gestaltung aller diese Kompetenz betreffenden gesellschaftlichen Ereignisse. Daß gemäß dieses expansiven Politikverständnisses notwendigerweise Probleme politisch kommuniziert werden, die schon durch die normale, ja politisch zugestandene autonome Operationsweise anderer gesellschaftlicher Teilsysteme entstehen, kann zu intersystemischen Konflikten führen, sobald die Politik Entscheidungen fällen und durchsetzen will, die sonst nur im Operationsbereich anderer Subsysteme getroffen werden. Diese sehr nach Verschränkung, Entdifferenzierung oder Interpenetration klingende Verantwortungssteigerung der Politik kann mit der These fortgesetzter funktionaler Differenzierung theoretisch nur vereinbar bleiben, indem Willke als internes Zuständigkeitskriterium der Politik die Differenz von privat/öffentlich und das Subsidiaritätsprinzip anbietet (ders. 1992: 241). Da die moderne Gesellschaft sich weit vom "Naturzustand" der permanenten Gefährdung durch physische Gewalt entfernt habe, wodurch eine "Disjunktion von personaler Gefährdung und physischer Gewalt" (ebd.: 245) eintrete, müsse das genuin politische Problem der Kontrolle von Gewalt und der Konditionalisierung von Macht nunmehr vermehrt im Bereich der Ökonomie, in der neue Gewalt und neue Macht(ungleich)gewichte durch ökonomische Fakten geschaffen werden, aufgegriffen werden (ebd.: 244). Eine Handlungspflicht schreibe sich der Staat

---

<sup>150</sup> Denn wenn eine fortschreitende Interpenetration etwa von Politik und kulturellem Diskurs operativ möglich wäre, müßte doch die Umsetzung und Befolgung so gewonnener Regelungen leichter möglich sein, als es die gesellschaftliche Realität beobachten läßt.

immer dann zu<sup>151</sup>, wenn negative Folgen struktureller Gewalt auftreten, die als individuell nicht zurechenbare Hindernisse der Freiheit interpretiert werden können (ebd.: 243). Besonders das Problem der Armut gewinne mit der fortschreitenden Industrialisierung den Status eines nicht auf Einzelpersonen abwälzbaren und nicht privat aufzufangenden Risikos. Vielmehr sei Armut zurückzuführen auf die strukturellen Schadensmöglichkeiten der normalen Operationsweise komplexer Großorganisationen, die wie im Falle einer marktorientierten, kapitalistischen Wirtschaft negative Externalitäten produzieren, die den politisch zu garantierenden Schutz vor unkontrollierter, illegitimer Gewalt tangieren. Somit seien die erweiterten Aufgaben des Staates nicht nur normativ - im Sinne einer guten, auf Werte der Menschlichkeit bezogenen Politik – begründet, sondern notwendige Reaktion der politischen Operationslogik auf die zunehmende Organisationsabhängigkeit moderner Gesellschaften. Nur so könne die Politik der Tatsache Rechnung tragen, daß die "eigenständige Bedeutung organisierter Sozialsysteme für die Generierung und Durchsetzung, für die Möglichkeiten der Verletzung und der Restitution von Rechten" (ebd.: 250) nicht mehr zu leugnen ist..

Mit der Hereinnahme des Problems der Armut in den Themenkanon der Politik und dem Aufbau organisationeller Maßnahmen zur seiner Linderung entsteht eine geldbasierte Infrastruktur, die im fortgeschrittenen Stadium Versorgungs-, Sozial-, und Arbeitsämter enthält und politisch-staatliche Entscheidungen in primär monetär operierenden Organisationen zur Geltung kommen läßt: Die Qualität der mit ihrer Hilfe produzierten Kollektivgüter (etwa Schutz vor Kriminalität der Armen, Absicherung von wirtschaftlichen Unglücksfällen, verbesserte Chancengleichheit) hängt nun nicht mehr allein von der speziellen Verteilung und Anwendung von Macht ab, sondern wird zunehmend vom Niveau der aufgewendeten nicht-politisch (re)produzierten Ressourcen bestimmt (246f.). Die politisch modulierte Formung des Mediums Geld<sup>152</sup> eröffnet dem politischen System zwar Zugriff auf "ein indirektes und weniger hierarchisches Instrumentarium der Intervention und Steuerung" (ebd.: 261), schränkt die staatliche Handlungsfähigkeit aber im gleichen Augenblick deutlich ein, da Geld als Medium des Wirtschaftssystem für die

---

<sup>151</sup> An dieser Stelle könnte es auch heißen: 'Eine Handlungspflicht schreibt Willke dem Staat immer dann zu...! Diese Unentschiedenheit zwischen einer objekttheoretischen oder einer autorbezogenen Formulierung ist dem unklaren Verhältnis von theoretischer Deskription und normativer Geladenheit der Ausführungen Willkes zu verdanken. Ich habe die unpersönliche Variante gewählt, weil ich die Angemessenheit seiner Perspektive als Theorie und nicht als Appell überprüfen will.

<sup>152</sup> Dieses Bild des Einprägens von Formen in ein Medium entnehme ich Luhmann (v.a. 1988: 302ff.).



Politik nicht frei verfügbar ist und sein Einsatz in Zahlungen allein dem autopoietischen Code des Wirtschaftssystem gehorchen muß<sup>153</sup>. Das Verfügbarmachen von Geld für politische Zwecke durch Steuern und sein politisch begründeter Einsatz durch Transfers, Subventionen, staatliche Wirtschaftstätigkeit kreuzt die Systeme Politik und Wirtschaft nur auf der Programmebene und koppelt ihre Operationen ohne die Möglichkeit direkter gegenseitiger Einflußnahme (vgl. Luhmann 1993: 440-445). Durch den Aufbau und die Organisation einer geldbasierten Infrastruktur kann die Politik somit keine unmittelbare Veränderung der wirtschaftlichen Operationen verursachen, sondern höchstens alternative Modelle wirtschaftlicher Organisationsformen erproben und vorschlagen (Willke 1992: 259), die andere Unternehmen dann übernehmen können, aber nicht müssen. Der Zugriff auf Geld als politisches Instrument ist immer nur selektiv, und kann bei Erhaltung der Autonomie der Teilsysteme höchstens eine kontrollierte kontextuelle Steuerung durch die Veränderung fremdsystemischer (hier: wirtschaftlicher) Randbedingungen ermöglichen (ebd.: 248).

Parallel zur Erweiterung der politischen Handlungsansprüche durch wirtschaftliche Defizite postuliert Willke eine gegenwärtig zu beobachtende Ausweitung der Staatsaufgaben durch die Notwendigkeit der Förderung und Bereitstellung bestimmter gesellschaftlich notwendiger Wissensbestände. Voraussetzung dafür ist neben der weit fortgeschrittenen Wissenschaftsabhängigkeit aller Funktionssysteme die mit der expansiven Erzeugung und Anwendung wissenschaftlichen Wissens und technologischer Artefakte einhergehende systemische Produktion von Ignoranz: Durch den Einsatz wissensbasierter Technologien steige gleichzeitig das Nicht-Wissen, und die Wahrscheinlichkeit unkontrollierbarer Risiken (ebd.: 263). Gerade weil in der Informationsgesellschaft Wissen und Technik stets an Bedeutung gewinnen, erhält das Problem zunehmender Unkenntnis der Folgen gesellschaftliche und politische Dringlichkeit: Somit entstehe der Bedarf einer wissensbasierten Infrastruktur (ebd.: 267), die sich mit der Kontrolle, Steuerung und Supervision der technologischen Entwicklung zu befassen habe. Die neue Aufgabe der Politik liege demnach in der "Prävention von individuell nicht zurechenbaren Irrtümern und der Supervision individuell nicht zurechenbaren Risiken" (ebd.: 272). Wiederum erlangen ursprünglich a-politische Ereignisse deshalb politische Relevanz, da die normalen

---

<sup>153</sup> Die Geldpolitik der Regierung bietet dafür ein anschauliches Beispiel: Fortgesetzte Geldschöpfung ist zwar politisch prinzipiell möglich, führt aber wirtschaftlich zu unkontrollierbaren Effekten der Inflation und ist deshalb wenig geeignet, um politische Ziele zu erreichen.

Operationsweisen der Systeme Wissenschaft und Technologie unwillkürlich Folgen produzieren, die kollektive Beeinträchtigungen erzeugen können und daher zusätzliche wissenbezogene Leistungen erforderlich machen, die in privater Initiative alleine nicht zu erbringen wären. Zum Zwecke der "Zivilisierung eines wildwüchsigen und inzwischen gesellschaftsbedrohenden technologischen Fortschritts" (ebd.: 287) muß sich der Staat eine wissenbasierte Infrastruktur leisten, die es der Politik erlauben soll, "zumindest das erforderliche Kontroll-Wissen verfügbar zu haben, um die Risiko-Kalkulationen privater Risiko-Produzenten überprüfen zu können" (ebd.: 295). Wie Willke am Beispiel des bundesrepublikanischen Netzwerks aus Forschungseinrichtungen und Organisationen der Forschungssteuerung - darunter Institute der Fraunhofer-Gesellschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und andere staatlich initiierte Einrichtungen - andeutet (ebd.: 270f. u. 275-82), entstehe so ein Geflecht aus "im Zwischenbereich von Wissenschaft und Politik institutionalisierten Forschungsorganisationen und Großforschungseinrichtungen"<sup>154</sup> (ebd.: 282), das "den Bedarf an einer adäquaten Wissensbasis der Politik" (ebd.: 285) stillen kann. Ausdrücklich kann diese politisch programmierte Anregung von Forschungsleistungen keine Einverleibung der Wissenschaft durch den Staat und kein Eingriff in die Autonomie des Wissenschaftssystems bedeuten, welches die Einlösung dieser neuen Anforderung notwendigerweise nur nach Maßgabe seines selbstgeschaffenen Codes leisten kann. "Die Aufgabe der Politik ist eine bloß subsidiäre und supervisorische: der Aufbau eines Potentials für die Produktion des für die Kontrolle wissenschaftlicher Technologien notwendigen Alternativ- oder Gegenwissens." (ebd.: 290). Auch die Verwendung wissenschaftlicher Ergebnisse in der Politik gehorche wieder nur der internen politischen Systemrationalität. Allerdings werde die Qualität der politisch erzeugten Kollektivgüter durch eine derart verfestigte wissenschaftliche Irritationsoffenheit wesentlich vergrößert: "Sobald der Bedarf, die Gefährdung und die Bedingung der Möglichkeit der Sicherung kollektiver Güter in einer Gesellschaft durch den Grad der Verwissenschaftlichung dieser Gesellschaft stärker bestimmt wird als etwa durch Naturereignisse oder die Anwendung physischer Gewalt durch Personen, wird eine eigenständige Wissensbasis der Politik, die dem Ausmaß der Verwissenschaftlichung angemessen ist, unabdingbar." (ebd.: 285f.). Zusammenfassend beschreibt Willke diese Wandlungen des Staates vom Gewaltmonopolisten über den Fürsorger zum Aufklärer durch folgende kollektive

---

<sup>154</sup> Der Begriff des 'Zwischenbereichs' zwischen Wissenschaft und Politik wäre mit dem Konstrukt von Interpenetrationszonen in praktischer Hinsicht genauer zu vergleichen (siehe 6.1).

Mangelsituationen: "Der Rechtsstaat wurde hervorgerufen durch einen Mangel an Macht, welche der Anwendung illegitimer Macht Einhalt hätte gebieten können. Der Sozial- und Wohlfahrtsstaat wurde erzwungen durch einen Mangel an Geld, welches die gewalttätigen Folgen der Armut hätte erträglich machen können. Ganz analog muß man heute feststellen, daß ein Mangel an Wissen eine neue Staatsfunktion fordert, einen supervidierenden Staat, weil mit der Ausbreitung wissensbasierter Technologien das individuelle und kollektive Risiko eines unkontrollierten Wissens selbst destruktiv wird." (ebd.: 268). Wie im Fall der Gewaltkontrolle und Machtverteilung<sup>155</sup> kann und darf die Politik nach Willke im Bereich der Wirtschaft/Armut und der Forschung/Ignoranz keine Alleinzuständigkeit beanspruchen, weil sie sonst die komplexe Realität der modernen Gesellschaft negieren, die in den Funktionssystemen erbrachten Leistungen gefährden und so die Zuständigkeit des Politischen für kollektive Entscheidungsprobleme überdehnen würde. Zur Kontrolle der subsystemischen Externalitäten benötigt das politische System "kein faktisches Monopol, wohl aber die Kompetenz-Kompetenz. Es genügt im Kontext dieser Kompetenz-Kompetenz ein gewisses Maß an Gegen-Gewalt und Gegen-Reichtum, welches ihm ermöglicht, die für Leib und Leben der Bürger bedrohlichen Folgen illegitimer Macht und nicht zurechenbarer Armut zu kontrollieren. Dies läßt Raum für dezentral verteilte gesellschaftliche Macht und gesellschaftlichen Reichtum, solange die von der Politik definierten Grenzen nicht überschritten sind." (ebd.: 265).<sup>156</sup> Diese veränderten

---

<sup>155</sup> Daß Willke dem politischen System nicht die Alleinzuständigkeit für Anwendung von Gewalt zubilligen mag, liegt m.E. daran, daß er auch hier dem Prinzip funktionaler Differenzierung und der Denkfigur systemischer Komplexitätsreduktion genügen will: Daher schränkt er die Notwendigkeit und Möglichkeit politischer Gewaltkontrolle auf genuin politische Zusammenhänge, also kollektive Belange politischer Macht ein und tritt somit idealistischen Vorstellungen politischer Allzuständigkeit (wie in der Forderung der Demokratisierung aller Lebensbereiche) entgegen. "Bezüglich physischer Gewalt heißt dies z.B., daß die Politik definiert, welche Art der Gewaltausübung in der Familie oder in der Schule zulässig und welche im öffentlichen Interesse kontrolliert werden soll. Daran erweist sich zugleich sehr deutlich, daß die Rede vom Gewaltmonopol des Staates irreführend ist, denn es geht um eine *Kontrolle* der Ausübung von Macht, um eine Definition der Grenzen von Macht." (Willke 1992: 264).

<sup>156</sup> Überraschend und immanent kritisierbar erscheint die Selbstverständlichkeit, mit der Willke dem politischen System die Definition der Grenzen der Tätigkeit anderer Funktionssysteme zubilligt. Sowohl der Möglichkeit einer Kompetenz-Kompetenz in Fragen des Eigentums und des Wissens als auch die Verfügungsgewalt der Politik über Gegen-Reichtum und Gegen-Wissen 'riecht' verdächtig nach Entdifferenzierung. Willke würde wahrscheinlich entgegenen, daß sich die Kompetenz der Politik auf den spezialisierten Bereich kollektiver Angelegenheiten begrenzt und evolutionärem Wandel unterliegt.

Funktionsanforderungen an das politische System setzen also die Akzeptanz der Autonomie der restlichen Funktionssysteme voraus: die Dynamik von Inklusion und Exklusion beschränkt die Politik auf die "Kompetenz für die Kontrolle von 'public bads', also von negativen Externalitäten der Operationsweise von Organisationen, wenn diese öffentliche Güter beeinträchtigen." (ebd.: 272). Die somit unterstrichene politische Zuständigkeit für die Beeinflussung der Randbedingungen teilsystemischer Aktivität impliziert nach Willke das Aufgeben der Zuständigkeit für die interne Organisation ihrer Operationen - geradezu so, als ob zwischen den Systemen ein Subsidiaritätsvertrag abgeschlossen werde, der Kompetenz für Kollektives gegen eine Nicht-Kompetenz für systemindividuelle Entscheidungen eintausche (ebd.: 266 u. 272).

Das von Willke entworfene systemtheoretische Staatsmodell nimmt den Staatsbegriff also einerseits Macht und Kompetenzen, indem es auf die Independenzen der Funktionssysteme und ihre politische Monopole brechende Eigenverantwortlichkeiten verweist, schreibt ihm aber andererseits neue Aufgaben zu, weil der Staat heute zusätzlich alle indirekten Formen von Gewalt (eben: Armut, Ignoranz) kontrollieren müsse und somit den gesteigerten Interdependenzen zwischen den Systemen inkludierend Rechnung tragen müsse.

Inwieweit und in welchem Ausmaße die politisch perzipierte Knappheit erst von Macht, dann von Geld und schließlich von Wissen (ebd.: Schaubild S. 270) infrastrukturelle staatliche Maßnahmen zur Linderung / Lösung erst der Machtfrage, dann der Armutsfrage und schließlich der Risikofrage (ebd.: Schaubild S. 288) auslösen muß(te), und ob diese Parallelität zwischen gesellschaftlich zentralen Problemen und organisationeller Staatsentwicklung tatsächlich eine systemische (evolutionäre) Zwangsläufigkeit beschreibt, führt Willke im Detail nicht aus und unterwirft diese Hypothese auch keinem historischen Staatsvergleich. Der von ihm in Anschluß an Luhmann dargestellte Zusammenhang zwischen dem Wandel der Staatsaufgaben und dem Inhalt/der Form historischer Protestbewegungen (ebd.: 291ff.) könnte jedoch im Ansatz darauf verweisen, wie konfliktreich diese Metamorphosen des Staates verlaufen sind und daß hier vorher erst eine kulturelle und gemeinschaftliche Legitimation von Staatsaufgaben erfolgen müßte.

Im folgenden Kapitel sollen nun die teils empirisch existenten, teils prognostizierten Verfahren und Institutionen dargestellt werden, die laut Willke geeignet sind und wären, die neue Aufgabenstruktur des Staates durch neue Formen der Aufgabenbewältigung einzulösen: "Weder das 'laissez-faire' eines Nachtwächter-Staates noch die autoritative

Gesamtplanung eines Interventionsstaates sind den Operationsbedingungen einer hochdifferenzierten modernen Gesellschaft angemessen." (ebd.: 296)

## **5 Reflexive Selbstbeschränkung, kontextuelle Vorgaben und dezentrale Diskurse. Dezentrale Kontextsteuerung zwischen theoretischer Semantik und normativer Politik**

Das autopoietische Paradigma der Intransparenz und Eigenlogik der Funktionssysteme zwingt Willke zum Entwurf einer modifizierten Rolle des Staates, die als Teil eines neuen Steuerungskonzeptes das blockierende staatstheoretische Schisma zwischen interventionskritischem Liberalismus und hoffnungsüberfrachtetem Interventionismus überwinden helfen soll. Bei einer adäquaten Staatstheorie komme es einerseits darauf an, "die Politik mit einem geeigneten Modell von ihr selbst vor einer Überforderung durch Hyperaktivität und Allzuständigkeit zu schützen." (Willke 1992: 316). Durch Selbstbindung, Selbstbegrenzung und Bescheidenheit im komplexen Interaktionsgeflecht der Funktionssysteme müsse der Staat dezentrale und autonome Entscheidungsmöglichkeiten zulassen und sich auf die Rolle eines reflexionsfördernden Supervisors beschränken (vgl. ebd.: 355ff., passim). Andererseits zwingen existentielle Probleme der modernen Gesellschaft, wie zum Beispiel die ökologische Bedrohung natürlicher Lebensgrundlagen, zu der Einsicht, daß politische Demokratie, obwohl weiterhin "Barriere gegenüber der Hybris künstlicher Vereinfachung und der gewaltsamen Durchsetzung einer 'Erziehung' von oben" und "ein Prinzip der lokalen Optimierung der Optionen" nur insoweit zur Lösung komplexer, vernetzter, intransparenter Probleme geeignet sei, "solange die erfolgreiche Bearbeitung dieser Problemlagen nicht einen mittel- oder gar längerfristigen Zeithorizont und einen mittel- oder gar längerfristigen 'gratification deference' verlangen." (ebd.: 326). An denjenigen Punkten also, an denen demokratische, inkrementalistische Entscheidungsverfahren an der perspektivischen Kurzfristigkeit, der Eigennutzorientierung und der oft zwangsläufig fehlenden Sachkundigkeit der beteiligten Akteure und

Organisationen<sup>157</sup> zu scheitern drohen, möchte Willke auf Modifikationen der politischen Operationslogik vor allem im Umgang mit den übrigen Funktionssystemen drängen. Gesellschaftstheoretisch ginge es also um den Versuch, den Macht- und Kompetenzanspruch sowie die Programmierung der Politik dahingehend zu verändern, daß der positiven Problemlösungskapazität der Teilsysteme mehr Spielraum zugebilligt werden könnte, während die von ihnen produzierten negativen Externalitäten durch die Institutionalisierung selbst- und systemreflexiver Verfahren unter der Anleitung des Staates vermindert werden könnten. Das Bemühen "in der Frage der Re-Integration des differenzierten Gesamtsystems, vor allem in der Frage der Kontrolle systemischer Kontingenzen und der Kontrolle selbst-zerstörerischer negativer Externalitäten der autonomen Operationsweise gesellschaftlicher Teilsysteme" (ebd.: 327) neue Wege zu beschreiten, zielt darauf, eine im Machtanspruch reduzierte, aber in Hinblick auf diskursive und beratende Handlungsformen expandierende Staatsaktivität den Subsystemen als Orientierungshilfe zur Eigen-Konstruktion sinnvoller Kriterien gesellschaftlicher Gesamtrationalität anzubieten, bzw. "das politische Subsystem einer Gesellschaft zur Instanz der Supervision oder Re-Vision grundlegender Entscheidungen anderer gesellschaftlicher Teilsysteme zu machen." (ebd.: 335). Willkes sehr opulentes und normativ angereichertes "Wunschbild von Politik in modernen Demokratien" (ebd.: 316) soll den Staat in die "Distanziertheit einer ironischen Position" entlassen, welche ihn erst zu jener organisatorischen und operativen Selbstveränderung befähigen könne, die heute analog in vielen komplexen Organisationen und Unternehmen zu beobachten sei (vgl. seine Hinweise auf moderne Managementstrategien in ebd.: 63 und 302). Auch im Bereich von Politik sei es daher unausweichlich, "daß die Form des Staates einen epochalen

---

<sup>157</sup> Die sachlichen, sozialen und zeitlichen Defizite demokratischer Entscheidungen werden bei Willke zwar nicht wörtlich und dieser Zuspitzung vorgeführt, doch sein ausführlicher Hinweis auf das Kollektivgutproblem und die damit verbundenen Entscheidungs- und Kooperationsprobleme sowie die ständige Betonung der Unmöglichkeit politischer Kontrolle subsystemischer Einzelentscheidungen rechtfertigen m.E. diese Formulierung. Hiernach gewährt Politik in demokratischen Formen zwar größtmögliche Partizipationschancen und dadurch gesicherte Autonomiespielräume, garantiert jedoch niemals sachliche Angemessenheit oder soziale Gerechtigkeit (Systemrationalität) der Entscheidungen, solange sie in Verfahren als legitim definiert werden können (vgl. dazu etwa ebd.: 332f.). Ob aber ausgerechnet eine Selbstbeschränkung der Politik dieses Problem der Nicht-Angemessenheit und der fehlenden Langfristorientierung politischer Beschlüsse lösen kann, oder ob nicht hingegen gerade das Blockierungspotential der Steuerungsadressaten oftmals

Gestaltwandel von Hierarchie zu Heterarchie, von direkter Autorität zu kommunikativer Vernetzung, von zentraler Position zu polyzentrischer Komposition, von Fremdbindung zu Selbstbindung, von eindimensionaler Kontrolle zu polykontexturaler Einbindung durchmachen wird." (ebd.: 174). Ohne schon an dieser Stelle kritisch die Vermischung unternehmerischer Managementkonzepte und psychologischer Therapiemodelle mit Annahmen über die Funktionsweise der Politik in der modernen Gesellschaft zu hinterfragen, möchte ich nachfolgend den von Willke postulierten Gestaltwandel des Staates in den drei wichtigsten operativen und institutionellen Konsequenzen nachzeichnen: 1. soll die schon mehrfach dargestellte Dialektik der Rücknahme und Steigerung staatlicher Kompetenzen im Umgang mit den gesellschaftlichen Teilsystemen unter den Stichworten Supervision und Diskurs kurz vertieft werden. 2. sollen Willkes formale Konzepte des Aufbaus neuer organisatorischer Instanzen und Gremien zur Institutionalisierung von inter-systemischen Diskursen an Beispielen dargestellt werden, um schließlich 3. einige Vorstellungen Willkes und Teubners zur Erschöpfung der Steuerungsfähigkeit des Rechts und ihren Vorschlag zur Erweiterung der Rechtsformen durch prozedurale Relationierungsprogramme und reflexive Kapazitäten zu skizzieren.

### **5.1 Metamorphosen von Politik und Staat: Supervision und Diskurs als Chance der Re-Integration**

Willkes Konzept einer politisch zu induzierenden Re-Orientierung der Teilsysteme am Zusammenspiel des Ganzen bis hin zu einem "unvermeidlichen Prozeß der intensiveren Verschränkung aller gesellschaftlichen Teilsysteme - einschließlich des politischen Systems - im Sinne einer gleichzeitigen Steigerung ihrer wechselseitigen Independenzen und Interdependenzen" (ebd.: 72)<sup>158</sup> kämpft mit einem grundlegenden und (durch die Theorie und ihren Wirklichkeitsanspruch) selbstgeschaffenen Einwand: Auf den ersten Blick muß es

---

wichtige Veränderungen verhindert, wäre an einem so heiklen Komplex wie der Diskussion einer "Öko-Diktatur" näher zu untersuchen.

<sup>158</sup> Dieses Zitat aus einem Anfangskapitel der "Ironie des Staates" bezeichnet im Originalzusammenhang nicht die Zielprojektion auf einen ironisch distanzierteren Staat, sondern soll die schon faktisch bestehenden Kooperationen zwischen Staat und Teilsystemen in Bereichen wie Wissenschafts-, Wirtschafts- und Energiepolitik zusammenfassen. Insofern verdeutlicht es besonders gut die Spannung zwischen Autopoiesispostulat sowie Steuerungsabsicht und -chancenbewertung in Willkes Theorie.



nämlich zweifelhaft bleiben, ob und wie ein Teilsystem durch die Politik steuernd beeinflusst werden kann, wenn jedes System nur nach seinem eigenen Code operieren kann und somit die Steuerungsziele in der Sprache des jeweils zu steuernden Systems formuliert werden müßten (vgl. Willke 1984: 47), indessen das steuernde System (hier die Politik) dieser Sprache, dieses Codes jedoch aus gleichem Grunde nicht mächtig sein kann. Zur Überwindung (oder nur Verschleierung?) dieses Widerspruches entwickelt Willke das Modell der "dezentralen Kontextsteuerung". Kontext-Steuerung deshalb, weil die systemtheoretischen Grundlagen intersystemische Beeinflussung axiomatisch darauf beschränken, daß ein System nur seinem eigenen Modell des anderen Systems gemäß und nur in dessen Umwelt (zu der das System ja selbst gehört, wenn auch seine Perzeption systemrelativ gebrochen sein kann) Kontext-Bedingungen verändern kann; Kontext-Steuerung aber deshalb, weil ein System Ereignisse in der Umwelt des anderen Systems unter der begründeten, hypothetischen Erwartung verändert, daß gezielt beeinflusste Umgebungsvariablen das adressierte System selbsttätig zu einer Strukturänderung bewegen müßten, die dem strategischen Interesse des steuernden Systems entgegenkommt. Ein solch indirekter Mechanismus der "Beeinflussung von Interaktionsbeziehungen", der "Interpunktion von Systemoperationen" und der "Konditionalisierung von Randbedingungen" (Willke 1984: 48f.) soll dem Dilemma Rechnung tragen, daß bei dem Versuch der Intervention in komplexe, selbstreferentielle Systeme "jede nicht-zerstörerische externe Intervention darauf angewiesen ist, sich als Ereignis im Bereich der möglichen Perzeptionen des intervenierten Systems darzustellen und als Information in die operativen Kreisläufe dieses System eingeschleust zu werden. [...] Um bleibende Veränderungen zu bewirken, müssen die aus den Differenzen intern gewonnenen Informationen Veränderungen des Regelwerks induzieren, ohne dabei den Zusammenhang des Regelwerks als Netzwerk der Selbststeuerung des Systems zu zerstören." (Willke 1992: 304). Da Kontextsteuerung demgemäß immer auf Selbstbindung der kontextuell 'gereizten' Systeme angewiesen ist, kann sie nach Willke nur erfolgreich sein, wenn die Subsysteme "als dezentrale Akteure eines komplexen Systems [...] an der Formulierung der Zielmuster" selbst beteiligt werden (1992: 342).

Als Voraussetzungen für den Erfolg dieses "dritten Weg[s] zwischen evolutionärer Anpassung und hierarchischer Planung" (ebd.: 341), den ich mit Hinweis auf seine theoretischen Grundlagen der Reflexion, Empathie, interner Umweltmodellierung und strukturell gesteuerter Selbsttransformation von Systemen unter 3.2 und 3.3 schon abstrakt dargestellt habe, schreibt Willke in seiner Vision eines ironisch dezentrierten

Staates der Politik die Übernahme einer gesellschaftlichen Supervisorenrolle zu. Analog zum Vorgehen in der Therapie oder im juristischen Revisionsverfahren müsse der Staat einen Such- und Entwicklungsprozeß anleiten, in dem die Operationsregeln der Systeme im gemeinsamer Verantwortung besser aufeinander abgestimmt werden könnten. "Die Absicht dieser Suche ist, diese Regeln mit alternativen Regeln zu konfrontieren, um die Bedeutung der Regeln für die Generierung und Auswahl von Optionen zu erkennen." (ebd.: 342). In der Position eines interessierten Dritten ohne verbindlichen Primat (Willke 1983: 56) müßte der Staat versuchen, die komplexen Regel-Sets der Funktionssysteme durch eine Gruppe emergenter Regeln zu ergänzen: Neben den Präferenzregeln, welche in zentrifugaler und exklusiver Weise die internen Operation eines System strukturieren (Willke 1992: 343f.) und den Inferenzregeln als jenen systemeigenen Kriterien, nach denen Ereignisse in der Umwelt auf die Systemerfordernisse bezogen und nach relevanten Informationen abgesucht werden (ebd.: 344f.), stehen im Kontextbereich kooperativer Systemsteuerung höherstufige Transferenz- und Konferenzregeln zur Debatte. Während Transferenz-Regeln sich auf die Inter-Relationen zwischen ausdifferenzierten Systemen beziehen, zwischen ihnen "den Grad der Koppelung und der Öffnung ausdifferenzierter Teile" (ebd.: 346) bestimmen und durch Verfahrensweisen der Informationsübertragung zwischen Systemen "Minimalbedingungen wechselseitiger Kompatibilität und Verträglichkeit" (ebd.) herstellen, können Konferenzregeln nicht mehr einzelnen Subsystemen, sondern nur dem Geflecht ihrer Beziehungen zugeordnet werden. "Diese Regeln haben nun zum ersten Mal ihre Verankerung nicht mehr in den Subsystemen, sondern ergeben sich aus dem aktiven und absichtsvollen Zusammenspiel der Teile, die sich zu einem emergenten Zusammenspiel verbinden wollen." (ebd.)<sup>159</sup>.

In "Erwartung eines emergenten Nutzens aus dem integrierten Zusammenwirken aller" (ebd.: 349) könne unter der Bedingung "wechselseitiger Selbstbindung und Selbstbeschränkung autonomer Teile" (ebd.) eine koordinierte, "retikular vernetzte Kommunikationsstruktur gleichgeordneter Funktionssysteme" (ebd.: 348) entstehen, wenn

---

<sup>159</sup> Vier Inkonsistenzen müssen an dieser Stelle zur späteren Kritik vorgemerkt werden: 1. ob nicht Akteure identifiziert werden müssen, die diese supervisorische Zusammenkunft der Systeme überhaupt erst qua personaler Identität ermöglichen (vgl. Stark 1994: 116f, Fn. 306.). 2. inwieweit die Transferenz von Informationen über systeminterne Operationen zwischen Systemen mit der Autopoiesis-Annahme vereinbar ist (ebd.: 116ff.). 3. welche theoretische und praktische Qualität eine emergente Kommunikations-Ebene zwischen autonomen Funktionssystemen und der durch sie konstituierten Gesamtgesellschaft haben müßte. Und 4. die bereits gestellte Frage, ob und wie Systemen Absichten und Wille zugeschrieben werden sollten.

auf der Basis des von allen Beteiligten zu akzeptierenden Primats der Selbststeuerung und der Systemautonomie ein "dezentraler Aufbau gemeinsamer Kontextbedingungen, die das erforderliche Minimum gemeinsamer Weltsicht und produktiver Verknüpfung der Teile zu einem Ganzen leisten", vorab hergestellt werde (ebd.: 349). Da sich Willke natürlich bewußt ist, daß genau dieses Minimum gemeinsamer Weltsicht gemäß der eigenen theoretischen Voraussetzungen nicht a priori gegeben ist, muß er den Verdacht der Verheißung einer wundersamen Vereinigung des Nicht-Vereinbaren sogleich entkräften. Im Bereich des intersystemischen Diskurses kann und soll daher zunächst nur reflexive Koordinierung stattfinden, also praktisch auf einer Meta-Ebene der Systemaktivität darüber entschieden werden, welche Bereiche des intersystemischen Austausches überhaupt erörtert, welche Probleme ausgeklammert und welche Möglichkeiten der gemeinsamen Formulierung von Kontextbedingungen überhaupt bestehen. "Die Idee des Supervisionsstaates beinhaltet, daß - bei entsprechenden Problemstellungen - an die Stelle direkter, hierarchischer und autoritativer politischer Intervention ein diskursives Verfahren tritt, in dem nach Konferenz-Regeln die Möglichkeit der Etablierung gemeinsamer Kontextbedingungen geprüft wird." (ebd.: 350). Obwohl Willke selbst sofort mehrere dringende Problemstellungen für solche Konferenzen aufzählen kann - etwa: Ökonomie vs. Umweltzerstörung -, könnte die Übertragung der "Kontrolle der Selbstkontrolle" (ebd.) auf die beteiligten Systeme, die unabdingbar sei, um Bindung durch Partizipation zu gewährleisten, das systematische Ausklammern drängender Probleme zur Folge haben. Somit liefert das Willke'sche Modell eher Projektionen für eine veränderte Rolle des Staates als fertige Rezepte für die Überwindung drängender gesellschaftlicher Probleme. Hinter der systemtheoretisch begründeten Ablehnung sowohl eines autoritativen als auch eines liberalistisch beschnittenen Staates steht aber die keineswegs schwache Hypothese, wonach alle anderen, nicht auf kooperative und dezentrale Abstimmungsverfahren begründeten Steuerungsversuche bei komplexen Problemen nicht nur erfolglos sein müssen, sondern darüberhinaus zahlreiche konterintuitive Effekte haben und zusätzlich die Entwicklung intelligenterer Steuerungsinstrumente behindern. "Der Staat ist mit den Problemen der 'Unregierbarkeit', 'Nicht-Steuerbarkeit', Intransparenz oder 'Neuer Unübersichtlichkeit' primär konfrontiert, weil die institutionalisierten Erwartungen nach wie vor darauf gerichtet sind, daß die Politik und ihr Staat planen, steuern und 'regieren' können müßten. Aber in der aktiven Gesellschaft ist Ordnungsbildung nicht mehr nur ein politisches Problem. Gesellschaftliche Ordnung ist nur noch möglich aus einem spezifischen, voraussetzungsreichen Zusammenspiel autonomer Akteure." (ebd.: 143,

Hervorhebung M.S.).<sup>160</sup> Um in der Staatstheorie die Beobachtung nachzuvollziehen, wonach das gesellschaftliche "Steuerungswissen in den dezentralen Einheiten in der Form der Selbstbeobachtung ihrer Operationsweise" residiere (ebd.: 141), könne gesellschaftliche Systemrationalität überhaupt nur noch bestimmt werden, wenn der "Staat relevante gesellschaftliche Akteure in Verfahren der Programmformulierung, Entscheidungsfindung und Implementierung einbindet" (1982: 64) und neben der Verwendung der herkömmlichen Steuerungsmedien Macht und Geld, ein neues Steuerungsmedium einsetze, "welches im Spektrum zwischen 'moral suation' und rationalem Diskurs angesiedelt ist" (ebd.). Entsprechend der Bedeutungszunahme des Steuerungsmediums Wissen soll die Politik mit Supervision die "Möglichkeit des informierten Vergleichs unterschiedlicher Praxisformen" (1992: 337) anbieten, also eine kognitive Erhellung des gesellschaftlichen Zusammenspiels vorantreiben: "Supervision zielt auf die Aktivierung latent gebliebener Möglichkeiten. Sie komplementiert eine gesellschaftliche Praxis, die als Praxis immer gezwungen ist, in der je gegenwärtigen Gegenwart die Vielfalt der Optionen auf eine einzige zu reduzieren." (ebd.: 336).

Als dränge Willke wie ein klassischer Staatsphilosoph auf mehr Muße, Überlegtheit und Zurückhaltung der Politik, schwärmt er von der erhöhten Problemlösungskapazität einer bisher eher Programmatik bleibenden Form der Politik in Verhandlungssystemen. "Diese Reflexivität und Mehrstufigkeit der Entscheidungsfindung erhöht die Komplexitätsverarbeitung des politischen Systems und ermöglicht diesem, höhere Umweltkapazität zu verarbeiten. Vor allem erlaubt sie es, auf verschiedenen Stufen des Entscheidungsprozesses verschiedene Rationalitätskriterien einzuführen, da auf jeder Stufe andere Eigengesetzlichkeiten der betroffenen Teilsysteme eingreifen." (ebd.: 113). Dabei gesteht er jedoch, daß der Versuch "mehrere autonome Systeme in einen nicht-zufälligen, produktiven und selbstbindenden Zusammenhang zu bringen" (ebd.: 134) die Generierung eines funktionalen Äquivalents zu den in der funktional differenzierten Gesellschaft flüchtigen Größen Gemeinwohl, öffentliches Interesse oder Staatsraison (ebd.: 136) nicht leisten könne. Hier, in der skeptischen Einschätzung, daß die systemische Differenzierung

---

<sup>160</sup> Manchem Leser mag es negativ aufstoßen, daß die faktischen Steuerungsprobleme der modernen Gesellschaft zu lösen sein sollen, indem die an den Staat gerichteten Erwartungen fallengelassen werden. Dieser Eindruck ist wohl weniger dem seichten Zynismus Willkes zuzurechnen als der Tatsache, daß die Systemtheorie die Gesellschaft primär als eine Struktur kommunikativer Regelmäßigkeiten und Erwartungen auffaßt und daher außer der evolutiven und richtungsunbestimmten Veränderung dieser Muster und ihrer Selbstbeschreibungen keine objektive Größe für gelingende Steuerung kennt.

der modernen Gesellschaft heute höchstens noch die politische Gestaltung der Bedingungen zum Management, nicht aber die verbindliche Lösung kollektiver Probleme erlaube, liegt demnach der wesentliche Unterschied zu vergleichbaren Konzepten politischer Steuerung in Verhandlungssystemen, wie etwa dem Neokorporatismus und neueren politikwissenschaftlichen Ansätzen (vgl. zur Übersicht Scharpf 1991 und v. Beyme 1991). Die Unmöglichkeit hierarchischer Steuerung erscheint so als strukturelles Faktum, die zurückhaltenden und auf die Selbstreflexion (=Einsicht) der betroffenen Systeme abzielenden Interventionsstrategien als funktionale Notwendigkeit. Dennoch läßt Willke beständig normative Konnotationen mitschwingen: "Selbstbindung im eigenen Interesse und strategisches Wissen über das Gesamtinteresse im Sinne des Willens und des Wissens zu globaler Maximierung sind Mittel, das Paradox einer dezentralen Realisierung des 'gemeinen Wohls' zu entfalten." (ebd.: 141).

Gleichzeitig ist jedoch nicht zu übersehen, wie die werbende Beschreibung der Möglichkeit und Notwendigkeit intersystemischer Diskurse den stillen Einzug normativ geladener, akteursbezogener Elemente in die sich rein funktional-sachlich gerierende Systemtheorie Willkes ankündigt. Unter Diskurs zwischen einzelnen Subsystemen versteht Willke einen prozeduralen Zusammenhang, in dem Repräsentanten (also: Akteure) verschiedener Systeme freiwillig, zwanglos und mit dem Ziel der Verständigung zusammentreffen, um in einem selbstbestimmten Austausch von Standpunkten für die einzelnen Systeme anschlussfähige Informationen zu generieren (vgl. v.a. Willke 1993: 137f., s.a.u. 5.2). "Im Unterschied zu Habermas legt eine systemtheoretische Betrachtungsweise es nahe, die Hauptfunktion von Diskursen nicht in der Herstellung von Konsens zu sehen. Die Aufgabe von Diskursen ist es, Informationen zu generieren, die verstanden und angeschlossen werden können. Der Anspruch systemischer Diskurse ist also viel bescheidener: Es wäre schon viel gewonnen, wenn die spezialisierten gesellschaftlichen Funktionsbereiche verstünden, was sie in ihrer Umwelt anrichten und wie die Operationsweise anderer Systeme sich auf sie auswirkt." (ebd.: 138). Um die anspruchsvolle Idee des Diskurses nicht durch die postulierte "Hermetik der Operationsweise selbstreferentieller Systeme" und die "systemrelative Hermeneutik ihrer Weltkonstruktion" von vornherein als aussichtsloses Bemühen auszuzeichnen, lehnt Willke die diskursive Zielvorstellung eines finalen Konsenses ab, um stattdessen die Figur eines "konsensentlasteten Diskurses" anzubieten: Produktiv könne es bereits sein, wenn sich ein "auf fundamentalem Dissens gegründeter Konsens" (Willke 1993: 137) über die Notwendigkeit und Möglichkeit intersystemischer Abstimmung einrichten ließe, der lediglich darauf abziele "die Paradoxie der Vereinbarkeit - nicht der

Übereinstimmung! - divergierender Rationalitäten" (ebd.: 136) zu überbrücken. Wieder begegnen wir also der Idee einer reflexiven, formalen Verständigungsbereitschaft zwischen den Systemen, die keine konkret-operativen, inhaltlichen Übereinstimmungen voraussetzen scheint. "Es gibt keine Schnittmengen oder Transformationsregeln und eben deshalb ist es notwendig, den Ansatzpunkt für Diskurse zu verlegen von Kommunikation selbst auf die Bedingungen der Möglichkeit der Kommunikation." (ebd.: 107).

Mit diesem Verweis auf die vorgängige Notwendigkeit der Selbstkonditionierung der Systeme zur Herstellung der Bereitschaft und Fähigkeit des Transfers von Informationen versucht Willke indes einen anstrengenden Spagat im Habermas'schen Diskursuniversum: Einerseits will er dessen ungetrübten Rekurs auf aufklärerische ('alteuropäische') Vorstellungen von Gemeinwohl und Universal-moral verwerfen (ebd.), aber andererseits gleichzeitig dessen appellativen Optimismus einer selbstbestimmten, regelgeleiteten Verständigungsfähigkeit bewahren und systemtheoretisch reformulieren. "Das Funktionieren dieser Diskurse hängt nicht an einer vorgegebenen übergreifenden Idee des Ganzen von Gesellschaft, präsupponiert nicht eine einheitliche Identität oder Subjektivität von Gesellschaft. [...] Die Kontrolle der Richtung der Steuerung erfolgt im Zusammenspiel der betroffenen autonomen Akteure; sie ist deshalb notwendig dezentral und zurückverlagert in die Prozesse der Reflexion und Abstimmung eigenständiger Funktionssysteme. Nur ein wechselseitiges Interesse an Kooperation und die Erwartung eines emergenten Gewinnes in sozialen Nicht-Null-Summen-Spielen hält den Prozeß in Gang, für den wechselnde Mischungslagen von Kooperation und Konflikt kennzeichnend sind [...], nicht aber eine Art Erlösung in dem einen, großen Konsens." (ebd.: 139).

Zur genaueren Kennzeichnung des fragilen Verhältnisses zwischen Konsens- und Gemeinwohl-Verzicht einerseits sowie der Forderung nach regelgeleiteten, kooperationsbereiten, systemrationalen Abstimmungsbeziehungen andererseits muß zusätzlich auf die Parallelen verwiesen werden, die Willke selbst zwischen den Modalitäten seines Supervisionsstaates und den moraltheoretischen Überlegungen Rawls und Kohlbergs zieht. Wie schon in den zuvor erläuterten Dreischritten von Macht über Geld zu Wissen bzw. vom Minimal- über den aktiven bis zum Supervisionsstaat müßten sich die vorherrschenden Formen der Konfliktbewältigung und des Interessenausgleichs nun ebenfalls von einer Autoritäts- über eine Assoziations- zu einer Moral der Prinzipien entwickeln. (vgl. v.a. Willke 1992: 352ff.). Der hohe Organisationsgrad und die funktionale Differenzierung der modernen Gesellschaft erlaube es heute nicht mehr, auf der Basis rein

eigennutzorientierter, lediglich durch rechtliche Universalien (Vertragsrecht, Freiheitsrechte) eingeschränkter individueller Handlungen und Tausch-Transaktionen das Eintreten eines unsichtbaren Gemeinwohls zu erwarten. Da sich "ohne aufwendige Abgleichungen der räumlichen, zeitlichen, sozialen, operativen und kognitiven Implikationen von systemischen Optionen sehr unterschiedlicher Funktionssysteme eine brauchbare gesellschaftliche Ordnung nicht mehr herstellen" (ebd.: 352f.) lasse, wären zwei zusätzliche Bedingungen zu erfüllen, damit eine vernünftige Gesamtidentität der Gesellschaft als Regulativ zu den Systemoperationen entstehen kann: Erstens institutionalisierte Formen interner Systemreflexion, durch die sich die einzelnen Systeme ihrer mitprägenden Rolle im interdependenten Zusammenhang bewußt werden und Optionen der Selbstbeschränkungen denkbar werden lassen - und zweitens die Institutionalisierung eines dauerhaften, politisch geförderten diskursiven Zusammenhangs zwischen den Systemen. Einsicht, Selbstbeschränkung und supervisorische Reflexion werden so zum (moralisch geladenen, durch Absicht und Willen energetisch aufzuladenden) Prinzip, welches in der prozeduralen Organisation dezentraler Verhandlungssysteme operabel und gesellschafts-verändernd dynamisch werden soll.

Die eigentliche Abgrenzungsleistung Willkes gegenüber der Diskurstheorie Habermas liegt folglich nicht in der zynischen Negation jedweder diskursiv angeleiteter Gesellschaftsänderung, sondern vor allem in der als unumgänglich bezeichneten Verlagerung von Diskursen auf die Systemebene und in dem daraus folgenden größeren Voraussetzungsreichtum und der größeren Kompliziertheit einer solchen Abstimmung. Wo sich nicht nur einzelne vernünftige Individuen zu einem persönlichen Konsens durchringen müssen, sondern wo Vertreter von Funktionssystemen die differenten Wahrheiten und inkompatiblen Sichtweisen von Systemen aufeinander beziehen müssen, wäre daher auch kein einfacher Konsens, sondern allenfalls das wechselseitige Anbieten von Optionen

denkbar, "welche die systemische Autonomie nicht verletzen, aber z.B. andere oder geringere negative Externalitäten produzieren." (Willke 1993: 139)<sup>161</sup>.

Um den Veränderungen Rechnung zu tragen, "die mit der Dominanz großer Organisationen und verzweigter Netzwerke kollektiver Akteure, mit der (Neo-)Korporatisierung des Sozialstaats und der Ausbildung einer eigenständigen operativen Logik korporierter Systeme in einer vom Funktionieren der Korporationen abhängigen Wohlfahrtsgesellschaft zwingend einhergehen" (Willke 1992: 256), kann Willke einen sozietaalen Dialog nur konzipieren in Form der Entwicklung von Verhandlungssystemen als "dritte Instanzen", die eine eigene Identität, Geschichte und Rationalität auszubilden in der Lage sind (Willke 1993: 135). Nur in einem auf Dauer existenten, organisierten prozeduralen Zusammenhang könnten Strukturen entstehen, die ein ständiges Umschalten zwischen systemischer Selbst- und Fremdreferenz und die Transformation von Umweltereignissen in interne Semantiken ermöglichen (vgl. 5.2).

In der emphatischeren Sprache seines staatstheoretischen Entwurfes gipfelt dieser Vorschlag eines diskursiven Zusammenhangs der Teilsysteme in der programmatischen Begrifflichkeit der "verfaßten Gesellschaft". Darin verknüpft er in bewußter Analogie zur Struktur bestehender Verfassungen normative Elemente - hier: die verpflichtenden Grundprinzipien (Grundwerte) der Selbstbeschränkung und der gesamtgesellschaftlichen Reflexion - mit der Darstellung neuer institutionalisierter Verfahrensmuster gesellschaftlicher Steuerung und bringt damit die Doppelsinnigkeit seiner Theorie zwischen Prognose und Plädoyer beispielhaft zum Ausdruck. Willkes Forderung der Konstitutionalisierung beinhaltet zwar die Ausweitung konsensueller, demokratischer Mechanismen auf die Ebene von Organisationen und Funktionssystemen, darf aber aufgrund ihrer gleichzeitig alle Funktionssysteme und ihre Beziehungen zueinander

---

<sup>161</sup> Der hierbei ständig mitschwingende Gedanke der Bereitschaft zur Kommunikation, der Verständigungsabsicht und der Akzeptanz moralischer Regeln und Prinzipien bezeichnet genau denjenigen Punkt der Argumentation Willkes, wo die Trennung zwischen System- und Persönlichkeitsebene prekär wird: Wer, wenn nicht einzelne Akteure können einen zugegebenerweise nur organisatorisch und systemisch zu verfestigenden Abstimmungsprozeß anstoßen, steuern und am Leben erhalten, wenn in der bisherigen Selbstbeschreibung und Operationsweise der Gesellschaft solche Korrektive gerade eben fehlen. Auch wenn man, wie ich es tun möchte, dem Grundpostulat der Systemtheorie folgt, daß individuelle Präferenzen und Systemevolution nicht einfach voneinander ableitbar sind, bleibt dennoch die Frage, welche Determinanten (Ereignisse, Handlungen, Energien) wirken müssen, damit ein so beschriebener systemischer Wandel tatsächlich eintreten oder sogar gefördert werden kann.



betreffenden Qualität nicht als Demokratisierung im klassischen Sinne mißverstanden werden. Denn bei dem Versuch, die Funktionssysteme in einen regelgeleiteten, ihre Optionen selbstverändernden Dialog zu bringen, geht es keineswegs um die Ausübung und Vergrößerung politischer Kontrolle von Wirtschaftsunternehmen, Wissenschaftseinrichtungen und anderen autonomen Systemen nach dem Prinzip des Gemeinwohls, sondern im Gegenteil um die praktische Umsetzung der Erkenntnis, daß die Autonomie der Funktionssysteme und ihrer Einheiten nicht antastbar sei und deshalb höchstens (aber in Willkes Ausführung zugleich: immerhin) ein freiwilliger und selbstbestimmter Diskurs der Teile denkbar sei. Obwohl er die Notwendigkeit der inneren "Konstitutionalisierung der Funktionssysteme" klassisch demokratietheoretisch mit den Abwehrrechten der Bürger vor zu mächtig werdenden Korporationen begründet, zielt der Kern seines Argumentes auf die Einrichtung von systemischen Reflexionspotentialen, deren Zweck - die Förderung gesamtgesellschaftlicher Integration - weder mit den singulären Handlungsabsichten der Individuen noch mit den systemischen Funktionsimperativen gleichzusetzen ist<sup>162</sup> - womit deren unbestimmtes Emergenzniveau allerdings zum zentralen Problem der Systemtheorie Willkes wird.

Die verfassungsähnliche Regelung der inneren Funktionsweise systemischer Instanzen erfordert demnach neben dem Versuch, "die interne Ordnung korporativer Systeme nach Prinzipien der Mitbestimmung, des Persönlichkeitsschutzes und der Gerechtigkeit zu gestalten" (Willke 1992: 358), zusätzlich Bemühungen dahingehend, "daß in die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse des Funktionssystems reflexive Kapazitäten eingebaut werden, welche über den Aspekt der inneren Ordnung hinaus auch die Frage einer geeigneten Identität des Funktionssystems im Kontext der Gesellschaft insgesamt in den Blick bringt" (ebd.: 359). Auf diesem Wege seien neben "den Rechten und den Autonomieräumen ihrer Mitglieder auch die für eine viable Identität des Ganzen

---

<sup>162</sup> In der Ablehnung direkter politischer Normsetzung bei gleichzeitiger Bemühung der Gestaltungskraft verfassungsmäßiger Ordnung schlummert natürlich ein Paradox: Wie können zentral verbindliche Formen reflexiver Systemautonomie und intersystemischen Diskurses eingerichtet und gewährleistet werden (oder wie kann mindestens die Verpflichtung zur Einrichtung solcher Formen durchgesetzt werden), wenn politische Kontrolle im Sinne machtcodierter Einflußnahme in eine gleichgeordnete Supervisorenrolle aufgelöst werden soll. Das Problem der Durchsetzung von systemischen Veränderungen wird uns erneut begegnen, wenn es um die Frage der Geltung und Implementation reflexiven Rechtes geht (vgl. 5.3). M.E. muß Willke daher, wie beim Rückgriff auf demokratische Abwehrrechte, implizit doch auf individuelle Willensakte und kollektive Wertvorstellungen rekurrieren.

unabdingbaren Rechte und Autonomien der anderen Funktionssysteme der Gesellschaft" zu berücksichtigen (ebd.). Wenn die Konstitutionalisierung der Gesellschaft, wie schon in den Ausführungen zum intersystemischen Diskurs angedeutet, schließlich noch auf die Ebene zwischen den Systemen projiziert wird, bedeutet dies, daß den derart reflexionsfreudig gewordenen Systemen genügend dauerhafte und öffentlich sanktionierte, dezentrale Möglichkeiten des Austausches zur Verfügung stehen, in denen die verschiedenen Standpunkte und Entwicklungsoptionen diskutiert werden können. "Zum anderen verlangt sie [die verfaßte Gesellschaft, M.S.] eine Konstitutionalisierung der Beziehungen zwischen den organisierten sozietaalen Akteuren, um ihre Autonomie zu schützen und ihre Gemeinverträglichkeit zu sichern." (ebd.: 358).

Eine so komplexe Verflechtung von Systemautonomie, individuellen Freiheitsrechten und gesellschaftlicher Gesamtrationalität bleibt von einer inhaltlichen Lösung gesellschaftlicher Probleme und der praktischen Bewältigung sozialer Konflikte natürlich weit entfernt. Willke räumt diesen Widerspruch implizit ein, indem er auf die weiterbestehende, in einer "verfaßten Gesellschaft" aber idealerweise prozeduralisierte Dialektik zwischen systemischen Zwängen und individuellen Rechten hinweist: "Hochkomplexe Gesellschaften lassen sich als demokratische nur halten, wenn diese Idee [des Gesellschaftsvertrags und des Verfassungsstaates, M.S.] auf die Gesellschaft insgesamt generalisiert wird und die spezifische Verfaßtheit der Gesellschaft es erlaubt und fördert, die Autonomie und Differenziertheit der Bürger ebenso zu garantieren wie die Autonomie ihrer Funktionssysteme." (ebd.: 358, Hervorhebungen M.S.) Diese ungewöhnliche Figur einer Art grundrechtlichen Schutzes der Autonomie von Funktionssystemen macht nur dann Sinn, wenn Systemautonomie indirekt als Ergebnis der (aggregierten) Aktivität der Bürger in historisch sich verselbständigenden gesellschaftlichen Sphären verstanden wird und ihre rechtliche Absicherung damit ebenfalls als erweitertes Bürgerrecht interpretiert wird: "Letzteres ist nicht nur Selbstzweck zur Erhaltung des erreichten Grades funktionaler Differenzierung, sondern dient darüber hinaus der Generalisierung des grundrechtlichen Schutzes der Bürger in den vielfältigen besonderen und allgemeinen 'Gewaltverhältnissen', denen sie in einer hochorganisierten Gesellschaft ausgesetzt sind." (ebd.).

## **5.2 Verhandlungssysteme als neue Stufe systemischer Emergenz: Dezentrale Orientierung der Teile am Ganzen**

Mit der Forderung nach Konstitutionalisierung von Organisationen, Funktionssystemen und ihren wechselseitigen Beziehungen versucht Willke, die Idee diskursiver Verständigung und emphatischer Selbstbeschränkung (wie in 3.2 und 5.1 beschrieben) auf der Ebene intersystemischer Beziehungen in normativen Verfahrensmodellen zu konkretisieren. Die Prämisse dieser Vorschläge besteht in der Hypothese, daß ebensowenig, wie die Selbstorganisation sozialer Subsysteme durch die willentliche Einflußnahme einzelner Individuen (Handlungen) gesteuert werden kann, auch deren wechselseitige Abstimmung, Integration und auf ein gesamtgesellschaftliches Gleichgewicht zielende wechselseitige Beeinflussung nicht durch ein einzelnes System - hierbei wird in klassischen Theorien meistens die Politik oder das Recht genannt - eingelöst oder angeleitet werden kann. Nur in einem seinerseits systemische Strukturen ausbildenden, über-individuellen (und über-teil-systemischen?) kommunikativen Zusammenhang könne eine solche Koordinationsfunktion umgesetzt werden. Die in solchen Interaktionsmechanismen wirksamen Prozeduren und Abstimmungsregeln, die bei Willke nur beispielhaft vorgestellt werden, sollen einen intersystemischen Diskurs ermöglichen, der die Zentrifugalkräfte funktionaler Differenzierung "durch ein Auseinanderziehen des Integrationsproblems in eine dezentrale Kontextsteuerung einerseits und eine Selbststeuerung der Teilsysteme andererseits" (Willke 1992: 342) kompensiert. "Als dezentrale Akteure eines komplexen Systems sind die Subsysteme an der Formulierung der Zielmuster der Kontextsteuerung selbst beteiligt, sei es in Verhandlungssystemen, Kommissionen, Arbeitsgruppen, integrativen Mechanismen, gemischten task forces oder ähnlichen Einrichtungen." (ebd.).

Erste, historische Ansätze für die Gestaltung solcher intermediärer Diskurskomplexe erkennt Willke in den bundesrepublikanischen Einrichtungen "Konzertierte Aktion", "Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen" und im "Wissenschaftsrat". Allen diesen Plattformen für den Austausch zwischen Organisationen, Korporationen und Systemen sei die Eigenschaft gemein, daß der Staat in ihrem Verhandlungsbereich den fiktiven/kontrafaktischen Anspruch aufgabe, einziger Vertreter eines unbezweifelten Gemeinwohls zu sein und als unparteiischer Dritter zu wirken. Stattdessen bekenne sich der Wohlfahrtsstaat zu seinem Eigeninteresse, zur partikularen Ethik administrativer Effizienz, und gestehe unter dieser Voraussetzung verschiedenen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren zu, ihre Interessen gleichberechtigt und selbstbestimmt zu koordinieren. (Willke

1983: 129). Die dadurch eingeräumte oder vergrößerte Möglichkeit zur Einflußnahme auf politische Prozesse seitens anderer gesellschaftlicher Funktionssysteme - die auf der einen Seite als schleichender Machtverlust des modernen Staates, als Rückzug in eine schwache Supervisorenrolle beklagt werden könnte - wird in Willkes Sichtweise gegenläufig begleitet von der höheren Verantwortungsbereitschaft der Beteiligten: Zuvor als Gegner interagierende gesellschaftliche Gruppen und Interessensvertreter seien als treuhänderisch vom Staat beauftragte Verhandlungspartner nicht mehr in der Lage, die eigenen Operationskosten willfährig zu externalisieren (ebd.: 130). Am Beispiel der Konzertierten Aktion (KA) lasse sich ein solcher Vorgang der Rücknahme und Selbstbeschränkung zugunsten eines gemeinsamen (Verhandlungs-)Erfolges verdeutlichen. Die Gewerkschaften verzichteten auf maximale Forderungen und akzeptierten grundsätzlich den Primat unternehmerischen Profits (ebd.: 131). Obwohl der von der Unternehmerschaft erzielte Vorteil, die Einbindung der Gewerkschaften in gesamt-ökonomische Zwänge und der damit verbundene Disziplinierungs- und Integrationseffekt, die Gewinnchancen ('pay-offs') der Gewerkschaften bei weitem überwog, und dieses Machtungleichgewicht die KA letztendlich scheitern ließ (ebd.:132), weise dieses einkommens- und wirtschaftspolitische Experiment sowohl in seinen positiven als auch in seinen negativen Entwicklungen strukturelle Vorbedingungen für neuartige gesellschaftliche Regulationsformen aus.

Die prinzipielle Bereitschaft zur Selbstbeschränkung bei den Verhandlungspartnern voraussetzend, betrachtet Willke die Veränderung der Beziehungen zwischen Staat (politisches System) und gesellschaftlichen Akteuren (z.B. aus dem Wirtschaftssystem) als komplizierten Tausch zwischen politischer Souveränität auf der einen Seite und gesellschaftlicher Integrationsbereitschaft auf der anderen. "Der Staat verzichtet auf Momente seiner Hoheitlichkeit, und er tauscht aufgrund der Mitwirkung gesellschaftlicher Akteure formale Kompetenz mit materialer Effektivität seiner Steuerungsprogramme ein. Er gewinnt zugleich Zugang zu und Beeinflussungsmöglichkeiten in traditionell staatsfreie Bereiche, weitet also seine Handlungskompetenz aus. Auf der anderen Seite verzichten zentrale gesellschaftliche Akteure auf Momente ihrer Autonomie und dulden die Mitsprache in formal staatsfreien Räumen. Sie gewinnen zugleich Zugang zu hoheitlichen Entscheidungsfeldern und weiten ihren Interessen- und Einflußbereich vom jeweiligen differenzierten Subsystem auf die gesamtgesellschaftliche Ebene aus." (ebd.: 133).

Von der schon in der (Neo-)Korporatismus-Theorie beschriebenen Verschränkung staatlicher Normsetzung mit verbandlicher Interessenvertretung, Expertise und Selbstverpflichtung hebt sich Willke auf dieser konkret-politischen Ebene nur noch durch

die geforderte Dezentrierung staatlichen Einflusses und die Aufgabe der Erwartung eines gesellschaftsweiten Konsenses ab. Da keine "selbstreflexive Erkenntnis der gesellschaftlichen Totalität" zu erwarten sei (Willke 1993: 139), und "der Verständigung selbstreferentieller Systeme kein Telos und keine Tendenz zur Übereinstimmung innelege" (ebd.: 140), könne und müsse die Abstimmung systemischer Selbstreflexion und kontextueller Interventionsversuche in prozeduralen Arrangements erfolgen, die am ehesten mit dem Modell des Strafprozesses zu vergleichen seien: Obwohl die Beteiligten deutlich divergierende Interessen verträten, zwingt die durch Interaktionsregeln restringierte Kommunikationssituation zur gemeinsamen 'Produktion' eines Ergebnisses (ebd.: 137). Somit stünden neuartige Diskursforen zwischen der Politik und den anderen Systemen vor dem doppelten Problem, daß neben der Unbestimmtheit möglicher Abstimmungsergebnisse sogar die Form der Auseinandersetzung erst noch auszuhandeln wäre und daher zumindestens auf einer prozeduralen oder formalen Ebene Konsens erzielt werden muß: "Konsens ist erforderlich als Rahmenkonsens über Grundlagen und Grenzen des Dissens, damit Dissens, immer weiter getrieben, nicht zur Auflösung des Systems führt." (Willke 1994: 225).

Diese starke Anfangsbedingung der Verhandlungsfähigkeit<sup>163</sup> kann nur eingelöst werden, wenn schon im Vorfeld jener anspruchsvollen "diskursiven Verständigung über Lösungen, welche die begrenzte Rationalität der Einzelsysteme überschreitet zugunsten einer immer wieder neu zu verhandelnden Systemrationalität" (Willke 1994: 258) nicht kompromißfähige Bereiche aus den Abstimmungsbemühungen ausgeschlossen werden. "Die Kosten der Kontingenzkontrolle sind in dem freiwilligen Verzicht auf Maximalforderungen zu sehen", während der "Nutzen der Integrationsbereitschaft [...] weniger greifbar und konkret (ist), da er sich definitionsgemäß erst in einer mittelfristigen oder gar langfristigen Verbesserung der Entwicklungsbedingungen des Gesamtsystems niederschlägt." (Willke 1983: 139). Schon im voraus zwingt sich Willke deshalb, die anspruchsvolle Idee intersystemischer Interaktion "als retikuläre Struktur intersubjektiver Kommunikation unter Gleichen" (ebd.: 134) in ihren inhaltlichen Möglichkeiten einzuschränken, da die darin implizierte Konsenserwartung seinem polyzentrischen

Gesellschaftsbild deutlich widerspricht. Er übersieht aber, daß bereits der freiwillige Verzicht auf das Einbringen antagonistischer Standpunkte, die Kontrolle eigensystemischer Kontingenz und die Beschränkung eigener Optionen eine motivational und moralisch höchst voraussetzungsreiche Vorleistung darstellt. Mit dem Hinweis darauf, daß letztlich sowohl die Gewerkschaften in der KA, die Ärzteverbände in der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen (1976-78) als auch die Mitglieder des Wissenschaftsrates zumindestens punktuell zu "integrativen Vorleistungen" fähig waren, wird die Frage nicht obsolet, ob diese Kompromißfähigkeit tatsächlich der langfristigen Selbstreflexion einzelner Systeme entsprungen, oder aber nur deshalb ausgehandelt werden konnten, weil moralischer Druck und klare ökonomische Zwänge einzelne Verbände zur (Staats-)Raison brachten. Kann es zur Einrichtung neuer gesellschaftlicher Steuerungsformen ausreichen, wenn in Verbänden durch die Einbindung in staatlich initiierte Konferenzen "ein theoretischer und in der politischen Rhetorik auch normativer Zwang zur Reflexion als Interaktionsprinzip" entsteht (Willke 1983: 134), gleichzeitig aber "Integration keineswegs Abstimmung unter Gleichen oder gleichwertige Abstimmung bedeutet oder Machtgleichheit der sich Abstimmenden impliziert" (ebd.: 136)? Reicht es aus, wenn durch politische, wirtschaftliche oder sonstige Machtressourcen Verhandlungsergebnisse forciert werden, aber gleichzeitig konfliktreiche, jedoch möglicherweise für das Operieren der Gesellschaft zentrale Themen nichtverhandelt werden dürfen? Genügt die theoretische Hypothese systemischer Steuerungsresistenz tatsächlich als Beleg dafür, daß alle anderen politischen Interventionsinstrumente diesen ungewissen Verhandlungen unterlegen sind und daher die beschriebene,

---

<sup>163</sup> Eine vorgängige Variable, die auch ohne die Annahme operational geschlossener Systeme genügend empirische Probleme zur Klärung offenließe - die Frage nämlich, in welchen Situationen und unter welchen Machtverhältnissen gesellschaftliche Kräfte zur öffentlichen Konsensbildung in der Lage sind (Korporatismus-Debatte). Ohne Bezug auf Motive, Interessen und ungleichmäßig verteilte Ressourcen kann diese Größe wohl kaum bestimmt werden.

ungleichgewichtige Koordination autonomer Akteure mehr erreichen kann als klassische, 'ineffiziente' Steuerungsversuche?<sup>164</sup>

Wenn Willke schließlich einige Hinweise auf die praktische Bedeutung der Begriffe Selbstbeschränkung und Verhandlungsbereitschaft von Akteuren (sic!) gibt, wird deutlich, wie stark die eingeforderten Koordinationsmechanismen auf bestimmte interpersonale Verhaltensstandards abzielen, die im normalen Operationsfluß zwischen den spezialisierten Funktionssystemen - gerade wenn man deren Exzentrizität und Selbstreferenz gegenüber ihrer gemeinsamen lebensweltlichen Basis hervorhebt - keineswegs selbstverständlich sind und systeminitiativ durchsetzbar erscheinen. "Die Brauchbarkeit politischer Intervention [...] ist deshalb zu erkennen an der Qualität der Verfahren, in denen politische Werte und Interessen artikuliert, aggregiert und in der Form von Interventionen an gesellschaftliche Funktionssysteme rückvermittelt werden. Eine bestimmte Form dieser Qualität kann man zum Beispiel mit Rawls «Fairneß» nennen oder mit Habermas «kommunikative Rationalität» und «postkonventionelles Einverständnishandeln»" (Willke 1994: 226). Wie diese hohen Erwartungen an die Argumentationsbereitschaft, Einsichtsfähigkeit und Konsensbereitschaft von Vertretern eigenkonditionierter Funktionssysteme eingelöst werden können, wenn erstens Verhandlungsbereitschaft und Prozeßmodus selbst nicht vorausgesetzt werden und zweitens gleichsinnige Interessen und Werte - die Willke hier höchstpersönlich ins Feld führt - schon auf der Ebene der Verhandelbarkeit von Themen unwahrscheinlich sind, kann in systemtheoretischer Semantik kaum plausibilisiert werden. Weder der Hinweis auf die mögliche Überwindung kurzfristig nutzbringender Gewinnstrategien von Einzelakteuren und Systemen durch Ausweiten des Zeithorizonts

---

<sup>164</sup> Behende drängt sich der Verdacht auf, daß Willke die Bedeutung autoritärer, machtbasierter Steuerungsimpulse entweder verkennt oder aber verschleiert: Denn wie der Vergleich von Verhandlungssystemen mit dem Strafprozeß verweisen die Machtungleichgewichte in den empirischen Beispielen auf das faktische Einwirken hierarchischer Zwänge: Im ersten Fall muß ein Richter das Verfahren durch individuelle Entscheidung zum Abschluß bringen, in den anderen Fällen müssen die schwächeren Akteure die Prämissen ihrer Verhandlungsgegner akzeptieren. Zwar verzichtet Willke klug einschränkend auf die Zielvorstellung eines argumentativen Konsenses, dennoch kennzeichnet er diese Ansätze der Koordination als einzige noch denkbare Möglichkeit zur Lösung gesellschaftlicher Probleme (vgl. etwa Willke 1992: 350f.) Somit muß er seine Vorschläge gesellschaftlicher Steuerung entweder idealistisch überlasten oder aber stillschweigend hinnehmen, daß nicht politisch geformter Mehrheitswille, sondern die Operationskriterien der *potentiell führenden* Sozialsysteme bei der Bestimmung gesellschaftlicher Entwicklungsziele ungehindert den Ton angeben (zu der pragmatisch unbestimmten Bezugnahme auf das Prinzip der potentiellen Führung vgl. Willke 1992: 65 und ders. 1993: 118f.).

und Einrechnen langfristiger Interaktionsbeziehungen (in Anlehnung an Axelrods Lösung des Kollektivgutproblems, vgl. Willke 1992: 234), welche in den Subsystemen durch einen "Kosten-Nutzen-Vergleich zwischen Maximal- und Optimal-Strategien" (ebd.: 329) eine bescheidene "Optionenpolitik" begründen könne, noch die theoretische Möglichkeit der Selbstbeschränkung von Systemen nach dem Modell des "judicial restraint" im Common Law (vgl. v.a. Willke 1992: 330f.) weist Bedingungen und motivationale Anreize dafür aus, wann und wie diese Mechanismen der Zurückhaltung tatsächlich zur Geltung kommen könnten. Wer kann garantieren, daß systemische Akteure sich an der langfristigen Kompatibilität mit Umweltsystemen orientieren, wenn doch ihr eigenes Operieren lediglich von selbstreproduktiven Sprachspielen angeleitet wird? Zwar betont Willke zu Recht, daß die einzelnen Systeme auf der Programmebene - und innerhalb ihrer komplizierten Differenzierung in Präferenz-, Inferenz- und Transferenzregeln - im hohen Maße Umweltoffenheit entwickeln können und müssen. Doch die Zentralessage der autopoietischen Systemtheorie und auch einer schwächer formulierten Theorie systemischer Selbstorganisation geht verloren, wenn man die notwendige Fähigkeit systemspezifischer Umweltanpassungen mit einer aus Eigeninteresse (also quasi automatisch) sich ausbildenden Präferenz für besonders "umweltfreundliche", d.h. andere Systeme nicht schädigende oder unterstützende Anpassungen verwechselt, ja sogar ihre teleologische Angleichung an die in polyzentrischen Gesellschaften ohnehin verlorengegangene Idee einer übergeordneten Gesamtrationalität in Aussicht stellt: Da schlicht kein einzelnes System bestimmen kann, wie die Integration der Gesellschaft rational geleistet werden kann (Willke 1992: 360), und da selbst bei Vorhandensein einer Integrationsformel ihre Akzeptanz und ihre Befolgung in autonomen Subsystemen nicht automatisch gewährleistet sein dürfte, muß eine prinzipielle Differenz zwischen einer idealen Entwicklungsoption und der realen Evolution der Subsysteme verbleiben. Systemische Fremdreferenz kann auf dieser theoretischen Basis niemals gesamtgesellschaftliche Selbstreferenz bedeuten, wenn die Selbststeuerung der Systeme prinzipiell nicht überwunden werden kann, weil sonst ein Kategorienfehler auftreten muß. Implizit muß Willke daher die Konsequenz ziehen, daß die zielgerichtete Steuerung subsystemischer Selbstveränderung nach Maßgabe einer prozeduralen Verhandlungsrationalität letztendlich bei der Konsensfähigkeit bewußter Akteure, also



Individuen oder kollektiver Akteure anzusiedeln ist<sup>165</sup>. Wie bei der richterlichen Konsultation wissenschaftlicher Experten zwingt die "prekäre Balance von Einflußmöglichkeiten" zwischen Vertretern verschiedener Teillogiken zu "professioneller Selbst-Distanz und kollegialer Empathie - denn jedes einseitige 'povern' würde das Arbeitsverhältnis für den nächsten Fall ruinieren." (Willke 1992: 331). Ohne Zweifel wäre es denkbar, daß die Selbstbeschreibungen von Funktionssystemen und ihre Reflexionstheorien eine besonders nahe Kopplung und somit eine gewisse Affinität zu (und Rücksichtnahme auf) andere Funktionssysteme vorschreiben<sup>166</sup>. Doch die höchst unwahrscheinliche Kombination, daß alle Systeme gegenüber beliebigen anderen die gleiche Aufgeschlossenheit für deren weiterhin in der Genese unverständlichen Operationen ausbilden können, widerspricht nicht nur den Prämissen der autopoietischen Systemtheorie, sondern bereits den historischen Abgrenzungs- und Autonomiebestrebungen zwischen gesellschaftlichen Sphären wie Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Wenn zusätzlich die Dezentralität der Diskurse zwischen verschiedenen Organisations- und Systemebenen Bedingungen für deren Erfolg sein soll, steht mit der Re-Integration aller dieser partiellen Verhandlungen ein neues theoretisches Problem bevor.

Aus diesem Grund bleiben Willkes Vorschläge mit dem Makel behaftet, daß alle Hinweise auf Empathie, Selbstbeschränkung, Integrationsfähigkeit, Konferenz-Regeln, Diskursmoral

---

<sup>165</sup> Als Makrotheoretiker versucht Willke natürlich weiterhin, die angedeuteten Prozesse auf überindividuellem Niveau zu verorten, so in der folgenden Beschreibung der Reflexionsvorteile staatlicher Forschungsinstitutionen: "Im Gegensatz zu Individuen haben (sie als) Organisationen erheblich wirksamere Möglichkeiten, formal disziplinierte, professionelle und routinisierte Prozesse der Reflexion aufzubauen und zeitlich zu stabilisieren, die es ihnen erleichtern, die widersprüchlichen Anforderungen genuin wissenschaftlicher Tätigkeit einerseits und der Berücksichtigung von Handlungs- und Entscheidungszusammenhängen andererseits zu überbrücken." (Willke 1992: 282).

<sup>166</sup> Wenn man wie Luhmann und Willke politisches System und Rechtssystem als autonome Einheiten begreift, müßte man ihr Verhältnis untereinander als engere strukturelle Kopplung als etwa das Verhältnis zwischen politischem System und Wirtschaftssystem beobachten - wobei die bessere Schnittstelle zwischen Politik und Recht für die schwierigere Beziehung zwischen Politik und Wirtschaft verantwortlich gemacht werden könnte. Abgesehen davon, ob diese Reformulierungen von empirisch beobachtbaren Phänomenen besonders produktiv sind, kann man sich ausmalen, wie unwahrscheinlich unter dieser Voraussetzung - einer Vielzahl zwei- oder mehrseitiger Beziehungen zwischen den Systemen und ihren zahlreichen Kombinationsmöglichkeiten - der eine Fall wird, daß jedes System zu jedem anderen einen besonders integrativen Kontakt aufbauen kann. Wieder fehlt eine gemeinsam verpflichtende Operationsgrundlage, wie das Gemeinwohl oder eine Konvergenz der Werte.

etc. im klassischen Verständnis immer auf individuelle Akteure verweisen, wenn nicht Systemen als objektiven Kommunikationszusammenhängen Bewußtsein, Absicht, Wille und Verständnis unterstellt und sie damit unzulässig reifiziert werden sollen. Wenn die prekäre Integration der Gesellschaft durch eine bisher nur in Ansätzen aufscheinende, also ebenfalls noch zu bewerkstelligende Integration der Systeme in emergenten Verhandlungsstrukturen gefordert wird, entsteht das Paradox, daß Integration nur möglich ist, wenn Integration bereits erreicht ist - denn die Anreize und Bedingungen für den Erfolg von Verhandlungssystemen werden nicht empirisch spezifiziert. Willke versäumt es, ein funktionales Äquivalent für die Strafprozeßordnung und die Strafgesetze aus dem Modellfall des Strafprozesses auf die dezentralen Verhandlungssysteme zu übertragen oder wenigstens nach den Bedingungen der Möglichkeit seiner Erzeugung zu fahnden - so daß die anspruchsvollen moralischen Grundlagen der neuen Abstimmungsformen im Dunklen bleiben oder aber doch unausgesprochen im "gesunden Menschenverstand" und der Vernunftbegabtheit einzelner Individuen verortet werden.

Indirekt führt diese Lücke zwischen Abstimmungserfordernis und Abstimmungsbereitschaft zu der metatheoretischen Frage, ob Willkes Entwurf neuer Steuerungsformen und die damit verbundene Nähe zur Korporatismusdebatte tatsächlich als Eigenleistung systemtheoretischer Gesellschaftsanalyse darstellt. Nimmt man die angedeuteten Anomalien der systemtheoretischen Propagierung diskursiver Arrangements ernst, melden sich nämlich Zweifel an, ob das Paradigma selbstrefrentieller Systeme tatsächlich die pragmatische Schlußfolgerung begründen kann, daß Gesellschaftssteuerung überhaupt und wenn dann nur über reflexive Optionenpolitik, kontextuelle Intervention und intersystemische Kommunikationsbeziehungen möglich ist. Andersherum könnte man vermuten, daß Willke damit beschäftigt ist, die empirische Beobachtung von Verhandlungssystemen und ihre positive normative Bewertung durch systemtheoretische Semantik nachholend zu beschreiben und theoretisch zu adeln. Als Versuch der "Immunisierung" des autopoietischen Paradigmas in Hinblick auf empirische Koordinationsbemühen einerseits und als zeit(geist)gemäße Verquickung systemtheoretischen Slangs mit politischen und theoretischen Ideen diskursiver Verständigung andererseits, droht Willkes Arbeit allerdings Kritik aus wissenschaftstheoretischer, theorieschulenbezogener und politisch-wertbezogener Perspektive zugleich.

### **5.3 Die neue Bescheidenheit des Rechtssystems: Reflexives Recht als Relationierungsprogramm**

Die vorangegangenen Ausführungen zur Möglichkeit und Notwendigkeit intersystemischer Integrationsbemühungen haben u.a. die Frage nach den formellen Grundlagen und der prozeduralen Regelung der Kontextsteuerung und diskursiven Verständigung offengelassen. Ohne daß Willke in seinen neueren Arbeiten detailliertere Hinweise auf die mögliche inhaltliche Gestaltung des Rechtes oder auf die Veränderung der Recht produzierenden Entscheidungsstrukturen zur Einlösung der neuen Steuerungsmodelle gibt, können seine in Zusammenarbeit mit Günter Teubner entwickelten Vorstellungen über "reflexives Recht" zumindestens dem Anspruch nach genau hier mit den übrigen Bestandteilen seiner Staats- und Politiktheorie zusammengeführt werden. So unterstellen die Autoren, daß der Anstoß zu und die verbindliche Regelung von systemischen Selbsttransformationen, staatlichen Supervisionsbemühungen und gesellschaftlichen Integrationsversuchen allgemein durch gewisse Transformationen im Rechtssystem und eine neue Qualität von Rechtsvorschriften gestützt werden oder zumindestens begleitet werden könnten (oder in offen normativer Formulierung: daß Recht diese Funktion übernehmen sollte!). "Recht könnte als Medium verstanden werden, welches die Widersprüche zwischen differenzierten Teilsystemen in einer bestimmten Weise strukturiert, nämlich auf Differenzbegriffe bringt, die im Hinblick auf die Einheit der Differenz, das heißt: Gesellschaft, produktive Intersystembeziehungen fördern." (Willke 1992: 204).

Dieser Versuch der Funktionalisierung des Rechts für Zwecke supervisorischer Gesellschaftsteuerung erfordert deshalb besondere kritische Aufmerksamkeit, weil die Systematisierung und Positivierung des Rechts in der Theorieperspektive Luhmanns nicht nur auf die zunehmende Gestaltungsfreiheit und auf den prinzipiellen Setzungscharakter von Rechtsnormen verweist, sondern als Abkopplung des Rechtssystems von anderen Systemen verstanden und schließlich als autopoietische Geschlossenheit des Rechts interpretiert wird (Teubner/Willke 1984: 20). Da die innere Strenge des internen Verweisungszusammenhangs des Rechts die Ereignisse in der Rechtsumwelt nicht angemessen wiedergeben kann, muß klassisches Recht entweder an der Komplexität des Regelungsgegenstandes, z.B. bei der Kontrolle wissenschaftlicher Entwicklungen, scheitern, oder es sieht sich der Gefahr politischer Indienstnahme ausgesetzt, deren Effekte rechtlich inakzeptabel sein können (Bsp. Verfassungsklage). Folglich betont Willke noch

1983, "daß nach der Positivierung des Rechts ein weiterer Umbau des Rechtsmechanismus auf eine erhöhte Komplexitätsverarbeitungskapazität nicht mehr möglich sei" (Willke 1982: 54), da seine binäre Codierung und Eigenlogik, deren Konstruktionslogik in der "Selektivität möglicher inputs und in der Reduktion der Folgenberücksichtigung auf das nur fallspezifisch Relevante" (Willke 1982: 60) liege, gezielte Anstöße für andere Teilsysteme ausschließe.

Wie schon im Falle der Politik, die zwischen abnehmender Steuerungskapazität und erweitertem Regulierungsbedarf mit ihren traditionellen Verfahren und Instrumenten überfordert ist, drohe dem Recht ein ähnliches Dilemma, nämlich die Polarisierung zwischen formalem und materialisiertem Recht (Teubner/Willke 1984: 20-23). Diese Unterscheidung entspricht in etwa der Differenz zwischen Konditional- und Zweckprogramm, den zwei bisher dominanten "Makro-Formen" des Rechts. Konditionalprogramme sind Vorschriften, die auf einen klar spezifizierten Ursache-Wirkungszusammenhang abstellen und die in vorgegebener Weise einen Anlaß, meist einen Regelverstoß, mit einer unveränderlichen Reaktion, meist einer Strafe oder Wiedergutmachungsforderung, beantworten (Willke 1983: 54, 62 & ders. 1992: 177f.). Sie beziehen sich nur auf singuläre Verfehlungen oder regeln Einzelfälle, schließen in ihrer formalen Strenge allgemeine politische Zielbestimmungen aus. Zweckprogramme hingegen definieren politische Planungsziele und eine Menge der zu ihrer Verwirklichung legalen Mittel. Das Zweckprogramm soll einen komplexeren Problemzusammenhang rechtlich operabel machen und gleicht daher dem "erfolgsgesteuertem, instrumentellem Handeln. Ein legislativ vorgegebenes Ziel (oder Zielbündel) wird mit Hilfe variabel eingesetzter Mittel verfolgt, wobei die Erfolgskontrolle rudimentäre Lernfähigkeiten in Form einfacher Rückkopplungsschleifen voraussetzt." (Willke 1992: 179). Während formale Rechtsrationalität sich darauf beschränkt(e), abstrakte Handlungssphären und die zugehörigen Grenzen der Wahrnehmung subjektiver Rechte zu definieren, den Akteuren (hier: selbstorganisierende Kräfte der Marktgesellschaft) aber sonst keine inhaltlichen Vorgaben macht(e) (ebd.: 20f.), wird materialisiertes Recht von Zwecken überlagert, die den "Fokus des Rechts von Autonomie auf Regulierung" (ebd.: 22) umstellen, und tendiert deshalb dazu, "ergebnisorientiert bestimmtes Verhalten" vorzuschreiben (ebd.).

Wie diese Formulierung schon andeutet, muß ein autopoietischer Systemtheoretiker gegenüber politischen und moralischen Instrumentalisierungen des Rechts Skepsis anmelden: "Es kann sein, daß ab einer bestimmten Schwelle (der Berücksichtigung gesellschaftlicher Rechtsfolgen, M.S.) der innere Verweisungszusammenhang von Recht

auf Recht so verdünnt wird, daß er zur Aufrechterhaltung von Selbstreproduktion nicht mehr ausreicht." (ebd.: 23). Gesellschaftsverändernde Zweckprogramme kämpfen wie die Interventionen des Wohlfahrtsstaates, der durch geldbasierte Interventionen Tendenzen einer "rent-seeking society" verstärkt, mit dem Problem unintendierter Folgen, der Intransparenz der Regelungsadressaten und der Gefahr der Verletzung von Autonomiespielräumen bzw. der Vernichtung eigenwüchsiger gesellschaftlicher Komplexität. Wird aber die Absicht des materialisierten Rechts, zielgerichtet auf gesellschaftliche Strukturen einzuwirken, beibehalten, muß auch das Recht Interventionsformen entwickeln, die nicht "an der sperrigen Struktur" geschlossener Systeme (ebd.) scheitern müssen. Theoretisch gesehen muß Willke, wenn er die interventive Absicht von Zweckprogrammen unterstützen will, zentrale Einlassungen Luhmanns revidieren und außerdem den Weber'schen Hinweis auf die antiformalen Inhalte von Zweckprogrammen berücksichtigen (vgl. Willke 1992: 178, Fn. 137).

Es muß also eine wesentliche Veränderung in der Qualität der Rechtsnormen und im Verhältnis zwischen Recht und Gesellschaft angenommen oder für möglich befunden werden, die es Teubner und Willke erlaubt, dem Recht sein gesellschaftliches Steuerungspotential zurückzugeben: "Als Funktion des Rechts kann formuliert werden, daß es für die Gesellschaft normative Strukturen in Form von kongruent generalisierbaren Erwartungen bereitstellt. Die Leistungen des Rechtssystems hingegen bestehen darin, Konflikte zu regulieren, die in anderen sozialen Systemen als nicht mehr mit systemeigenen Mitteln lösbar erscheinen." (Teubner/Willke 1984: 28). Diese doppelte Integrationskapazität des Rechts ist angesichts einer Vielzahl selbstreferentieller Funktionssysteme und des Fehlens einer zentralen gesellschaftlichen Zielbestimmung im Rahmen der autopoietischen Systemtheorie ohnehin schwer erklärbar. Wenn das Recht "heute angesichts hochkomplexer Konflikt- und Risikolagen" zusätzlich "voraussetzungsvollen Formen reflexiver und reflektierter Kommunikation, geprägt von hoher Lernfähigkeit, Strukturflexibilität und kontinuierlicher Metakommunikation über intersystemische Abstimmung" (Willke 1992: 179) genügen und dabei die Prämisse erfüllen soll, "die Veränderung der Teile auf das Niveau der Veränderung des Ganzen zu verpflichten" (Willke 1987a: 24), belastet Willke das systemtheoretische Konzept einer inhaltlich unbestimmten Integration auf irgendeine Weise ("order von noise") zusätzlich mit dem auf dieser Theoriegrundlage für unmöglich gehaltenen Erfordernis der Definition und Durchsetzung verbindlicher gesellschaftlicher Ziele. Die Aporie zwischen innersystemischer Präferenzbildung und rechtlicher Normdefinition kann nur vermieden

werden, wenn sich die neu- oder wiedergewonnene integrative Rechtsfunktion nicht auf der Ebene konkret-inhaltlicher Rechtsvorschriften bewegt und außerdem auf neuen Mechanismen der Normentstehung basiert. Ähnlich wie die geforderte beschränkte Wahrnehmung erweiterter Staatsaufgaben, ist eine rechtlich regulierte - Regulierung und Deregulierung miteinander verknüpfende - Selbstregulierung der gesellschaftlichen Teilsysteme nur dann nachvollziehbar, wenn eine qualitative Wandlung der Rechtsinhalte und Rechtsverfahren bei gleichzeitig verstärkter Rechts-Resonanz bzw. Integrationsbereitschaft der Teilsysteme unterstellt oder gefordert wird.<sup>167</sup> Zur "Herstellung prozeduraler Legitimität"<sup>168</sup> könne das Rechtssystem "Normierungen für Verfassungen, Verfahren, Organisation und Kompetenzen entwickeln, die andere Sozialsysteme als Voraussetzung demokratischer Selbst-Organisation und Selbst-Regulierung benötigen." (Teubner/Willke 1984: 29). Auf der Grundlage der Limitierung des eigenen autoritären Anspruchs müsse das Recht an die "opportunity structures" der adressierten Sozialsysteme anschließen und so die "strukturellen Voraussetzungen für Reflexionsprozesse in anderen Sozialsystemen" (ebd.: 30) schaffen. Da das Autorenteam nicht genauer ausführt, wie Gesetze und Verordnungen eine "subsystemspezifische Fassung der allgemeinen Diskurstheorie" (ebd.) darstellen können, muß der Schwerpunkt der angekündigten Neuerungen durch "reflexives Recht" im veränderten Selbstverständnis des Rechts und in der geringeren Regelungsabsicht der Vorschriften verortet werden.

Vorgaben für "strukturelle Voraussetzungen selbstregulatorischer Prozesse in anderen Sozialzusammenhängen" (ebd.) soll eine neue Form rechtlicher Kommunikation enthalten, welche die Simplität des Konditionalprogramms und die Selbstblockierungstendenz des Zweckprogramms überwinden soll: das Relationierungsprogramm. Diese neue Makro-Form des Rechts, deren Umrise in Verhandlungssystemen wie der Konzertierte Aktion, in österreichischen und skandinavischen Formen der Sozialpartnerschaft, in schweizerischen Gremien des „Vernehmlassens-Verfahrens“, im Wissenschaftsrat sowie in regionalen und

---

<sup>167</sup> Der berühmte Sprung von Quantität in Qualität (Marx), der in Willkes Ablehnung des "Mehr von demselben" gleichzeitig bei der Frage nach Macht, politischen Interventionen und rechtlichen Regelungen auszumachen ist, bezeichnet eine potentielle gesellschaftliche Transformation, deren Träger und Gegner sowie die sie ermöglichenden Bedingungen erneut nicht bezeichnet werden.

<sup>168</sup> Legitimität verwendet Willke heute (1992) zur Kennzeichnung der Eigenleistung des politischen Systems. Die nicht weniger schlüssige Verwendung dieses Begriffes in Rechtskontexten läßt die strikte Trennung zwischen Recht und Politik als eigenständige Systeme prekär werden oder könnte die Annahme einer systemunabhängigen Ebene allgemeinen gesellschaftlichen Diskurses erfordern.

kommunalen Formen des diskursiven Aushandelns legislativ vorgegebener Entwicklungsmuster sich bereits abzeichneten (Willke 1992: 180), zielen nicht darauf ab, "klare, aber irrelevante Kausalitäten zu finden oder zu bestimmen, sondern [... darauf], die relationale Struktur eines Wirkungsgefüges ausfindig zu machen und in seinen sensitiven Entscheidungspunkten und -prozessen zu beeinflussen." (Willke 1982: 65) In einer Melange aus skeptischer Funktionsanalyse und appellativer Diskursorientierung weist Willke dem Recht die untypische Aufgabe zu, als "invited intruder" katalytisch Prozesse der Selbständerung zu begleiten und diese "in Verfahren und Formen kontrollierter Strukturänderungen zu bringen." (Willke 1987a: 20f.). An die Stelle formaler Freiheitsbeschränkungen und materialer Zielvorgaben träten nun prozedurale Muster und reflexive Prinzipien, die lediglich als Rahmenordnung neuer Abstimmungsbeziehungen zwischen den Funktionssystemen fungieren. Reflexiv ist das Relationierungsprogramm deshalb, weil die "inneren Modelle des Rechts von seiner Umwelt" (Teubner/Willke 1984: 20) die basale Zirkularität der anderen Teilsysteme, ihren Autonomieanspruch und ihre funktionale Problemlösungskapazität anerkennen und sich deshalb "aus der vollen Verantwortung für konkrete soziale Ergebnisse zugunsten einer abstrakteren Steuerung" (ebd.: 23) zurückziehen. Dieser Umorientierung der theoretischen Selbstbeschreibung des Rechts - bezogen auf seine Normrationalität - entspricht die Veränderung der Rechtsinhalte von starren Zweck-Mittel-Programmen zu prozeduralen Mechanismen. Nicht eine einzelne Verhaltensvorschrift oder ein klares Handlungsziel stehen mehr im Vordergrund der rechtlichen Semantik, sondern die "Entscheidung über Entscheidungsprämissen" bzw. "reflexive Mechanismen, die anstelle einer inhaltlichen Entscheidung selbst nur über die organisationalen und prozeduralen Entscheidungsprämissen entscheiden" (ebd.: 24). Der neue Prozeduralismus des Rechts verlagert seine Aktivität auf die "Definition rechtlicher Strukturprämissen für eine dezentrale Integration der Gesellschaft." (Willke 1987a: 24) und versucht, subsystemische Veränderungsoptionen durch die rechtliche Vorgabe relationaler Beziehungsmuster zu kanalisieren (1987a: 21f.), in denen die fallweise Abarbeitung und Kompatibilisierung inkongruenter Erwartungen (ebd.: 23) geleistet werden könne. Indem das Recht nicht mehr versucht, eindeutige Strukturvorgaben für die interne Organisation der Funktionssysteme zu machen, sondern sich mit dem Relationierungsprogramm ausschließlich auf die Regelung der Intersystembeziehungen konzentriert (ebd., ders. 1992: 207), schreibt es nur noch die Modi vor, in denen gesellschaftliche Differenzen prozedural verarbeitet werden. Diese auf der Beziehungsebene angesiedelte Steuerungsfunktion rechtlicher Relationierungsprogramme habe eine materiale Entlastung der

Normenproduktion zu Folge: Da prozedurale Regeln die Beteiligung und Selbstverantwortung systemischer Akteure erfordern, seien sie nicht mehr angewiesen auf die Individualisierbarkeit des zu regelnden Problems (Willke 1992: 181), desweiteren biete der Rückzug von detaillierten Handlungsvorschriften die ständige Möglichkeit der Zielrevison (ebd.: 179). In einer allgemeineren Definition des Relationierungsprogramms als neue Form gesellschaftlicher Steuerung bescheinigt ihm Willke weitere Vorteile: Da der Staat als alleinverantwortliche Steuerungsinstanz zurücktrete, ermögliche er die Partizipation mehrerer zwecksetzender Instanzen (Einzelakteure, Organisationen, Systeme), das Einbeziehen und Nutzen mehrerer Steuerungsmedien, die Beteiligung mehrerer Handlungsebenen (Willke 1982: 67), sowie die Berücksichtigung unterschiedlicher Zeitperspektiven und pluraler Wahrheiten (ebd.: 68).

Sieht man einmal von der Unbestimmtheit der generalistischen Veränderungsforderungen und -vorhersagen ab, mit denen Willke das Recht (aber eben nicht nur das Recht!) überzieht, so drängen sich dennoch einige immanente Unschlüssigkeiten auf, die das Verhältnis der zugeschriebenen Rechtskapazitäten zur gesellschaftstheoretischen Basis betreffen. Erstens implizieren Willkes Beschreibungen einer neuen, entmaterialisierten, aber gleichzeitig nicht re-formalisierten, sondern mit Ansprüchen beladenen prozeduralen Rechtsform grundlegende Veränderungen der Funktion und Qualität rechtlicher Operationen, die m.E. einem Verlust genuiner Rechtseigenschaften nahekommen. Die Aufgabe des Rechts, Erwartungen durch verbindliche Rechtsnormen zu stabilisieren, geht in einer gesellschaftlichen Idealprojektion verloren, die das Recht in Regeln des diskursiven Austauschs zwischen autonomen Systemen auflöst<sup>169</sup>. Kann das Recht nur dann wirksam werden, wenn andere Systeme seine Beschreibungs- und Strukturleistung anfordern, und kann es nur soweit wirken, daß es eine Orientierung der Selbstbeschreibungen der Systeme auf das Ganze und auf Formen der Konfliktaustragung anbieten kann, bleibt

---

<sup>169</sup> Von Auflösung des Rechts (natürlich nur in Belangen gesellschaftlicher Steuerung) zu reden, ist deshalb angebracht, weil Willke mit dem Postulat einer veränderten Staatsform und der Erschöpfung ihrer bisherigen Steuerungsressourcen durchaus generelle Zweifel an der Kapazität des Rechts anmeldet: "[...] es läßt sich nicht mehr übersehen, daß die Ineinssetzung von Recht und Staat im Rechtsstaat aufgelöst werden muß, wenn der Staat als Steuerungszentrum hochkomplexer Gesellschaften überleben will. [...] die Kontrastierung mit den beiden Hauptformen der juristischen Programmierung soll deutlich machen, daß das Relationierungsprogramm nicht auf Oberflächenkorrekturen oder Randprobleme zugeschnitten ist, sondern die eigentliche Rationalität des Staates trifft: die Rationalität rechtlicher codierter Macht." (Willke 1982: 65)



seine Eindeutigkeit und Verbindlichkeit auf der Strecke<sup>170</sup>. Wichtiger als diese womöglich statische Mißinterpretation der Systemtheorie ist der Hinweis, daß die Anpassung der Rechtsformen an die Metamorphosen staatlicher Aktivität, also die Isomorphie der Rechtsentwicklung mit der politischen Selbständerung, entweder die systemische Trennung zwischen Rechtssystem und politischem System zur Disposition stellt oder aber einen externen Impuls für die gleichsinnige Koevolution der beiden Systeme unterstellen muß. Wenn Relationierungsprogramme als "Form der prozeduralen Steuerung, in welcher das politische System, als ein Teilsystem der Gesellschaft neben anderen, relevante gesellschaftliche Akteure in Verfahren der Programmformulierung, Entscheidungsfindung und Implementierung einbindet" (Willke 1992: 181) definiert werden, haben wir es entweder mit einer gesamtgesellschaftlich wirksamen und produzierten Interaktionsform zu tun oder es darf ein hierarchisch steuernder Impuls von der Politik auf das Recht angenommen werden.<sup>171</sup>

Neben den Schwierigkeiten einer systemtheoretisch notwendigen Grenzerhaltung und basalen Unbeeinflußbarkeit des Rechts durch die steigende Kompetenzkonkurrenz anderer Systeme sowie seine zweifelhaften reflexiven und rechtstheoretischen Kapazitäten belastet eine dritte Unschlüssigkeit die Konstruktion des "reflexiven Rechts" von Teubner und Willke. Sie betrifft das Verhältnis zwischen steuernden Rechtsansprüchen und der Widerständigkeit adressierter Funktionssysteme. Zweifelhaft ist nämlich, ob die Verlagerung der Rechtsansprüche auf die Ordnung und Verfassung von Abstimmungsprozessen in Relationierungsprogrammen auf ihrer Ebene nicht genauso direktiv und interventiv wirken würden wie materiale Rechtsvorschriften. Der Zwang zu diskursiven Prozessen und die verpflichtende Einführung reflexiver Instanzen z.B. in der

---

<sup>170</sup> Willkes antizipierte Erwiderung, wonach eine soziologische Perspektive, die Recht als kontingentes Mittel sozialer Steuerung betrachte, nicht auf der Unveränderlichkeit der formalen Rationalität des Rechts beharren dürfe (Willke 1982: 66 und ders. 1992: 178, Fn 173), wirkt zwar schlüssig. Sie läßt aber die Frage offen, wie die Selbstreproduktivität und Autonomie des Rechts noch verstanden werden kann, wenn gesamtgesellschaftliche Steuerungsimperative die Aufgabe seines genuinen Anspruchs der verbindlichen und kodifizierten Normsetzung zur Disposition stellen können. Wenn nicht der evolutionäre Zufall die Umorientierung des Rechts erklären soll, - was deshalb fraglich wäre, weil es um Steuerungsabsichten - oder Erfordernisse geht - muß man fragen, welche übergeordneten Kräfte diese Limitierung des Rechts einleiten und welche Rolle eine als nicht übergeordnet gedachte Politik dabei spielt?

<sup>171</sup> Wie es Handlungstheorien mit dem Rekurs auf Individuen, Diskurstheorien mit dem Hinweis auf übergeordnete Geltungsansprüche und der Alltagsverstand ohnehin nahelegen.

Form von runden Tischen zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Staat (KA) könnte in der Wirtschaft zu ähnlicher Ablehnung wegen Zeit- und Kostenüberlastung führen wie zentral verordnete Abgaben und bürokratisch festgesetzte Arbeitsschutzvorschriften. Solange die rechtlichen Relationierungen auch im Konfliktfall Geltung beanspruchen können, bleibt ihnen die Kompetenz und Problematik allen Rechts zu eigen: sich ohne oder sogar gegen die Berücksichtigung der Logiken und Operationen der anderen Funktionssysteme Befolgung zu sichern. Gerade weil Teubner und Willke es wagen, die Reflexivierung und Prozeduralisierung des Rechts mit Tendenzen der Diskursivierung und Demokratisierung inter- und intra-systemischer Operationen in Verbindung zu bringen, handeln sie sich unweigerlich Probleme der Legitimation und Implementation solcher Institutionen ein. "Es ist eher Habermas' Konzept einer Demokratisierung gesellschaftlicher Teilsysteme, das mit seiner Betonung prozeduraler Legitimation die Richtung angeben kann, auf die sich reflexives Recht hinentwickeln mag." (Teubner/Willke 1984: 29).

Setzt man diesen Maßstab partizipatorischer Umgestaltung der Gesellschaft, nimmt sich die Forderung an das Rechtssystem, "demokratische selbstregulatorische Mechanismen zu installieren, zu korrigieren und zu redefinieren" (ebd.), weit weniger bescheiden aus, als dies die Formel der Selbstbeschränkung reflexiven Rechtes glauben machen will. Es könnte eine folgenreiche Verwechslung sein, wenn die Mitbestimmungsansprüche der Funktionssysteme mit der Einführung demokratischer Elemente im Inneren dieser Systeme gleichgesetzt werden<sup>172</sup>. Erstens ist ohnehin kaum nachvollziehbar, wie rein zeitgebundene Operationen der Reproduktion systemischer Differenzen "demokratisiert" werden können, da sie nicht mit konkreten Machtbeziehungen, Organisationsstrukturen und Rollengefügen gleichgesetzt werden dürfen und eher auf einer kognitiven, symbolischen Ebene anzusiedeln sind. Zweitens kann selbst dann, wenn man systemische Kommunikationen auf der Programmebene sowie zugehörige Organisationen und Interaktionen fokussiert, nicht davon ausgegangen werden, daß die größere Öffnung von Entscheidungsmechanismen und Positionsgefügen in jedem Fall funktional sinnvoll ist und bessere Leistungen erzielen hilft. Zwar wird heute davon ausgegangen, daß es für die Wirtschaft selbst langfristig rational ist, wenn sie die Zufriedenheit und Kaufkraft ihrer

---

<sup>172</sup> Eine ähnliche paradoxe Konstruktion findet sich bei der Explikation des Begriffes der "verfassten Gesellschaft". Auch hier sollen zwei möglicherweise - unter autopoietischen Prämissen aber sehr wahrscheinlich - gegenläufige Tendenzen, die der Konstitutionalisierung der Funktionssysteme und die Konstitutionalisierung ihrer Beziehungen untereinander - miteinander verknüpft werden.

Arbeitnehmer stärkt und deshalb in Form von Hierarchieverflachungen, betrieblichem Vorschlagswesen, neuen Mitbestimmungsformen, Sonderprämien etc. Maßnahmen durchführt, die in der kurzfristigen Bilanz- oder Budgetplanung nicht profitträchtig erscheinen. Auch soll die preisliche, marketingbezogene und managerielle Beachtung und Förderung des Ökologiegedankens langfristig zu einem volkswirtschaftlichen Gleichgewicht und zum Erfolgsvorsprung von Industrie und Handel in der Gesellschaft und auf dem Weltmarkt führen. In den Bereichen Wissenschaft und Verwaltung bieten sich ebenfalls Kreativität, Demokratie und Partizipation - ehemals als Belastungen und Hindernisse funktionierender Organisationen aufgefaßt - an, um Effizienz und Akzeptanz zu stärken. Diese modernen Selbstbeschreibungen und -reflexionen stellen aber trotzdem nur eine Möglichkeit der Neuorientierung systemischer Kalküle an Umweltbedingungen dar; ihre Resonanzfähigkeit (Durchsetzbarkeit und Nachhaltigkeit) in den selbstreferentiellen Verweisungszusammenhängen ist nicht a-priori abschätzbar. Eine wie immer abgeschwächte Hypothese der Autopoiesis der Subsysteme hingegen postuliert, daß noch so intensiv von außen auftreffende gesellschaftliche Moral- oder Vernunftretorik mit der Selbstkonstitution systemischer Regeln und Codes nicht übereinstimmen muß und im Extremfall sogar ignoriert werden kann. Sowohl für die Wirtschaft als auch für die Wissenschaft kann man leicht eine Grenze der Demokratisierung und externen Folgenberücksichtigung vermuten, an deren Stelle weitere Diskussionen um bessere Produkte oder praxistauglichere Erkenntnisse sinnlos wären, da sie den systeminternen Zwang, Zahlungen in Gang zu halten oder Erkenntnisse zu produzieren, hemmen oder unterdrücken würden. Hinzu kommt der fundamentale Einwand, daß die faktische politische und gesellschaftliche Mitentscheidungskraft der Subsysteme, welche Willke durch die Politik und das Recht institutionalisiert und gefördert sehen will, gerade deshalb besteht und größere Berücksichtigung einfordert, weil sie mit den allgemeinen, voraussetzungslosen und gleichen Beteiligungsrechten der Politik und mit der starren und formalen Operationsform des Rechts nicht kompatibel ist. In diesem Fall würde die systemtheoretische Betrachtungsweise tatsächlich die Lesart Luhmanns erfordern, wonach funktionale Differenzierung nicht re-integriert werden kann und muß, weil sie nicht als normative Entscheidung oder politisches Problem verstanden werden kann, sondern ein nicht auflösbares Prinzip der Moderne darstellt.

An diesen Widerspruch angeschlossen ist die Vermutung, daß die Realisierung neuer prozeduraler Arrangements im und vor allem (der selbstreferentiellen Prämisse folgend) durch das Rechtssystem das zuvor als ignorant (=formalistisch) oder für

Wirkungszusammenhänge blind (=material) gescholtene Recht überfordern muß. Da für die gezielte Beeinflussung der Interaktionsbeziehungen systemischer "black boxes" valide Modellannahmen über das Funktionieren der Gesellschaft unentbehrlich sind (Willke 1992: 200f.), das Recht seine kognitiven Fähigkeiten deshalb steigern muß und sogar die Bildung angemessener Fremdbeschreibungen in den Funktionssystemen fördern soll (ebd.: 204), ist die Forderung Willkes, wonach "Recht geradezu an der Spitze des Erkenntnisfortschrittes marschieren [...] und materiale Gesellschaftstheorie werden" (ebd.: 206) muß, verständlich. Ob sie allerdings eine realistische Annahme darstellt, wenn man den formalistischen Charakter des Rechts berücksichtigt, und - noch wichtiger! - ob diese Forderung mit der systemtheoretischen Differenzierung zwischen Wissenschaft und Recht in Einklang zu bringen ist, muß bezweifelt werden. Zusätzlich ist kaum einsichtig, wie eine Vorwegnahme und Simulation rechtlicher Wirkungen möglich (Willke 1987a: 24 und ders.: 1992: 200f.) sein kann, wenn der Impetus einer systemtheoretischen Steuerungstheorie gerade in der Annahme liegt, daß direkte, gezielte Interventionen aufgrund der Intransparenz der Systeme und der Unzurechenbarkeit von Wirkungen auf einzelne Kausalitäten in der Regel zum Scheitern verursacht sei.

Für das Problem reflexiven Rechts bedeutet dies konkret, daß Willke (und Teubner) eine Verknüpfung der Ent-Materialisierung und Selbstlimitierung des Rechts mit Demokratisierungsansprüchen und Verhandlungsrationalität nur vorschlagen können, indem sie den geforderten Abschied von der Zentralität und Weisungskompetenz des Rechts (und der Politik) bei gleichzeitiger theoretischer Inanspruchnahme seiner normativen Verbindlichkeit und seiner operativen "Schiedsrichterfunktion" zelebrieren. Daher muß man mit Luhmann befürchten, daß diese Konstruktion sowohl theoretisch als auch empirisch mit einem Paradox zu kämpfen hat: "Könnte man die Reflexion auf 'reflexives Recht' so weit treiben, daß das Recht überlegt und in Rechtsform entscheidet, ob es in die Entscheidung eingreifen will oder nicht, mit der potentielle Rechtsbenutzer entscheiden, ob sie Recht benutzen wollen oder nicht? Wäre das nicht zwangsläufig eine von jenen paradoxen Kommunikationen, mit denen die gute Absicht beteuert und das Gegenteil bewirkt wird? Wenn die Benutzer schon 'reflexives Recht' praktizieren, indem sie überlegen, ob es sich lohnt oder nicht, sich kommunikativ aufs Recht zu beziehen, kann Recht nicht selbst darauf wieder reagieren, es sei denn in expliziter Paradoxie." (Luhmann 1985: 13)

Zusätzlich unterstellen Teubner und Willke (unbemerkt?) eine Parallelität zwischen Rechtsformen und politischen Supervisionsprozessen, die eine Aufhebung der System-

grenzen von Recht und Politik in dritten Instanzen oder aber eine höhergeordnete Erzeugung und Durchsetzung gesellschaftlichen Konsenses nahelegt. Sie deutet soziale Prozesse an, die wohl besser mit den Begriffen einer auf Verständigung und universelle Geltungsansprüche abhebenden Diskurstheorie oder mit einer kulturelle und politische Steuerung prinzipiell als möglich voraussetzenden voluntaristischen Handlungstheorie zu beschreiben wären. Auf der Basis der von Willke modifizierten Luhmann'schen Theoriegrundlagen bleiben die Bedingungen der Möglichkeit oder die praktischen Anreize für eine paßgenaue und normativ wünschbare Weiterentwicklung von Recht und Politik sowie der anderen Systemen unexpliziert. "Das Postulat des reflexiven Rechts gibt sich als ein Programm der Kombination von Selbstreflexion des Rechts und Reflexion der Selbstreflexion anderer autopoietischer Systeme. Die Kombination wird dabei entweder praktisch als Sache des Aushandelns betrachtet, also als Sache eines 'dritten Systems' der Verhandlung, das aber nicht logisch mächtiger und komplexer sein kann als die an ihm beteiligten Systeme;<sup>173</sup> oder sie muß als eine Art co-evolutiver Adaption begriffen werden. [...] Es bleibt jedoch die Frage, wie die beteiligten Systeme und wie speziell das Rechtssystem die damit auf sie zukommenden Reflexionslasten bewältigen." (Luhmann 1985: 17f.). Eine kritische Würdigung der Theoriebildung Willkes müßte also zur Kenntnis nehmen, wie die Spannung zwischen betonter Selbstreferenz und postulierter Steuerungsmöglichkeit der Systeme letztlich auch eine Spannung zwischen verschiedenen gesellschaftstheoretischen Strömungen ausdrückt, die nicht nur Willkes Rechtsprogramm "belastet durch die Absicht, damit eine Synthese von Theorien der 'kritisch-emanzipativen' Richtung mit Vorstellungen über 'responsive Dogmatik' und mit soziologischen Analysen des Rechtssystems herbeizuführen." (ebd.: 2), sondern darüberhinaus die generellere Frage stellt, ob Willkes Syntheseversuch systemtheoretischer Grundlagen mit zahllosen anderen Theoriestücken (Diskurstheorie, Organisationsmodelle, Therapie, Neo-Korporatismus) das Gute aus dem Vielen zusammenführt oder aber das Gute im Vielen verloren gehen läßt und daher eher den synthetisierten Elementen oder einem anderen Synthesemodell der Vorzug zu geben wäre.

---

<sup>173</sup> Anstelle der Fußnote 40 im Originaltext Luhmanns hier die Anmerkung, daß Willkes Konzeption von Verhandlungssystemen als emergente Institutionen offensichtlich doch von einer Superiorität dieser Zentren des Diskurses ausgeht, da er in ihnen den Sachverstand aller Systeme eingebracht sieht und von einer neuen Stufe der Emergenz zur Re-Integration der Teilsysteme spricht (vgl. 5.2).

#### **5.4 Comte'sche Dreischritte oder moderne Systemethik? Diagnostizierte oder geforderte Veränderung gesellschaftlicher Kommunikationsformen in der differenzierten Gesellschaft.**

Die von Willke behaupteten und teilweise recht emphatisch eingeforderten Veränderungen der Selbstbeschreibungen und transferentiellen Mechanismen der gesellschaftlichen Teilsysteme, vor allem aber der Politik, erwecken den Eindruck, die differenzierte und sich dezentral weiter differenzierende Gesellschaft bewege sich auf ein höheres Evolutionsniveau hin, das die Re-Integration der differenzierten Teile gerade auf der Basis ihrer „individuellen“ Autonomie erlaube. Dieser Fortschritt in der Evolution gesellschaftlicher Teilsysteme erlaubt es Willke sogar, den Übergang von der funktionalen zur „organisierten“ Differenzierung anzukündigen: „Insofern läßt sich Gegenwart als Spätform funktionaler Differenzierung begreifen, die bereits auf ihre eigenen Folgeprobleme reagiert und Formen der Vernetzung hervortreibt, welche ein bessere Re-Integration der ausdifferenzierten Teile ermöglicht. Ich nenne diese Form *'organisierte Differenzierung'*, um hervorzuheben, daß das für die Gesellschaft insgesamt riskante Auseinandertreiben der Funktionsbereiche jedenfalls punktuell und teilweise in organisierten Vernetzungen aufgefangen werden kann.“ (Willke 1992: 183).<sup>174</sup> Erst einmal von der Gängelung durch die Politik befreit, so verheißt Willke, könnten die Systeme ihr volles Potential entfalten und in selbstverantwortlicher Weise ein neues, post-hierarchisches Äquivalent für das verloren gegangene gesellschaftliche Gemeinwohl erzeugen.

Ohne dieses Entwicklungsszenario der Politik, des Rechtssystems und eines dritten Bereichs von Verhandlungssystemen auf seine Nähe zu bestimmten philosophischen Entwürfen (z.B. Hegels absolutem Geiste der Geschichte) abklopfen zu wollen, möchte ich es hier bei einer kurzen graphischen Darstellung der Veränderung systemischer Strukturen und gesellschaftlicher Institutionen bewenden lassen.

Darin wird nicht nur der zweifelhafte Charakter dieser - von der Struktur her an Comtes Entwicklungsstadien erinnernden - Steigerungsbegriffe deutlich, da ihre theoretische Begründung, ihr innerer Zusammenhang und ihre empirische Operationalisierung oder Realisierung ungewiß bleiben. Die gezielte Reihung solcher Dreischritte verweist außerdem

auf ein noch nicht expliziertes Motiv Willkes, das seine Prognosen und Präskriptionen anleitet: nämlich die Absicht, pragmatisch eine bessere moderne Gesellschaft mit und in der Systemtheorie zu imaginieren und zu propagieren. Dafür treten die strengen systemtheoretischen Differenzierungs- und Geschlossenheitspostulate als bloßes Korrektiv für ein genügend modernes Denken in den Hintergrund, tragen aber andererseits dazu bei, die komplizierten Fragen einer konkreten empirischen Modellierung der beschriebenen und propagierten Steuerungsmechanismen zu vernachlässigen - bilden die Systeme doch quasi naturwüchsig und von sich aus Strukturen der Selbststeuerung, Reflexion und Diskursivität aus. Wie Willke (1994) in der Anlage einer Schrift zur Interventionstheorie nahelegt, sind Analogiebildungen zwischen therapeutischer Intervention, Organisationsberatung und politischer Steuerung unter systemtheoretischen Paradigma problemlos möglich. Es geht ihm wohl hauptsächlich darum, beim Steuerungssubjekt eine genügend komplexes Bild von den zu steuernden Systemen und so einen entsprechenden Respekt zu erzeugen. Man kommt nicht umhin zu vermuten, daß das Motiv der Konstruktion seiner Theorie nicht primär explanativer, sondern vor allem pragmatisch-normativer Art sein könnte. Denn andernfalls müßten die beschriebenen Entwicklungsstufen implizieren, daß soziale Prozesse und gesellschaftlicher Wandel automatisch bestimmte höhere Niveaus erreichen, wozu dann aber keine Steuerung und Supervision nötig wäre.

So droht der Versuch, das gegenüber divergierenden Interessenlagen und konkurrierenden Akteurkonstellationen sowie konkreten historischen Abläufen nur sehr begrenzt empfindliche Raster der Systemtheorie zur Begründung empirischer Trendaussagen und praktischer Handlungsempfehlungen heranzuziehen, in appellative Rhetorik oder eine neue Steuerungsethik auszulaufen, da die stillschweigende Abkehr vom Luhmann'schen Programm ja eben nicht das Thema der Arbeiten ist. Nur durch ein Verlassen der systemischen Makroebene erscheint es aber überhaupt sinnvoll, emphatische Diskurse und Verständigung zwischen Systemen zu konzipieren, trägt doch Willke keine veränderte Bestimmung der realen Substrate oder der Handlungsfähigkeit von Systemen, bzw. ihrer Rückbindung an Organisationen und Interaktionen vor. Wenn also in Diskursen, die überdies dezentral angelegt sind, eine neue Rationalität des Gesamtsystems emergieren

---

<sup>174</sup> Wie wir bei Bendel (1993) bereits gesehen haben, übt die Figur der Entstehung neuer Emergenzebenen auf Systemtheoretiker wohl eine besondere Faszination aus. Was als Problem systemischer Selbststeuerung erscheint, kann auf niedrigeren Stufen wohl nicht bewältigt oder aufgefangen werden.

soll, können dafür - wenigstens in der vielleicht beschränkten Sicht eines noch nicht supervisorisch Betreuten - doch nur konkrete, einsichtsfähige Individuen und organisierte Akteure verantwortlich sein.

**Graphische Zusammenfassung: Evolutive Dreistricke gesellschaftlicher Entwicklung als Zentralkategorien der Theorie von Helmut Willke**

<b>Ebene/Bereich</b>	<b>Stufe 1</b>	<b>Stufe 2</b>	<b>Stufe 3</b>
<b>Kognition</b>	Reflex	Repräsentation	Reflexion
<b>system. Kognition</b>	Inferenz	Interferenz	Transferenz
<b>Systementwicklung</b>	Evolution	Planung	Steuerung
<b>Ordnung durch</b>	Fluktuation	Hierarchie	Selbstbindung
<b>gesellschaftl. Diff.</b>	segmentär	stratifikatorisch	funktional
<b>Zentralmedium</b>	Macht	Geld	Wissen
<b>Staatsproblem</b>	Gewalt	Armut	Ignoranz
<b>Staatsform</b>	Minimal-	Aktiver-	Supervisionsstaat
<b>Rechtsform</b>	Konditional-	Zweck-	Relationierungsprogramm
<b>Rechts-Rationalität</b>	formale	materiale	prozedurale
<b>Moral</b>	Autoritäts-	Assoziations-	Prinzipienmoral

**6 Mit systemtheoretischer Ironie und Supervision aus dem Dilemma des modernen Wohlfahrtsstaats? Helmut Willkes Probleme beim Muddling-Through durch die Politik der Systemtheorie**

*„Es ist fraglich, ob sich aus zufälligen und einseitigen Störungen kompatible Systemstrukturen aufbauen lassen.“ (Schwinn 1995a: 211)*

Unser weitgehend passiv erlebender Erkundungsgang durch die sub- und intersystemischen Landschaften oder besser: Ortlosigkeit der Theorie Willkes hinterläßt einen bleibenden Eindruck drohender Verirrungen. Hatten wir in Luhmanns Vorlage zuvor einen radikalen Steuerungspessimismus und den generellen Zweifel an der einheitlichen Repräsentations- und Integrationsfähigkeit der Gesellschaft ausgemacht, verkehrt Willke dieses Bild in sein optimistisches Gegenteil. Damit nimmt er zwar die Einwände empirischer Forscher und konkurrierender Theorien auf, die sich gegen die diagnostische Vereinseitigung des Bilds funktionaler Differenzierung und gegen das Modell einer durch paradoxe Differenzen konstituierten Gesellschaft richten. Allerdings können seine



Vorschläge weder die Kritik an den systemtheoretischen Axiomen entkräften, noch gelingt es ihnen, praktisch politische Fragen in innovativer und produktiver Weise aufzugreifen. Denn im Detail, so haben wir bereits gesehen, läßt sich „eine Tendenz beobachten, die mehr oder weniger absichtsvoll auf eine Vermischung von System- und Akteurebene hinausläuft. [...] Im Endeffekt fallen intersystemische und interorganisatorische Beziehungen zu einer undifferenzierten Einheit zusammen, die keine instruktive empirische Analyse erlaubt.“ (Ulrich 1994: 172) Man könnte natürlich, wie es Willke m.E. selbst vorexerziert, die Schwere des theoretischen Ballast einfach abwerfen, und die systemtheoretischen Formeln als mahnende Rhetorik und bloße Gedächtnisstütze dafür nehmen, daß „es sich bei der dezentralen Kontextsteuerung um ein höchst komplexes Verfahren“ (ebd.: 188) handelt. Denn die empirischen Beispiele verweisen in der Tat, obwohl ihr paradigmatischer Charakter für gelingende Abstimmungen nicht belegt ist, auf Formen der Steuerung, die über die klassischen Instrumente - Gesetzgebung, Transferleistungen, Investitions-, Geld- und Steuerpolitik - hinausgehen. In einer nur noch schwer integrierbaren Gesellschaft „erscheint aber Kontextsteuerung noch als derjenige der dargestellten integrativen Mechanismen, der in der gesellschaftlichen Wirklichkeit zum einen, anders als Reflexion, tatsächlich häufiger vorkommt und zum anderen, anders als Sachzwänge, einigermaßen treffsicher auf desintegrative Tendenzen zu reagieren vermag.“ (Schimank 1996: 198) Dies gilt freilich nur, wenn man unter Kontextsteuerung empirisch identifizierbare Verhandlungssysteme und neue Formen des Rechts versteht, und ihren Erfolg nicht von der Existenz reflexiver Kapazitäten der Systeme abhängig macht. Anderenfalls gilt die Kritik Kneers: „Soziale Systeme definieren sich aber, das ist eine zentrale Erkenntnis der Theorie selbstreferentieller Systeme, die Willke am Ende [seiner „Ironie des Staates“] auszublenden scheint, nicht über Personen und Organisationen, sondern über beobachtungsleitende Codes.“ (Kneer 1993: 25). Eine parallele Frage müßte lauten, wo Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, wie sie in der KA geführt wurden, überhaupt anzusiedeln sind: Innerhalb des politischen Systems, da hier Macht und Organisationsfähigkeit von Bedeutung sind, oder innerhalb der Wirtschaft, da

Produktivität und Ertragslage den Verhandlungsspielraum limitieren<sup>175</sup>. Martens (1995: 309) faßt diese Ungenauigkeit des „operativen Grenzziehungskriteriums“ wie folgt: „Offenbar ist die Bestimmung dessen, was zu einem System gehört und was nicht, doch schwieriger, als Luhmann es haben möchte.“ Und weiter: „Die Selektion des Code kann nicht systemextern stattfinden. Das liefe darauf hinaus, daß in der Umwelt des Systems über Anwendung oder Nicht-Anwendung der systemeigenen Leitunterscheidung bestimmt wird. Wenn das der Fall ist, ist die These der Selbstbestimmung und Selbstproduktion sozialer Systeme hinfällig. Eine systeminterne Selektion ist aber ebenfalls problematisch, weil dann die Systemelemente nicht mehr lediglich den systemeigenen Leitcode verwenden.“ (ebd.: 310)<sup>176</sup> Ob und wie Teilsysteme handlungsprägend wirken oder gar selbst handlungsfähig sein können, bleibt somit eine zentrale offene Frage für eine empirische Anwendung der Systemtheorie. Welche Akteure können ein System nach außen vertreten und mit welcher Verbindlichkeit dessen Leitorientierung durchsetzen? Dies geht in das eher diagnostische Problem über, welche Teilsysteme gegenüber anderen mächtiger sind und so gleichberechtigte intersystemische Diskurse sabotieren könnten. Obwohl Willke die Systeme ihrer geschlossenen Operationslogik partiell entwinden will, kann er die Kluft zwischen dem Postulat der Eigengesetzlichkeit systemischer Reproduktionsmechanismen und den von anderen Theorierichtungen (sowie der Alltagserfahrung) betonten Faktoren - individuelle Handlungen, objektive Bedingungen und Motive für soziale und kulturelle Veränderungen, Wertbezüge etc. - nicht schließen. "In welcher Weise das auf die Selektion und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen hinarbeitende politische Handeln menschlicher Subjekte abläuft, kann nicht von der operativen Geschlossenheit politischer Kommunikationen allein bestimmt werden. Vielmehr ergibt sich dies aus dem Zusammenschließen mehrerer analytisch abgrenzbarer Kommunikationskreisläufe und aus den individuellen Entscheidungen der menschlichen Subjekte." (Münch 1994: 398)

---

<sup>175</sup> Die Schwierigkeit der Behandlung dieser Frage berührt genau das Problem, welches Münch (1996: 36f.) mit der Unterscheidung analytischer und empirischer Systemdifferenzierungen anspricht. Ver-Handeln in konkreten Situationen wäre demnach tatsächlich durch multiple Systembezüge konstituiert, wenn man ihre differenten Logiken nicht mehr, z.B. anhand der (Selbst-)Zuordnung von Akteuren, Rollen, Organisationen und Institutionen, voneinander trennen kann.

<sup>176</sup> Vermutlich würde Luhmann mit der Unterscheidung von Code und Programm oder dem Beobachter kontern. Doch es bleibt, wie häufig, offen, wer das Handeln mit den Systemoperationen verknüpft und wo es sich materialisiert.

Ohne die in vortheoretischer Betrachtung unerschütterlichen Perzeptionen (z.B. der Handlungsfähigkeit von politischen Entscheidungsträgern) oder die normativen Modelle idealer demokratischer Ordnungen als Falsifikatoren für eine abstrakte systemtheoretische Reformulierung politischer Kommunikationen mißzuverstehen, möchte ich die theiestrategischen Entscheidungen Willkes nachfolgend mit alternativen theoretischen Konzeptionen politischer Steuerung konfrontieren, um ihre jeweilige Leistungsfähigkeit im Blick auf die vorliegenden empirischen Probleme beurteilen zu können.

### **6.1 Widersprüche und Defizite eines Reduktionismus der Emergenz Analytische Alternativen zu selbstreferentiellen Setzungen**

Theorien zur Beschreibung der empirischen Realität politischer Steuerungsversuche, für ihre Einordnung in die Funktionsbeschreibung demokratischer Systeme, zur Bestimmung der Bedingungen der Möglichkeit steuernder politischer Einflußnahme auf die Gesellschaft und zur Erklärung des politischen Handelns allgemein lassen sich - vor allem in Hinblick auf eine engere gesellschaftstheoretische und sozialwissenschaftliche Debatte - anhand einiger fundamentaler Prämissen kategorisieren:

Erstens können wir die gängige Unterscheidung zwischen akteurtheoretischen (handlungstheoretischen) Ansätzen und strukturtheoretischen (systemtheoretischen) Ansätzen bemühen, um Theorien, die überindividuellen Strukturen eine emergente Qualität zuweisen, von solchen zu trennen, die jedes Handlungsergebnis auf die Aktivität einzelner Individuen zurückführen wollen.<sup>177</sup> Zweitens kann man ein synthetisierendes Erklärungsprogramm dadurch von einem reduktionistischen Modell trennen, daß man die Menge und Diversität der für die Erklärung eines Phänomens und der Konstitution der Beziehungen zwischen theoretischen Elementen verwendeten Komponenten vergleicht. Drittens stehen sich realistische und analytische Theoriefolien in dem Sinne gegenüber, daß im ersten Fall der Anschluß der theoretischen Kategorien an die Selbstbeschreibungen der Untersuchungsobjekte (Akteure oder Systeme) angestrebt wird, im zweiten Fall hingegen

---

<sup>177</sup> Wie die spätere Bezugnahme auf parsonianische Theorie (*Münch*) zeigt, kann diese strikte Dichotomie zwischen Struktur und Handlung, System und Akteur dahingehend aufgelöst werden, daß die Handlung eines Akteurs eo ipso als emergente Struktur aufgefaßt wird und aus multiplen Systemenbezügen besteht ("action is system"). In ähnlicher Weise bereitet es Schwierigkeiten, die Habermaschen herrschaftsfreien Diskurse als nur auf Individuen bezogen zu klassifizieren: Zwar sind kommunikativ kompetente Menschen für solche Diskurse zentral, doch die vernünftige und integrative Kraft verdanken sie (die Diskurse) der präsupponierten intersubjektiven Struktur der Sprache, also ebenfalls einer systemischen Voraussetzung.

apriorisch und deduktiv ein theoretischer Kategorienraum eingerichtet wird. Viertens und letztens lassen sich die Aussagensysteme dahingehend zuordnen, daß man die als zeitdiagnostischer, anthropologischer oder philosophischer Hintergrund mitschwingende objekttheoretische Präferenz für differenzialistische oder integrationistische Beobachtungen und Hypothesen berücksichtigt: Hier können Theorien danach verglichen werden, ob sie die soziale Realität eher unter einer konfliktorientierten Perspektive beobachten, also Prozesse der Differenzierung von Rollen, Bezugssystemen und Sprachcodes in den Vordergrund rücken, oder ob sie die Gesellschaft primär nach jenen Werten, Normen und Vermittlungsinstanzen absuchen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Konformität ihrer Mitglieder ermöglichen<sup>178</sup>. Die indirekte Beziehung und große Entfernung zwischen theoretischen Grundannahmen und empirischen Beobachtungen ermöglicht es, solche theoretischen Kategorien und Hypothesen als Rekonstruktionen der Realität festzusetzen, ohne daß einzelne Beobachtungen fähig wären, konkurrierende Rekonstruktionen unmittelbar zu falsifizieren<sup>179</sup>. So kann es bei den hier verglichenen Theorien zu einer Polarität kommen zwischen der autopoietischen Systemtheorie, welche die Undurchdringlichkeit funktionaler Differenzierung betont, einer rationalistischen Diskurstheorie, welche den vernünftigen Ausgleich bürgerlicher Interessen in elaborierten Verfahren trotz verselbständigter Geld- und Machtbeziehungen für möglich hält, und einer voluntaristischen Handlungstheorie, welche komplexe Wechselbeziehungen zwischen kulturellen Werten, sozialen Strukturen und persönlichen Motivationen berücksichtigt und als faktische Durchdringung von Handlungssystemen konzipiert, ohne daß konkrete Vorgänge in der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit die Überlegenheit einer dieser drei Versionen sofort belegen könnten.

Wenn ich nun nachfolgend eine Einordnung der widerstreitenden Theorien anhand dieser vier Kategorien vornehme, geschieht dies weder in der Absicht, eine neue erkenntnistheoretische Klassifikation zu entwickeln, noch mit dem Ziel, entlang der Rubriken eine Auswahl des Ansatzes mit den besten Kombinationen vorzunehmen. Die hier präsentierte Tabelle soll im Rahmen der kritischen Würdigung der Theorie Willkes lediglich verdeutlichen, zwischen welchen Alternativen und Diskussionsbeiträgen sich seine Aussagen bewegen, und welche Widersprüche und Defizite sich aus der Kombination

---

<sup>178</sup> Diese Differenz ähnelt der zwischen Liberalismus und Kommunitarismus (Honneth 1993: 15ff).

<sup>179</sup> Vgl. dazu das Konzept des Paradigmas bei Thomas Kuhn (1973): Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen.

seiner integrationistischen Erkenntnisabsicht mit einer rein systemischen und primär differenzialistischen Perspektive, dem kommunikativen Reduktionismus und dem beanspruchten (aber prekären<sup>180</sup>) Realismus der systemischen Grenzziehungen ergeben:

### **Vergleich der Theoriearchitektonik konkurrierender Ansätze zur politischen Steuerung**

<b>Autor,</b>	<b>Objektebene</b>	<b>Dimensionalität</b>	<b>ProblemFokus Konfliktprämissen</b>	<b>Methode</b>
<b>Luhmann</b>	System	reduktionistisch	differenzialistisch	realistisch
<b>Willke</b>	System	reduktionistisch	diff. - integrat.	realistisch
<b>Habermas</b>	Akteur/System	synthetisch	diff. - integrat.	analytisch
<b>Münch</b>	Akteur (System	synthetisch	integrationistisch	analytisch
<b>Schimank</b>	Akteur (System)	synthetisch	(empirisch)	realistisch

Aus der dargestellten Abgrenzung der vier Ansätze ergeben sich zahllose Schnittpunkte, an denen die Kritik der Thesen Willkes und die Würdigung der Problemlösungen anderer Autoren ansetzen kann. Aus dieser metatheoretischen Betrachtung lassen sich im wesentlichen vier Kritikdimensionen Willkes systemtheoretischer Revision entwickeln: Erstens stellt sich die Frage nach der Realitätsangemessenheit einer rein struktur- und systemtheoretischen Beschreibung gerade im hochpersonalisierten Feld der Politik. Zweitens gerät eine ausschließlich auf systemkommunikative Ereignisse abstellende Theorie in den Verdacht, durch ihre reduktionistische Vorgehensweise die komplexen Prozesse der Wertbindung, Ressourcenallokation, interpersonellen Einflußnahme etc. in der Politik aus dem Blick zu verlieren und damit ähnlich einseitig zu verfahren wie eine rein akteurbezogene utilitaristische Theorie. Drittens verführt die paradigmatische Festlegung

---

<sup>180</sup> Willkes und Luhmanns realistischer Anspruch - der durch Luhmanns radikalen Konstruktivismus zwar als rein wissenschaftliche Konstruktionsleistung relativiert, dadurch aber gleichzeitig als nicht (privilegiert) widerlegbar unterstrichen wird - tendiert deshalb zur Reifizierung theoretischer Kategorien, weil er im Gegensatz zu analytischen Theorieformen auf der Objektebene nicht die ständige, durch empirische Arbeit anzunähernde Differenz zwischen theoretischen Begriffen und empirischen Phänomenen im Auge behält. Werden die theoretischen Systemgrenzen als empirisch existent gesetzt, kann die Wirklichkeit entweder nur durch sie beschrieben werden, oder sie müssen vollständig aufgegeben werden - eine systematische Kluft ist ausgeschlossen. "Die analytische Konstruktion von Recht und Politik wird zu realen Systemen reifiziert, ihre reale Einheit als fiktive Einheit eines Beobachters entlarvt." (Münch 1994: 401).

auf einen ungebremsten und selbstorganisatorischen Differenzierungsprozeß der Gesellschaft zu einer inhaltlichen Vorprägung empirischer Generalisierungen: Gesellschaftliche Teilsysteme werden nur noch als zentrifugale Einheiten gedacht, deren trotzdem unvermeidbare Integration als theoretische und empirische Frage entweder ignoriert (Luhmann) oder nachträglich mühsam wiedereingeführt werden muß. Viertens enthält der Anspruch einer realistischen Rekonstruktion der Selbstdefinitionen und Grenzziehungen gesellschaftlicher Teilbereiche eine Erkenntniserwartung, die nicht im geringsten durch empirische Analysen gestützt wird, und zeitigt so in der expandierenden theoretischen Arbeit eine unkontrollierte Eigendynamik. Weniger als analytische und empirische Theoriekonstrukte kann sich die autopoietische Systemtheorie deshalb der großen Entfernung zwischen abstrahierender Beschreibung und empirischer Erfahrung bewußt werden.

1. Generell wäre zu fragen, ob die Entscheidung für eine nur auf kommunikative Strukturen und Regelmäßigkeiten abstellende, akteurfreie Systemtheorie die Komplexität der Probleme politischer Steuerung überhaupt erfassen kann. Abgesehen von klassischen, "alteuropäischen" oder humanistischen Einwänden gegen eine subjektfreie Sozialtheorie, die ich hier nicht weiter berücksichtigen kann, könnten die empirischen Studien zu Fragen politischer Steuerung (vgl. etwa Mai 1994, Scharpf 1991), vor aber allem die impliziten Erwartungen an die Kooperationsbereitschaft, die Zurückhaltung und Empathie von Rollenträgern und Personen zur der Annahme nötigen, daß die Beschreibung, Erklärung und Veränderung von Politik ohne Bezugnahme auf menschliche Subjekte schlichtweg aussichtslos sein muß. "Menschliche Subjekte als Träger sozialer Rollen sind keine Vollzugsinstanzen der Autopoiesis, sondern Agenten, die durch ihre Entscheidungen bestimmen, welche analytischen Gesetzmäßigkeiten in welchem Ausmaß wirksam werden und welche Vermittlung zwischen ihnen zustande kommt. Sie agieren nicht nur in empirischen Teilsystemen, sondern auch zwischen ihnen." (Münch 1994: 397).

2. Ohne aufgrund von „Machtkämpfen, Verhandlungen, Solidarisierungen und Diskursen" und der "Motivation der menschlichen Subjekte" (ebd.: 398), vorschnell die Vorteile einer strukturtheoretischen Betrachtungsweise opfern zu wollen, wäre weiterhin zu prüfen, ob die Reduktion sozialer Prozesse auf Operationen der Codierung und Selbstbeschreibung kommunikativer Kreisläufe der soziologischen Theorie nicht schon im voraus wichtige Einsichten versperrt. So weist Münch zurecht daraufhin, "daß die Beschränkungen menschlichen Handelns anders gelagert sind als es die Theorie der Autopoiesis suggeriert. Sie sind einerseits geringer, andererseits größer. Geringer sind

sie insofern, als das konkrete Handeln nicht den eingeschränkten Wahrnehmungs- und Operationsweisen der Autopoiesis gehorcht. Sie sind insofern größer, als es zu seiner Konstitution der Kombination einer größeren Zahl von Elementen bedarf, als dies nach der Theorie der Autopoiesis der Fall wäre. [...] Sie unterliegen nicht der Einäugigkeit politischer Autopoiesis, sind jedoch in ihrer Realisierung auf schöpferisch tätige menschliche Subjekte, auf ein multipel konstituiertes Institutionengefüge und auf soziale Interaktion angewiesen." (ebd.: 400) Dagegen kann man zwar der Einwand erheben, daß der bloße Verweis auf die individuelle Komponente sozialen Handelns noch nicht deren tatsächliche Beteiligung an der Strukturierung systemischer Eigendynamiken klärt. Doch selbst ohne Bezug auf eine (Konstitutions-)Theorie des Handelns - wie ihn Richard Münch einfordert - wird die Integration der Strategien und Kalküle einzelner und korporativer Akteure spätestens dann nötig, wenn man die variierende Steuerungsresistenz und Selbststeuerungskapazität von Teilsystemen in empirischen Details beleuchtet: "Ein hohes Maß an Selbststeuerungskapazitäten kann insbesondere auch dann zu Verselbständigungstendenzen des betreffenden gesellschaftlichen Teilsystems beitragen, wenn die entsprechenden Organisationen und Verhandlungsgremien mit individuell-ökonomischen Akteurinteressen durchgesetzt werden." (Rosewitz & Schimank 1988: 318). "Was in systemtheoretischen Analysen, wie erwähnt, nicht genug betont wird, ist die Tatsache, daß die politischen Akteure gegenüber den verschiedenen gesellschaftlichen Teilsystemen unterschiedlich ausgeprägte Wissens- und Beurteilungsdefizite hinsichtlich der Beurteilung von Steuerungsmaßnahmen haben." (ebd.: 320)

3. Solange die Sozialwissenschaften problemlösendes Handlungswissen bereitstellen wollen, kommen sie nicht umhin, eine Perspektive zu wählen, die das institutionelle und kognitive Umfeld, das Framing der Situation, mit den normativen Ansprüchen und evaluativen Absichten der Akteure kombiniert. Schimanks Versuch eines Einbaus "des Konzepts der gesellschaftlichen Teilsysteme in das akteurtheoretische Paradigma" (Schimank 1988: 630) stellt daher ein mögliches synthetisches Erklärungsmodell dar. "Gesellschaftliche Teilsysteme sind als handlungsprägende Sozialsysteme somit Konstitutionsbedingungen der Handlungsfähigkeit gesellschaftlicher Akteure. [...] Man kann nun versuchen, gesellschaftliche Teilsysteme aus der Relation zwischen gesellschaftlichen Akteuren auf der einen und sozialen Systemen auf der anderen Seite zu verstehen." (ebd.) Mit Habermas und Münch existieren natürlich andere Möglichkeiten, einen systemischen Reduktionismus zu vermeiden. Allen diesen Ansätzen

ist aber gemein, daß sie weder die Exklusivität einer strukturell-systemischen Dimension des Handelns, noch die Prädominanz individuellen Handelns als Ausgangsbasis für soziologische Theorie billigen.

3. Unabhängig davon, in welchen Dimensionen und auf welchen Ebenen soziale und politische Prozesse konzeptualisiert werden, sollten Willkes Hypothesen dahingehend untersucht werden, welche Konsequenzen der von ihnen gewählte objekttheoretische Problemfokus in substantieller Hinsicht zeitigt und wie sich die Grundannahmen über die Dynamik sozialer Teilsysteme mit den prognostizierten oder vorgeschlagenen Veränderungen politischer Einflußnahme auf die Gesellschaft vertragen. So muß die Diagnose einer zentrifugalen Entwicklungstendenz selbstreferentieller Teilsysteme erstens auf ihre Kompatibilität zu den gleichzeitig konzipierten Mechanismen ihrer Re-Integration und der Entwicklung einer übergreifenden Systemrationalität überprüft werden, um eventuell immanente Widersprüche aufzuzeigen. Zweitens wären notwendige politisch-kulturelle und individuell-motivierende Bedingungsvariablen für die vorgestellten neuen Steuerungs- und Diskursformen zu identifizieren. Zur Korrektur und Überwindung gesamtgesellschaftlich negativer Desintegrationstendenzen fehlen der differentialistischen Theorieanlage Willkes aber angemessene Begriffe und empirisch-politische Übersetzungen. Mit Habermas könnte man einwenden: "[...] die Integration einer hochkomplexen Gesellschaft läßt sich nicht systempaternalistisch, also an der kommunikativen Macht des Staatsbürgerpublikums vorbei, abwickeln. Semantisch geschlossene Systeme können nicht veranlaßt werden, aus eigener Kraft die gemeinsame Sprache zu erfinden, die für die Wahrnehmung und Artikulation gesamtgesellschaftlicher Relevanzen und Maßstäbe nötig ist. [...] Schon aus diesem Grunde können Politik und Recht nicht als autopoietisch geschlossene Systeme begriffen werden. Das rechtsstaatlich verfaßte politische System ist intern in die Bereiche administrativer und kommunikativer Macht differenziert und bleibt zur Lebenswelt hin geöffnet. Denn die institutionalisierte Meinungs- und Willensbildung ist auf Zuführen aus den informellen Kommunikationszusammenhängen der Öffentlichkeit, des Assoziationswesens und der Privatsphäre angewiesen." (Habermas 1992: 427).

Dieser Einspruch gegen die den Systemen zugeschriebene Verständigungsfähigkeit verknüpft die theoretische Unstimmigkeit der Hypothesen Willkes mit ihren politisch-praktischen Implikationen und Leerstellen. Denn die Veränderung von Systemen bedarf der politischen Kommunikation unter den Bürgern, des öffentlichen Drucks sowie einer stärkeren interpersonellen und organisatorischen Rückbindung an die Lebenswelt (oder: an



die gesellschaftliche Gemeinschaft sowie ihre Kultur), um die ehrgeizigen Ziele erreichen zu können. "Politische Steuerung stellt sich deshalb leichter und zugleich schwieriger dar, als das die Theorie der Autopoiesis vermuten läßt." (Münch 1994: 400) Wo Willke die Selbstbeschränkung der Politik und die komplementäre Optionenpolitik der Funktionssysteme quasi aus dem Nichts entstehen läßt, verweist Habermas auf die politischen Teilhaberechte der Bürger und die normativen Gehalte ihrer Rechte, während Münch in ähnlicher Absicht die Möglichkeit der kulturellen Legitimation von Entscheidungen und die Herstellung institutioneller Brücken zwischen den Systemen herausstellt. "Die Aufgabe von Legitimationsdiskursen ist nämlich weniger die positive Kritik einer Entscheidung, sondern vielmehr ihre negative Kritik. Solange Kritik geübt werden kann, dürfen wir hoffen, daß Entscheidungen revidiert werden, sobald ihre Unvereinbarkeit mit grundlegenden Werten unabweisbar geworden ist. Das ist mit Gewißheit weniger als die unmittelbare kulturelle Legitimation politischer Entscheidungen, aber mehr als die Selbstreproduktion politischer Entscheidungen." (ebd.: 396)

Die theoretische Berücksichtigung von substantiellen kulturellen Werten (sowie von interpersonalen sozialen Bindungen usw.) hat zur Folge, daß Wertkonflikte und gruppenspezifische Loyalitätsveränderungen konstitutiv für eine (positive) Entwicklung der Gesellschaft angesehen werden. Daraus folgt, daß Systemrationalität nicht nur (irgendeine!) Stabilität der Gesellschaft bedeuten kann, sondern darüberhinaus qualitativ bestimmt werden muß. Neben rein funktionaler Koordination, deren Überbetonung Willke laut Habermas sogar zu einer "systemtheoretischen Adaption des Hegelschen Ständestaats" (Habermas 1992: 424) verleite, sei Sozialintegration als "moralische Regelung von Konflikten" oder als "ethische Sicherung von Identitäten und Lebensformen unverzichtbar" (ebd.: 388). Nur diese Kombination von systemischer Abstimmung und normativem Konsens - der auch bei Habermas vom Widerstreit der Positionen, also von Dissens gekennzeichnet ist - könne eine "soziale Rationalität" der Problemlösungen hervorbringen: "Probleme des Ausgleichs zwischen konfligierenden Ansprüchen erfordern eine normative Orientierung an Ordnungen der sozialen Welt. Probleme der expressiven Vergemeinschaftung (...) erfordern die Orientierung an Entwürfen des guten Lebens und die Interpretation von Bedürfnissen. Ergebnisse werden jeweils nach Maßstäben moralischer und ethischer Rationalität beurteilt. Diese liefern, zusammen mit Maßstäben der Effizienz und der Entscheidungsrationalität, einen Satz von Kriterien für die Beurteilung des Erfolgs gesellschaftlicher Integration überhaupt." (Habermas 1992: 388)

Eine gelingende politische Steuerung der Gesellschaft bedarf demnach einer ständigen, von Wertbindungen kontrollierten und durch die Widersprüchlichkeit individueller Interessen motivierten, politischen Auseinandersetzung. Willkes theoretischer Background schließt diese Faktoren, wie die vorgängige Existenz und Notwendigkeit integrativer Mechanismen weitgehend aus der Analyse aus, obgleich seine beinahe naive Hoffnung auf diskursiver Verständigung zwischen den Systemen die Unausweichlichkeit und Stärke von Interessen und Zielen zu unterschätzen droht. An diesem Punkte addieren sich die Engführungen seiner Analyse: Seine Konzentration auf systemische Selbstbezüglichkeiten, und die Indifferenz gegenüber handelnden Akteuren (Systemtheorie), die behauptete Konstitution sozialer Prozesse aus rein kommunikativen Operationen (Reduktionismus), die vortheoretische Festlegung auf unausweichliche Differenzierungszwänge sowie die Kennzeichnung systemischer Codierung als reale, unbeeinflussbare soziale Gegebenheiten zeichnen ein Bild, welches die empirische Variation politischer und gesellschaftlicher Koordinationsmechanismen nicht auffangen kann. Da Willke tatsächliche institutionelle Veränderungen außerhalb seines formalen Rahmens nicht anspricht, läßt sein Steuerungsmodell beinahe jede Entwicklungsoption zu.<sup>181</sup> Problematisch bleibt aber in jedem Fall, daß der versteckte normative und voluntaristische Kern seiner Argumentation die Überzeugung von Politik an die Stelle profunder Analysen über die Möglichkeiten und Grenzen politischer Gestaltung setzt: Wenn die Repräsentanten der Systeme, die ja nicht näher bezeichnet werden, an den runden Tisch treten, kann folglich alles und nichts dabei herauskommen.

4. Die Auseinandersetzung mit Willkes Steuerungsmodell legt an vielen Stellen die Vermutung nahe, daß seine Konzepte einem realistischen Fehlschluß, der "fallacy of misspelled concreteness" aufsitzen. Obwohl nichts dagegenspricht, die semantische Organisation der sozialen Realität anhand kommunikativer Regelmäßigkeiten nachzuvollziehen - was Schimank mit seiner Umdeutung systemischer Codierungen als praktische Fiktionen und kontingenzbestimmende "self fulfilling prophecies" ebenfalls tut (Schimank 1985: 635, 630f) - kommt Willke seinem behaupteten realistischen Anspruch nicht nach. Wie Karin Knorr-Cetina in einer Kritik an der Luhmann'schen Differenzierungstheorie zeigt, werden solche Präzisierungen zugunsten jeweils einer ungenauen Mastertrendaussage vernachlässigt (Knorr-Cetina 1992: 409). Sie schlägt grundsätzlich

---

<sup>181</sup> Wie Willkes Beitrag "Abwicklung der Politik" (1993b) allerdings klarstellt, laufen seine politischen Präferenzen eher auf eine liberal-konservative Zurückweisung staatlicher Gestaltungsansprüche hinaus.

zwei empirisch-analytische Verknüpfungsstrategien vor:<sup>182</sup>: "Die Differenzierungstheorie hat hier meines Erachtens zwei Möglichkeiten. Sie kann versuchen, Merkmale spezifischer Rationalitäten - z. B. 'politischen' Handelns, 'politischer' Funktionsweisen, 'politischer' Programme und Kommunikation zu definieren und muß dann bereit sein, diese unbeeindruckt von offiziellen Zuschreibungen in Institutionen zu diagnostizieren, in denen solche Merkmale nicht erwartet werden - z. B. Politik in der Familie oder Macht und Ökonomie in der Wissenschaft. Und sie muß darauf gefaßt sein, bestimmte spezifische Rationalitäten gerade in den Institutionen nicht anzutreffen, in denen diese Merkmale institutionalisiert sein sollten (z. B. Macht als Medium oder Code in der Politik). Oder die Differenzierungstheorie widersteht der Versuchung, Aussagen über die Handlungs-, Organisations- und Kommunikationsstruktur derjenigen institutionellen Bereiche zu machen, die sie als Träger institutionell gesicherter Arbeitsteilung und Spezialisierung identifiziert. In diesem Fall sollte sie aufhören, sich mit Hilfe des Funktionsbegriff zum großen Bereiniger der Unsauberkeiten und Vielschichtigkeiten sozialer Realität zu stilisieren." (Knorr-Cetina 1992: 413). Ein realistisches und konstruktivistisches Erkenntnisprogramm wäre demnach gezwungen, seine Befunde in empirischer Kleinarbeit zusammenzutragen, und erst nachträglich die differentiellen Funktionsweisen der Teilsysteme zusammenfassend zu charakterisieren: Obwohl konkrete Arbeiten der konstruktivistischen Wissenschaftsforschung der "einfachen Aussage einer bestehenden Funktionsdifferenzierung" nicht widersprechen, zeigen sie aber auf, "daß sich aus der Funktion eines bestimmten Bereichs (verstanden als der Art des in der Gesellschaft produzierten Produkts oder Beitrags) nichts für die interne Funktionsweise des entsprechenden Bereichs ableiten läßt." (ebd.: 411) Da Willke diese Anforderung nicht

---

<sup>182</sup> Knorr-Cetinas methodologische Präferenz für einen empirischen Konstruktivismus führt zu einer verwirrenden Bedeutungsverschiebung der Begriffe analytisch, realistisch, theoretisch und empirisch: Obwohl ihre nachfolgend zitierte Gegenüberstellung einer induktiv-empirischen zu einer deduktiv-theoretischen Vorgehensweise der Differenz zwischen einem empirisch-analytischen (*Münch*) und einem theoretisch-konstruktivistischen Ansatz (Luhmann, Willke) gleichgesetzt werden könnte, zeichnet sich die von ihr gewählte erste Variante vor allem durch einen dezidiert *realistischen Anspruch* und eine *konstruktivistische Objekttheorie* aus: Knorr-Cetina will mit eher *klassisch empirischen Methoden* den selbstorganisierenden Konstruktivismus der sozialen Realität darstellen, während Luhmann und Willke aus dem postulierten Verfall einer realistischen Epistemologie die Freiheit einer überempirisch-abstrakten Theoriekonstruktion ableiten. Knorr-Cetinas Vorwurf an Luhmann lautet deshalb, daß er zu wenig empirisch und deshalb nicht realistisch

erfüllt, mangelt es seinen Arbeiten an jener theoretischen Reflexivität, die er den Funktionssystemen selbst abverlangen will. "Nichtsdestotrotz führt die rigide Designation von Realitätsbereichen durch theoretische Termini zu dem Phänomen, das ich vorhin ontologische Realitätskonzeption genannt habe - zur Unterscheidungsweise einer bestimmten Seinsweise der Realität, die theorieimmanent ist." (ebd.: 417f.)

Spätestens dieser Vorwurf führt zu der Überlegung, ob der Bezugspunkt differentieller Teillogiken des Handelns und des Widerstreits verschiedener Rationalitäten nicht dann am wirkungsvollsten zur Geltung gebracht werden könnte, wenn man sich einer analytischen Version der Systemtheorie bedient. Ein so gefaßtes Untersuchungsinstrument bleibt offen für die kontingente, kulturell und individuell bedingte Ausprägung funktional spezifizierter Handlungskontexte als Mischformen nur analytisch klar abgrenzbarer Handlungstypen. "Analytische Funktionssysteme sind von der Theorie allein zu Analyse Zwecken zum Verständnis ihrer Eigengesetzlichkeit voneinander unterschiedene Systeme. Empirische Funktionssysteme [...] enthalten [...] alle analytisch unterscheidbaren Elemente, die jedoch auf die Erfüllung einer ausgewählten Funktion bezogen sind." (Münch 1994: 397) Diese zur Rekonstruktion realer Prozesse verwendeten Begriffe versteht Münch als "eine Sprache, die danach zu beurteilen ist, ob sie im Vergleich zu anderen Sprachen hinreichend geordnet und offen zugleich für die begriffliche Fassung beliebiger Phänomene ist. Die alternativen Sprachen in den Sozialwissenschaften sind entweder zu wenig offen und verfahren reduktionistisch, z.B. rein ökonomische, machttheoretische oder kommunikationstheoretische Ansätze, oder sie sind zu offen, weil sie aus einer völlig ungeordneten Sammlung beliebiger Begriffe bestehen." (Münch 1993: 63)

Ohne den theoretischen Anspruch der Systemtheorie zugunsten der empirischen Beschreibung von Handlungssystemen (Knorr-Cetina, Schimank) oder empirischer Politikfeldanalysen (Mayntz, Scharpf) verlassen zu müssen, präjudiziert die Verwendung analytischer Systemkategorien nicht die Art ihrer empirischen Verwirklichung, so daß eine Mischung von verschiedenen Handlungselementen in realen Handlungskomplexen nötig ist. Entscheidend für die Gegenüberstellung des beanspruchten Realismus der Kategorien Willkes mit der analytischen Methode Münchs wäre demnach ihr Anspruch, durch die Flexibilität der Kategorien stets zu Vergleichen unterschiedlichster konkreter Anordnungen anzuregen. "Die vier Grundsysteme des Gesellschaftssystems sind analytische

---

vorgehe, während sie auf der methodischen Ebene andererseits die Verwechslung analytischer Kategorien mit realen Gegenständen beklagt. (vgl. die Diskussion in Kap. 2.1)

Konstruktionen, die sich aus der beliebigen Wiederholung der Kreuztabellierung von zwei Grunddimensionen des sozialen Handelns ergeben: die niedrige bzw. hohe Komplexität der Symbolwelt, an der das Handeln orientiert ist, und die niedrige bzw. hohe Kontingenz des Handelns im Sinne von Unbestimmtheit, Veränderbarkeit und Unberechenbarkeit." (Münch 1993: 63) Diese Generativität des theoretischen Bezugsrahmen erlaubt es, die Beziehung zwischen den Handlungssphären in Form der Stellvertretung und Transformation von bestimmten Medien und Codes in andere(n) aufzufassen - kurz: Prozesse der Interpenetration zum Kernthema der Theorie zu machen. "Gesellschaftliches Handeln findet in wachsendem Maße in den Interpenetrationszonen ausdifferenzierter Funktionssysteme statt und impliziert das Zusammenspiel und die wechselseitige Transformation von Kommunikationsmedien, die in einem jeweiligen Funktionssystem ihre Verankerung haben." (ebd.: 61). Insbesondere das Konzept der Medientransformation sowie die Idee einer unterschiedlichen Gewichtung und Hierarchisierung von Medien vor einem je spezifischen kulturellen Kontext erlaubt es dem Ansatz Münchs, vielfältige empirische Arbeiten zur Steuerungstätigkeit der Politik gesellschaftstheoretisch zu integrieren. Der Vergleich unterschiedlicher, nationaler Steuerungspraktiken in Form des Synthese-, Wettbewerbs-, Kompromiß- und Etatismusmodells verdeutlicht die Auflösefähigkeit der analytischen Konzepte an konkreten Beispielen. "Die wechselseitige Transformation von Einfluß, Wahrheit und Geld in politische Macht und wieder zurück kann modellhaft in vier Grundformen mit je eigenen Gesetzmäßigkeiten und Folgen geschehen: in Modellen der Synthese, des Wettbewerbs, des Etatismus und des Kompromisses." (Münch 1993: 65f.) "Regulierung ist in allen vier Modellen ein Prozeß, der mehrere Systeme in einen Kommunikations- und wechselseitigen Transformationsprozeß einschließt. Regulierung findet nicht in autopoietisch operierenden Teilsystemen der Gesellschaft statt, sondern in der koordinierten Kommunikation der Repräsentanten mehrerer, relativ autonomer Funktionssysteme." (ebd.: 70)

Zur Bewertung der Theoriekonstruktion wäre allerdings zu ermitteln, inwieweit die analytisch abgegrenzten Funktionssysteme und die analytisch unterschiedenen Regulierungsmodelle Erklärungskraft und Prognosefähigkeit entwickeln. Denn die bloße Möglichkeit der Einordnung empirischer Handlungen und Strukturen in einen Bezugsrahmen reicht nicht aus, um die Überlegenheit zu behaupten. Vor allem zur Identifikation politischer, wirtschaftlicher, kultureller und solidarischer Handlungselemente sowie ihrer Mischung in konkreten Handlungen müßten passende Operationalisierungen entwickelt werden, welche die Offenheit und analytische Variabilität der Theorie dann

natürlich einschränken. Die Kategorien Willkes erscheinen in dieser Beziehung eingängiger, wengleich ihre zahllosen diagnostischen Implikationen empirisch kaum nachvollziehbar sind.

## **6.2 Zweifel am pragmatischen Nutzen der Systemtheorie Willkes. Zum Führungsanspruch empirisch orientierter Handlungstheorien bei der Analyse möglicher Steuerungsformen**

Um die Debatte über Präferenzen und Methoden der Theoriebildung nicht ausufern zu lassen, möchte ich zum Abschluß noch einige grob generalisierende Bemerkungen zu den genannten Theorien machen, die ihr gemeinsames Interesse für die Integrationsprobleme moderner, differenzierter Gesellschaften und die pragmatische Vergleichbarkeit ihrer Problemlösungen betreffen, so daß ein gewisser Dezisionismus am in der Theoriebildung sichtbar wird. Denn das "Hauptproblem einer abstrakten System- oder Handlungsperspektive bleibt", so meint Klaus von Beyme in einer Abschätzung des Nutzens soziologischer Theoriekontroversen für die empirische Politikwissenschaft, "daß keine Seite empirisch überzeugt werden kann. Die Theoretiker selbststeuernder Systeme leugnen nicht, daß sich das politische Steuerungszentrum manchmal durchsetzt. Die lebensweltlichen Handlungstheoretiker bekennen die Kolonialisierungstendenzen der mediengesteuerten Systembereiche des Lebens mit einem Leiden, das so aktiv ist wie das Gegenhandeln, das sie ersehnen." (Beyme 1991: 353) Damit ist freilich nur die Kontroverse zwischen differentialistischer Systemtheorie und den normativen Geltungsansprüchen der Diskurstheorie bezeichnet. Beymes pragmatische Auseinandersetzung mit den, wie er meint, postmodernen Herausforderungen der politischen Theorie, gelingt aber ein überzeugender Hinweis auf die Unfruchtbarkeit radikal reduktionistischer System- oder Akteurtheorien: "Bei einem eingehenderen Vergleich der Theorien zeigt sich, daß kaum ein Forscher in concreto die Radikalalternative Handlungs- versus Systemtheorie vertritt. Das könnte sich auch nur ein Wissenschaftler leisten, der nicht vorhat, mit seiner Alternative in einem begrenzten empirischen Bereich zu arbeiten." (ebd.: 343) Die Gegenüberstellung makrotheoretischer Systemkonzepte und mikrotheoretischer rational-choice-Annahmen markiert demnach die beiden Extreme eines Kontinuums. "Les extrêmes se touchent: Stark individualistische Ansätze und Systemansätze können ähnlich abstrakte Theorieelemente erzeugen. [...] Handlungstheorie schlägt beim Behaviorismus in extreme Nichthandlungstheorie um, weil in der großen Zahl die invisible hand die Motive und Aktionen des einzelnen als irrelevant erscheinen läßt" (ebd.: 344). Einen ähnlichen Vorwurf radikal

reduktionistischer Vereinfachung erhebt Habermas in Bezug auf Willkes Lösung des Hobbes'schen Problems der Ordnung<sup>183</sup>: "Dieses Problem, an dem sich noch die Theorie rationaler Wahl abarbeitet, wiederholt sich für die Systemtheorie in anderer Form. Eine sich selbst stabilisierende Ordnung muß nun aus der kognitiven Abstimmung von Systemperspektiven erklärt werden. [...] In der rein epistemischen Version stellt sich aber das Hobbes'sche Problem noch schärfer, weil die Egozentrik der aufeinandertreffenden Perspektiven nicht mehr durch eigene Präferenzen und Wertorientierungen, sondern durch eigene *Grammatiken der Weltdeutung* bestimmt ist." (Habermas 1992: 420f.). Ohne einen Begriff von gemeinsam geteilten Lebenswelten oder Wertauffassungen (Legitimitäten!) gelingt es der Systemtheorie folglich ebensowenig, "verständlich zu machen, wie autopoietisch geschlossenen Systeme innerhalb des Bannkreises selbstreferentieller Steuerung für ein Überschreiten reiner Selbstreferenz und Autopoiesis reif gemacht werden könnten." (ebd.)

Zusammenfassend lassen sich die von Willke anvisierten politisch-gesellschaftlichen Veränderungen zu zwei Hauptpunkten bündeln: Angesichts komplexer werdender gesellschaftlicher Steuerungsaufgaben sucht er erstens nach einem Konzept der Integration von Gesellschaft, dessen formale Offenheit zur Anwendung in allen Subsystemen (und wohl auch in: Organisationen) befähigt, und die spezifisch moderne Idee einer nur noch prozedural geregelten Entscheidung über Entscheidungsprämissen, und so diskursive Koordination auf der Basis bloßer Übereinstimmung in Verfahrensfragen ermöglichen soll. Hier konkurriert er mit Habermas' Konstrukt deliberativer Politik und Münchs Modell der Interpenetration, deren synthetische Mehrdimensionalität er aber aufgrund eines konsequenten Reduktionismus verfehlen muß. Stattdessen sucht er den Weg der Mitte zwischen Münch und Luhmann, indem er jede systemische Transzendenz für möglich, kein vorgegebenes Steuerungsziel aber für machbar hält. Gleichzeitig teilt er ironischerweise gerade mit Habermas die Idee der höherstufigen Rationalität von Diskursen - welche sich bei ihm im Bild der Emergenz von Verhandlungssystemen konkretisiert -, ohne zugleich deren anspruchsvollen normativen und institutionellen Grundlagen zu

---

<sup>183</sup> Hier geht es nicht vorrangig um den Modellplatonismus beider Schulen, sondern um ihrer beider Insuffizienz, die Genese von Ordnung zu erklären. Dieses Problem ist aber deshalb mit dem reduktionistischen Charakter der Theorien verknüpft, da die Singularität der Erklärungsfaktoren die explanatorische Schwäche der Modelle bedingt. Wo ökonomische oder psychologische Akteurtheorien politische Prozesse auf utilitaristischen Vorteil oder auf persönliche Bedürfnisse reduzieren, verkürzt Willkes Version Politik auf substanzlose Mechanismen der Akkordierung systemischer Operationen.

berücksichtigen. Auch die Diskurstheorie rechnet "mit der höherstufigen Intersubjektivität von Verständigungsprozessen, die sich über demokratische Verfahren oder im Kommunikationsnetz politischer Öffentlichkeiten vollziehen. Diese subjektlosen Kommunikationen (sic!, M.S.), innerhalb und außerhalb des parlamentarischen Komplexes und ihrer auf Beschlußfassung programmierten Körperschaften, bilden Arenen, in denen eine mehr oder weniger rationale Meinungs- und Willensbildung über gesamtgesellschaftlich relevante regelungsbedürftige Materien stattfinden kann." (Habermas 1992: 362)

Dieses Rationalitätsziel läßt sich jedoch nur dann detaillierter konzeptualisieren, wenn man die synthetischen Transformationen von öffentlicher Meinungsbildung (L) und gesellschaftlichem Einfluß (I) in administrative Macht systemübergreifend für möglich hält; und sie lassen sich nur umsetzen, wenn entsprechende Einflußpfade aus der Lebenswelt in die Systeme empirisch-politisch tatsächlich durchgesetzt werden können. "Aus diesem Demokratieverständnis ergibt sich normativ die Forderung nach einer Gewichtsverschiebung im Verhältnis jener drei Ressourcen Geld, administrative Macht und Solidarität, aus denen moderne Gesellschaften ihren Integrations- und Steuerungsbedarf befriedigen." Dazu muß sich die "sozialintegrative Kraft der Solidarität [...] über weit ausgefächerte autonome Öffentlichkeiten und rechtsstaatlich institutionalisierte Verfahren der demokratischen Meinungs- und Willensbildung entfalten und über das Rechtsmedium auch gegen die beiden anderen Mechanismen gesellschaftlicher Integration, Geld und administrative Macht, behaupten können."(ebd.: 363)

Damit besteht Habermas ähnlich wie Münchs Parsons-Rezeption auf eine multiple Konstitution des politischen Handelns, versteht diese mehrseitige Abstützung politischer Steuerung aber als Realisierung demokratischer Geltungsprinzipien. Anders als die prinzipiell frei kombinierbaren Beziehungen der Elemente im AGIL-Schema führt der Versuch einer Herleitung und Verteidigung demokratischer Verfahren aus ihren normativen Grundlagen bei Habermas zu einer bestimmten Hierarchie der analytischen Kategorien seines Schemas, die sich in der normativen Überordnung des Rechts und in seiner eingeforderten idealen Konkurrenz zur behaupteten faktischen Dominanz von Geld und administrativer Macht ausdrückt. Gleichzeitig bewirkt die Gegenüberstellung der mediengesteuerten Funktionssysteme zur übergreifenden, alles fundierenden Lebenswelt eine deutliche Differenz zur analytischen Strenge der Parsonsschen Theoriefolie, welche die Gehalte und Imperative der Lebenswelt in der den anderen Systemen gleichgeordneten L-Funktion weitgehend egalisiert.



Während Münch und Habermas insofern, in Bezug auf die konstitutive Möglichkeit der Transformation von Impulsen in und über verschiedene Medien, bis auf die Richtung dieser Transformation - bei Münch: Kultur über Einfluß in Politik; Habermas: lebensweltliche Standards über Recht in ausdifferenzierte Systeme - einen Linie gegen Willke bilden, teilen Habermas und Willke das Lob des Prozeduralismus, die intersystemische (gleichzeitig und bei Habermas: intersubjektive) Kommunikationsorientierung sowie die Dezentrierung der Staates und der Politik: "In dieser Hinsicht findet die diskurstheoretische Lesart von Demokratie Anschluß an eine sozialwissenschaftlich distanzierte Betrachtung, für die das politische System weder Spitze, noch Zentrum oder gar strukturprägendes Modell der Gesellschaft ist, sondern nur *ein* Handlungssystem neben vielen anderen." (Habermas 1992: 366) Diese Ähnlichkeit geht im Einzelfall sogar soweit, daß man in einzelnen Sätzen Habermas' nun in gleicher Weise das Subjekt vermissen mag wie bei Willke: "Wenn man die subjektphilosophische Begriffsbildung preisgibt, braucht die Souveränität weder konkretistisch im Volk konzentriert, noch in die Anonymität der verfassungsrechtlichen Kompetenzen verbannt zu werden. Das 'Selbst' der sich selbst organisierenden Rechtsgemeinschaft verschwindet in den subjektlosen Kommunikationsformen, die den Fluß der diskursiven Meinungs- und Willensbildung so regulieren, daß ihre falliblen Ergebnisse die Vermutung der Vernünftigkeit für sich haben." (ebd.: 365). Der Leser möge selbst entscheiden, ob diese - zugegeben nur punktuelle - Verwandtschaft der beiden Ansätze lediglich in der „illegitimen“ Aneignung diskursiver Elemente durch Willke begründet liegt, oder ob nicht beide Theoretiker inzwischen die normativen Schräglagen ihrer beider Ansätze überwinden wollen, bzw. eine ähnliche pragmatisch-ironische Einstellung gegenüber einer als unzureichend (v)erkannten Moderne einnehmen.

Dieser letzte Hinweis führt uns zurück zum Kernproblem von Willkes systemtheoretischem Revisionsversuch. Denn neben einem theoretischen Konzept zur Verknüpfung systemischer Differenzierung mit gesellschaftlicher Integrationsansprüchen, versucht er zweitens, neue empirische Formen des Verhältnisses zwischen staatlicher Zieldefinition und subsystemischer Autonomie aufzuzeigen, also praktische Belege und Projekte für die Verwirklichung einer Verhandlungsdemokratie und des Supervisionsstaates anzubieten. An dieser Stelle muß sich Willke mit jenen empirisch-politikwissenschaftlichen Arbeiten messen lassen, die den Wandel von staatlicher Zentralsteuerung zu kooperativen Arrangements und Verhandlungssystemen seit längerer Zeit beschreiben (vgl. *Scharpf* 1991, *Schimank* 1991). Wenn es ihnen gelänge, die historische und prognostizierte Veränderung des Verhältnisses zwischen Politik und Gesellschaft mit den theoretisch weniger

anspruchsvollen, gleichzeitig aber weniger kontroversen Mitteln der Policy-Analyse, der Organisations- und Institutionentheorie in den Griff zu bekommen, verlöre die Perspektive Willkes ihre versprochene Besonderheit, bisher nicht berücksichtigte Phänomene klären zu können. So kann man beobachten, wie *Scharpf* in ähnlicher Absicht wie Willke darauf hinweist, "daß die Untersuchung der Funktionsbedingungen und Funktionsweisen der Selbstkoordination gleichberechtigt neben das bisher dominante Interesse an der Staatswillenbildung und hierarchischen Willensdurchsetzung treten muß." (*Scharpf* 1991: 628) Er beschreibt ein Geflecht formeller und informeller Verhandlungsarrangements, die für Willkes Vorschlag dezentraler Verhandlungssysteme Pate stehen könnten: "Inzwischen bin ich überzeugt, daß das Nebeneinander von positiver und negativer Koordination auch außerhalb der Ministerialbürokratien einem universellen Muster der horizontalen Selbstkoordination entspricht. (...) Die (...) Rücksichtnahme auf etablierte Interessenpositionen ist aber auch ohne rechtlichen Zwang charakteristisch für alle Dauerbeziehungen, deren Erhaltung für die Partner einen eigenen Wert darstellt, und in denen deshalb die Enttäuschung begründeter Erwartungen wechselseitig sanktioniert werden kann." (ebd.: 627)

Ohne den Bezug auf selbstbezügliche Handlungssysteme, dafür aber mit dem Hinweis auf notwendige Sanktionsmechanismen und Interessenkonstellationen entsteht ein Bild davon, wie politische und gesellschaftliche Steuerung funktionieren kann und könnte. "Verhandlungen treten deshalb in aller Regel nicht isoliert auf, sondern sind eingebettet in umfassendere Beziehungsnetze, die eine nicht-hierarchische Minimalkoordination begünstigen. Im Idealfall kann dieses Nebeneinander von positiver und negativer Koordination darauf hinauslaufen, daß jeweils die aktuell dringendsten Problemverflechtungen durch explizite Verhandlungen bearbeitet werden, während negative externe Effekte der ausgehandelten Lösung durch negative Koordination vermieden werden." (*Scharpf* 1991: 627) Vorteilhaft an einer Interessen- und Ressourcenkalkulation, wie sie *Scharpf* hier anspricht, ist die Tatsache, daß die Handlungsfähigkeit des Staates zwar relativiert wird, aber empirisch bestimmbar bleibt: "Aber auch wenn die staatlichen Instanzen selbst als Partner in Verhandlungssystemen involviert sind, darf die Bedeutung ihrer spezifischen Handlungsorientierung nicht unterschätzt werden. Im Inland wird es sich dabei nach wie vor oft um 'Verhandlungen im Schatten der Hierarchie' handeln - Konstellationen, in denen die staatliche Instanz notfalls auch einseitig entscheiden könnte, aber aus politischer Rücksicht oder aus Informationsmangel an einvernehmlichen Lösungen stark interessiert sein muß. Dennoch

bleibt der formell mögliche und im Konfliktfall nicht auszuschließende Oktroi (gerade auch dann, wenn er aus Sicht aller beteiligten suboptimal wäre) eine außerordentlich wichtige Verhandlungsbedingung. Sie senkt die Transaktionskosten einvernehmlicher Lösungen, weil die Prämie auf hartnäckiges Bargaining entfällt, wenn konstruktiv-problemlösende Beiträge an Gewicht gewinnen." (ebd.: 629) Genau diese Prozesse des Abschlusses von Verhandlungen bei Verzicht auf maximale Forderungen sind es, die Willke zwar anspricht, aber aus reflexiven Systemlogiken nur schwerlich begründen kann.

Durch sein Beharren auf operativer Geschlossenheit und sein Desinteresse für variierende Konstellationen teilsystemischer Schließung und politischer Einflußdefizite vernachlässigt er Detailanalysen, wie sie etwa *Schimank* analytisch vorbereitet. Dieser postuliert die Existenz und Unterstellbarkeit reflexiver Interessen von kollektiven Akteuren, die den politischen Akteuren durchaus zugänglich sind und vice versa. Sie sind gleichzeitig Bedingung der Ansprechbarkeit von Steuerungsobjekten als auch die Barriere ihrer Unansprechbarkeit. "Die reflexiven Interessen sind gewissermaßen 'Generalschlüssel', mit denen man sich auch dann einen Zugang zum Interessenhorizont des Gegenüber verschaffen kann, wenn man über den eigentlich benötigten 'Spezialschlüssel', also ein detailliertes Wissen über dessen konkrete Situation im Kontext des selbstreferentiell geschlossenen teilsystemischen Operierens, nicht verfügt." (*Schimank* 1991: 509, ders.: 1992: 261-268) Hier begegnen wir einer möglichen Übersetzung dessen, was man unter "dezentraler Kontextsteuerung" verstehen könnte, allerdings auf die Kommunikationsfähigkeit von Akteuren abgestimmt, deren Beachtung Habermas und *Münch* auf der theoretischen Ebene ebenfalls unermüdlich einfordern. "Nur wenn wir anerkennen, daß z.B. Wirtschaftsmanager, Verwaltungsexperten, Wissenschaftler oder Politiker mehrere Sprachen beherrschen und untereinander in einer gemeinsamen Umgangssprache kommunizieren, können wir überhaupt mit der Möglichkeit der Abstimmung der Perspektiven untereinander und mit der Hereinnahme von Fremdperspektiven in die Perspektive des Rollenhandelns rechnen" (*Münch* 1994: 403) Eine *multilinguale* Kommunikationskompetenz der Akteure wird damit zum fehlenden Bindeglied in der Theorie Willkes, die sowohl von empirischer als auch von theoretischer Seite (vgl. die obigen Ausführungen zur Medientransformation) geltend gemacht werden müsste. Zurecht erhebt Habermas deshalb den Vorwurf, daß Willke eine komplizierte systemtheoretische Hilfskonstruktion dafür schaffe, was die soziale Realität schon vorgängig bereitstelle - nämlich die Umgangssprache einer gemeinsamen Lebenswelt: "Aus dem beobachtungsgeleiteten reziproken Abtasten von semantisch geschlossenen Systemen soll mithin eine Sprache emergieren, die genau das simuliert, was

die Umgangssprache, aus der die Speziesemantiken ursprünglich ausdifferenziert worden sind, immer schon leistet." (Habermas 1992: 422) Daß Umgangssprache und lebensweltliche Bindung natürlich alleine nicht ausreichen, um eine differenzierte Gesellschaft zu integrieren, bestreitet sogar Habermas nicht, da er ja auch erst die Voraussetzungen für die Verwirklichung herrschaftsfreier Diskurse oder eine lebensweltlichen Bindung durch Recht erarbeiten muß.

Aus dem Vorhergesagten könnten man resümierend folgern, daß die Theorie der dezentralen Kontextsteuerung Willkes an selbstverordneten Starrheiten, Reduktionismen und Einseitigkeiten scheitert und damit einen Beleg liefert dafür, daß System- und Handlungstheorie, Mikro- und Makroanalysen in theoretischer und empirischer Arbeit verbunden werden müssen, wenn realistische Ausblicke auf die gesellschaftliche Wirklichkeit gewünscht sind. Klaus von *Beyme* faßt diesen Gedanken in eine ausgezeichnete, wenn auch zu harmonisierende Formel: "Von der Parsons'schen Orthodoxie bei Richard *Münch* bis zu Jürgen Habermas herrscht ein Grundkonsens, daß System und Handlungstheorie verbunden werden müssen. Neigte Habermas dazu, den Gegensatz von Lebenswelt und System zu verdinglichen, so gibt es an der Grenze zwischen ihnen nicht nur Konflikte. Zunehmend scheint es Lernprozesse zu geben. (...) Wird Luhmanns zweiter Paradigmawechsel zunehmend unnachgiebig gezeißelt, so hat Willkes 'Entzauberung des Staates' Habermas zu versöhnlicheren Gedanken inspiriert. Eine Eigendynamik bei Willke, der sich nicht an die Autopoiesis-Orthodoxie klammerte, erleichterte den Prozeß. Die Subsysteme waren in dieser Variante nicht mehr technokratisch auf besseres Funktionieren geeicht, sondern können Impulse aus der Lebenswelt einfließen lassen. Von da aus ist es nur noch ein Schritt zur Versöhnung an der Grenze zwischen den Systemen." (*Beyme* 1992: 351)<sup>184</sup>

Wie seine nachfolgende Bemerkung zur zunehmenden Bedeutung informellen Handelns politischer Akteure inmitten nachmoderner Steuerungsmodelle aber verdeutlicht, wird einer handlungstheoretischen, empirischen Arbeit dabei eine Führungsrolle zukommen müssen. "Wo Luhmann Handlungstheorien nur noch zur Phrasierung öffentlicher Politik für geeignet hält, werden diese gerade in den Dienst der Entdeckung eines Handelns gestellt, das dem Gegenteil von öffentlicher Phrasierung der Politik entspricht: dem informellen

---

<sup>184</sup> In dieser Äußerung Beymes wird die für politikwissenschaftliche Arbeiten beinahe typische Absicht, den Theorienstreit zu überwinden und sich der praktischen Arbeit innerhalb eines mesotheoretischen Rahmens zuzuwenden (vgl. Braun 1993: 199).

kommunikativen Handeln, um die Codes widerstrebender Teilbereiche der Gesellschaft vereinbar zu machen." (ebd.: 352) Diese Rückkehr zu den empirischen Phänomenen und Problemen bedeutet nicht zwangsläufig, daß die von den Systemtheoretikern angemahnten Verselbständigungsprozesse gesellschaftlicher Teilsysteme ignoriert werden müssen. Sie müssen aber innerhalb von Analysen, die sich der kritischen und aufklärenden Begleitung praktischer politischer Ereignisse und Konflikte widmen wollen, als empirische Variable erkannt werden, deren Ausgestaltung ein emergentes Ergebnis komplexer und konfliktreicher gesellschaftlicher Prozesse darstellt. "Jedes Steuerungsobjekt, sei es eine technische Infrastruktur oder das Verhalten einer sozialen Minderheit, ist durch eine interne Struktur und Eigenlogik sowie durch die Verfügung über bestimmte Ressourcen (Macht, Einfluß) gekennzeichnet. Im Extremfall kann dies zu einer völligen Abschottung des jeweiligen Teilbereichs gegenüber externen Kommunikationsversuchen führen. Diese Kommunikationsverweigerung ist von den Akteuren dieser Teilsysteme z.T. gewollt und spricht nicht prinzipiell gegen die Möglichkeit politischer Steuerung." (Mai 1994: 450).

Nur wenn die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der wiederzuentdeckenden Akteure ernstgenommen wird, kann verhindert werden, das Problem politischer Steuerung durch die empirische Unbestimmtheit des Faktors kommunikativer Selbstreproduktion der kritischen Analyse zu entziehen, und nur so kann es stattdessen in seiner interessengeleiteten Widersprüchlichkeit und in der Pluralität beteiligter Akteure begriffen werden. Sowohl die praktischen Beispielfälle, die zur Konstruktion einer soziologischen Steuerungstheorie und zu ihrer Anwendung denkbar wären, als auch die vorgestellte theoretische Kritik an der autopoietischen Fundamentaldiagnose drängen darauf, die Mehrschichtigkeit der politischen Gestaltung der Gesellschaft wahrzunehmen und nachzuzeichnen. Dies bedeutet, daß neben den Funktionen und Phänomenologien beteiligter Kommunikationsprozesse gleichzeitig deren Trägerschichten (Professionen, Akteure, Organisationen), deren ideologischer und kognitiver Background, die organisatorischen Strukturen und Kapazitäten der handelnden und betroffenen Einheiten, der rechtliche und institutionelle Rahmen der gesellschaftlichen Abstimmungsprozesse sowie die begleitenden gesellschaftlichen Meinungen, Normen, Konfliktlinien und Konsensancen als Variablen eines Erklärungsmodells berücksichtigt werden müssen.

Auf Seiten empirischer Forschung besteht wohl kein Zweifel darüber, daß diese Multidimensionalität konkreter Steuerungsprozesse es nicht erlaubt, allgemeine Urteile über Voraussetzungen und Erfolgchancen solcher Prozesse aus theoretischen Vorannahmen zu deduzieren (vgl. Rosewitz & Schimank 1988: 326), ohne nach der

Spezifik des Steuerungsobjekts, des Steuerungssubjekts und der Steuerungsinstrumente zu differenzieren: "Es ist offensichtlich, daß die Umweltverträglichkeit von Kraftwerken nicht mit den gleichen Instrumenten erreicht werden kann wie die Gebrauchssicherheit von Haushaltsgeräten (...) Schließlich ist bezüglich der Instrumente offensichtlich, daß die Legitimation, die zur Bestimmung eines Grenzwertes im Immissionsschutzrecht genügen mag, für den Bau neuer Kraftwerke nicht ausreichend ist. Die Frage nach der Steuerbarkeit von Technik muß neben der Spezifik von Steuerungsobjekt und -subjekt auch die der Instrumente in Betracht ziehen." (Mai 1994: 454f.)

Selbstverständlich kann und darf diese empirische Rückversicherung von steuerungstheoretischen Aussagen im Bereich von Spezialsoziologien und "Theorien mittlerer Reichweite" kein Rückschritt auf das einfache Modell politischer Kontrolle der Gesellschaft bedeuten. Doch eine soziologische Theorie, die Prozesse der gezielten und bewußten Einflußnahme auf die Entwicklungstendenzen der Gesellschaft beschreiben, erklären und reflexiv begleiten will, muß sich genau in jene Gefilde hinenwagen, die Willke so konsequent vernachlässigt: Sie muß vor allem auf die kulturellen, normativen, motivatorischen und organisatorischen Bedingungen des Abgleichs von subjektiven Interessen, objektiven Notwendigkeiten und kulturellen Standards eingehen. Sie muß versuchen zu erklären, wie konkrete Personen, Gruppen, Organisationen auf der Basis eines bestimmten professionellen und kognitiven Hintergrunds in einer von institutionellen Chancen und Barrieren gekennzeichneten und von öffentlichen Diskursen begleiteten Situation handeln (können) oder zu handeln motiviert werden (können) und welche Handlungsspielräume sie dabei ausfüllen können. Um dabei den von allen Autoren berücksichtigten Veränderungen der gesellschaftlichen Operationsweise Rechnung zu tragen, scheint es vordringlich, der vergrößerten Rolle nicht-staatlicher (subsystemischer) Beteiligung an der Zieldefinition und Umsetzung sozialen Wandels sowie den an Bedeutung gewonnenen Formen und Entwicklungschancen diskursiver gesellschaftlicher Auseinandersetzung und Verständigung besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Alle diese Perspektiven mahnt Willkes zwar an, bleibt ihre Ausformulierung aber zugunsten einer inkonsequenten und versteckt normativen Reformulierung der Systemtheorie schuldig, die das Kunststück vollbringt, die autopoietischen Theoriegrundlagen stillschweigend und uneingestanden auf die Akteursebene zu transformieren, um dort die Praxis appellativ aufzufordern, ihr Handeln systemtheoretisch zu reinterpreten und so indirekt die Theorie zu bestätigen. Von einer adäquaten Steuerungstheorie wäre hingegen zu erwarten, daß sie die Probleme der Akteure ernstnimmt, indem sie die Schwierigkeiten

politischer Gestaltung der Gesellschaft ausreichend komplex nachzeichnet und auf wiederkehrende Muster sowie dahinterliegende Wertkonflikte und Handlungsmotivationen hinweist.

## **7 Neue Einsichten, alte Denkblockaden und Alternativen zur Selbst-Transformation der Systemtheorie. Durch (Re-)Symmetrierung aus dem Trilemma empirischer Problemanalysen, normativer Integrationspostulate und ironischer Selbsterhellung?**

*„Freilich fehlt dem temporären Zusammenfallen von Beobachtung und Welt, das das Aufblitzen der Versöhnung von Ich und Welt im Akt des Ironisierens bei den Romantikern ersetzt, jegliche Erlösungshoffnung auf Götter aller Art: Natur, Liebe, Chaos, Konsens, Nation.“ (Fritscher 1996: 43f.)*

Die im vorherigen Kapitel geführte kritische Diskussion der Arbeiten Helmut Willkes hat anschaulich gezeigt, wie wenig Erfolg einer internen Revision der systemtheoretischen Axiome beschieden ist, wenn sie einige von ihr selbst systematisch ausgeklammerte Dimensionen des Sozialen doch noch berücksichtigen und inkludieren will. Damit haben sich erneut die Grenzen der Erklärungs- und Orientierungsleistung der selbstreferentiellen Systemtheorie gezeigt: Historische Kontingenzen, auf Mikro- und Mesoebene stattfindende Prozesse sowie die pragmatisch, politisch und theoretisch nicht auszuschließende Dimension des Handelns von individuellen und kollektiven Akteuren bekommt sie schwerlich in Griff. Trotzdem fällt eine abschließende Bewertung und Einordnung des gesellschaftstheoretischen Potentials der Systemtheorie nicht leicht, und dies nicht nur, weil ohnehin nicht alle ihre Anhänger den Anspruch formulieren, alle der angesprochenen Ebenen und Prozesse theoretisch bearbeiten oder erklären zu wollen.

Unsere Schwierigkeiten mit der Systemtheorie liegen tiefer und sind komplizierter: Dies liegt zum einen daran, daß soziologische Gesellschaftstheorie nie in direktem Kontakt mit der Empirie stehen kann und daß zweitens das Moment einer aktiven, wertenden Stellungnahme im Konzert möglicher gesellschaftlicher Selbstbeschreibungen nie auszuschließen ist. Für eine soziologische Zeitdiagnose und eine grundlegende Theorie des Sozialen gilt deshalb offenbar allgemein genau das, was Peters über die theoretische Behandlung sozialer Ordnung und Integration aussagt: „Ordnungs- und Integrationsbegriffe in den Sozialwissenschaften haben offensichtlich einen diagnostischen Charakter – sie halten ein bestimmtes normatives Element, eine implizite oder explizite Vorstellung von ‘gelingender’ oder ‘mißlingender’ Vergesellschaftung.“ (Peters 1994: 24) Der trotzdem notwendige Versuch, die Systemtheorie kompetent zu kritisieren und danach auf ihre möglichen Zuständigkeiten zurechtzustutzen, muß sich deshalb darüber vergewissern, auf welcher Ebene die Auseinandersetzung geführt wird.



Für meine Schlußbemerkungen möchte ich deshalb drei Dimensionen für Annäherungsversuche oder Absetzbewegungen gegenüber Luhmanns systemischen Irritationen<sup>185</sup> unterscheiden: Erstens die Ebene der Formulierung allgemeiner, universaler Sozial- oder Gesellschaftstheorien, auf der vor allem die analytischen und synthetischen Leistungen der Theorie zu würdigen sind: Kann sie möglichst viele soziale Phänomene unter einem möglichst stringenten theoretischen Muster zusammenfassen und damit die grundlegenden gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse konzeptualisieren, somit allgemein brauchbare Erklärungsfolien bereitstellen? Hier muß sich die Kritik an der Systemtheorie vor allem auf den exklusiven Makrofokus, eine nur scheinbar naturalistisch gelöste Ordnungsfrage, das Fehlen eines *theoretischen* Akteurbegriffs<sup>186</sup> und die Überbetonung sozialer und epistemologischer Kontingenz stürzen, die einzeln und kombiniert zum Verlust eines Begriff gesellschaftlicher Einheit und sozialer Integration führen müssen. Dies könnte zu einer Einschränkung des Universalitätsanspruchs und der komplementären Ergänzung durch akteurtheoretische Konzepte, oder aber, je nach Präferenz und eigenem Instrumentarium, zur vollständigen Ablehnung der Modelle führen. Zweitens muß die Kritik sich an zentraler Stelle des Theorems funktionaler Differenzierung als diagnostischem Muster und heuristischer Orientierungsstrategie annehmen: An dieser Stelle ist im Hinblick auf empirische Beobachtungen und im Vergleich mit anderen sozialstrukturellen oder kulturellen Generalperspektiven nach der Plausibilität und Nachweisbarkeit von Phänomenen der Abgrenzung und Verselbständigung von Handlungsbereichen, Sinnprovinzen, Kommunikationscodes und Teilsystemen zu fragen. Lassen sich solche Tendenzen aufspüren, kennzeichnen sie einen wesentlichen Aspekt der Dynamik moderner Gesellschaften und eignen sie sich dazu, konkrete empirische Problemstellungen, wie das der Steuerung von Gesellschaften, besser zu verstehen, zu erforschen und zu erklären. Dabei muß im Blick gehalten werden, ob nicht erst die Theorieanlage selbst solche diagnostischen Urteile und zugehörige empirische Referenzen

---

<sup>185</sup> Wie es dem Leser inzwischen überdeutlich (oder auch überdrüssig) geworden sein muß, enthält der Begriff der Irritation keine wertende Komponente: Es handelt sich lediglich um einen externen Impuls, den konkurrierende Ansätze entweder in die eigenen Operationen einbauen können oder aber ignorieren müssen. Die Kritik der systemtheoretischen Beobachtungsweise müßte dagegen aber einwenden, daß es den Individuen als sozial geprägten und materiell bestimmten Akteuren nicht freisteht, jede kontingente theoretische Position zu formulieren.

<sup>186</sup> Diese Betonung geschieht in Anlehnung an Schimank (1995, siehe auch Fn. ), da es keinesfalls um die philanthropisch - psychologische Pflege eines humanistischen Menschenbildes geht!

präjudiziert, und ob sie andererseits Konzepte und Hypothesen bereitstellt, um zu erklären, warum ein Mindestmaß an Verständigung, kultureller Homogenität und Integration, daß wohl niemand verleugnen kann, dennoch immer wieder hergestellt wird.

Drittens sollte man eine kritische Reflexion darüber wagen, welchen Stellenwert die oft kritisierten normativen und politischen Implikationen der Systemtheorie haben, auch wenn sie nicht wie bei Willke beinahe programmatisch, allerdings gegenüber der üblichen Befürchtung eines systemtheoretischen Konservatismus oder Fatalismus<sup>187</sup> geradezu umgekehrt, Eingang in die Theorie finden. Eine so motivierte Kritik darf aber nicht unterschlagen, daß auch eine jeweils andere Position womöglich in theoretischen Modellen und diagnostischen Annahmen schon solche Elemente enthält oder aber deshalb Zuspruch findet, weil sie gesellschaftspolitische Ziele und Hoffnungen besser zu unterstützen vermag. Es mag dem jeweiligen Theoretiker überlassen sein, bestimmte normative Schlüsse oder Ratschläge aus seine Theorie abzuleiten und eine pragmatische Interpretation der Theorie abzufassen. Doch im Kernbereich theoretischer Beschreibungen und Erklärungen wirken sich vorgängige Aufklärungs- oder Abklärungsinteressen, Desintegrations- oder Intregationsfiktionen möglicherweise erkenntnishemmend aus. Dies verweist nicht zuletzt auf die „Politik der Theorie“ (Münch 1994b: 393), also auf die pragmatisch-politischen Elemente oder ungewollten Wirkungen jedes Ansatzes, wenn er zur Orientierung oder Handlungsgrundlage in der Praxis wird. Da diese Wirkungsabsicht aber zugleich ein leitendes soziologisches Erkenntnisinteresse ist, muß sich jedes Geflecht soziologischer Hypothesen und Postulate, gleich ob differenzlogisch, integrationstheoretisch oder konsensfixiert, die Frage gefallen lassen, was passiert, „sobald es als ‘soziologische Aufklärung’ den gesellschaftlichen Akteuren vermittelt und von ihnen zur Richtschnur ihres Handeln genommen wird“ (Schimank 1992: 269) Hier bieten sich dann unterschiedlichste Vorgehensweisen an, dieses Eingebundensein soziologischer Theorie in die Praxis zu reflektieren. Obwohl diese Fragen letztlich nicht innerwissenschaftlich entscheidbar sind, kann der Hinweis auf die Eigenart der systemtheoretischen Selbstverortung wenigstens die

---

<sup>187</sup> Die Bandbreite der politischen Bezichtigungen der Systemtheorie ist so breit, daß sie sich selbst zu relativieren drohen. Der klassische Vorwurf der „Sozialtechnologie“ und der „Affirmativität“ wird heute von Identifikationen Luhmanns als „Avantgarde-Konservativer“, „abklärender Romantiker“ und „Anti-Humanist“ sowie von einer Kritik an apokalyptischen Krisen-, Desintegrations- und Risikoszenarien und einem pessimistischen „Untergrabungstheorem“ begleitet. Offenbar können die systemtheoretischen Paradoxa wohl doch wenigstens einige reale gesellschaftliche Widersprüche in sich abbilden.

„Fronten“ klären, an denen sich Anhänger und Gegner gegenüberstehen und damit selbst eine gewisse Position in und zur Moderne symbolisieren.

Da die einzelnen Aspekte der gemeinten Kritikdimensionen im Verlauf der Arbeit schon angeklungen sind, möchte ich hier nur zusammenfassend an wenigen Beispielen und Zitaten verdeutlichen, wo die Konfliktpunkte der Auseinandersetzung liegen. Dies soll zugespitzt auf die These zulaufen, daß eine gesellschaftstheoretische Verwendung der Systemtheorie<sup>188</sup> oder die Weiterentwicklung ihrer Fragestellungen und heuristischen Perspektive nur dann sinnvoll erscheint, wenn man Asymmetrierungen ihrer inhaltlosen Formbegriffe und ihres paradoxalen Differenzierungsmodells vornimmt und gleichzeitig eine Resymmetrierung<sup>189</sup> ihres kognitiv-semantischen makroskopischen Bias betreibt. Dies impliziert unter anderem, daß man die Umkehrung der klassischen soziologischen Blickrichtung, wonach materielle oder sozialstrukturelle Faktoren das Denken, die Ideologie oder andere soziale Äußerungsformen (Werte, Normen etc.) prägen, in eine Perspektive der Selbsterzeugung sozialer Strukturen, Codes und Semantiken aufgrund der kognitiven<sup>190</sup> Notwendigkeit der Komplexitätsreduktion, überdenkt, rückgängig macht oder wenigstens ergänzt (erste Resymmetrierung). Damit verbunden ist die schon mehrfach geäußerte Einschätzung, daß die (beinahe) exklusive Beschränkung der theoretischen Instrumente auf die Ebene von Funktionssystemen die Offenheit, d.h. „Energie- und Motivationsabhängigkeit Gesellschaftssystems“ (Schwinn 1995a: 210) des Sozialen nicht erfassen kann und daher durch Rekurs auf (wie immer modelltechnisch simplifizierte und aggregierte) Akteure zu ergänzen wäre (zweite Resymmetrierung).

Daneben sollte ein empirisch orientierter Versuch, die Strukturmerkmale der modernen Gesellschaft zu erfassen, die Variabilität der wechselseitigen Abhängigkeit von

---

<sup>188</sup> Damit meine ich ein konstruktive Bezugnahme auf theoretische Elemente der Systemtheorie. Daß es vielleicht viel günstiger sein könnte, von anderen theoretischen Standpunkten aus empirische Forschung oder Gesellschaftstheorie zu betreiben, habe ich in 6.1 und 6.2 dargetan. Nach so viel Diskussionsaufwand in Luhmanns Sinnuniversum sei aber an die Frage einer Weiterverwendung seiner Theorie als Sinn (diesmal inhaltlich, nicht nur formell, medial gemeint!) dieser Unternehmung gedacht.

<sup>189</sup> Etwas Analoges intendiert Bruno Latour (1995), wenn er nach einer langen Phase des wissenschaftssoziologischen Nachweises, wie stark Technik und Wissenschaft durch soziale Faktoren geprägt sind, die Rückkehr zu einer symmetrischen Anthropologie fordert (ebd.: 123ff.). Ich meine sogar, daß sein „relativistischer Relativismus“ (ebd.: 151) geradezu als (ebenfalls konstruktivistisches) Gegenprogramm zum Formenkalkül Spencer Browns verstanden werden könnte.

Teilsystemen (Leistungsbezüge), ihrer Abschließung gegenüber nicht-systemischen Kommunikationen und ihre gesellschaftliche Signifikanz etwa im Hinblick auf ihren Inklusionsgrad, ihr internes Verhältnis von Leistungs- zu Publikumsrollen, die Verfügbarkeit eines Mediums etc. offen lassen (Vgl. Mayntz 1988, Rosewitz/Schimank 1988, Pokol 1990: 333f, siehe auch 6.2) Eine zweite Asymmetrierung erfordert die ungeklärte Beziehung, in der abgegrenzte Teilsysteme, „professionelle Institutionensysteme“ (Pokol) oder „teilsystemische „Orientierungshorizonte“ (Schimank 1996: 243) zueinander und zu anderen Strukturen und Prozessen in der Gesellschaft stehen, denn „sonst hängen die Teilsysteme in der Luft“ (Schwinn 1995b: 34).

Solche empirische Anschlußmöglichkeiten der Theorie funktionaler Differenzierung müssen nicht automatisch voraussetzen, daß die sich die Form der Differenzierung einer Gesellschaft „auf einen *systemübergreifenden* gesellschaftlichen Konsensus stützt“, wie Münch (1995: 13) in Anschluß an Parsons formuliert, der dann die Anwendung von Codes nach einem institutionalisierten Programm verbindlich steuert. Denn auch diese Vorstellung sagt, wenn sie allgemein (analytisch) gelten soll, noch nichts über die jeweilige Ausgestaltung der Programme aus und kann daher die Abgrenzung konkreter Handlungsbereiche nur ex post als eine Menge typischer, in bestimmten Kontexten häufig realisierte Handlungssynthesen oder auf der Basis einer Klassifikation gegebener kultureller Musters feststellen.<sup>191</sup> Doch ohne einen oder mehrere Mechanismen der Vermittlung zwischen der Handlungsenergie, den Präferenzen und dem Alltagsleben der (gesellschaftlichen) Subjekte kann man den Wandel, die Konflikte und trotzdem möglichen Konsense, Gruppenbildungen und Gemeinsamkeiten nicht in eine Gesellschaftstheorie einbringen. Pokol z.B. schlägt vor, „Systemebene aufzulösen und neben der Kategorie der

---

<sup>190</sup> Kognitiv im weiteren Sinne des Erkennens und Orientierens in der Welt, wie es Maturana (1985: 34ff.) vorschwebt, wie es aber letztlich auch im Sozialkonstruktivismus oder in Gehlens Anthropologie gedacht ist.

<sup>191</sup> Wie ich in 6.2 dargelegt habe, halte ich diesen Weg prinzipiell für gangbar. Jedenfalls vermeidet die Theorie Münchs, wenn sie Teilsysteme als institutionalisierte Wertbezüge auffaßt und die wechselseitige Transformation von Kommunikationsmedien betrachtet, zu starke theoretische Vorannahmen und diagnostische Generalisierungen. Allerdings erkaufte sie diese Flexibilität der Modelle mit einem hohen Abstraktionsgrad empirisch möglicher Aussagen (vgl. die Modelle politischer Steuerung bei Münch 1992) oder einer Überzahl möglicher Handlungskombinationen. Ich glaube daß hierin die Neigung empirischer Forscher liegt, sich doch lieber der Luhmann'schen Provokationen zu widmen, da dieser im Stile einer „fröhlichen Wissenschaft“ mutig Beschreibungen der Systeme anfertigt – wie prekär auch immer (negativ!) ihr analytisch empirischer Status zu bewerten ist.

professionellen [...] die des Alltagslebens einzuführen“ (Pokol 1990: 334), Schwinn (1995b: 35) weist stellvertretend für Neofunktionalisten und die Arbeiten des Max-Planck-Instituts auf weitere Faktoren der Gestaltung und Rahmung sozialer Handlungsräume oder Lebensordnungen hin: „Die einzelnen Ordnungsbereiche sind keine selbstreproduktiven Systeme, sondern die Ordnungskriterien müssen in und durch das Handeln entsprechender Trägergruppen ständig aktiviert, organisatorisch und rechtlich stabilisiert und gegen Ansprüche von Fremdkriterien verteidigt werden.“ Auf Seiten handlungs- und akteurtheoretischer Differenzierungsmodelle schält sich demnach ein allgemeiner Konsens über die partielle Brauchbarkeit der „Mastervariable“ (Braun 1993: 218) funktionaler Differenzierung heraus, die als diagnostisches Modell oder angenommener Mastertrend (ebd.: 206) der modernen Gesellschaft freilich mit der selbstreferentiellen Reproduktion von Systemen nicht mehr viel gemeinsam hat und zur Spezifikation und Evaluation empirischer Belege bedarf, welche ihrerseits theoretischer Anleitung, etwa in Form von RC-Theorien bedürfen.

Ein entscheidendes Merkmal dieser Bemühungen um eine Synthese, oder, wie es Schimank (1995: 74) formuliert, zur Komplementarisierung von Mikro- und Makroperspektive ist die Aufgabe einer apriorischen Kennzeichnung des Integrationsgrads, oder, tendenziös ausgedrückt, des guten oder schlechten Wesens der Moderne. „Nirgendwo konvergieren aber die Wirkungen eines Institutionenschnittmusters auf ein systemisches Ganzes hin. Die Differenzierung von verschiedenen Rationalitätskriterien bietet gerade die Möglichkeit, soziale Vorgänge nach unterschiedlichen Standards zu bewerten und bearbeiten zu können.“ (Schwinn 1995b: 37) Somit müssen diese Arbeiten natürlich den Anspruch suspendieren, abschließende Bewertungen über das Rationalitätspotential der Moderne zu formulieren. Sie beschränken sich lieber auf die wissenschaftliche Beschreibung der strategischen Interaktionen von organisierten Akteuren, Professionen und aggregierten individuellen Handlungen, ohne allerdings, wie der harte Kern der RC-Schule, dabei zu übersehen, „daß eine adäquate Erklärung struktureller Dynamiken beide Arten von Determinanten – Teilsystemevolutionen und Akteurstrategien – berücksichtigen“ (Schimank 1995: 97) sollte. So schwindet gleichzeitig die Hoffnung, daß diskursive Verständigung oder subsystemische Diskurse kontrafaktisch eine Integrationsleistung erfüllen, die in der jeweils abgegebenen Zeitdiagnose gar nicht mehr vorgesehen ist.

An die Stelle globaler Indifferenz, dezentraler Emphatie und der Hoffnung auf immer den gelingenden Aufbau struktureller Kopplungen tritt daher die Analyse der Bedingungen „spezifischer Interessenskonsense“ in einer durch „generellen Orientierungsdissens“

(Schimank 1992: 238f.) strukturierten Gesellschaft. Die pragmatische motivierte, aber theoretisch zweifelhafte Fiktion der Aufhellung wechselseitiger Intransparenzen, die Willke umtreibt, kann in pragmatischer empirischer Forschung durch das Beobachten „reflexiver Interessen“ (ebd.: 261) und die Identifikation handlungsprägender „Akteurfiktionen“ (ebd.: 266) ersetzt werden. Dagegen muß eine auch von Willke gesuchte und in seinem Bezugsrahmen leidlich überstrapazierte „Konsensfiktion“ (ebd.: 27) in der gesellschaftlichen Realität nicht unbedingt das bewirken, was ihre Vertreter sich erhoffen. „Denn was vermeintliche das Finden intersystemischer spezifischer Interessenkonsense fördert, kann diese vielmehr gefährden, weil es das Anspruchsniveau an solche Konsense zu hoch schraubt. Wenn ein intersystemischer spezifischer Interessenkonsens nicht mehr bloß irgendeine Kompatibilität von in ihrer Differenz *verharrenden* Interessen hervorbringen, sondern darüber hinaus ein – wie immer bestimmtes – höheres Niveau von substantieller Interessenidentität, also eine Differenz*verringering* schaffen soll, kann man in zeitlicher Hinsicht erwarten, daß der intersystemische Abstimmungsvorgang erheblich länger dauert. [...] In sozialer Hinsicht könnte sich aus den größeren Einigungsschwierigkeiten, die das höhere Anspruchsniveau der Konsensfindung mit sich bringt, und entsprechenden Frustrationen die Konfliktintensität erhöhen, was dann die gefährliche Folge haben kann, daß ein ursprünglich durchaus von beiderseitiger Kompromißbereitschaft geprägtes Verhandlungsklima in gegenseitige Mißgunst oder gar Rachsucht [...] umschlagen kann. Das Konsenspostulat könnte als regulative Idee also das genaue Gegenteil dessen bewirken, was die Idee fordert.“ (ebd.)

Allerdings steht nicht zu erwarten, daß dieses empirische und praktische Lob eines Mindestmaßes „rationaler Ignoranz“ die in dieser Arbeit dargestellte Kontroverse beilegen könnte. Und dies aus zwei Gründen, die sich auf die unter 2.1 dargestellten Kriterien gesellschaftstheoretischer Entwürfe beziehen: Erstens weil der Anspruch auf eine umfassende oder gar universale Theorie des Sozialen die Disziplin weiter umtreiben wird, und zweitens, weil der Bedarf an diagnostischen Modellen oder „orienting strategies“, genau wie der Streit über die dazu nötigen theoretischen Mittel, weiter fortbesteht. So weist Richard Münch (1995: 20) darauf hin, daß die vorliegenden Theorieangebote in einer dichten Verknüpfung ein „umfassendes Verständnis der sozialen Integration“ ermöglichen könnten, nicht ohne dem eigenen Theorieentwurf dabei eine gewisse Leitfunktion zu bescheinigen: „Dagegen hat es eine Theorie leichter, die Richtung der Integration funktional differenzierter Teilsysteme aufzuzeigen, wenn sie die empirisch gegebenen Teilsysteme schon als Interpretationsprodukte erkennt.“ (ebd.: 15) Ohne diese Aussicht

bestreiten zu wollen, möchte ich aber anmerken, daß auch das analytische Modell, wie es die Parsons-Tradition (vgl. va. Münch 1984) bereitstellt, dann nicht mehr vor drohenden Verallgemeinerungen geschützt ist, wenn es ihr zentrales Bindeglied, den Begriff der Interpenetration, zu einer diagnostischen Aussage steigert. Wenn eine Theorie des Handelns, die eine Mehrzahl steuernder Bezüge und dynamisierender Faktoren in das konkrete Handeln der Akteure einbezieht, sicher mehr von der realen Komplexität des Sozialen erfaßt, darf es die berechnete Perspektive auf integrierende soziale Mechanismen nicht mit ihrer Verwirklichung gleichsetzen. „Kein einzelner Theorieansatz kann für sich beanspruchen, umfassend genug konstruiert zu sein, um auf die anderen Ansätze verzichten zu können.“ (ebd.)

Genau diese Einsicht führt uns deshalb zum Ausgang der Arbeit zurück. Ihr Schluß kann daher nicht viel mehr leisten, als nochmals auf die Defizite einer universalistischen Systemtheorie hinzuweisen. Er kann aber außerdem, und dies scheint mir nach den ausufernden Erkundungen im selbstreferentiellen Diskursuniversum mehr als angebracht, die meta- und außertheoretischen Konnotationen ansprechen, die auf dem gewählten Abstraktionsniveau unvermeidlich sind. Der immer neu aufgelegte Schaukampf zwischen der Systemtheorie und ihren kritischen Gegnern illustriert in dieser Dimension die Schwierigkeit der Soziologie, sowohl dem klassischen Bedürfnis nach Gesellschaftsdeutung und pragmatischer Orientierung nachzukommen, als auch ihren gesteigerten wissenschaftlichen Anspruch zu erfüllen.

Luhmann und die von ihm propagierte Strategie der Totalreflexion markiert hier sicher eine Extremposition. Sie will im Modus der Beobachtung zweiter Ordnung die Möglichkeit verwirklichen, „über kontrollierte theoretische Begrifflichkeit bekannten und unbestrittenen Fakten (und eben auch dem, was man bei mehr oder minder zufälligen Kontakten in spezifischen Lebenswelten zu sehen und zu hören bekommt) auf gesamtgesellschaftliche Bedingtheiten zu interpretieren.“ (Luhmann 1993a). Den üblichen wissenschaftlichen Abgrenzungskriterien mißt sie dabei wenig Bedeutung bei: „Dabei mag es nützlich sein, empirische Daten zu produzieren, die es bisher nicht gegeben hat, Aber es wäre fatal, wenn dies zum Test der Wissenschaftlichkeit soziologischer Erkenntnis gemacht würde.“ (ebd.). Ein solcher Versuch, die diagnostizierte Polyzentrität der Moderne in der Theorie praktisch nachzubilden, zeitigt aber zahllose negative Externalitäten. Eine ins hochabstrakte fliehende Paradoxiebeobachtung droht reale Integrations- und Steuerungschancen der Gesellschaft durch das fortgesetzte Operieren mit absoluten Differenzen in deren blinde Flecken zu verbannen, andere strukturelle Widersprüche

dagegen als unveränderliche Kontingenzen mißzuverstehen. Eine eher sympathisierende, wenn auch desillusionierende Beschreibung dieses Projekts der „fröhlichen Verabschiedung alteuropäischer Illusionen“ (Fritscher 1996: 38) liest sich daher auch wie ästhetische Kritik:

„Für Luhmanns Beobachten ist jede Versöhnung (ob rational oder bloß imaginiert) nur rettungslos alt-europäische. Hoffnung. Gerade deshalb ist das Verfahren der Beobachtung eine spezifische soziologische Romantik. Wenn romantische Ironie [...] ein Stilprinzip der Reflexion ist, diese immer wieder *poetisch* abbricht und für Unendlichkeit offen hält – dann ist Beobachten die *pragmatische* Version dieses Prinzips. In Kontingenz wird revidierbare Differenz/Einheit eingezeichnet. Bruch mit der Tradition, Subversion, Affirmation des Chaos, Sichtbarmachen ambivalenter Einheit, darauf zielt das Operieren romantischer Ironie. Beobachten dagegen reduziert und erhält Komplexität, „setzt“ Differenz und Identität ohne Vernichtung unendlicher Möglichkeitshorizonte; weiß aber ebenso um die lediglich ironische Postulierung von Einheit.“ (ebd.: 42f.)

Dieses Bild veranschaulicht trefflich jene Spannung aus Faszination und Abscheu, die der Systemtheorie zu ihrer unbestrittenen Aufmerksamkeit in der soziologischen Diskussion verholfen hat. Es zeigt aber gleichfalls, wie sehr eine Kritik überfordert ist, wenn sie den von der Theorie selbst zugestandenen meta-wissenschaftlichen Status mancher ihrer Argumente bewerten soll. So haben wir zwar gesehen, daß die Systemtheorie, so wie sie gestaltet ist, zur Behandlung von Integrations- und Steuerungsproblemen kaum geeignet etwas beisteuern kann.. Denn auch „bei maximaler Aufladung als soziologische Aufklärung wird Beobachten nie mehr sein als eine gesellschaftstheoretisch hochinformierte soziologische Romantik.“ (ebd.: 45). Jeder Versuch einer pragmatischen Umdeutung, wie ihn Willke probt, kann dem Status eines ironischen Appells nicht entfliehen: „Romantische Ironie und Aufklärung metaperspektivisch zur Einheit zu bringen, das befördert nur Kompliziertheit mit dem Beigeschmack des Unbefriedigenden“ (ebd.). Ein Einschleusen des ausgeschlossenen Dritten, einer rationalen Perspektive zur gezielten Gestaltung der Gesellschaft, wird man der Systemtheorie daher nicht zutrauen können. Auch ist auch klar geworden, daß ihr Universalitätsanspruch als soziologische Theorie nicht haltbar ist. Über ihren darüber hinausgehenden Stellenwert als eine elaborierte heuristische Strategie wird letztlich ihre wissenschaftliche Anschlußfähigkeit, oder besser Irritationskapazität entscheiden. Um diese Ambivalenz und Offenheit gegenüber einer geschlossenen Theorie abschließend mit einer pragmatischen Warnung vor falschen Erwartungen zu versehen,



möchte ich mich der Schlußbewertung eines anderen Kritikers bemächtigen, der den Widerspruch zwischen aufklärerischen Erwartungen und abklärenden Resultaten einer Vertiefung in die Luhmann'sche Systemwelt auf den Punkt bringt.

„In anschauend apraktischer Haltung, wie Luhmann sie disponiert, kann man nur den rasenden Stillstand beobachten, allenfalls einen gesellschaftlichen Transformismus diesseits einer für die globale Reproduktion entscheidenden Transformationsschwelle befördern, lediglich Einsicht in das Zerstörungspotential von Problemlagen markieren, ohne dagegen alle in der eigenen Verfügung stehenden theoretischen wie intellektuell politischen Ressourcen zu mobilisieren. Begnügt man sich damit, Problembewußtsein zu signalisieren, ohne es theorietechnisch zu verankern und intellektuell umzusetzen, kann nicht mehr gewonnen werden als ein aufgeklärtes Bewußtsein, das um die Tragik seiner Ohnmacht weiß und seine eigene problematische Wirksamkeit verdrängen muß.“  
(Barben 1996: 267)

So obliegt es den in ihren Erwartungen enttäuschten Rezipienten, mit Ironie und Tatkraft gegen eine theoretische Ordnung zu protestieren, die das Beobachten schult, doch das Beobachtete verschwinden läßt. Begehen wir also die Sünde, bessere Unterscheidungen zu wagen, um aufzusteigen und verbindlicher zu sein!

„Der Versuch, eine Grenze zu ziehen, um von der anderen Seite aus Gott und die Schöpfung zu beobachten, galt in der alten Welt als Fall des Engels Satan. Der Beobachter muß sich ja, da er das Beobachtete und anderes sieht, für besser halten und damit Gott verfehlen. In der heutigen Welt ist dies Sache der Protestbewegungen. Aber sie fallen nicht, sie steigen auf.“ (Luhmann 1996: 201)

„Die Ordnung der Sünde hatte von der Möglichkeit profitiert, die Gesellschaft in der Gesellschaft verbindlich zu repräsentieren. Die Ordnung des Protests profitiert davon, daß dies nicht mehr möglich ist.“ (ebd.: 209)

## 8 Literaturverzeichnis

Alexander, Jeffrey C. / Colomy, Paul (eds.), 1990: *Differentiation Theory and Social Change. Comparative and Historical Perspectives*. New York: Columbia University Press.

Barben, Daniel, 1996: *Theorietechnik und Politik bei Niklas Luhmann. Grenzen einer universalen Theorie der modernen Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Beck, Ulrich, 1986: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Bendel, Klaus, 1993: Funktionale Differenzierung und gesellschaftliche Rationalität. *Zeitschrift für Soziologie* 22: 261-272.

Beyme, Klaus von 1991: *Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Braun, Dietmar, 1993: Zur Steuerbarkeit funktionaler Teilsysteme: Akteurtheoretische Sichtweisen funktionaler Differenzierung moderner Gesellschaften. S. 199-224 in: Héritier, Adrienne (Hrsg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*. Opladen: Westdeutscher Verlag (=PVS Sonderheft 24/1993).

Dörner, D., 1989: *Die Logik des Mißlingens. Strategisches Denken in komplexen Situationen*. Reinbek: Rowohlt.

Druwe, Ulrich / Görlitz, Axel, 1992: Politikfeldanalyse als mediale Steuerungsanalyse. S. 143-164 in: Bußhoff, Heinrich (Hrsg.): *Politische Steuerung. Steuerbarkeit und Steuerungsfähigkeit. Beiträge zur Grundlagendiskussion*. Baden-Baden: Nomos

Esser, Hartmut / Luhmann, Niklas, 1996: Individualismus und Systemdenken in der Soziologie. *Soziale Systeme* 2:131-136.

Etzioni, Amitai, 1968: *The Active Society*. London: Collier-Macmillan.

Feyerabend, Paul K., 1978: Die Wissenschaftstheorie — eine bisher unerforschte Form des Irrsinns? S. 293-338 in: Feyerabend, Paul K.: *Der wissenschaftstheoretische Realismus und die Autorität der Wissenschaften*. (=Ausgewählte Schriften, Band 1). Braunschweig: Vieweg

Foerster, Heinz von, 1985: *Sicht und Einsicht: Versuche zu einer operativen Erkenntnistheorie*. Braunschweig: Vieweg.

Fritscher, Wolfgang, 1996: Romantische Beobachtungen. Niklas Luhmanns soziologische Aufklärung als moderne soziologische Romantik. *Soziale Systeme* 2: 33-51.

Fuchs, Peter / Schneider, Dietrich, 1995: Das Hauptmann-von-Köpenick-Syndrom. Überlegungen zur Zukunft funktionaler Differenzierung. *Soziale Systeme* 1: 203-224.

- Giddens, Anthony, 1984: *The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration*. Cambridge: Polity Press.
- Habermas, Jürgen, 1988 (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1992: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Héritier, Adrienne (Hrsg.), 1993: *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*. Opladen: Westdeutscher Verlag (=PVS Sonderheft 24/1993).
- Honneth, Axel 1993. Einleitung. S. 7-17 in: Honneth, Axel (Hrsg.): *Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*. Frankfurt a. M./ New York: Campus.
- Honneth, Axel, 1994: *Desintegration. Bruchstücke einer soziologischen Zeitdiagnose*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Kaube, Jürgen, 1996: *Rationales Handeln – Probleme seiner Theorie*. *Soziale Systeme* 2: 137–152.
- Klüver, Jürgen, 1991: *Formale Rekonstruktion und vergleichende Rahmung soziologischer Theorien*. *Zeitschrift für Soziologie* 20: 209–222.
- Kneer, Georg, 1993: *Selbstreferenz, Ironie und Supervision. Systemtheoretische Beobachtungen des modernen Staates*. *Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau* 16: 18–26.
- Knorr-Cetina, Karin, 1989: *Spielarten des Konstruktivismus*. *Soziale Welt* 40: 86–96.
- Knorr-Cetina, Karin, 1992: *Zur Unterkomplexität der Differenzierungstheorie. Empirische Anfragen an die Systemtheorie*. *Zeitschrift für Soziologie*: 406 – 419.
- Kuhn, Thomas 1973: *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Lakatos, Imre, 1974: *Falsifikation und die Methodologie wissenschaftlicher Forschungsprogramme*. S. 89–189 in: Lakatos, I. & Musgrave, A (Hrsg.): *Erkenntniskritik und Erkenntnisfortschritt*. Braunschweig: Vieweg.
- Latour, Bruno, 1995: *Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie*. Berlin: Akademie Verlag.
- Lockwood, David, 1969: *Soziale Integration und Systemintegration*. S. 124-137 in: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): *Theorien sozialen Wandels*. Köln, Berlin.
- Lindblom, Charles E., 1980: *Jenseits von Markt und Staat*. (engl.: *Politics and Markets*). Stuttgart: Klett Cotta.

Luhmann, Niklas, 1970: Soziologie als Theorie sozialer Systeme S. 113–136 in: ders.: Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Luhmann, Niklas, 1984: Soziale Systeme: Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas, 1986a: Die Lebenswelt – nach Rücksprache mit Phänomenologen. Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 72: 176–194.

Luhmann, Niklas, 1986b: Ökologische Kommunikation: Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefahren einstellen. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Luhmann, Niklas, 1985: Einige Probleme mit reflexivem Recht. Zeitschrift für Rechtssoziologie 6: 1–18

Luhmann, Niklas 1988: Die Wirtschaft der Gesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas 1989: Politische Steuerung: Ein Diskussionsbeitrag. In: Politische Vierteljahresschrift 30: 4–9.

Luhmann, Niklas, 1990a: Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas 1990b: Die Weisung Gottes als Form der Freiheit. S. 77– 94 in: ders.: Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Luhmann, Niklas, 1990c: Das Erkenntnisprogramm des Konstruktivismus und die unbekannt bleibende Realität. S. 31–58 in: ders.: Soziologische Aufklärung 5: Konstruktivistische Perspektiven. Opladen

Luhmann, Niklas, 1990d: Gleichzeitigkeit und Synchronisation. In: ders.: Soziologische Aufklärung 5: Konstruktivistische Perspektiven. Opladen. Westdeutscher Verlag: 95–130.

Luhmann, Niklas, 1991a: Soziologie des Risikos. Berlin/New York: de Gruyter.

Luhmann, Niklas, 1991b: Am Ende der kritischen Soziologie. ZfS 20: 147–152

Luhmann, Niklas, 1993a: Was ist der Fall, was steckt dahinter? Die zwei Soziologien und die Gesellschaftstheorie. ZfS 22: 245–260.

Luhmann, Niklas, 1993b: Bemerkungen zu „Selbstreferenz“ und zu „Differenzierung“ aus Anlaß von Beiträgen im Heft 6, 1992, der Zeitschrift für Soziologie. Zeitschrift für Soziologie 22:141-144.

Luhmann, Niklas, 1994: Die Gesellschaft und ihre Organisationen. S. 189–201 in: Hans-Ulrich Derlien / Uta Gerhardt / Fritz W. Scharpf (Hrsg.): Systemrationalität und Partialinteresse. Festschrift für Renate Mayntz. Baden-Bade: Nomos.

Luhmann, Niklas, 1996: Protest: Systemtheorie und soziale Bewegungen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas / De Giorgi, Raffaele, <sup>7</sup>1995 (1993): *Teorie della società*. Milano: Franco Angeli.

Mai, Manfred, 1994: Zur Steuerbarkeit technischer Systeme und zur Steuerungsfähigkeit des Staates. *Zeitschrift für Soziologie* 23: 447–459.

Martens, Wil, 1995: Die Selbigkeit des Differenten. Über die Erzeugung und Beschreibung sozialer Einheiten. *Soziale Systeme* 1: 301–328.

Maturana, Humberto R., 1985 (1982): *Erkennen: Die Organisation und Verkörperung von Wirklichkeit. Ausgewählte Arbeiten zur biologischen Epistemologie*. Braunschweig: Vieweg. (=Wissenschaftstheorie, Wissenschaft und Philosophie; 19).

Mayntz, Renate, 1987: Politische Steuerung und gesellschaftliche Steuerungsprobleme. Anmerkungen zu einem theoretischen Paradigma. S. 89–110 in: Ellwein, Thomas/ Hesse, Joachim Jens/ Mayntz, Renate / Scharpf, Fritz W. (Hrsg.): *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft*, Bd. 1. Baden–Baden: Nomos.

Mayntz, Renate, 1988: Funktionelle Teilsysteme in der Theorie sozialer Differenzierung. S. 11–44 in: Mayntz, Renate / Rosewitz, Bernd / Schimank, Uwe / Stichweh, Rudolf : *Differenzierung und Verselbständigung. Zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme*. Frankfurt a. M.: Campus.

Mayntz, Renate / Scharpf, Fritz W. (Hrsg.), 1995: *Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung*. Frankfurt a.M., New York; Campus.

Münch, Richard, 1985: Die sprachlose Systemtheorie. Systemdifferenzierung, reflexives Recht, reflexive Selbststeuerung und Integration durch Indifferenz. *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 6: 19–28.

Münch, Richard, 1988 (1982): *Theorie des Handelns. Zur Rekonstruktion der Beiträge von Talcott Parsons, Emile Durkheim und Max Weber*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Münch, Richard 1991: *Dialektik der Kommunikationsgesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Münch, Richard 1992, (1984): *Die Struktur der Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Münch, Richard, 1992: Gesellschaftliche Dynamik und politische Steuerung. S. 81–106 in: Bußhoff, Heinrich (Hrsg.): *Politische Steuerung. Steuerbarkeit und Steuerungsfähigkeit. Beiträge zur Grundlegendiskussion*. Baden-Baden: Nomos.

Münch, Richard, 1993: *Zur Theorie der politischen Steuerung*. Ms.: Düsseldorf.

Münch, Richard, 1994: Politik und Nicht-Politik. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46, Heft 3.

Münch, Richard, 1995: Elemente einer Theorie der Integration. Eine Bestandsaufnahme. *Berliner Journal für Soziologie* 1: 5–24.

Münch, Richard, 1996: *Risikopolitik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp..

- Neckel, Sighard /Wolf, Jürgen, 1988: Die Faszination der Amoralität. Prokla 18: 57-78.
- Nozick, Robert, 1974: Anarchy, State and Utopia. New York: Basic Books.
- Parsons, Talcott, 1968 (1937): The Structure of Social Action. New York: Free Press.
- Parsons, Talcott, 1979 (1951): The Social System. London and Henley: Routledge & Kegan Paul.
- Peters, Bernhard, 1993: Die Integration moderner Gesellschaften. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Popper, Karl Raimund, 1989 (1935): Die Logik der Forschung. Tübingen: Mohr.
- Pokol, Bela, 1990: Professionelle Institutionensysteme oder Teilsysteme der Gesellschaft. In: Zeitschrift für Soziologie 19: 39–344.
- Reese-Schäfer, Walter, 1996: Zeitdiagnose als wissenschaftliche Aufgabe. Berliner Journal für Soziologie 2: 377–390
- Rosewitz, Bernd / Schimank, Uwe, 1988: Verselbständigung und politische Steuerbarkeit gesellschaftlicher Teilsysteme. S. 295–329 in: Mayntz, Renate / Rosewitz, Bernd / Schimank, Uwe / Stichweh, Rudolf : Differenzierung und Verselbständigung. Zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme. Frankfurt a. M.: Campus.
- Scharpf, Fritz, 1989: Politische Steuerung und Politische Institutionen. In: Politische Vierteljahresschrift 30: 10–21.
- Scharpf, Fritz, 1991: Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. Politische Vierteljahresschrift 32: 621–634.
- Schimank, Uwe, 1988: Gesellschaftliche Teilsysteme als Akteurfiktionen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 40.: 619–639.
- Schimank, Uwe, 1991: Politische Steuerung in der Organisationsgesellschaft – am Beispiel der Forschungsförderung. S. 505–516 in: Zapf, Wolfgang: Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. dt. Soziologentags. Frankfurt a. M.: Campus.
- Schimank, Uwe, 1992: Spezifische Interessenkonflikte trotz generellem Orientierungsdissens. Ein Integrationsmechanismus polyzentrischer Gesellschaften. S. 236–275 in: Giegel, Hans-Joachim (Hrsg.): Kommunikation und Konflikte in modernen Gesellschaften. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Schimank, Uwe, 1995: Teilsystemevolutionen und Akteurstrategien: Die zwei Seiten struktureller Dynamiken moderner Gesellschaften. Soziale Systeme 1: 73–100.
- Schimank, Uwe, 1996: Theorien gesellschaftlicher Differenzierung. Opladen: Leske + Budrich.

Schwinn, Thomas, 1995a: Funktion und Gesellschaft. Konstante Probleme trotz Paradigmenwechsel in der Systemtheorie Luhmanns. Zeitschrift für Soziologie 24: 196–214

Schwinn, Thomas, 1995b: Funktionale Differenzierung – wohin?. Eine aktualisierte Bestandsaufnahme. Berliner Journal für Soziologie 1: 25–39.

Spencer Brown, George, 1971: Laws of Form. London: George Allen and Unwin.

Teubner, Gunther / Willke, Helmut 1984: Kontext und Autonomie: Gesellschaftliche Steuerung durch reflexives Recht. Zeitschrift für Rechtssoziologie 6: 4–35.

Teubner, Gunther, 1991: „L’ouvert s’appuye sur le ferme“: Offene Fragen zur Offenheit geschlossener Systeme – Replik auf Klaus von Beyme. Journal für Sozialforschung 31: 287–291

Ulrich, Günter, 1994: Politische Steuerung. Staatliche Intervention aus systemtheoretischer Sicht. Opladen: Leske + Budrich.

Wagner, Gerhard, 1993: Gesellschaftstheorie als politische Theologie? Zur Kritik und Überwindung der Theorien normativer Integration. Berlin: Duncker & Humblot.

Wagner, Gerhard, 1994: Am Ende der systemtheoretischen Soziologie. ZfS 23: 275–291.

Wagner, Gerhard / Zipprian, Heinz, 1992: Indentität oder Differenz? Bemerkungen zu einer Aporie in in Niklas Luhmanns Theorie selbstreferentieller Systeme. Zeitschrift für Soziologie: 21: 394-405.

Wenzel, Harald, 1990: Die Ordnung des Handelns. Talcott Parsons’ Theorie des allgemeinen Handlungssystems. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Willke, Helmut, 1983: Entzauberung des Staates: Überlegungen zu einer sozietaalen Steuerungstheorie. Königstein/Ts.: Athenäum.

Willke, Helmut, 1984: Gesellschaftssteuerung. S. 29–53 in: Glagow, Manfred: Gesellschaftssteuerung zwischen Korporatismus und Subsidiariät. Bielefeld: AJZ.

Willke, Helmut, 1987a: Kontextsteuerung durch Recht? S. 3–26 in: Glagow, Manfred/ Willke, Helmut: Dezentrale Gesellschaftssteuerung. Pfaffenweiler: Centaurus.

Willke, Helmut, 1987b: Kontextsteuerung und Re-Integration der Ökonomie. Zum Einbau gesellschaftlicher Kriterien in ökonomische Rationalität. S. 155– 172 in: Glagow, Manfred/Willke, Helmut: Dezentrale Gesellschaftssteuerung. Pfaffenweiler: Centaurus.

Willke, Helmut, 1987c: Differenzierung und Integration in Luhmanns Theorie sozialer Systeme. S. 247–274 in: Hans Haferkamp / Michael Schmid (Hrsg.): Sinn, Kommunikation und soziale Differenzierung. Beiträge zu Luhmanns Theorie sozialer Systeme. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Willke, Helmut, 1992: Ironie des Staates. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Willke, Helmut 1993a: Systemtheorie entwickelter Gesellschaften: Weinheim und München: Juventa.

Willke, Helmut, 1993b: Abwicklung der Politik. Seite 54–86 in: Unseld, Siegfried (Hrsg.): Politik ohne Projekt? Nachdenken über Deutschland. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Willke, Helmut, 1993c: Konstruktivismus und Sachhaltigkeit soziologischer Erkenntnis: Wirklichkeit als imaginäre Institution. *Sociologia Internationalis* 31: 83–99.

Willke, Helmut 1994: Systemtheorie II: Interventionstheorie. Stuttgart: UTB

Wilson, T.P., 1981: Theorien der Interaktion und Modelle soziologischer Erklärung. S. 54-79 in: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hrsg.): Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit, Bd. 1. Opladen: Westdeutscher Verlag.